

DAS ARGUMENT 158

Schweinehälften, moderne Musik und Frauenquoten	473
Günther Anders: Die Entdeckung Amerikas	474
Erich Fried: Der Präsident	475
Das Reich der Markt-Freiheit ...	
Franz J. Hinkelammert	
Vom totalen Markt zum totalitären Imperium	477
... und die Zukunft des Antifaschismus	
Helmut Gollwitzer	
Der achte Mai ist nie vorbei	494
Wolfgang Fritz Haug	
Deutungskämpfe um Anti/Faschismus	502
Gerd Simon	
Wissenschaft und Wende 1933	527
* * *	
Frigga Haug: Interview mit Rossana Rossanda	543
Detlev Albers: Für die Wiederentdeckung Labriolas	549
<u>Diskussion:</u> Männliche Phantasmen (K. Hauser)	555
<u>Intervention:</u> Peter Glotz und die Linke (Mittermüller)	560
Zum neuen Archivgesetz (Simon)	561
<u>Kongreßberichte:</u> Volksuni; Bildschirmkonferenz;	
DGB über Automation; Feministische Literaturwissenschaft	562
<u>Besprechungen:</u> Massenmedien; Subjektivität; Jugend; Erziehung;	
Psychologie & Politik; Geburtenkontrolle & Arzneimittelkonsum;	
Faschismus; Parteientheorie; Arbeit & Frauen	568
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries	621

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth † (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (West-Berlin), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Theodor Bergmann (Stuttgart), Jutta Brückner (West-Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Kuno Füssel (Münster), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (West-Berlin), Heiko Haumann (Freiburg), Jutta Held (Osnabrück), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (West-Berlin), Urs Jaeggi (West-Berlin), Baber Johansen (West-Berlin), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz † (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Brita Rang (Amsterdam), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Birgit Jansen, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Prof. Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Dr. Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Dr. Sigrid Pohl, Nora Rätzhel

Geschäftsführung: Helga Karl

Argument-Verlag GmbH, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65,
Tel. 030/461 8049 (Verlag und Redaktion); 030/4619061 (Vertrieb)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Besprechungen

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Postman, Neil</i> : Wir amüsieren uns zu Tode (<i>W. Elfferding</i>)	568
<i>Bismarck, Klaus von, u.a.</i> : Industrialisierung des Bewußtseins (<i>W. Elfferding</i>)	569
<i>Buß, Michael</i> : Die Vielseher (<i>W. Faulstich</i>).....	571
<i>Barthes, Roland</i> : Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie (<i>W. Kindermann</i>) .	572
<i>Clark, Jon</i> : Bruno Schönlink und die Arbeitersprechchorbewegung (<i>U. Hornauer</i>).....	574

(Fortsetzung auf S.VIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1986 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig, 60 Anschläge) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten:

Editorial

Antifaschismus im wörtlichen Sinn — als Gegensatz zum Faschismus — ist tief in die normative Konstruktion der Bundesrepublik, in ihre Staatsräson eingelassen. Das hängt zusammen mit einem doppelten historischen Kompromiß: zwischen den bürgerlichen Machteliten Westdeutschlands und ihrem vormaligen Konkurrenten und Feind, den USA; zwischen ehemaligen Nazis, soweit ihnen nicht direktes Handanlegen bei Verbrechen nachgewiesen werden konnte, und den politisch »Unbelasteten«, wobei die ehemaligen Verfolgten oder gar Widerstandskämpfer an den Rand gedrängt waren. Der Totalitarismusbegriff diente dazu, diesen verfassungsnormativen Antifaschismus dem Antikommunismus unterzuordnen.

Erst in den 60er Jahren änderte sich das Bild, als die Studentenbewegung unüberhörbar die im Westen lange unterdrückte Frage nach den gesellschaftlichen Ursprüngen des Faschismus stellte. Das revolutionäre Imaginäre der Studentenbewegung stieß die Liberaleren unter den Professoren oft genug ab und nach rechts. Auf den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg wurde skandiert: *USA — SA — SS!* und: *Kapitalismus führt zum Faschismus — Kapitalismus muß weg!* Manche meinten, die antikapitalistische Revolution stünde unmittelbar bevor. Doch das war eine absurde Illusion. Was damals wirklich anstand, war eine gewisse (Sozial-)Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft.

Vom Bitburg-Konflikt, der im Aufsatz von Haug analysiert ist, bis zum Waldheim-Skandal — die Frage nach dem Verhältnis zur NS-Vergangenheit hat neue Aktualität erhalten. Doch ist die heutige Faschismus-Diskussion, die nicht so heißt, durch den Versuch von rechts ausgelöst, den »endgültigen Schlußstrich unter die Vergangenheit« zu ziehen. Für die sich extremisierende regierende Rechte der USA scheint es darum zu gehen, die Nachkriegszeit zu beenden und eine neue Vorkriegszeit zu beginnen. Der Bundesrepublik kommt die Rolle eines der treuesten Bündnispartner der USA zu. Da stört es, wenn ihr politisches Leben sich selbstkritisch mit seiner nazistischen Vergangenheit befaßt. US-Präsident Reagan erklärte 1985 vor deutschen Jugendlichen auf Schloß Hambach den Klassencharakter seines Projekts: Das kommende Zeitalter werde das des Unternehmers. Es werde strahlend, doch müsse zunächst noch das Reich des Bösen niedergedrungen werden. (Niemand zweifelt daran, daß mit dem »Reich des Bösen« die Sowjetunion gemeint ist.) Vor dem Europa-Parlament erklärte Reagan den Nazismus zum Ausfluß des Bösen in der menschlichen Seele. Und er erklärte den Abgeordneten — unter ihnen Italiener, Spanier und Deutsche —, die USA hätten schon zweimal an der Seite der europäischen Völker gekämpft. Es schien, der Zweite Weltkrieg war von der Nato gegen die Sowjetunion geführt worden. Es war, als projizierte Reagan das Dispositiv eines Dritten Weltkriegs in die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zurück.

Der Antifaschismus ist dem im Weg, inzwischen selbst derjenige, der über die sozialen Ursprünge hinwegredet. Der hilflose Antifaschismus hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehn.

Und das käme einem völligen Umbau des normativen Gefüges der Bundesrepublik gleich.

In dieser Situation wachten vor allem jüdische Organisationen auf, ungeachtet der Einbindung Israels ins westliche Bündnis. Die liberalen Historiker, deren Position sich dramatisch verschlechtert hatte in den letzten Jahren, erhielten Unterstützung. Auf der Linken fing man an, aus dem Dornröschenschlaf zu erwachen. — Bitburg markiert einen Wendepunkt. Der allzu direkte Griff nach der historischen Unschuld führte das Gegenteil herbei. Bundespräsident von Weizsäcker zog am 8. Mai 1985, im Gegensatz zu den harten Rechten seines Lagers, die verblaßte Linie des Verfassungskompromisses nach, als er erklärte, »daß es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten«. Es gibt keinen Schlußstrich unter unsere nazistische Vergangenheit.

Die Bedeutung der Jahresdaten — 30. Januar und 8. Mai — ist eines der Kampffelder, auf dem der künftige Weg der Bundesrepublik, vielleicht des Westens überhaupt diskutiert wird. Die Auseinandersetzung um diese Daten ist selber nicht gebunden an ein Datum. Der 8. Mai ist in diesem Sinn, wie es bei Gollwitzer heißt, nie vorbei. Er verlangt von allen Demokraten — geschweige Sozialisten — höchste Aufmerksamkeit. Und wieviel der bereits einmal entwickelten Kritik und Wachsamkeit ist nicht in den letzten Jahren abhanden gekommen! In manchem will es scheinen, als zöge ein neuer Präfaschismus herauf. Aufklärerische Rationalität und Solidarität sind weithin, nicht nur auf der Rechten, preisgegeben und geschmäht. Die Unfähigkeit zur Dialektik der Aufklärung führte zum Vormarsch der Gegenaufklärung.

Die beiden Schwerpunkte des vorliegenden Heftes sind komplementär. Franz J. Hinkelammert stellt die Ideologien und Politiken des »freien Marktes« und ihre Verschmelzung mit dem christlichen Fundamentalismus der USA zur Ideologie der neuen Rechten dar. Der neoliberale Mythos von den »Selbstheilungskräften des Marktes« und das Auftauchen des »Bösen«, gar des Teufels, in den politischen Diskursen deutet auf eine gefährliche totalitäre Dynamik. Diese ideologische Formation durchzieht von der Wirtschaftspolitik über Moral und Theologie mehr oder weniger alle gesellschaftlichen Bereiche. In diesem Zusammenhang gewinnt die Erschütterung des Antifaschismus erst ihren Sinn.

Helmut Gollwitzers Ansprache zum 8. Mai 1985 zeigt die elementare menschliche und politische Notwendigkeit, das Wiederzuwerfen einer historischen Öffnung zu verhindern. Wolfgang Fritz Haug untersucht die Strategien und Widersprüche der Rechten bei ihren Versuchen, die Erinnerung an den NS zu besetzen und umzufunktionieren. Ausgangspunkt ist u.a. eine Rede von H. Lübke im Reichstagsgebäude zum 60. Jahrestag der Einsetzung der Koalitionsregierung Hitler, in der Lübke Haugs Buch *Der hilflose Antifaschismus* angeklagt hatte, die Legitimation der Bundesrepublik untergraben zu haben. Der Beitrag, der anlässlich der 5. Auflage des *Hilflosen Antifaschismus* geschrieben ist, unterstreicht die Notwendigkeit und Hegemoniefähigkeit des Antifaschismus für die Linke. — Gerd Simon führt am exemplarischen Beispiel eines bedeutenden Sprachwissenschaftlers der 30er Jahre die schrittweise Integration in den Nazismus vor.

WFH

Schweinehälften, moderne Musik und Frauenquoten

Vor fünf Jahren gründete sich die *Autonome Frauenredaktion* dieser Zeitschrift (vgl. *Argument* 129, 131 und 132). Dabei ging es den Frauen um das, was heute »Quotierung« heißt: sie forderten ein Drittel des der Redaktion zur Verfügung stehenden Platzes, der zugleich dem Zugriff der allgemeinen Redaktion entzogen werden sollte. Die Durchsetzung und immer neue Realisierung dieses Projektes erzeugte in beiden Redaktionen Konflikte, Überforderungen, Brüche. Aber der Anteil der Frauenbeiträge ist hochgeschwellig von knapp zehn auf mindestens dreißig, in manchen Sparten fünfzig Prozent. Quotierung bewährte sich in dieser Zeitschrift als *ein* Mittel, durch dessen Anwendung Theorie aufhören könnte, »männliche Domäne« zu ein.

In der Politik steht die Quotierung heute weithin auf der Tagesordnung. Die Konservativen sind auf diesem Feld in der Defensive. Teils re(a)gieren sie mit Flucht nach vorn, wie im Falle der Ministerin Süssmuth, deren Ministerium für Gesundheit und Familie den Zusatz »und Frauen« angehängt bekam. Teils reagieren sie mit Abwehr. So die *Frankfurter Allgemeine*. Im Leitartikel vom 10. Juni 1986 schreibt Konrad Adam unter dem Titel »Quote statt Leistung?«:

»Leistung sei unanständig und am besten zu verweigern — das gilt manchen, die von fremder Leistung leben, als ausgemachte Sache. (...) Der neue Weg, die Leistung zu umgehen, ist die Quote ... vor allem in Gestalt der Frauenquote, die mehrere Landesverbände der Grünen und der SPD in ihren Satzungen verankert haben. (...) Den Quotenschematismus zu begründen ist nicht leicht. Was Niklas Luhmann seinerzeit zu Klagen über die mangelnde Repräsentanz von Arbeiterkindern an deutschen Universitäten bemerkt hat, gilt auch sonst: 'Getragen, aber nicht gedeckt durch Quantifikation, werden hier Handlungsaufforderungen übermittelt, für die jede theoretische Begründung fehlt.' (...) Tatsächlich besteht der Witz der Quote darin, daß sie auf alles paßt. Quotieren lassen sich die Menschen nicht nur nach Herkunft und Geschlecht, sondern auch nach Leibesumfang und Körpergröße, nach ihren Eß- und Liebesgewohnheiten ... Man kennt Beschäftigungs- und Promotionsquoten, Marktquoten und Beförderungsquoten, Quoten für Milch und für Stahl, für Schweinehälften und für moderne Musik ... Prozentforderungen solcher Art sind dort beliebt, wo Wettbewerb vermieden werden soll.«

Und da es immer lesenswert ist, wie im Organ der herrschenden Klasse von Herrschaft geschwiegen wird, auch das noch: Adam befürchtet, daß man die gleiche Beteiligung Evas nicht

»wieder los wird. Wer die Statistiker zu Herren der Gesellschaft macht, darf sich nicht wundern, wenn sie von der Macht, die sie besitzen, nicht mehr lassen wollen.«

Wir geben diese Argumentation, die wie zufällig patriarchalischen Besitzstand mit der Konkurrenz auf dem Markt rechtfertigt, in ihrer ganzen Schönheit zu Protokoll. Zweikommasechs Prozent der C4-Professuren waren 1984 in der Bundesrepublik von Frauen besetzt. Wir unterstützen deshalb auch einen Aufruf an die Hochschullehrer, durch ihre Unterschrift die Selbstverpflichtung einzugehen, »die paritätische Einstellung von Frauen und Männern zu praktizieren, um die Qualität von Lehre und Forschung zu verbessern, eine angemessene Repräsentanz der Frauen zu erreichen und eine zukunftsweisende Vorstellung neuer geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zu fördern« und dazu periodisch über die Einlösung dieser Selbstverpflichtung zu berichten (Unterschriften bitte ans *Komitee für Grundrechte und Demokratie*, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal; Telefon: 06068-2608).

W.F.H.

Günther Anders

Die Entdeckung Amerikas

Radio-Morgenandacht

Wieder: »*Wir heißen euch hoffen.*«

Das wird nachgerade unerträglich.

Hoffnung ist nur das heuchlerische Deckwort für die Angst vor der Angst. Und die Aufforderung zur Hoffnung — die frühen Christen hatten das nicht voraussehen können — läuft heute auf die verächtliche Aufforderung heraus, die Augen geschlossen zu halten. Glaube, Liebe, Hoffnung heute? *Mein Glaube: wer den Menschen liebt, muß ihn am Hoffen hindern.*

Anderes über Frau Doof

»Unbegreiflich!« rief Frau Doof, die so gerne bewunderte, »wieviele Wahrheiten Sie so im Laufe des Tages mir nichts dir nichts austreuen!«

»Unbegreiflich? Reine Bequemlichkeit!«

»Be...?«

»Ja, gewiß! Denn warum sollte es denn bequemer sein, das Unwahre, das ja gar nicht existiert und deshalb auch kein Aussehen haben und erkennbar sein kann, und das man erst eigens herstellen muß — also *das* mitzuteilen, als das Wahre, das ja *da* ist und auf der Hand liegt, anzuschauen und abzulesen und auszusprechen?«

»Wirklich?« stöhnte da Frau Doof, die, da sie ausschließlich an Unwahres: an Quatsch oder Lügen gewohnt war, kein Wort verstanden hatte.

»Wirklich!« bestätigte ich. »Für Unwahres bin ich einfach zu faul.«

Die Entdeckung Amerikas

R.s Tochter, die vor drei Jahren an die Louisville-University ausgewandert ist, um Computertechnik zu studieren, ist, wie sie ihren befremdeten Eltern mitteilt, zur Anhängerin eines Gurus geworden und plant, die Ferien meditierend nahe Calcutta zu verbringen.

Vor 500 Jahren waren wir nach Indien gefahren und hatten dabei versehentlich Amerika entdeckt. Heute fährt man nach Amerika und entdeckt dabei unvermeidlicherweise Indien. Freilich ein irreparabel amerikanisiertes. Denn den Guru, der vermutlich auf Amerikaner spezialisiert ist, kennt sie noch gar nicht, sondern nur im Bilde, nur vom TV. Aber was heißt heute schon »nur«? Wie tief wird sie enttäuscht sein, wenn sie ihn »in the flesh« kennenlernen wird.

Erich Fried

Der Präsident

Das Geschrei von den Schreien

Es heißt die Äpfel schreien
 daß die Bananen zu spitz sind
 Es heißt die Möwen schreien
 daß die Fische gegen sie rüsten
 Es heißt die Kinder schreien
 daß ihre Puppen sie schlagen
 Es heißt die Waffen schreien
 daß sie zu schwach sind
 Es heißt das Geld schreit
 daß es mehr Waffen braucht
 Es heißt die Politiker schreien
 daß die Waffen den Frieden sichern
 Es heißt der Friede schreit
 daß er die Waffen nicht will
 Es heißt die Mörder schreien
 daß die Staatsmänner sie bezahlen
 Es heißt die Staatsmänner schreien
 daß das keine Mörder sind
 Es heißt die Folterer schreien
 daß sie mit den Mördern tanzen
 Es heißt die Tänzer schreien:
 »Tanzen macht frei!«
 Es heißt ihre Werkzeuge schreien
 daß sie jetzt den Frieden suchen
 Es heißt die Steine schreien
 daß der Friede jetzt nicht mehr schreit
 Es heißt die Aktien schreien
 daß es bald losgeht
 Es heißt eine Mutter schreit
 noch lang um ein Kind
 Es heißt es ist keiner mehr da
 um zu schreien daß alle tot sind
 Es heißt der Morgen schreit:
 »Das war nur ein schwerer Traum«
 Es heißt wir schreien:
 »Wir dürfen den Traum nicht wahr werden lassen«
 Es heißt ein Kind schreit:
 »Es ist nicht genug daß ihr schreit«

Der Präsident

Nachts im Traum,
wenn sein Krebs zurückkommt und ihn
hinunter ins Totenreich führt,
wo alle auf ihn warten,
deren Tod er auf seinem Gewissen hat,
schreit er,
bis er erwacht.

Aber tags drauf
berät ihn sein Arzt, am Abend
immer eine Pille zu nehmen, die ihm
alle Schreckbilder fernhält,
daß er am Morgen
ausgeruht und entspannt
neue verursachen kann.

Franz J. Hinkelammert

Vom totalen Markt zum totalitären Imperium*

Ich möchte versuchen, einige herausragende Charakterzüge des imperialen Weltsystems in dem wir leben, herauszustellen. Es handelt sich um Züge, die vor allem in den 70er Jahren zu einer neuen politischen Massenbewegung in den USA führten, zu einem »Konservatismus der Massen«. Mit dem Präsidenten Reagan übernahm diese Richtung 1980 die Regierung in den USA. Hier-von ausgehend griff sie schnell auf große Teile der westlichen Welt über. Ihr Aufstieg ist von einer neuen Gewalt- und Kriegsmystik begleitet, wie man sie seit den 20er und 30er Jahren nicht mehr gekannt hatte, aufbauend auf einem durch einen verlorenen Krieg entstandenen Ressentiment. Sie verbindet sich mit einem extrem anti-interventionistischen Neoliberalismus, der für seine Politik des totalen Marktes die Gewaltanwendung braucht. Die ökonomischen Interessen in Verbindung mit den Ressentiments führen zu einer Aufrüstungs-mystik, die den hemmungslosen Wirtschaftsliberalismus und die Aufrüstung mit einer neuen Gesellschafts- und Friedensutopie und einem neuen Messianismus eines tausendjährigen Reiches verbinden, wobei gerade diese Mystik ein Beitrag des christlichen Fundamentalismus ist, der sich in den USA im letzten Jahrhundert herausgebildet hat. Dabei verwandeln sich die USA in ein impe-riales Machtzentrum, das die ganze Welt in Freund und Feind aufteilt und da-nach behandelt.

Es entsteht eine Macht, die in einem neuen Sinne aus der Verfügung über Atomwaffen abgeleitet wird. Atomwaffen hören auf, ein Atompatt zu verur-sachen, sobald eine der Atommächte glaubhaft macht, daß sie zur Benutzung der Atomwaffen und folglich zum kollektiven Selbstmord der Menschheit be-reit ist. Wer diese Bereitschaft zum Atomkrieg glaubwürdig macht, erwirbt in gewissem Sinne Allmacht. Die einen unterwerfen sich, um an dieser Allmacht teilzunehmen, die anderen müssen zurückweichen, um nicht selbst zum Anlaß oder Auslöser der Katastrophe zu werden. Politische Rationalität — wie letzt-lich jede gesellschaftliche Rationalität — beruht auf der Negation des kollekti-ven Selbstmords. Wer auf den kollektiven Selbstmord setzt und zu einer neuen Götterdämmerung aufruft — die heute in den USA unter dem Namen Arma-geddon auftaucht —, zerstört die Grundlagen politischer Rationalität, verwand-elt das Atompatt in ein Atomroulette und gründet seine Macht auf Irrationa-lität und Willkür. Ich möchte diese neue Situation, ausgehend von einer Ana-lyse der Wirtschaftsideologie des Neoliberalismus, erörtern.

1. Der totale Markt als Sozialtechnik

Indem der Neoliberalismus den Markt als totalen Markt verstand, löste er eine Dynamik aus, die zwar in jedem Liberalismus angelegt, aber keineswegs ak-tualisiert ist. Im Liberalismus des 19. Jahrhunderts stehen sich Markt und Wirklichkeit so gegenüber, daß Wirtschaftskrisen, die die Welt der Bedürfnis-

* Vortrag, gehalten auf der 7. Westberliner Volksuni, Pfingsten 1986

befriedigung zerstören oder in Unordnung bringen, durch entsprechende Reformen des Marktes und durch eventuelle Staatsinterventionen zu korrigieren sind. Die ständig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wurden folglich zum Anlaß einer langen Geschichte von Eingriffen, die den Markt korrigieren sollten, wobei der Marktautomatismus selbst nie in Zweifel gezogen wurde. Am weitesten wurde dieser Reformismus im Keynesianismus getrieben.

Der heutige Neoliberalismus hingegen macht auf völlig dogmatische Weise mit der Idee des Marktautomatismus ernst. Dabei ändert er den Ausgangspunkt der Marktideologie. Er erklärt auf einmal, daß Wirtschaftskrisen nicht etwa Konsequenzen des Marktautomatismus sind, denen durch Interventionen begegnet werden muß, sondern Folge einer mangelnden Durchsetzung dieses Marktautomatismus selbst. Man darf nicht mehr den Markt im Namen der Wirklichkeit und der Welt der Bedürfnisbefriedigung korrigieren, sondern muß die Wirklichkeit den Notwendigkeiten des Marktes anpassen. Will man die Wirklichkeit perfektionieren, so muß man den Marktautomatismus verstärken. Der Markt ist eine vollkommene Institution, man muß ihn nur total und vollkommen durchsetzen. Das Heilmittel für die Wirklichkeit (Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Unterentwicklung, Kriegsgefahr) liegt nicht in der Lösung eben dieser Probleme, sondern in der Ausweitung des Marktmechanismus auf Kosten dieser Lösung. Aus der Vollkommenheit des Marktes folgt ein: Wehe der Wirklichkeit! Aber die Wirklichkeit paßt sich eben nicht an den Marktautomatismus und seine Ideologie an. Einzig den Regeln des Marktes unterworfen, verstärken sich die Krisen. Doch die Ideologie des Marktautomatismus reagiert aggressiv und kapselt sich ab. Aus Krisen und Widerstand kann sie immer nur schließen, daß es nicht genug Markt gibt, um dann die Marktpolitik zu radikalieren. Der Marktautomatismus wird schließlich völlig tautologisiert. Der Dogmatismus ist absolut und geht daher den aggressiven Weg nur noch weiter zum Extrem. Daraus entsteht Widerstand. Aber dieser Widerstand, komme er von Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen oder anderen politischen Gruppen, kann nur als irrational und böswillig angesehen werden. Für den Marktideologen kann es keinen Zweifel geben, daß der Markt eine vollkommene Institution ist, deren verborgenes Potential nur durch mehr Markt erschließbar ist. Der Widerstand erscheint daher als eine Haltung ohne eigene Rationalität, als Machtbesessenheit oder — da gegen den vermeintlichen Realismus des Marktes gerichtet — als Utopie. Dies drückt etwa Milton Friedman auf folgende Weise aus:

»Eine der Hauptursachen für die Gegnerschaft zur freien Wirtschaft ist gerade die Tatsache, daß sie ihre Aufgabe so gut erfüllt. Sie gibt den Menschen das, was sie wollen, und nicht das, was ihnen eine bestimmte kleine Gruppe aufzwingen will. Hinter den meisten Argumenten gegen den freien Markt steckt der mangelnde Glaube an die Freiheit selbst.« (Friedman 1984, 36)

Aber was zum Widerstand führt, ist gerade die Armut, die Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung. Der Markt erfüllt hier eben seine Aufgabe in gar keiner Weise. Hingegen kann der Neoliberale darin nur den fehlenden Glauben an den Markt feststellen. Denn er glaubt eben auf eine geradezu religiöse Weise — oder gibt wenigstens zu glauben vor —, daß nur mehr Markt diese Probleme lösen kann.

So entsteht die Ideologie der Bekämpfung von Eingriffen in den Markt. Dieser Anti-Interventionismus ist ein Prozeß ohne Ende, seine Dynamik kennt keine Grenzen. Das Ziel ist nichts, der Weg alles. Es handelt sich darum, den Markt auf alle Lebensbereiche auszudehnen. Das Subjekt ist auf seine Marktfunktionen zu reduzieren, die sozialen Beziehungen auf Marktbeziehungen.

Nun kann man die Wirklichkeit zwar leugnen, aber sie hört dadurch nicht auf zu existieren. Man kann gegen Marktinterventionen zwar sein, aber das bedeutet noch nicht, daß durch Anti-Interventionismus die Interventionen in den Marktautomatismus auch verschwinden. Es scheint vielmehr so zu sein, daß in dem Grade, in dem man eine bestimmte Richtung von Interventionen unterdrückt, sich andere Interventionsrichtungen aufzwingen. Die Interventionen nehmen auf Grund des Anti-Interventionismus nicht ab, sondern ändern lediglich ihre Struktur und nehmen wahrscheinlich sogar zu. In Chile führte der Anti-Interventionismus dazu, einen größeren Teil des Bankensystems unter Staatsaufsicht zu stellen, als dies selbst unter der Unidad Popular der Fall war. Der Anti-Interventionismus schafft derartige Krisen, daß der Grad der nichtbeabsichtigten Interventionen gerade als Ergebnis der anti-interventionistischen Politik zunimmt. Man ersetzt daher nicht den Interventionismus durch Nicht-Interventionismus, sondern den systematischen Interventionismus des organisierten Kapitalismus durch einen größeren, nichtbeabsichtigten Interventionismus eines jetzt bewußt desorganisierten Kapitalismus. Dieser neue Interventionismus ist antisozial, unsystematisch und willkürlich, und er hängt in größerem Maße als vorher von der Existenz eines Polizeistaates ab. Der Versuch, eine definitive Lösung durch Schockpolitik zu finden, vergrößert nur die Unordnung. Statt den systematischen Interventionismus des organisierten Kapitalismus durch einen globalen Plan konsistent zu machen, verwandelt der Anti-Interventionismus den systematischen Interventionismus in einen unsystematischen. Der Interventionismus selbst zeigt hingegen nicht die geringste Tendenz zu verschwinden.

Die derzeitige Krise der sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die durch den Rücktritt Stockmans offenbar wurde, ist ein Beweis für diese Tatsache. Stockman scheiterte an seinem illusionären Glauben, daß Anti-Interventionismus zu weniger Interventionen führt. Sein seither veröffentlichtes Buch »Der Triumph der Politik« zeigt allerdings, daß er diese Zusammenhänge nicht einmal hinterher verstanden hat. Wie der Titel zeigt, hält er das Monster »Politik« für den Schuldigen.¹

So wird der Markt zum Bild der Vollkommenheit. Seine Unvollkommenheit ist nur scheinbar und ein Erzeugnis von Kräften, die seinen Automatismus stören. Der Markt ist gut und wird daher als eine *societas perfecta* erlebt, die ihre Perfektheit nicht völlig zeigen kann, weil der irrationale und böswillige Widerstand sie daran hindert. Die Wirtschaftstheorie nennt ja auch das theoretische Modell dieses Marktautomatismus das Modell des »vollkommenen Wettbewerbs«. Es ist der theoretische Ausdruck der Utopie einer vollkommenen Institution. Sie wird nicht als Utopie empfunden. Je mehr der Marktideologe den Marktautomatismus ideologisiert und tautologisiert, um so mehr fühlt er sich als Realist und hält alle, die von seiner Meinung abweichen, für Utopisten.

Der Markt scheint das Grundprinzip allen Realismus zu sein, und je bedingungsloser man an ihn glaubt, um so offensichtlicher scheint das Resultat der Marktideologie wahr zu sein. Der Markt wird so zur Gegenwart der Vollkommenheit, die durchzusetzen ist. Sie ist im Markt angelegt und muß aktualisiert werden, indem jeder Widerstand gebrochen wird. Die aggressive Ausweitung des Marktes und die Zerschlagung oder entscheidende Schwächung aller Gruppen, die Widerstand üben können, wird so zum Gegenstand einer Sozialtechnik. Diese hat die doppelte Dimension von Strukturpolitik und polizeilicher Repression.

2. Sozialdämonologie und Weltverschwörung

Die Tautologisierung des Marktautomatismus und seine Verwandlung in einen endlosen Prozeß der Ausweitung der Marktbeziehungen als einzige Antwort auf Krisen und Widerstand gibt dem Markt den Charakter des totalen Marktes. Er stellt eine fiktive Welt dar, die aus dem realen Marktautomatismus abgeleitet wird. Indem diese Fiktion zur Sozialtechnik gemacht wird, wird sie zu einer neuen, aufgestülpten Realität, die der Welt der Bedürfnisbefriedigung aufgezwungen wird. Da nun der Widerstand gegen den totalen Markt als Ursache aller Probleme der konkreten Wirklichkeit erscheint, entsteht ein sektierisches Prinzip, das zur manichäischen Dualisierung der ganzen Welt führt. Die Institution Markt wird zum Sitz der Vollkommenheit in der Welt, die sich aber nicht aktualisieren kann, weil sie durch Böswillige daran gehindert wird. Sie muß also, im Namen ihrer Vollkommenheit, gnadenlos durchgesetzt werden. Es entsteht das Denken: entweder sie oder wir, Chaos oder Ordnung, Teufel oder Gott. Da nie der Markt die Ursache von Krisen oder Widerstand sein kann, gibt es keine rationalen Ursachen für Krisen und Widerstand. Bloße Böswilligkeit erklärt ihre Gegenwart. Je unvollkommener folglich der Markt, um so mächtiger zeigen sich die Kräfte des Bösen. Da der Markt der Weltmarkt ist, führt diese Sicht zur These der Weltverschwörung gegen die *societas perfecta* des Marktes. Diese Weltverschwörung wird als Reich des Bösen oder als Reich des Terrors angesehen, das ein weltliches Zentrum hat, das Krenl heißt. Hinter diesem sichtbaren Zentrum der Weltverschwörung aber erscheint dann der Dämon, der Lucifer heißt, ein scheinbarer Lichtträger, der hinter dem Schein des Lichts Finsternis verbreitet. Die Marktideologie wird damit zur politischen Theologie, die von dieser Dämonologie ausgeht.

Die neoliberale Marktideologie verfißt vermeintliche Selbstheilungskräfte des Marktes, in deren Namen sie gegen jedes konkrete Projekt irgendwelcher Krisenlösungen antritt. Im Namen solchen angeblichen Realismus ist sie dann anti-utopisch, indem sie jede konkrete Problemlösung als utopisch oder utopienspiert denunziert. Sie ist anti-terroristisch, indem sie jeden Terrorismus als Ergebnis von Interventionismus oder Utopismus darstellt. Als Ergebnis dieser Antis ist sie dann anti-kommunistisch, da sie Interventionismus, Utopismus und Terrorismus letztlich als Ergebnis des Kommunismus auffaßt, der wiederum als Zentrum der Weltverschwörung gegen die *societas perfecta* des Marktautomatismus angesehen wird. Die Marktideologie hat damit überhaupt

keine konkreten Inhalte. Indem sie sich von der Wirklichkeit emanzipiert hat, hat sie über die Wirklichkeit nichts mehr zu sagen. Auf alle Probleme hat sie immer nur die eine prinzipiell deduzierte Antwort: mehr Markt. Sie kann daher nicht einmal sagen, was sie ist. Als Namen für dieses Nichts benutzt sie das Wort Freiheit. Aber der Inhalt dieses Wortes ist nur die Zusammenfassung aller dieser Antis, die im Namen des Marktes ausgesprochen werden. Freiheit ist da, wo der Kommunismus nicht ist. Sie ist einfach die Summe aller Bedingungen für die Totalisierung des Marktes, die ihrerseits die Emanzipation von der Wirklichkeit ist.²

Daß sich die Wirklichkeit als Welt der Bedürfnisbefriedigung weiterhin geltend macht, wird daher als ständige Gegenwart des Reiches des Bösen empfunden, das eine Weltverschwörung gegen den Marktautomatismus als Gegenwart der Vollkommenheit in der Welt darstellt. Die ganze Gesellschaft muß gegen das Reich des Bösen mobilisiert werden, obwohl es unausrottbar ist. Die Weltverschwörung gibt den mythischen gemeinsamen Nenner für diesen Kampf gegen das Reich des Bösen. Es ist in alles verwickelt. Alles Negative dieser Welt bekommt jetzt ein Zentrum, hinter dem der Dämon steckt. In einer Rede vor dem Kongreß, in der Reagan 100 Millionen Dollar für die Contras in Nicaragua fordert, sagt er:

»Nein, es scheint überhaupt kein Verbrechen zu geben, in das die Sandinisten nicht verwickelt sind; dies ist ein Regime außerhalb des Gesetzes.« (Die Rede ist abgedruckt in *Barricada*, Managua, 19.3.86)

Da der Gegner die absolute Bosheit ist, braucht man ihm auch nichts mehr zu beweisen. Auch ohne Beweis ist er schuldig. Stellt sich heraus, daß dieser Gegner ein bestimmtes Verbrechen gar nicht begangen hat, so steht doch fest, daß er es begangen haben könnte. Wenn er konsequent gewesen wäre, hätte er es sogar begehen müssen. Hat er es dennoch nicht begangen, so ist die Tatsache, daß er es nicht begangen hat, nur ein Beweis dafür, daß er ein Heuchler ist oder ein Feigling. Man tut ihm folglich gar nicht Unrecht, wenn man ihm unterstellt, ein Verbrechen begangen zu haben, mit dem er nichts zu tun hat. Man kann daher behaupten, man habe Beweise, und man kann Beweise fabrizieren. Fälschung ist das nicht, denn man unterstellt dem Gegner ja nur das, was er seinem Wesen nach getan haben muß. Der Gegner wird zum objektiven Feind, dem gegenüber Argumente nicht zählen. Er wird zum Nicht-Wert.³

3. Säkularisierte und apokalyptische Antiutopie

Der als totaler Markt vergegenwärtigte Marktautomatismus ist utopisch im Sinne einer *societas perfecta*, einer vollkommenen Institution. Es handelt sich aber um eine Utopie, die gar nicht als solche wahrgenommen, sondern mit der Wirklichkeit selbst identifiziert wird. Sie anzuerkennen gilt daher als Realismus oder Pragmatismus. Eben dieser Realismus wird dann allen Utopien gegenübergestellt, so daß alle Vorstellungen von Freiheit oder Solidarität, die den Markt in Zweifel stellen, als Utopien gelten. Die Ideologie des totalen Marktes gibt sich daher als antiutopisch. Und sie ist es tatsächlich in bezug auf alle Utopien oder utopischen Horizonte, die eine konkrete Freiheit oder Solidarität

vergegenwärtigen. Da dies insbesondere die sozialistischen Utopien tun, ist die Ideologie des totalen Marktes antiutopisch in bezug auf sie. Daher sind Antiutopie und Antimesianismus ihre Grundzüge, solange es um utopische Projektionen der Lösung konkreter Probleme geht.

Aus dieser ihrer Antiutopie zieht die Ideologie des totalen Marktes utopische Konsequenzen. Sie entwickelt eine Utopie, deren Verwirklichung als Ergebnis der Zerstörung aller Utopien versprochen wird. Utopische Bewegungen und utopische Bilder zu zerstören erscheint jetzt als Weg, die Utopie zu verwirklichen. Aus dem hektischen Antiutopismus dieser Ideologie folgt das utopische Versprechen einer neuen Welt. Die Grundthese ist: Wer die Utopie zerstört, der verwirklicht sie. Dieser utopische Horizont der Antiutopie zeigt sich schon daran, daß der totale Markt als vollkommene Konkurrenz angeboten wird. Die Bezeichnungen, die man wählt, verraten den illusionären Utopismus. Reagan bezeichnet die aggressive totale Marktgesellschaft als »leuchtende Stadt auf dem Berge«, was in der esoterischen US-Sprache nichts weiter bedeutet als ein Neues Jerusalem oder ein Tausendjähriges Reich. Ebenso kündigt Reagan die US-Gesellschaft als »ewiges Licht« an, als »Dom der Freiheit« und als einen »Leuchtturm« für alle Ewigkeit. So bekommt die *societas perfecta* des Marktautomatismus ihren utopischen Schein, der um so mehr leuchtet, je finsterer die Weltverschwörung des Reiches des Bösen ist. Um diese Utopie hell erscheinen zu lassen, muß man lediglich die Utopisten, die das Reich des Bösen begründen, vernichten.

Der Weg zu dieser Utopie ist daher nicht, den Frieden und eine solidarische menschliche Entwicklung zu sichern. Ganz im Gegenteil. Die das wollen, sind ja gerade die Utopisten. Den Kampf muß man sichern und die Solidarität zerstören, damit die Menschheit zu sich selbst findet. Es ist das Reich des Bösen, das den Frieden und die solidarische Entwicklung der Menschheit will. Leben aber ist Kampf, Freiheit. Leben ist die Freiheit, kämpfen zu können. Der Kampf ist das Lebensprinzip der Gesellschaft. Wer folglich gegen den Kampf ist, ist gegen das Lebensprinzip der Menschheit. Man muß also einen Kampf führen, um dieses Lebensprinzip der Gesellschaft, das der Kampf ist, zu sichern. Die Utopie bedroht diesen Kampf, und daher ist der totale Krieg gegen die Utopie zu führen. Gewinnt man ihn, dann ist durch den Kampf und seine Sicherung als Lebensprinzip der Menschheit eine neue Welt geschaffen, die dann eben utopisch gefeiert wird. Die Ideologie des totalen Marktes ist nichts weiter als die liberale Form der Entwicklung dieser Kampffideologie. Es ist die Ideologie eines Kampfes, der im Markt geführt wird und der das Lebensprinzip des Marktes ist. Dieser Kampf muß gegen die Interventionisten geschützt werden, um seine Früchte bringen zu können. Mehr Markt ist daher eine Devise, die diesen Marktkampf auszuweiten und zu sichern bestimmt ist. Der Kampf gegen die Utopie ist auch hier der Kampf, der darum geführt wird, kämpfen zu können. Als Gegner erscheint zusammen mit der Utopie jeglicher Humanismus, dessen Zerstörung wiederum als Wiedergewinnung des Humanen gefeiert wird.⁴ Die Utopie muß zerstört werden, damit der Mensch Mensch sein kann, der Humanismus ist abzuschaffen, damit das Humane zum Vorschein kommt. Aber diese antiutopische Utopie feiert nicht nur das, was

ist. Sie begründet einen Prozeß des totalen Marktes, der eine endlose Dimension in die Zukunft hinein hat und dem man eine Perspektive zuschreibt. Diese utopische Zukunft hat zwei Gesichter. Auf der einen Seite wird diese Utopie durch eine Manipulierung der sozialistischen Utopie erzeugt, die man jetzt mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen verbindet. Dies impliziert einige Umformulierungen, wobei aber ganz zentral wichtige Hoffnungsvorstellungen der sozialistischen Tradition aufgenommen werden.

Man kann dies anhand der Rede Reagans an die deutsche Jugend in Ham-bach zeigen. Er stellt die Produktionsverhältnisse fest, indem er dazu auffordert,

»Teil einer neuen großen Bewegung des Fortschritts zu werden — des Zeitalters des Unterneh-mers. Kleine Unternehmen werden die meisten der neuen Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen.«

Dieses verbindet er mit der glänzenden Zukunft, die gegen die Tyrannei aufge-baut werden soll:

»Sie können ihren Träumen bis zu den Sternen folgen ... Und wir, die wir in diesem großen Dom der Freiheit leben, dürfen nie vergessen: Wir werden die Zukunft glänzend vor uns sehen, wir werden neue Zinnen der Freiheit aufragen sehen und — auch dieses, wir können das Ende der Tyrannei voraussehen, wenn wir nur an unsere größten Stärken glauben — an unseren Mut, an unseren Wert, an unsere unbegrenzte Fähigkeit zur Liebe.«

Es folgt dann die Beschreibung der Zukunft, die in Sätzen mündet, die fast wörtlich von Bebel und Trotzki stammen:

»Wir werden das Außergewöhnliche zum Alltäglichen machen — so wirkt die Freiheit. Und die Geheimnisse unserer Zukunft gehören nicht nur uns hier in Europa und Amerika, sondern allen Menschen an allen Orten, für alle Zeiten ... Die Zukunft wartet auf Ihren schöpferischen Geist. Aus Ihren Reihen kann ein neuer Bach, ein neuer Beethoven, ein neuer Goethe und ein neuer Ot-to Hahn für Deutschlands Zukunft erwachsen.« (Zit. n. Frankfurter Rundschau, 7.5.1985)

Bebel hatte gesagt:

»Künftige Generationen werden ... ohne Mühe Aufgaben verwirklichen, woran hervorragende Köpfe in der Vergangenheit lange gedacht und Versuche zur Lösung gemacht haben, ohne zum Ziel gelangen zu können.« (Bebel)

Und Trotzki sagte:

»Der menschliche Durchschnitt wird sich bis zum Niveau eines Aristoteles, Goethe, Marx erhe-ben. Über diesen Berggrat werden sich neue Gipfel erheben.« (Trotzki)

Reagan verknüpft diese Utopie, die er die »wahre Revolution des Friedens in Freiheit« nennt, mit Utopien des technischen Fortschritts und der Utopie des Friedens als Resultat einer hemmungslos entfesselten Rüstung. Dieses aber stellt er dann als Gesetz der Geschichte dar:

»Die Geschichte ist nicht auf der Seite derer, die die Bedeutung von Worten wie Revolution, Freiheit und Frieden manipulieren. Die Geschichte ist vielmehr auf der Seite derjenigen, die für eine wahre Revolution des Friedens in Freiheit auf der ganzen Welt kämpfen.«

Diese Manipulation der sozialistischen Utopie zu ihrer Anpassung an kapitali-stische Produktionsverhältnisse und insbesondere zur Legitimierung des beste-henden US-Systems hat eine längere Geschichte. Die Vorarbeiten machte ins-besondere Zbigniew Brzezinski, der 1962 die Bedeutung der Kommunismus-vorstellung für die Stabilität des Sowjetsystems erörterte und bereits durch-

blicken ließ, daß eine solche ideologische Zukunftsperspektive in den USA fehle. In einem anderen und späteren Buch (Brzezinski 1970) versucht er dann, eine solche Utopie für das US-System zu konstruieren. Brzezinskis Lösung war sehr mechanisch. Man sieht bei Reagan, wie man es schließlich vorzieht, direkt die sozialistische Utopie für eigene Zwecke umzuformulieren.

Es handelt sich um eine säkulare Utopie, deren rationalistische Herkunft selbst dort, wo sie in ihr Gegenteil verwandelt wird, unverkennbar ist. Sie ist wichtig vor allem in den Kreisen der neuen Rechten in den USA, die direkt vom Neoliberalismus herkommen. In gewissem Maße dient sie ebenfalls dazu, dem generellen Kulturpessimismus entgegenzusteuern, der aus der Umweltproblematik und der daraus folgenden Kritik am technischen Fortschritt überhaupt entsteht. Sie ist aber ganz sicher nicht diejenige Utopie, die dieser neuen Rechten, deren Präsident Reagan ist, ihre Massenbasis — den »Konservatismus der Massen« — verschafft.

Diese Massenbasis kommt aus einer obskuren Tradition des christlichen, insbesondere protestantischen Fundamentalismus in den USA. Sie erinnert an die antisemitische Literatur der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Europa, und zwar sowohl in ihrem Primitivismus als auch in ihrem ausgeprägten Antisemitismus. Denn obwohl pro-israelisch, ist sie antijüdisch. Die Elemente, mit denen heute in den USA die Weltverschwörung des Reiches des Bösen vorgestellt werden, stammen aus dieser fundamentalistischen Tradition, wobei sie sehr gut in die aus dem Neoliberalismus stammende Ideologie des totalen Marktes passen. Diese fundamentalistische Tradition entstand in Verbindung mit einer rein privat verstandenen Religiosität. Sie wurde in den 70er Jahren zu einer expliziten politischen Theologie unter dem Einfluß insbesondere von Jerry Falwell und George Otis, die beide eine Art Rasputin am Hof des Präsidenten Reagan darstellen. Aus dem Zusammentreffen dieser fundamentalistischen Bewegung mit dem Neoliberalismus entstand die heutige neue Rechte in den USA. Die Brücke zwischen beiden ist der extreme Anti-Interventionismus, den beide auf Grund unterschiedlicher Traditionen teilen. Eine ähnliche Rolle spielt der Anti-Utopismus. Im Fundamentalismus werden alle Elemente, die der Neoliberalismus im Namen des Anti-Interventionismus bekämpft, als Werke des Anti-Christ angesehen, also metaphysisch und religiös interpretiert. Sozialismus insbesondere, aber ebenso jeder Reformismus, die Vereinigung Europas, die Vereinten Nationen und jeder Pazifismus, alle gewerkschaftlichen Aktivitäten, alles das sind in dieser Sicht Vorboten oder Werke des Anti-Christ, die aus dem Reich der Bestie aufsteigen. Im Unterschied aber zu den rationalistischen Resten der säkularen, manipulierten US-Utopie ist diese fundamentalistische Sicht der Geschichte pessimistisch. Ihr zufolge ist das Reich des Bösen überstark und führt zur Katastrophe der Menschheit. Obwohl sich die Guten dagegen wehren, führt die Aktivität des Bösen zur Endschlacht, »Armageddon« genannt — einer Art von Götterdämmerung.⁵ Aber in dieser Katastrophe liegt gerade die Hoffnung. Je schlimmer es wird, um so besser. Denn in der Endschlacht kommt Christus zurück. »Christus kommt« ist eine Hoffnung, die desto größer wird, je schlechter es geht. Und Christus kommt, um das Tausendjährige Reich zu gründen, das für die Guten bestimmt ist, die

sich gegen den Anti-Christ gewehrt haben. Die Interventionisten hingegen kommen für alle Ewigkeit in die Hölle. Die Guten aber sind schon hier die Träger dieses Tausendjährigen Reiches. Je mehr diese Vision politisch wird, um so mehr beginnt man vom »atomaren Armageddon« zu sprechen. Dieses auf sich zu nehmen, wird zum notwendigen »Opfergang« der USA erklärt. Der Atomkrieg selbst wird damit zur wahren Hoffnung, zur Durchgangsstation des Tausendjährigen Reiches. Sowohl Reagan als auch Weinberger machen sich derartige Visionen weitgehend zu eigen (vgl. Ege 1985, 20f.).

Das zugrundeliegende Geschichtsgesetz wird hier absolut metaphysisch und deterministisch. Diese Zukunft von Katastrophen wird als unabänderlich angesehen, als ewiger Beschluß Gottes, der in den biblischen Prophezeiungen festgeschrieben ist. Die Beschreibungen des Tausendjährigen Reiches, die dabei gegeben werden, sind nichts weiter als die Vorstellungen eines totalen Marktes, der total Wirklichkeit geworden ist.

So wird die utopische Welt der neuen US-Rechten vollständig. Sie hat für viele etwas. Aber immer hat sie als ihr zentrales Element die Vernichtung des Utopischen als die Durchgangsstation zur Utopie. Auf diese Weise gibt die manipulierte sozialistische Utopie und die ebenso manipulierte Hoffnung des Tausendjährigen Reiches der neuen Rechten der USA das leuchtende Gegenbild zum Reich des Bösen. Wenn daher Reagan heute die USA als »leuchtende Stadt auf dem Berge« und folglich als Tausendjähriges Reich bezeichnet, so hat dies einen durchaus anderen Sinn als die gleiche Bezeichnung im 19. Jahrhundert gehabt hat.

4. Sozialchirurgie: ein Krebsgeschwür wird ausgerottet

Der Prozeß der moralischen Zerstörung des Gegners folgt einem bestimmten Schematismus, der aus der generellen Anti-Haltung des heutigen bürgerlichen Denkens hervorgeht. Jede Behauptung eines eigenen Wertes wird aus der Negation des angeblichen Gegners abgeleitet. Je höher man folglich sich selbst bewertet, um so niedriger bewertet man den Gegner. Und da man sich selbst einen absoluten Wert zuspricht, wird der Gegner zum Nicht-Wert. Es sind insbesondere drei große Negationen, auf denen dies aufbaut: die Negation des Utopismus und Messianismus, die Negation des Etatismus und Interventionismus und die Negation des Terrorismus. Wahre oder scheinbare Probleme, die auf all diesen Gebieten tatsächlich existieren, sollen gelöst werden, indem man das radikale Gegenteil davon tut. Aber je radikaler man das Gegenteil davon tut, desto sicherer reproduziert man die Probleme auf radikalisiertem Niveau. Man will die Probleme der utopischen Aktion lösen, und schafft eine völlig irrationale antiutopische Utopie, die alle noch verbleibenden Sicherheiten bedroht und jeden Weg verbaut, überhaupt noch rational Probleme zu lösen. Man will den Terrorismus bekämpfen, aber schafft einen Terrorismus, der quantitativ und qualitativ alles übertrifft, was an Terrorismus tatsächlich zu bekämpfen wäre. Man erklärt daher, den Terrorismus ein für allemal beseitigen zu wollen. So sagt Reagan über die Geiselmorde in Beirut nach den Luftangriffen auf Libyen:

»Dies zeigt erneut, daß wir etwas tun müssen, um den Terrorismus ein für allemal und gemeinsam aufzuhalten.« (Zit. n. El País, 18.4.1986)

Und je mehr man dies ein für allemal tun will, um so mehr wird man terroristisch werden müssen. So wie die antiutopische Utopie entstand, entsteht jetzt der antiterroristische Terrorismus, der alles übertrifft, was der Terrorismus hätte tun können.

Das dritte Anti richtet sich gegen den Staat und den Interventionismus. Auch hier wird es wieder zu einer aktiven Negation. Der Staat muß zum absoluten Staat werden, um diesen Interventionismus beseitigen zu können. So wird aus der Anti-Staatlichkeit der absolute Staat. So sagt z.B. F.A. Hayek:

»Wenn eine Regierung zusammenbricht, und es keine anerkannten Regeln gibt, ist es notwendig, Regeln zu schaffen, um zu sagen, was man machen kann und was man nicht machen kann. Und unter diesen Umständen ist es praktisch unvermeidlich, daß jemand die absolute Macht bekommt. Eine absolute Macht, die gerade dazu benutzt werden sollte, jede absolute Macht für die Zukunft zu vermeiden oder zu begrenzen.« (Interview, Santiago de Chile, Mercurio, 12.4.1981)

Der absolute Utopismus, um die Utopie zu überwinden, der absolute Terrorismus, um den Terrorismus ein für allemal zu beseitigen, der absolute Staat, damit es nie wieder einen absoluten Staat geben kann, die absolut unbegrenzte Rüstung, damit alle Waffen ihre Gefährlichkeit verlieren. Das ist die totalitäre Dialektik. Kein einziges Problem wird gelöst, alle Probleme werden radikalisiert in den Nihilismus hinein. Dadurch wird eine völlig grenzenlose Dynamik geschaffen, die kein Ende hat, weil ja diese aktiven Negationen den Grund für ihre eigene Existenz ständig reproduzieren. Die totalitäre Machtdynamik kann dann ihren eigenen Ausgangspunkt, den totalen Markt, durchaus relativieren, so wie die Revolution ihre Kinder frißt. Die Dynamik verliert dann den scheinbaren Pragmatismus, mit dem sie beginnt, und wird selbstlos und damit zu unbegrenzter Radikalisierung fähig.⁶

Aber dieser Prozeß, der durch aktive Negation eine absolute Radikalisierung schafft, führt gleichzeitig zur völligen Entwertung des Gegners. Die Sozialtechnik des totalen Marktes wird daher zur Sauberkeitsaktion und Sozialchirurgie. Die Behauptung des absoluten Wertes des Lebens einiger Menschen führt nicht zur Behauptung des absoluten Wertes des Lebens aller Menschen, sondern zur Behauptung des Unwerts des Lebens der anderen. Diese Kampagne des Nicht-Wertes aller Gegner richtet sich in Zentralamerika insbesondere gegen Nicaragua, wobei die Kampagne gegen Libyen als Brücke benutzt wird. Dies begann in den Jahren 1984/85 mit der Propaganda gegen den Drogenhandel, wobei ständig behauptet wurde, die sandinistische Regierung von Nicaragua sei Zentrum des Drogenhandels in Lateinamerika. Die meisten Radio- und Fernsehstationen wiederholten mehrmals täglich folgenden Text: »Der Drogenhändler ist menschlicher Müll — denunziere ihn!«⁷ Seit September 1985 wird diese Bezugnahme auf den Gegner als menschlicher Müll zunehmend durch dessen Bezeichnung als Krebsgeschwür ersetzt. So nannte George Shultz vor der Kommission für auswärtige Beziehungen Nicaragua »ein Krebsgeschwür hier, auf unserem Kontinent, das sich durch die verschiedensten Mittel auszudehnen versucht« (La Nación, San José, 28.2.1986). Später erklärte er in der Universität von Kansas: »Nicaragua ist das Krebsgeschwür, und wir

müssen es ausmerzen.« (La Nación, 15.4.1986) Der Präsident der christdemokratischen Partei Italiens, Flaminio Piccoli, schloß sich ihm an: »Das Regime der Sandinisten ist ein bössartiges Krebsgeschwür, das die fatale Notwendigkeit hat, seine Revolution zu exportieren.« (La Nación, 22.3.1986) Elliot Abrams, Unterstaatssekretär für Interamerikanische Angelegenheiten, fügte hinzu, es sei schlimmer, Kommunist zu sein, als »ein Bandit oder Verbrecher« (La Nación, 20.12.1985). Über Ghaddafi sagte George Bush, er sei ein »tollwütiger Hund« (La Nación, 10.4.1986), als er den Flugzeugträger Enterprise im Mittelmeer besuchte, und Reagan benutzte den gleichen Ausdruck.⁸ Kurz vor den Luftangriffen auf Libyen kündigte Bush eine »chirurgische Operation« in Libyen an (La Nación, 14.4.1986).

In seiner Rede vor dem Kongreß anläßlich der Abstimmung über die Hilfe von 100 Millionen Dollar für die Contras in Nicaragua erwies sich Reagan als Chefkrebсарzt. Er sprach von der Gefahr, daß »das bössartige Krebsgeschwür in Managua« dabei sei, sich in eine »tödliche Bedrohung für die gesamte Neue Welt zu verwandeln«. Ebenso sprach er von der »Tragödie«, die es bedeuten könne, dieses »Krebsgeschwür« sich ausdehnen zu lassen.⁹ Er rief dazu auf, »ihrem Lande die Demokratie zu bringen und diese kommunistische Gefahr in der Wurzel auszurotten«. Wenn man das tut, sagt er dann, wird man folgendes Amerika haben:

»Wir werden ein sicheres Amerika hinterlassen, ein freies Amerika, wir werden es als immerwährenden Leuchtturm für die Menschheit hinterlassen, als ewiges Licht für alle Nationen.« (Der ungekürzte Text wurde in Zentralamerika nur in Managua veröffentlicht: *Barricada*, 19.3.1986)

Nach den Luftangriffen auf Libyen sagte Reagan, daß Nicaragua dabei sei, »ein anderes Libyen aufzubauen« (La Nación, 23.4.1986). Aber man wird dies nicht dulden, denn dies »gleicht Kriegshandlungen gegen das nordamerikanische Volk« (ebd.). In der totalitären Sprache bedeutet dies nichts weiter als die Ankündigung, Nicaragua so zu behandeln, wie man es mit Libyen getan hat. Hinter allen Drohungen steht die antiutopische Utopie, das Licht, das aus der Zerstörung der Finsternis hervorgeht. Aber das Reich des Bösen ist überall, Libyen ist überall, Nicaragua ist überall, überall ist auch Kuba. Alle aber haben einen Herrn, der eine Weltverschwörung leitet gegen die »leuchtende Stadt auf dem Berge«. Daher werden die nationalen Interessen der USA überall bedroht: am Panamakanal, am Suezkanal, an der Straße von Singapur, am Kap der guten Hoffnung, am Belt, an den Dardanellen, bei Gibraltar, auf den Philippinen und an vielen anderen Stellen. Die Fabrikation der Weltverschwörung, die durch aktive Negation zu bekämpfen ist, ist eine Projektion, die dazu dient, eine Diktatur der Nationalen Sicherheit über die Welt zu errichten. Was man will, ist diese Diktatur, und die Weltverschwörung ist ihre fiktive und mythische Begründung. Es findet ein Spiegelkampf statt, in dem der Kämpfer, der vor dem Spiegel steht, völlig real ist und im Namen seines Spiegelbildes gegen andere kämpft, die auch völlig real sind, aber jetzt als Krebsgeschwür angesehen werden. Diese drohende Welt-diktatur wird überraschend ähnlich begründet wie frühere *nationale* Diktaturen der Nationalen Sicherheit. Immer waren Antiutopismus, Antiterrorismus und Antietatismus die leitenden Spiegelbilder. Und immer wurde die Aufhebung der Menschenrechte und die Ne-

gation des Menschenwertes selbst durch die Analogie des Krebsgeschwürs begründet: Indonesien 1965, Chile 1973, Argentinien, Uruguay, Guatemala. Jetzt aber wird es als Weltpolitik angekündigt, die Weltdiktatur der Nationalen Sicherheit wird angestrebt.¹⁰ Die Besonderheiten dieser Politik ergeben sich vor allem daraus, daß die USA die erste Militär- und Atommacht der Welt sind. Je mehr sie ihre Politik durch Mythen interpretiert und sich dabei von der Wirklichkeit insgesamt so emanzipiert, wie dies schon die Ideologie des totalen Marktes tut, desto mehr ist sie zum kollektiven Selbstmord der Menschheit bereit und kann dies auch glaubhaft machen. Auf jener Macht, die sich daraus ableitet, können die USA den Versuch der Weltdiktatur begründen. Es ist Allmacht, aber ebenso negativ, wie alles nur durch Negationen erzeugt wird. Ist die Allmacht des Schöpfers die Macht, die Welt zu erschaffen, so ist die Allmacht dieser Mythologen, die Schöpfung zerstören zu können. Und ist nicht der, der die Schöpfung zerstört, so allmächtig, wie es der ist, der sie erschaffen hat?¹¹

5. Perspektiven des Widerstands

Wir stehen erneut vor einer nihilistischen Bewegung, die apokalyptisch motiviert ist, und deren Wurzel die Bereitschaft zum kollektiven Selbstmord ist. Aber es gibt keine militärische Lösung mehr. Sie wäre ja die Verwirklichung des — vielleicht noch unbewußten — Ziels eben dieser Bewegung, sein ersehntes Armageddon. Wahrscheinlich gibt es nicht einmal mehr die Lösung durch nationale Befreiungskriege. Diese setzen zumindest die Anerkennung von politischen Fakten voraus. Als nach 1917 die Bolschewiki siegten, setzte dieser Sieg die Anerkennung dieser politischen Tatsache durch die Westmächte voraus. Sie hätten durchaus, wie die USA in Nicaragua, Contras gründen können, um die Sowjetunion auszubluten, und der Bürgerkrieg wäre nie zu Ende gegangen. Ähnlich in Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Partisanen verloren, und die Sowjetunion unter Stalin erkannte diese politische Tatsache an. Sie hätte ebenso Contras gründen können, um Griechenland auszubluten. Wenn aber die erste Weltmacht nicht mehr politische Tatsachen anerkennt, sondern Politik in der Idee der Verwirklichung eines Mythos auflöst, werden die Fakten selbst aufgelöst. Es gibt dann keine politischen Tatsachen mehr, und alles wird aufgelöst von einem aggressiven Mythos, der selbst nichts weiter ist als ein schreiendes Nichts, das allerdings in seinem Abgrund die Welt verschwinden lassen kann.

Eine Lösung muß sehr elementar sein und wird die Aktivität der Opposition in den wichtigsten Ländern zur Voraussetzung haben. Da aber Waffen wenig helfen, muß es sich vor allem um unbewaffneten, zivilen Widerstand handeln. Dies kann bedeuten, daß für diejenigen, die Widerstand üben, die Welt diokletianisch¹² wird. Aber jeder Widerstand muß ein Ziel haben. Ehe man überhaupt von Menschenrechten oder sogar von einer Wirklichkeit reden kann, muß man sagen können, welcher Mensch eigentlich geachtet werden soll. Daß kein Mensch menschlicher Müll ist, niemand tollwütiger Hund oder Bestie mit menschlichem Gesicht ist, daß niemand Schädling, Parasit und auf dem Ni-

veau von Flöhen und Wanzen zu behandeln ist, daß niemand ein Krebsgeschwür am Volkskörper ist, das ausgemerzt werden muß, das muß erst einmal wieder festgestellt werden. Es ist etwas absolut Neues innerhalb des westlichen Systems. Spricht man übereilt von Menschenrechten, so übersieht man, daß ja ein Großteil der Menschen überhaupt nicht als Menschen angesehen wird und folglich gar nicht als Subjekt von Rechten in Frage kommt. Welchen Sinn hat es, von Menschenrechten zu sprechen, wenn die bedeutendste Großmacht unserer Zeit ganze Menschengruppen als Krebsgeschwür am Volkskörper erklärt und behandelt? Daß der Arme, der Ausgestoßene, aber auch derjenige, der Widerstand leistet, ein Mensch ist, ist keineswegs selbstverständlich und war es nie. Viele Deklamationen für alle Menschen schließen faktisch nur einen Teil der Menschheit ein. Es ist jahrhundertealte europäische und US-Tradition, Menschenrechtserklärungen abzugeben unter dem Vorbehalt, daß ja nicht alle Menschen tatsächlich Menschen sind. Von der Erklärung, daß die Urbevölkerung Amerikas Lebewesen ohne menschliche Seele seien, bis zum Untermenschen und zum Krebsgeschwür geht eine kontinuierliche Linie unserer Tradition.¹³

Es gibt einen Prozeß der inneren Aushöhlung der Menschenrechte. Er wird besonders deutlich in der Beschränkung der Menschenrechte auf die liberalen Menschenrechte, deren Tendenz es ist, die Gesellschaftsordnung auf den Marktautomatismus festzulegen. Da der Markt automatisch ganzen Menschengruppen die konkreten Lebensmöglichkeiten nimmt, erscheinen immer diese Ausgeschlossenen als nicht volle Menschen. Der Markt läßt den einen Menschlichkeit, die den anderen unerreichbar ist. Man kann aber nur Mensch sein, wenn man die Möglichkeiten zum konkreten Leben hat. Dies schließt unverzichtbar die Möglichkeiten des materiellen Lebens ein. Es liegt im Wesen der Marktgesellschaft, diese konkreten Lebensmöglichkeiten von den Marktergebnissen abhängig und daher für bestimmte Menschengruppen unzugänglich zu machen.

Man kann Menschenrechte überhaupt nur sichern, wenn man davon ausgeht, daß alle Menschen legitime Subjekte konkreter Lebensmöglichkeiten sind. Dies aber impliziert einen Konflikt mit der Marktgesellschaft, deren zentraler Regelungsmechanismus der Marktautomatismus ist. Aus diesem Grunde ist die Überwindung des Marktautomatismus die Bedingung, das Menschenleben so zu gestalten, daß es möglich wird, allen Menschen die Menschenwürde zuzugestehen und sie daher als Subjekte von Menschenrechten überhaupt ansehen und behandeln zu können. Das aber impliziert die Kontrolle des Marktes durch einen globalen Plan, d.h. einen Interventionismus, der durch einen Plan geordnet ist und daher allen Menschen die Chance geben kann, sich wirtschaftlich zu integrieren und damit zu konkreten Subjekten zu werden.

Anmerkungen

- 1 Dieser Widerspruch des Anti-Interventionismus wird von Neoliberalen häufig gesehen, obwohl daraus keine Schlüsse gezogen werden. Bereits Popper hält »einen absoluten Anti-Interventionismus« für unhaltbar, »schon aus rein logischen Gründen, denn seine Vertreter müßten politische Interventionen zur Verhinderung von Interventionen befürworten«.

Dennoch erklärt er gleichzeitig, daß »der Anti-Interventionismus als *typisch technologische* Lehre bezeichnet werden kann« (Popper 1974, 49). Wie man etwas als typisch technologische Lehre bezeichnen kann, das sogar »logisch« unmöglich ist, erklärt Popper nicht. — In einem Interview drückt Stockman diesen Widerspruch auf folgende Weise aus: »Im rationalen Sinne war (die Reagan-Revolution) machbar. Sie bot ein umfassendes anti-wohlfahrtsstaatliches Programm, um der amerikanischen Wirtschaft mehr Dynamik und gesundes Wachstum zu verschaffen. Aber damit waren derart radikale Änderungen in der Ausgaben- und der Einnahmenstruktur des Landes verbunden, daß die Revolution im ganzen politisch nicht machbar war.« (Spiegel 16/1986, 203) Jetzt haben wir den Widerspruch zwischen dem, was im rationalen Sinne machbar ist, und dem politisch Machbaren. Gibt es zwei verschiedene Machbarkeiten, eine rationale und eine politische? An einer anderen Stelle sagt Stockman, nur ein eiserner Kanzler hätte politisch machbar machen können, was rational machbar war. Wieviel Eisen hätte dieser Kanzler eigentlich gebraucht? Gibt es überhaupt soviel Eisen? Die der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik inhärente Logik zum absoluten Staat wird hier offensichtlich. Hinter dieser Tendenz scheint hervor, daß auch kein absoluter Staat fähig ist, diesen Anti-Interventionismus machbar zu machen. Die angebliche rationale Machbarkeit ist nichts weiter als die theoretische Konstruktion einer vollkommenen Institution, die eine totalitäre Tendenz in sich trägt. Sie hörte mit dem Rücktritt Stockmans nicht auf. Vielmehr wird der Versuch einer Schockpolitik durch einen endlosen, irrationalen Prozeß abgelöst. Der »eiserner Kanzler« Bismarck hingegen versuchte nichts Unmögliches, sondern setzte eben das Mögliche durch: eine systematische Interventionspolitik.

- 2 Die Emanzipation von der Wirklichkeit deutet sich in Reagans Sprache ganz allgemein an. Reagan nimmt nicht zur Kenntnis, daß es überhaupt eine Sowjetunion gibt. Für ihn gibt es nur »Russen«. Die USA sind für ihn »Amerika«, und die US-Bürger sind die »Amerikaner«. Wenn es einen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion gibt, so handelt es sich um einen Konflikt zwischen Amerika und den Russen. Diese Sprache bringt überhaupt die politischen Tatsachen nicht zum Ausdruck. In Lateinamerika fürchtet man daher, daß der Satz: »Amerika den Amerikanern« in Wirklichkeit bedeutet: Ganz Amerika für die USA.
- 3 Im November 1985 wurde in Costa Rica ein gefälschter Brief veröffentlicht, den Ex-Präsident José Figueres angeblich an die Botschafterin von Nicaragua geschrieben hatte und der Figueres als Landesverräter entlarven sollte. Henrique Benavides, Kolumnist der Tageszeitung La Nación, San José, schrieb daraufhin: »Wenn der Brief wirklich nicht geschrieben wurde, so hätte er doch geschrieben werden sollen. Der Brief ist gut entworfen, er spiegelt Tatsachen wider, die allgemein bekannt sind ... Es war ein notwendiger Brief.« — Eine ähnliche Situation spiegelt sich in der US-Presse nach dem Angriff auf Libyen wider. Nach dem Bombenangriff, in dem durch einen US-Piloten, der auf Befehl Reagans handelte, zwei ihrer Söhne verletzt wurden und nur durch Zufall dem Tod entgingen, schwor Frau Ghaddafi, den Piloten mit eigenen Händen zu töten. Der Journalist schloß daraus, daß sie eine Terroristin sei und folglich der Überfall, dessen Opfer ihre Söhne wurden, gerechtfertigt war. »For all its staginess, the eerie scene was another reminder that despite last week's precautions, the madness of terrorism is far from over.« (Time, 5.5.1986, 13) Die Wirklichkeit ist in beiden Fällen völlig tautologisiert. Je mehr antiterroristische Terrorakte der US-Regierung zunehmen, desto mehr Bestätigung wird es dafür geben, daß sie notwendig sind. Man sollte dabei nie vergessen, daß der totalitäre Terror immer antiterroristischer Terror war, weswegen er immer ein gutes Gewissen gehabt hat. Es ist Terror aus Menschlichkeit, als kategorischer Imperativ, als Moral, und ohne konkreten politischen Zweck oder Anlaß.
- 4 Diese Mystik des Kampfes kann man auch bei Paul A. Samuelson finden, dem Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften: »Ob nun Mutter Natur die Verschiedenheit liebt oder nicht, so steht doch fest, daß sie jeweils diejenige Gattung unterstützt, die ihre höchste Gunst genießt: und das ist jene, die im Darwinschen Existenzkampf überlebt ... Schon die Tatsache, sich mit dem Ellenbogen zum abfliegenden Hubschrauber durchboxen zu können oder die grimmige Ozeanreise im Bauch eines Sklavenschiffes zu überstehen, gibt die Garantie für Energie und Fähigkeit.« (Newsweek, 26.5.1975) Mutter Natur, das ist der Kampf

- und der Wettbewerb. Wer sie einschränken oder beseitigen will, vergeht sich gegen die Natur. Reagan sprach daher vom Kommunismus als von »einer Art von Wahnsinn, die der menschlichen Natur zuwiderläuft« (FAZ, 20.11.1975). Pazifismus, Sozialismus, Interventionismus und Reformismus sind Aufstand gegen die Natur, sind Anti-Natur. Diese als Naturmystik auftauchende Kampfmystik steht ebenfalls hinter der Rückkehr zur Geopolitik, die im westlichen Militärsystem zur bestimmenden Ideologie geworden ist (vgl. Hinkelammert 1976, 53ff.). Sie tauchte auch wieder auf in der Erklärung von Santa Fé, der Regierungserklärung für die erste Regierungsperiode Reagans (vgl. Hinkelammert 1984a, 58ff.).
- 5 Stockman (1986) bezeugt diese Nähe von Fundamentalismus und Neoliberalismus. Alles, was nicht Markt ist, ist Ungeheuer und Monster. Von einem linksliberalen Professor sagt er, daß er »innerhalb von drei Monaten alles zerstörte, woran ich geglaubt hatte, vom lieben Gott bis zum Sternenbanner« (16/201). Politik ist überhaupt Interventionismus: »Die Politiker ruinieren den amerikanischen Kapitalismus.« (16/210) Interventionismus schafft Abhängigkeit. Stockman will die Nabelschnüre der Abhängigkeit kappen. (...) Mein Plan setze auf den kurzen, scharfen Schmerz zugunsten langfristiger Gesundheit. (...) Das bedeutet auch den sofortigen Stopp der Sozialhilfe für arbeitsfähige Bedürftige. (...) Nur ein eiserner Kanzler hätte es durchsetzen können« (16/219), ein »Drachentöter« (16/222). Er erzählt, wie er in die Hände der Utopisten fiel: Er »wurde von einer Horde linker Friedensfreaks in zwei riesige Sündenbabel verschleppt«. Eines war ein Seminar mit liberalem Gedankengut: »atomare Abrüstung, Rassenintegration« und sonstige Utopien. Vom andern sagt er, »mit welchem Schrecken ich in der Halle des UNO-Gebäudes stand, jener Bastion der Entspannungsbefürworter, Kommunisten und linken Ketzer. Ich zitterte bei dem Gedanken an Gottes Zorn angesichts meines Aufenthalts an diesem Marktplatz der Frevelhaftigkeit ...« (17/177) Was er nicht erwähnt, aber durchaus präsent hat: es ist der Ort des Anti-Christ. Danach las er Niebuhr und ward gerettet: »Niebuhr war ein erbarmungsloser Kritiker des Utopismus.« (17/177) Er wurde jetzt selbst zum Drachentöter. Über den »Hang zur Staatswirtschaft« spricht er als »diesem Ungeheuer« und sagt: »... ich bekämpfte es mit einem Schwert aus der Schmiede des Marktwirtschaftlers F.A. Hayek.« Im Kampf gegen die Utopie kehrt ihm dabei die Utopie zurück: »In einem tieferen Sinne war jedoch die neue Angebotsdoktrin nichts anderes als eine Neuauflage meines alten Sozialidealismus in neuer und, wie ich glaubte, ausgereifter Form. Die Welt konnte noch einmal von vorn beginnen. Die sich jetzt häufenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen könnten überwunden werden. Die älteren, ererbten Übel des Rassismus und der Verarmung ließen sich durch gründliche Reformen beseitigen, indem man bei den politischen Ursachen ansetzte. Vor allem aber bot die Angebotsdoktrin eine idealistische Alternative zu der vorherrschenden zynisch-pessimistischen Grundstimmung der Zeit.« (17/185) Die gründlichen Reformen, die bei den politischen Ursachen ansetzen, sind aber Aktionen gegen jeden Interventionismus, gegen jede Politik. In diesem merkwürdigen Sozialidealismus wird dem Arbeitslosen geholfen, indem man ihm die Arbeitslosenunterstützung streicht, was dann als Durchgangsstation zur Beseitigung der Armut gefeiert wird. — Das alles hat einen religiösen Hintergrund, der gerade mit dem christlichen Fundamentalismus übereinstimmt. Daher spricht Stockman — und völlig im Ernst — vom Angebots-Evangelium (vgl. 17/185) und sagt von Reagan, er sei »zur Angebotsreligion konvertiert« (17/192). Hier wird in einer Biographie die Entstehung der antiutopischen Utopie deutlich (zur Ideologie des Neoliberalismus vgl. Hinkelammert 1984b, 53-94).
- 6 Staatliche Pressezensur ist kein wesentlicher Teil des Totalitarismus. Die totalitäre Bewegung muß zwar die Kommunikationsmittel kontrollieren, aber diese Kontrolle kann ebenso über das Privateigentum erfolgen. Dies ist die heutige Form. Das öffentliche Fernsehen in der Bundesrepublik wird ja nicht angegriffen, weil es eine Staatskontrolle über die Kommunikationsmittel darstellt. Es wird angegriffen, um die Kontrolle darüber zu bekommen. Die Einführung des privaten Fernsehens ist ein Mittel der Kommunikationsmittelkontrolle, das ideologisch als Freiheit ausgegeben wird. Die Kontrolle erfolgt hauptsächlich über die Finanzierung der Werbung. Wenn die Gesellschaft sich polarisiert, spaltet sich die Geschäftswelt ja nicht, sondern begründet einen der Pole. Je mehr die Polarisierung fortschreitet, desto mehr wird daher die Werbung zu einer homogenen Kontrollinstanz, zu der es kein irgendwie relevantes Gegengewicht gibt. — Soweit die Pressekontrolle durch die Ge-

- schäftswelt nicht ausreichend war, wurde in den Regimen der Nationalen Sicherheit Lateinamerikas der Mord an Journalisten eingesetzt, insbesondere in El Salvador, Guatemala, Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien. Die staatliche Pressezensur spielt nur eine punktuelle Rolle.
- 7 Nach dem Unglück im Kernkraftwerk von Tschernobyl berichtete UPI gemäß einer ungenannten Informantin, daß die Toten nicht beerdigt, sondern zum Atom Müll geworfen würden (Nación, San José, 30.4.1986). Die gefälschte Nachricht enthüllt, daß derjenige, der sie übermittelt, andere Menschen für Müll hält. Sie sind Müll, folglich behandeln sie sich wie Müll.
 - 8 Der »tollwütige Hund« hat Geschichte. Wyschinski, der Chefankläger in den Stalinschen Säuberungsprozessen, schloß seine Anklagerede im Prozeß gegen Sinowjew, Kamenev etc. mit dem Satz: »Erschießt sie wie tollwütige Hunde.« Ebenfalls erklärte er sie für Terroristen. Der Form nach waren die Säuberungsprozesse Antiterroristenprozesse (vgl. Pirker 1963, 141).
 - 9 Diese Art Bezugnahme auf den Gegner ist tatsächlich uralte. Cicero nennt die Anhänger Catilinas »Müll« und ihre Bewegung eine »Krankheit der Republik«, die nur durch den Tod aller geheilt werden kann. »... nichts ist genügend grausam, sondern jede Entscheidung, die wir treffen, ist human und mitfühlend.« Und er wünscht ihnen »ewige Strafen«. Über Catilina äußert er sich wie Reagan über die Sandinisten: »Gibt es irgendein Verbrechen oder eine Bosheit, die er nicht in den letzten Jahren begangen hätte?« — Das römische Reich benannte die Christen ganz ähnlich. Die Christen benannten später wiederum ihre Gegner nach diesem Schema. Schon die Inquisition nannte Ketzereibewegungen »Geschwüre«. John Locke rief dazu auf, die Gegner wie »wilde Tiere« zu behandeln. Die Päpste nannten im 19. und 20. Jahrhundert marxistische Bewegungen »pestilenz« und »wesentlich pervers«. — Immer geht es darum, den Gegner moralisch zu entwürdigen, bevor man gegen ihn vorgeht. Neu ist hingegen, daß diese Handlungsweisen aus der sozialtechnisch interpretierten *societas perfecta* entwickelt werden und dann zu einem Terror auf nie gekanntem Niveau führen (vgl. Arendt 1955). Wichtigster Vorläufer ist die Inquisition des Mittelalters, die zum ersten Mal die *societas perfecta* — auf die Kirche bezogen — zum Ausgangspunkt des Terrors hat (vgl. hierzu Hinkelammert 1975, 200-313, und Cohn 1975).
 - 10 Der Totalitarismus, wie er hier angesprochen wird, ist eine Art Geist — oder Ungeist — der Institutionen. Er ist aber keine Institution und kann daher auch durch institutionelle Garantien nicht aufgehalten werden. Vor allem dürfte heute kein Zweifel mehr daran sein, daß die bürgerliche Demokratie — als Institution verstanden — in keiner Weise eine Garantie gegen den Totalitarismus ist. Totalitarismus ist hier verstanden als eine Bewegung, die von der Vorstellung einer vollkommenen Institution aus die Welt radikal polarisiert, wobei die aus der vollkommenen Institution abgeleitete Sozialtechnik zum gesellschaftlichen Terror wird. Indem die vollkommene Institution als einzige nötige erscheint, wird das Subjekt auf eine einzige soziale Beziehung reduziert und damit isoliert, in der heutigen totalitären Bewegung auf Marktbeziehungen. Dieser Totalitarismusbegriff stützt sich auf die Theorie von Hannah Arendt (1955). Er ist dem Totalitarismusbegriff von Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski (1956) entgegengesetzt. Friedrich geht von institutionellen Kriterien aus, wobei er nicht über eine einfache Beschreibung von politischen Systemen hinauskommt. Er nimmt dabei solche Kriterien heraus, die auf den politischen Gegner und nicht auf das eigene System passen, so daß dieser fraglos als totalitär denunziert werden kann. Der andere ist es, man selbst kann es per definitionem gar nicht sein. Friedrich definiert das Problem weg. Damit aber wird der Totalitarismusbegriff gerade zu einem Element totalitärer Polarisierung der Welt und verliert den kritischen Wert, den er bei Hannah Arendt hat. Auf der Basis der Theorie von Friedrich kann sich der heutige Totalitarismus dann als totaler Kampf gegen den Totalitarismus darstellen. — Jeane Kirkpatrick hat dies für Lateinamerika durchgeführt, so daß heute in Lateinamerika die tatsächlich — in den Begriffen von Hannah Arendt — totalitären Regime wie die Militärdiktaturen von Chile, Argentinien und Uruguay, aber auch die Regime von El Salvador und Guatemala als autoritäre, freihheitliche Regime bezeichnet werden. Tatsächlich hat sich nach dem italienischen Faschismus, der sich totalitär nannte, obwohl er es im heutigen Verständnis wohl nicht war, kein einziges totalitäres Regime diesen Namen gegeben. Schon die Nazis lehnten für ihr System den Namen totalitär ab und nannten es autoritär.

- 11 Gerade der Glaube an Gott ist die Basis für diese Glaubwürdigkeit der Bereitschaft zum kollektiven Selbstmord der Menschheit. Es ist eine Legende zu glauben, daß Gottesglaube und Moralität irgendeine notwendige Beziehung a priori haben. Auch die totale Immoralität setzt den Gottesglauben voraus. Hierzu gehört die vor allem in den USA und Lateinamerika verbreitete Legende, der Nazismus sei atheistisch gewesen. Er war es nicht. Der Herrgott, der Allmächtige und die Vorsehung spielen eine zentrale Rolle in der Rechtfertigung des absoluten Unrechts durch den Nazismus. Den Satz Dostojewskis: »Wenn es keinen Gott gibt, ist alles erlaubt«, kann man genauso gut umdrehen: Wenn es einen Gott gibt, ist alle Immoralität möglich. An Gott zu glauben, macht den kollektiven Selbstmord der Menschheit möglich, weil er ihm eine scheinbare Rationalität verleiht. Er kann als Wille Gottes erklärt werden, und kann Gott, der einmal die Erde geschaffen hat, dies nicht auch ein zweites Mal tun? Gott wird dann zur Rechtfertigung der absoluten Verantwortungslosigkeit. — Der Gottesglaube kann nur befreiend wirken, wenn er im diesseitigen körperlichen Leben verankert ist. Wenn Bischof Vega, Präsident der Bischofskonferenz von Nicaragua, sagt: »El hombre sin alma no vale nada, y sin cuerpo vive« (der Mensch ohne Seele ist nichts wert, und er ist ohne Körper lebendig), drückt er diese absolute Immoralität aus, die aus dem Gottesglauben folgen kann und eine lange Geschichte hat. Im kollektiven Selbstmord wird dieser aufs Individuum hin gesprochene Satz einfach auf die Menschheit angewandt. Bischof Vega will sagen, daß eben der Terror der Contras nur den Körper betrifft, ohne den der Mensch leben kann, während die Sandinisten die Seele töten. Das ist nichts anderes als eine Apotheotik des Völkermords. — Das Verhältnis zwischen Theismus und Atheismus wird damit natürlich komplexer. Atheismus kann zum »Alles ist erlaubt« führen, wie Dostojewski sagt. Auf der anderen Seite aber ist gerade der Atheismus unfähig, den kollektiven Selbstmord der Menschheit als Verwirklichung des wahren Menschen zu rationalisieren. Moralität und Immoralität korrelieren offensichtlich nicht mit Theismus und Atheismus (vgl. Hinkelammert 1985).
- 12 Diocletian hat im Jahre 303 die Christenverfolgung angeordnet.
- 13 Wo in Lateinamerika der Totalitarismus vordringt, gibt es so gut wie keine politischen Gefangenen. Ebenso wenig spielen Konzentrationslager oder Gefängnisse im klassischen Sinne des 19. Jahrhunderts eine bedeutende Rolle. Man verschwindet im schwarzen Loch der Polizeiapparate, und Folter- und Vernichtungsstätten sind der Weg zum Tode, der jeder Öffentlichkeit entzogen ist. Die Existenz politischer Gefangener setzt die Anerkennung von Subjekten voraus, deren Rechte verletzt werden. Obwohl Menschenrechte verletzt werden, bleibt das Subjekt der Menschenrechte bestehen. Der Protest hat folglich Sinn, und es gibt eine Perspektive für die zukünftige Entwicklung. Der Totalitarismus der Regimes der Nationalen Sicherheit hingegen löscht das Subjekt selbst aus. Nicht nur, daß es nicht anerkannt wird. Tatsächlich existiert es nicht, wenn es nicht anerkannt wird. Der Mensch ist eben von Natur aus kein Subjekt, sondern ein Lebewesen, das zum Subjekt werden kann, wenn es sich in einer gegenseitigen Beziehung als Subjekt anerkennt. In der Diskussion um den Totalitarismus hat nur Hannah Arendt diese Perspektive gesehen.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah, 1955: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft
 Brzezinski, Zbigniew, 1962: Ideology and Power in Soviet Politics. New York
 Ders., 1970: Between Two Ages. Americas Role in the Technocratic Era.
 Cohn, Norman: Europe's inner demons
 Ege, Konrad, 1985: In: Le Monde Diplomatique en espagnol, Dez.
 Friedman, Milton, 1984: Kapitalismus und Freiheit. Frankfurt/M., West-Berlin, Wien
 Friedrich, Carl J., und Zbigniew Brzezinski, 1956: Totalitarian Dictatorship and Autocracy. Cambridge/Mass.
 Hinkelammert, Franz J., 1975: El Dios mortal: Lucifer y la Bestia. La legitimación de la dominación en la Tradición Cristiana. In: Tamez/Trinidad (Hrsg.): Capitalismo: Violencia y Anti-Vida, Bd.I
 Ders., 1976: Die Radikalisierung der Christdemokraten. West-Berlin
 Ders., 1984a: Die Politik des »totalen Marktes«. Ihre Theologisierung und unsere Antwort. In: Ev. Studentengemeinde (Hrsg.): Kirche und Kapitalismus. Stuttgart
 Ders., 1984b: La Critica de la Razon Utopica. San José
 Ders., 1985: Die ideologischen Waffen des Todes. Münster
 Pirker, Theo (Hrsg.), 1963: Die Moskauer Schauprozesse 1936-1938. München
 Popper, Karl R., 1974: Das Elend des Historizismus. Tübingen
 Stockman, David, 1986: Der Triumph der Politik. Vorabdruck im *Spiegel* 16/1986 und ff.

Helmut Gollwitzer

Der achte Mai ist nie vorbei*

I.

Ein Freund erzählte mir vor kurzem, wie er, achtjährig, in einem Dorf im südlichen Schwarzwald das Ende des Krieges erlebt hat: »Der Lehrer kam in die Schule, wurde mit 'Heil Hitler!' wie üblich begrüßt und sagte: 'Jetzt dürft Ihr nicht mehr 'Heil Hitler!' sagen, jetzt heißt es: 'Vive la France!' Das übten wir dann, und am Nachmittag, als der französische Oberkommandierende, der General Koenig, durch unser Dorf kam, standen wir Spalier wie früher, wenn Parteigrößen kamen, und winkten und riefen im Chor: 'Vive la France!' So einfach war für uns Kinder der Übergang.«

Daran kann man sehen: Wie erfährt eigentlich ein Volk seine Geschichte? Ein Volk als Ganzes! Antwort: als eine Geschichte von Befehl und Gehorsam, als einen Gehorsamszusammenhang und eine Leidensgeschichte. Je mehr ein Volk als Täter in der Geschichte auftritt, desto weniger ist es das ganze Volk, desto weniger ist es kollektiv geeint, desto weniger ist es wirklich Subjekt seiner Geschichte. Wer waren denn zwischen 1933 und 1945 die Subjekte, die Täter in Deutschland? Vor allem die Machteliten, die sich miteinander arrangierten, die alten aus Wirtschaft, Militär und Verwaltung und die neuen aus der Partei, einander verachtend und einander Vorteile zuschanzend. Neben und unter ihnen die Mehrheit der Bevölkerung, die vielen Funktionäre und die unzähligen Gläubigen, einschließlich der meisten Soldaten. Die Oppositionellen, eine Minderheit, waren nicht Subjekte des Geschehens, wußten es aber besser, wußten es im voraus und waren ohnmächtig.

Als eingetroffen war, was diese Minderheit vorhergesehen hatte, da endlich war das Volk geeint, alle miteinander, Mehrheit und Minderheit, kollektiv schuldig gesprochen, sicher zu Unrecht, aber kollektiv verantwortlich haftbar gemacht alle miteinander, und dies nicht zu Unrecht. Miteinander hungernd, die Nazis und die Antinazis, miteinander angespuckt. Als wir 1958 zum ersten Mal in Israel waren, lehnten es deutsche Juden in Haifa ab, mit uns bei einer befreundeten jüdischen Familie zusammenzukommen, mit der Begründung: »Wir können mit keinem Deutschen mehr sprechen. Für uns gibt es kein anderes, besseres Deutschland.« Wir konnten uns nicht dagegen wehren. Wir wußten doch, daß auch wir Oppositionellen bis auf einige zu wenig getan hatten: Wir haben alle unser Leben lieber gehabt, wir haben alle davon profitiert, daß wir keine Juden, Zigeuner usw. waren, sondern »Arier«. Nun wurden wir alle miteinander von den anderen damit behaftet, daß wir Deutsche sind. Es geht uns wie einer Familie, deren Glieder alle darunter leiden müssen, daß einer durch Schandtaten den Familiennamen in Verruf gebracht hat. Frau Freisler nennt sich um, Frau Himmler nennt sich um, wir Deutsche können uns nicht umnennen.

* Rede zur Internationalen Veranstaltung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der Paulskirche, Frankfurt/M. am 9. Mai 1985

Deshalb werdet Ihr Jungen draußen mit Euren Vätern und Großvätern identifiziert, auch wenn Ihr damals erst 15 Jahre alt wart, wie Helmut Kohl, oder noch lange nicht geboren, wie ein heutiger Freiwilliger der Aktion Sühnezeichen. Ihr werdet identifiziert, ob Ihr's wollt oder nicht. Das ist so üblich unter den Völkern. Sie haben ein längeres Gedächtnis als die Individuen. »In hundert Jahren noch wird Euch nicht vergessen werden, was Ihr hier getan habt«, sagte mir ein junger jüdischer Sowjetarzt in meinem ersten Gefangenenlager. Die Sünden der Väter werden heimgesucht bis ins dritte und vierte Glied, das ist nicht eine Bosheit des Alten Testaments, das ist Lebenswahrheit, mögt Ihr Euch darüber empören oder nicht, und das ist auch gut so! Darum war es schlecht und uneinsichtig und drückebergerisch, daß Helmut Kohl in Israel die banale Wahrheit seiner 15 Jahre hervorhob. Es ist gut so; denn wir verdanken unseren Eltern viel, wir erben von unseren Eltern viel (mancher sogar das »arisierte« Geschäft seines Vaters). Zu den Gründen unserer Wohlhabenheit heute gegenüber den Völkern der Dritten Welt gehört auch der Reichtum, der in der Kolonialzeit nach Europa geflossen ist. Es ist uns gut, nicht nur für unsere eigenen Taten haftbar zu sein, sondern auch für die Taten unserer Eltern. Dadurch erfahren wir uns alle als nicht-isolierte Individuen, als Glieder der Geschlechterkette, die für die Bibel die Menschheitsgeschichte bedeutet, als zusammenhängende Wesen, Eltern und Kinder, Verursacher von Folgen und Erben von Folgen. Daran soll ein Datum wie der 8. Mai 1945 uns erinnern.

II.

Was nun ist die Erblast dieses Volkes, die meine Generation Euch Jüngeren aufgeladen hat? Das schlimmste Mordregime der europäischen Geschichte, schlimmer als die Untaten früherer Jahrhunderte und anderer Völker, schlimmer, weil unheilbarer, unverbesserbarer als die Entartung des Kommunismus zum Stalinismus. Wer waren die Mörder? Jeder zeigte 1945 auf Hitler und Himmler. Aber diese erbärmlichen Schurken, die dann in den Selbstmord ausrissen, haben doch keinen Menschen umgebracht. Die hätten auch — schwächliche Schreibtischtäter, die sie waren — keinen umgebracht. Dazu war nötig, daß Tausende sich dafür zur Verfügung stellten und das Ventil für ihre sadistischen Instinkte bereitwillig hochziehen ließen, daß Hunderttausende denunzierten, daß Hunderttausende funktionierten für die Mordtransporte ebenso wie für den Zivilverkehr, für die Bespitzelung der Nachbarn ebenso wie für die Verdunkelungsüberwachung, daß Millionen billigten, was sie durch deutliche Mißbilligung hätten verhindern können, daß Millionen nicht sehen, nicht hören, nicht denken, sondern glauben wollten und daß sie, als sie endlich sehen mußten und nicht mehr glauben konnten, immer noch gehorchten, sich an ihren Eid hielten und aus Angst mitmachten bis fünf Minuten nach zwölf. Nicht nur gegen die Dummheit und Feigheit der Massen aber darf sich die Anklage richten, schärfer noch geht sie gegen die Machteliten. Da waren die alten Eliten: die Reichswehrführung, die Wirtschaftsführer, die Kirchenleitungen, hervorragende Vertreter des Geisteslebens — sie lieferten einer neuen Machtelite ein ganzes Volk zur Verdummung und Terrorisierung aus und darüber hinaus eine Minderheit zur Ausrottung: die Juden, die Zigeuner, samt den Lin-

ken, besonders die Kommunisten, und dies, um ihren Besitzstand zu erhalten, um — sie sagten es ja offen — die »marxistische« Revolution zu verhindern. Dafür war ihnen kein Preis zu hoch, vor allem kein Preis, von dem sie hoffen konnten, daß andere ihn bezahlen müßten. Das Bild vom Tag von Potsdam, dem 5. März 1933, soll uns allen vor Augen stehen: der greise Generalfeldmarschall und der junge Kanzler, so sagten es, Rührungstränen aus Millionen Augen stimulierend, die Schlagzeilen. Da stand sichtbar vor Augen: die alte Machtelite, die Besitzelite, liefert der neuen, der Mordelite, das eigene Volk aus und im besonderen alle, die zur Ausrottung vorgesehen sind auf der schwarzen Liste der braunen Mordgesellen, und dies unter der Bedingung, daß dadurch der bisherige Besitzstand gesichert werde, eine Bedingung, mit der das Wort »Sozialismus« in der Selbstbezeichnung der Nazis Lügen gestraft wurde.

Das war noch nichts spezifisch Deutsches, vielmehr etwas allgemein Faschistisches. Das muß heute betont werden, weil es sich auch heute irgendwo wiederholen kann. Auch Typen wie den KZ-Kommandanten Höss oder den ehrgeizzerfressenen Heydrich findet man überall. Eine solche Allianz von Strolchen, Sadisten, Duckmäusern und idealistischen Narren konnte und kann sich überall zu einer kriminellen Vereinigung zusammenfinden, wie damals in der NSDAP. Auf das spezifisch Deutsche, nach dem wir als Deutsche fragen müssen, stoßen wir beim Tag von Potsdam. Er zeigt die Übereinstimmung nicht nur von Interessen, sondern auch zwischen althergebrachten Traditionen und neuem Banditentum. Diese Traditionen waren geeignet, von diesem Banditentum usurpiert und zur Tarnung verwendet zu werden. Darum konnte das Preußentum münden und enden im Nazismus. Symbolisiert der Tag von Potsdam die Übereinstimmung, so symbolisiert der 20. Juli 1944 die Diskrepanz zwischen der Tradition und ihren Usurpatoren. So scheiden sich humaner und inhumaner Gehalt der gleichen Tradition in ihrem Ende.

Bei der nötigen Frage nach dem spezifisch Deutschen im Nazismus stoßen wir also nicht rassistisch auf eine spezifische Bosheit des deutschen Wesens, sondern historisch auf spezifische Unglücksbedingungen der deutschen Geschichte. Deren Ende haben wir mit der deutschen Katastrophe von 1933 bis 1945 hinter uns. Nicht geringer dürfen wir diese Katastrophe einschätzen, sonst verharmlosen wir ihre Schrecklichkeit. Hinfort gibt es keine deutsche Geschichte mehr, sondern nur noch eine Geschichte der Deutschen, dieses großen Volkes in der Mitte Europas, das nun zerteilt leben wird in verschiedenen Staaten, in der Bundesrepublik Deutschland, in der Deutschen Demokratischen Republik, in Österreich, in der deutschen Schweiz, im Elsaß und in Luxemburg. Zum Zentralstaat geeint, erst kleindeutsch, dann großdeutsch, wurde dieses Volk furchtbar für sich und für seine Nachbarn; vielfach zerteilt kann es fruchtbar werden für Europa. So ist die »deutsche Frage« heute beantwortet, nicht mehr »offen« — offen nur noch für diejenigen, die 1945 als Ende der deutschen Einheitsgeschichte nicht wahrhaben, die den Krieg verspätet noch gewinnen wollen. Ihnen zu widerstehen und aus 1945 schonungslos die Konsequenz für die kulturelle Identität gegen die nationalstaatliche Identität der Deutschen zu ziehen, dem gesamteuropäischen (und nicht nur westeuropä-

ischen) Frieden zugute, ist eine Aufgabe, die wir uns an diesem Gedenktag klarmachen sollen.

III.

Im Sommer 1945 befand ich mich in einem kleinen Waldlager in Mittelrußland mit etwa 200 Kameraden. Die nannten es Vernichtungslager; denn bei zu wenig Nahrung war keine Aussicht auf Erfüllung der hohen Arbeitsnormen im Wald. Ich sagte ihnen: »Ich war Gott sei Dank nie im KZ, aber ich weiß wahrscheinlich mehr über die KZs als die meisten von Euch; sie unterscheiden sich von unserem Lager wie die Hölle von der Erde. Hier sind wir immer noch auf der Erde!«

Eines Tages fand eine Lagerversammlung statt, bei der über den Weg des deutschen Volkes gesprochen werden sollte. Die Landser forderten mich auf, meine Meinung zu sagen, mein Fazit aus dem, was wir erlebt hatten. Es ging also im Grunde um das gleiche, worauf wir uns heute, 40 Jahre danach, zu besinnen haben. Ich sehe mich noch inmitten der 200 abgerissenen und abgemagerten Männer, und wiederhole heute nur die drei Merksätze, die ich damals formulierte:

1. *Nie wieder Krieg!* Da nickten sie alle. So haben die älteren unter Euch auch genickt nach 1918, sagte ich, und dann habt Ihr Euch doch wieder in die Uniform stecken und Euch ein Gewehr in die Hand drücken lassen. Warum? Weil Euer »Nie wieder Krieg!« nur ein halber Satz war, nicht ein ganzer. Der ganze hätte in Eurem damaligen Bewußtsein gelaute: »Nie wieder Krieg, solange es nicht wieder befohlen wird, weil es nötig sei!« Das war ein Fehler. Denn als einer kam und Euch sagte: »Jetzt ist es wieder nötig!«, da habt Ihr gehorcht und habt Euch zu Schlächtern und Schlachtschafen machen lassen. Immer habt Ihr Euch von anderen, von oben vorsagen lassen: »Jetzt ist es nötig.« Der letzte Kriegsdienstverweigerer, der letzte kommunistische Arbeiter, der ins Gefängnis ging und sich an die Wand stellen ließ, weil er sich nicht einreden ließ, daß es nötig sei, sah die Lage richtiger als die Geheimräte und Generale 1914, die 1918 immer noch weiter kämpfen wollten, und die Generale und Minister 1939, die Euch 1945 immer noch die Hoffnung auf die Wunderwaffe des Führers aufschwätzten. Seid Ihr, zweimal so betrogen, nun endlich gescheitert geworden? »Nie wieder Krieg — auf gar keinen Fall!«

Es ist schön und lobenswert, wenn Helmut Kohl und Erich Honecker am Grabe von Tschernenko gemeinsam erklären: »Nie wieder Krieg vom deutschen Boden aus!« Ein guter Vorsatz, aber auch hier fehlt noch der Punkt auf dem i: Nicht nur: »Nie wieder Krieg vom deutschen Boden aus!«, sondern: »Nie wieder Krieg auf deutschem Boden!« Auf deutschem Boden darf nicht mehr gekämpft werden, um keinen Preis und zu keinem Zweck, weil jeder Kampf auf deutschem Boden die Vernichtung des deutschen Volkes sein wird — wahrscheinlich übrigens auch buchstäblich die Vernichtung des deutschen Bodens, nämlich seine Verstrahlung und Vergiftung auf Jahrhunderte hinaus. Was in den Manövern für den Ernstfall geprobt wird, das darf im Ernstfall nicht geschehen. Im Ernstfall den Kampf auf deutschem Boden zu verhindern, ist, da wir fremde Truppen im Lande haben, die einzige Aufgabe der deut-

schen Truppen, der Bundeswehr und der Volksarmee. Nur so können sie den Eid, den sie schwören, erfüllen. Das ist der letzte uns erlaubte und gebotene Nationalismus. Denn mit der Verhinderung des Kampfes auf deutschem Boden, mit dem fremde Truppen für fremde Interessen unser Land und seine Menschen vernichten würden, dienen wir dem Überleben von ganz Europa und damit auch dem Leben der Menschheit.

2. Als zweites sagte ich den Kameraden: *Laßt Euch nicht gegen die Russen aufhetzen!* Wir werden vermutlich allerlei Schlimmes von ihnen erfahren und viel Negatives hier beobachten. Wer als Kriegsgefangener in einem anderen Volke lebt, hat die ungünstigste Perspektive, um dieses andere Volk kennenzulernen. Und jeder Mensch neigt dazu, die eigenen Untaten mit dem Verkleinerungsglas zu sehen und die Untaten der anderen mit dem Vergrößerungsglas. Aber seid Euch klar: Die Russen haben durch uns ungleich mehr erlitten als wir — und dauert unsere Gefangenschaft auch noch so lange — niemals von ihnen erliden werden. Wir sind nicht in einem Vernichtungslager; sie wollen uns nicht vernichten, sondern Arbeit von uns haben für den Wiederaufbau ihres durch unseren Krieg zerstörten Landes. Und seid Euch weiter klar: Nur wenn unsere beiden großen Völker zu friedlicher, freundschaftlicher Nachbarschaft miteinander finden, wird das »Nie wieder Krieg!« Wirklichkeit werden. Wer als Russenhetzer zurückkommt, trägt damit bei zum nächsten Krieg.

Das ist heute so aktuell wie vor 40 Jahren. Was man »Antikommunismus« nennt — mit negativem oder positivem Vorzeichen —, das ist alte Russenverachtung und — da der, der einen anderen verachtet, ihn immer auch fürchtet — alte Russenangst, schon 1914 virulent. Hitler konnte darauf aufbauen und die antirussische Einstellung weiter hochzüchten, nun noch gesteigert durch Antisozialismus. Das Experiment des russischen Sozialismus durfte ja keinen Erfolg haben, das hätte sonst unsere Besitzordnung gefährdet. *Dieses Amalgam von Russenangst und Antisozialismus wurde nach 1945 bruchlos weitergezüchtet. Damit wird bis heute die Hochrüstung legitimiert.* Jeder kann wissen, daß die in der Sowjetunion herrschende Machtelite geeint ist mit ihrem Volke aus schrecklicher Kriegserfahrung im Abscheu gegen einen neuen Krieg, und daß kein Grund denkbar ist, der sie jetzt oder künftig auf einen Überfall auf Westeuropa sinnen ließe. Trotzdem wird uns das Feindbild einer angriffslüsternen Sowjetunion indoktriniert, um uns willig zu machen, immer höhere Rüstungslasten, deren gesellschaftliche Folgen an allen Ecken und Enden zu spüren sind, als »Preis der Freiheit« zu zahlen. Das unverzeihliche Wahlplakat der Adenauer-CDU in den 50er Jahren, das einen Sowjetsoldaten als drohende Untermenschenbestie zeigte, war Ausdruck der Russenverachtung und der Russenangst, mit der bis heute Kriegswilligkeit erzeugt werden soll, die man Verteidigungsbereitschaft nennt. Dafür haben wir vom Westen die Generalabsolution für die deutschen Untaten erhalten — unter der Bedingung der Bereitschaft, diese Untaten gegen die Ostvölker und besonders gegen die Russen zu wiederholen und ja keine Buße für die vergangenen Untaten zu leisten. Wer aber die Russen kennt, weiß: Sie sind nicht nur ein großes, sondern ein großartiges Volk mit alter Kultur und tiefer Menschlichkeit; es lohnt, sie als Freunde zu gewinnen. Um unserer Zukunft willen muß mit der Russenverachtung

gebrochen werden, müssen die Leiden, die wir dem russischen Volk zugefügt haben, endlich in unser Bewußtsein kommen, muß friedliche Koexistenz gewonnen und zur friedlichen Proexistenz entwickelt werden.

Getretene Menschen haben das Bedürfnis, selber zu treten, nach unten. Dieses Verachtungsbedürfnis war noch immer ein Mittel für herrschende Cliques, ein Volk kriegswillig zu machen. Am Antikommunismus haben die christlichen Kirchen kräftig mitgewirkt. Als Leute eines Gottes, der keines seiner Geschöpfe verachtet, gehören heute die Christen in Deutschland auf die Seite derer, die der Verachtungstradition entgegenwirken. Daraus erwuchs die Osteuropa-Arbeit der Aktion Sühnezeichen, die nun auch, zu unserer Freude, in Bjelorußland stattfinden kann. Die Judenverachtung ist heute zurückgedrängt, aber potentiell immer noch vorhanden; Zigeunerverachtung wird von den Roma und Sinti häufig erfahren; Homosexuellenverachtung wurde im Falle Kiesling manifest; Ausländerverachtung macht Politiker populär. Die Bibel aber sagt: »Siehe, Gott ist so groß und verachtet doch niemanden.«

3. Mein dritter Satz damals war: *Traut keinem mehr über den Weg!* Keinem, der Euch mit schönen Worten zu seiner Gefolgschaft machen will. Ihr wart viel zu lange gläubig und habt das Denken anderen überlassen. Von jetzt an müßt Ihr selber denken. Weil Ihr das nicht getan habt, darum seid Ihr jetzt hier.

Ich wußte damals noch nicht, daß Thomas Jefferson, ein Urvater der westlichen Demokratie, Mißtrauen eine Haupttugend demokratischer Bürger genannt hat. Die herrschenden Machteliten bei uns haben jedesmal vom Volk Vertrauen gefordert, wenn sie das Volk ins Verderben geführt haben. Zweimal haben sie behauptet, nur für den Frieden, nur zur Kriegsverhinderung zu rüsten. Wenn es dann trotzdem losging, haben sie versprochen, der Krieg werde kurz und der Sieg leicht sein. Zweimal kam an den Tag, wie sehr sie damit das Volk belogen haben. Heute wird angeblich wieder nur für den Frieden gerüstet, wieder nur zur Kriegsverhinderung der Krieg in Manövern geprobt, und wieder wird von uns Vertrauen verlangt, daß die da oben das alles nur für den Frieden tun, und daß nichts passieren kann, weil sie alles so gut im Griff haben. Jawohl, wir trauen ihnen zu, daß sie, weil sie keine Selbstmörder sind, Konflikte mit äußerster Vorsicht behandeln, wie jetzt den Fall des Majors Nicholson. Aber wir trauen ihnen nicht zu, daß ihnen das in jedem Fall gelingt, daß jeder von ihnen immer die Nerven behält, daß ihnen ein Konflikt nie über den Kopf wächst, daß da nie etwas ausrutscht. Und wir müssen uns klar sein: Dann werden sie — ganz begrenzt zuerst natürlich — chemische und nukleare Waffen einsetzen, und dann werden sie weiter eskalieren, bis alles in Scherben fällt.

Ich habe damals nach 1933 noch einige Zeit gebraucht, bis mir endlich klar wurde, daß wir es bei der neuen Führung des Reichs nicht mit Leuten zu tun hatten, deren Ideen ich zwar für falsch und bekämpfenswert hielt, die aber mit diesen Ideen doch unserem Volke dienen wollten, sondern daß es sich bei ihnen schlicht um Nihilisten handelte, das heißt um Menschen, für die nichts galt als ihr Besitz an Macht und Geld. Hermann Rauschning hat das später aus seiner inneren Kenntnis der braunen Führungselite bestätigt, und erst recht bestätigt hat das der Selbstmord, mit dem diese Bande vor der Verantwortung

desertierte. Es war schwer, sich daran zu gewöhnen, daß man dort mit nihilistischer Verantwortungslosigkeit rechnen mußte, wo höchste Verantwortung am Platze war.

1945 war das Jahr, in dem die Aufdeckung der Hölle mit dem Namen Auschwitz und in dem die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki allen Menschen den Abgrund enthüllten, vor dem die Menschheitsgeschichte angelangt war: In den gleichen paar Monaten wurde die Barbarei offenbar, die, unter einem dünnen Firniß von Zivilisation verborgen, sich jetzt hervorgedrängt und Hunderttausende in gnadenlose Menschenschinder verwandelt hatte. Es wurde zugleich die Macht sichtbar, die noch nie dagewesene Macht, die ausgerechnet dieser der ungeheuerlichsten Übeltaten und der größten Dummheiten fähigen Menschengattung zugefallen war. Die erste Literatur zur Atombombe ist beherrscht vom Stichwort Verantwortung. Nur höchstes Verantwortungsbewußtsein der Regierenden konnte verhindern, daß dieses Zusammentreffen von äußerster Barbarei und höchster Macht das Ende der Menschheitsgeschichte bedeuten würde.

1985 zeigt sich: Nicht Verantwortung für alle, für die in ihrer größten Bedrohung geeinte Menschheit, sondern allein die Angst vor dem Selbstmord hat bisher das Schlimmste verhütet: den Krieg mit ABC-Waffen. Nichts sonst wurde verhindert; nicht das, was Verantwortung geboten hätte, ist geschehen. *Würde der Schild eines Weltraumabwehrsystems möglich werden, dann fiel auch das Motiv weg, das bisher das Schlimmste verhindert hat: die Angst vor dem Selbstmord.*

Martin Niemöller hat die Atombombe »praktizierten Atheismus« genannt. Um unsere atheistischen Freunde nicht zu kränken, ersetze ich jetzt das Wort Atheismus durch den Begriff, den Niemöller eigentlich gemeint hat, durch Nihilismus. Die Atombombe ist *praktizierter Nihilismus*. Von Nihilismus ist dann zu reden, wenn Macht zu nichts anderem dient als zur Befriedigung des Machtbedürfnisses und zur Sicherung des Geldbesitzes, nicht aber zur Besserung des Gemeinwohls. Kann der Weg von 1945 bis 1985 uns das Zutrauen erwecken, die Machteliten auf unserer Seite hätten diese Pflichtverpflichtung zur Verantwortung angesichts des Abgrundes erkannt, verinnerlicht, sich zur ständigen Leitschnur gemacht? Nur von den westlichen rede ich. Denn sie sind die unsrigen, und sie sind die mächtigsten; die östlichen können ohnehin nur reagieren.

Käme heute ein intelligentes Lebewesen von einem anderen Sonnensystem zu uns, sähe die globale Lage und hörte der gespenstischen Debatte über das Weltraumabwehrsystem zu, könnte es etwas anderes daraus schließen als: diese Menschheit ist in die Gewalt von Nihilisten geraten? So viel Macht und so wenig Verantwortung für das Ganze! So viel Verschwendung bei so viel Mangel! Solches Maximum an Verstand bei solchem Minimum von Vernunft! Oder, was das gleiche heißt: so viel Vorrang des kurzfristigen und kurzsichtigen Egoismus vor den langfristigen gemeinsamen Interessen, und dies angesichts des Abgrundes und nach Auschwitz und Hiroshima!

Die Macht der Vernichtung ist zusammengeballt in den Händen weniger, und Demokratie wird dadurch im Atombombenzeitalter zur bloßen Fassade.

Und doch ist die Demokratie zugleich unsere wirkliche und wichtigste Waffe: Die Menschenmassen, mit fürchterlichem Verderben von ihren eigenen Führungen bedroht, sie allein können dieses Verderben verhindern. Daran arbeiten wir. Uns ist nicht erlaubt zu verzweifeln. Heute sehen wir vereint die augenscheinliche Ohnmacht der Vernunft und die scheinbare Ohnmacht des Glaubens. Diese doppelte Ohnmacht ist unsere schwere Anfechtung. Gegen diese Anfechtung rüstet uns die Botschaft des Glaubens. Das Vertrauen auf den Gott, der für seine Menschen eintritt, macht uns vernünftig, und er stärkt die Vernunft zur Hoffnung. Heute sind die Menschenmassen das Volk, für das David streitet. Wir fühlen uns klein wie David, und wir sollen glaubend und tätig werden wie David. Goliath — das ist heute die Minderheit von Herrschenden, die die nötige Macht zur Überlebensrettung besitzen, ihre Macht aber für die Vermehrung der Gefahr des Untergangs verwenden. Goliath ist nicht drüben, Goliath sind nicht die Russen, Goliath ist die in unserem Namen betriebene Rüstung und Erdzerstörung. Die Rüstung ist die Panzerspitze der Erdzerstörung. Entweder wir schaffen die Rüstung ab, oder sie schafft uns ab. So sprechen wir unverzagt wie David zu Goliath: »Du kommst mit Schwert, Speiß und Schild. Ich aber komme zu dir im Namen des Herrn der Heerscharen, des Gottes Israels, den du in Auschwitz und Hiroshima verhöhnt hast.« (Nach 1. Sam. 17,45) Noch ist es nicht zu spät. Von der Davidsverheißung gestärkt ziehen wir 1985 entschlossen die Konsequenzen aus 1945.



**W.F.HAUG:
FASCHISIERUNG
DES
SUBJEKTS**

Wolfgang Fritz Haug

Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts

Normalität — Gesundheit — Schönheit — Leistungsfähigkeit — Fitness: die nazistischen Ausrottungspolitiken als Kehrseite der »gesunden Normalität« im Rahmen eines nachholenden Fordismus. In diesem Buch wird das Zusammenwirken von Bereichen untersucht, die zumeist isoliert betrachtet werden. Entscheidend sind die Resonanzbeziehungen zwischen den institutionellen Diskursen und den Normalisierungspraktiken im Alltag — dem »Do it yourself« der Ideologie. Wie zu Beginn des Jahrhunderts am Syphilis-Paradigma, so könnte sich heute am AIDS-Syndrom ein neuer Rassismus bilden ... Ideologische Mächte im dt. Faschismus 1 Argument-Sonderband AS 80 17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Wolfgang Fritz Haug

Die neuen Deutungskämpfe um Anti-/Faschismus*

Eine Untersuchung zur neokonservativen Offensive im Spiegel der *Frankfurter Allgemeinen*

Ist der Antifaschismus veraltet? Das Wort ist außer Gebrauch gekommen. Wird es ins Ghetto abgedrängt wie die »Antifaschisten«, die ehemals Verfolgten? Auch der Sinn für die in Sprache sedimentierte Ideologie, der schon wacher gewesen war, ist wie betäubt. Man spricht wieder — im besten Fall gedankenlos, auf der Rechten genüßlich¹ — die faschistischen Eigennamen und Euphemismen nach, als wären sie Bezeichnungen der Sache selbst, nicht Sand für die Augen. Während der Faschismusbegriff im Zuge der »Wende« wieder zurückgedrängt wurde², spricht M. Kriele (1986) vom »Linksfaschismus« in Nicaragua, und die *Frankfurter Allgemeine* sinniert schon längst über die Wiederverwendung des Begriffs »National-Sozialismus« mit einem »nicht von der Vergangenheit mehr belasteten Bedeutungsfeld« (Held 1975).³

Im *Hilflosen Antifaschismus* hatte ich vor zwei Jahrzehnten die Diskurse analysiert, in denen die liberaleren Hochschullehrer auf studentischen Druck die »Selbstgleichschaltung« der deutschen Universitäten von 1933 aufzuarbeiten und bewußtseinsfähig zu machen versuchten. Insofern diese Diskurse sich im antifaschistischen Grundkonsens der Verfassung bewegten, konnten sie immanent kritisiert werden auf ihre theoretisch-praktische Tragfähigkeit bzw. in ihrer Phraseologie. Die Studentenbewegung sicherte der Kritik die Resonanz.

Heute sind die Kräfteverhältnisse völlig andere. Im Rahmen einer von den USA ausgehenden Rechtswendung besetzte »eine deutschnational eingefärbte Natophilosophie« (Habermas 1986) weite Bereiche des öffentlichen Redens über »das, was zwischen 1933 und 1945 geschah« (Meier 1986), wie es unter den neuen Kräfteverhältnissen namenlos genannt wird. »Eine zentrale Rolle kommt der Zeitgeschichte als Geschichtsschreibung der *deutschen Identität* zu, in der die Opfer-Täter-Vereinigung im Zeichen des höheren Einen, des 'Eigene', der 'Nation' vollzogen wird, eingeschlossen die Identifikation mit der *ganzen* deutschen Geschichte als unverzichtbare 'eigene', identitätsbildende nationale Vergangenheit.« (Opitz 1986) »Die Ideologieplaner wollen über eine Wiederbelebung des Nationalbewußtseins Konsens beschaffen, gleichzeitig müssen sie aber die nationalstaatlichen Feindbilder aus dem Bereich der Nato verbannen.« (Habermas 1986) Zu diesem Zweck wurde versucht, das selbstkritische Verhältnis der Deutschen zu ihrer faschistischen Vergangenheit zu beenden. Und nicht nur das. Was beseitigt werden soll, ist der Status der NS-Kritik, wie Johannes Gross ihn 1979 gekennzeichnet hat: Hitler »ist für die Mächte der europäisch-amerikanischen, man könnte auch sagen: der christlich-marxistischen Welt der absolute Feind geworden, der negative moralische Bezugspunkt für alle Politik«⁴ (Gross 1979). Diese Gemeinsamkeit soll nun weg, um alle Kritik auf die Sowjetunion bzw. auf die Fiktion einer allgegenwärtigen sowjetischen Weltverschwörung und schlechterdings auf jede praktische Kapita-

lismuskritik⁵ konzentrieren zu können. Trotz wichtiger Rolle der Historiker ist der Vorgang naturgemäß kein akademischer. Das unterscheidet ihn von den im *Hilflosen Antifaschismus* untersuchten universitären Kommunikationsprozeß. Er findet im Raum der öffentlichen Meinung statt. Und es ist, als mutierten repräsentative Teile der Öffentlichkeit, allen nationalen Tönen zum Trotz, in die Tonart eines *politischen Amerikanismus*. Im folgenden werden anhand von Zeitungsartikeln Diskurse über Anti/Faschismus vor allem zwischen 1983 und 1985 analysiert. Das war eine Zeit der Jubiläen. Nicht alle waren von der regierenden Rechten gewollt. Den 8. Mai 1985 empfand sie als aufgezwungen.⁶ Nicht zuletzt durch ihren Versuch, an der Verknüpfung der Staatsräson der Bundesrepublik mit Faschismus-Ablehnung zu rütteln, erhielten diese Gedenktage unerwartete Aktualität. Die Strategie eines Schlußstrichs unter die Vergangenheit ist fürs erste gescheitert. Ihre Ziele sind keineswegs aufgegeben. Der Einsatz, um den es dabei geht, soll im folgenden zum Sprechen gebracht werden.

Objekt (der untersuchte Diskurstyp), Methode und Ziel der Analyse sind also andere als beim *Hilflosen Antifaschismus*. Dessen Analytik der öffentlichen Phraseologie diente der Freilegung eines Raums für die unverstellte Annahme der Aufgaben und Konflikte, die sich aus der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit unvermeidlich aufdrängen. Und diese Auseinandersetzung war elementar wichtig für die Demokratisierung der politischen Kultur. Das ist nicht weniger aktuell geworden. Aber der Einsatz ist ein anderer. Den Neokonservativen geht es um Antifaschismus nur noch wie man sich für ein Hindernis interessiert, das aus dem Weg zu schaffen ist. Hat man sich nicht genügend mit dem NS auseinandergesetzt?

»Zuviel eher als zu wenig, wenn man bedenkt, wie viele notwendige Beschlüsse in der Innen- und Außenpolitik dieses Staates unterbleiben, aus Sorge, der Staat werde mit einem Polizeistaat oder der Hitlerdiktatur verglichen.« (Gillesen 1985)

Die von den Neokonservativen angestrebte Entmoralisierung und Normalisierung des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit ordnet sich ein in den Versuch der internationalen neuen Rechten, die Ost-West-Konfrontation erneut zuzuspitzen, militärisch-politisches Übergewicht und damit freie Hand für Interventionen in der Dritten Welt zu gewinnen.⁷

1. Die beiden Übergangsmymthen und die Unsichtbarkeit des stehengebliebenen konservativen Pfeilers

Es gibt nicht nur Übergangsriten, *rites de passage*, sondern auch Übergangsmymthen: ritualisiertes Gedenken an Übergänge. Die herrschenden Ideologien pflegen sie wichtig zu nehmen. So verhält es sich auch mit den Übergängen vom Parlamentarismus zum Faschismus und vom Faschismus zum neuen Parlamentarismus. Der nazistische Mythos vom ersten dieser Übergänge ist durch den westlichen Nachfolgestaat übernommen und in die neue deutsche Ideologie eingebaut worden: die sogenannte *Machtergreifung Hitlers*.⁸ Der komplementäre Mythos ist der vom *Zusammenbruch des Dritten Reiches*. Beide Mymthen haben der Bundesrepublik allzulange als Lebenslügen gedient.

»Ein international besetzter Kongreß im Reichstag von Berlin hat der 50. Wiederkehr des Tages gedacht, an dem die Nationalsozialisten zur Macht gekommen waren.« (*Frankfurter Allgemeine*, 24.1.83, 9) Die diskrete Redeweise, wonach die Nazis »zur Macht gekommen waren«, ist die notorische Weise des Schweigens über die Interessenlagen der herrschenden Klassen Deutschlands, denen es die Nazis verdankten, daß sie »an die Macht gekommen waren« wie an einen Auftrag mit Klassencharakter. »Hitler hat nicht die Macht ergriffen, er wurde durch eine Hintertreppenintrige ins Amt gestoßen.« (Bullock⁹) Freilich kamen die entsprechenden Herren durchaus über die Vordertreppe. Hartmut Jaeckels Rede von der »Machteinsetzung«¹⁰ Hitlers trifft die Sache. Die Nazis erwiesen sich keineswegs als das gefügte Werkzeug, das man sich in Kreisen der Eliten von Besitz und Macht erhofft hatte. Diesen Glauben hütet nur die vergrößernd auf Dimitroff sich berufende »Agententheorie« (vgl. dazu PIT 1980, 13ff.). In der Sprache der amerikanischen neuen Rechten: »Von Papen ... glaubte törichterweise, er habe einen Piloten gedungen; statt dessen hatte er einen Flugzeugführer in das Cockpit der Nation geholt.« (Oppenheimer 1986)¹¹

Nach der Machteinsetzung fand tatsächlich so etwas wie eine innere Machtergreifung bei Umformung der Machtstrukturen statt. Das war möglich, weil die bürgerlichen Kräfte (von rühmlichen Ausnahmen abgesehen) sich von allen Seiten herandrängten.¹² Auch dann war die Macht der »Nationalsozialisten«, was immer für Instanzen und Akteure sich unter diesem Deckwort verbergen, nie »total«, und selbst die Macht der Gestapo endete in der Regel dort, wo es noch immer »no admittance except on business« heißt (vgl. Marx, *Kapital I*, MEW 23, 189), und bis zum gescheiterten Militärcoup vom 20. Juli 1944 endete sie auch an den Grenzen der Wehrmacht. »Indem das Militär dem neuen Regime seine politische Loyalität zusagte, sicherte es sich selbst die innere Autonomie.« (Schieder 1985 b)

Die konservativen Machteinsetzer blieben selber nicht draußen. An dieser Stelle wacht kein Mythos, hier herrscht schlichtes Schweigen, nur selten kurz unterbrochen. Für Italien wie Deutschland gilt gleichermaßen, daß der Faschismus nicht realisierbar gewesen wäre auf Basis bloß der i.e.S. faschistischen Bewegung. Entscheidend war in beiden Fällen die zweite Säule. »Es bedurfte aktiver politischer Partner auf nationalkonservativer Seite, die dazu bereit waren, mit den Faschisten zu kooperieren.« (Schieder 1985 b) Der real existierende Faschismus umfaßte notwendig beide Komponenten.

»Schließlich waren die konservativen und liberalen Parteien sowohl in Italien wie auch in Deutschland bereit, es mit dem Faschismus zu versuchen. Die eigene Unfähigkeit, sich auf die Bedingungen der Massendemokratie einzulassen, ließ sie nach einem Partner Ausschau halten, der es mit den Sozialisten und Kommunisten aufnehmen konnte. Ziel beider Seiten war es von Anfang an, sich der anderen nur zu bedienen.« (Ebd.)

Diese Struktur begründete zugleich die Sonderposition von Mussolini wie erst recht von Hitler, die Schieder mit dem Begriff *Vermittlungsdiktatur* faßt:

»Sie allein waren bei ihrer Machtübernahme in der Lage, die ungleichen Partner ihres Machtkartells zusammenzuhalten. Mit Hilfe ihrer Bewegungen hielten sie die nationalkonservativen Partner in Schach, diese wiederum benutzten sie, um sich der Umklammerung durch ihre Bewegungen zu entziehen. Das daraus hervorgegangene System einer Vermittlungsdiktatur kann durchaus als das genuin faschistische Herrschaftsmuster angesehen werden.« (Ebd.)

Im Anschluß vergißt Schieder das »genuin faschistische Herrschaftsmuster«, indem er das wieder daraus verliert, was Reifner (1984, 20f.) die *ordofaschistische* Komponente genannt hat. Er sieht zwar zurecht, daß ein Zusammenhang zwischen den Konflikten des »heterogenen Machtkartells« (Schieder) und dem oft beschriebenen Polyzentrismus der faschistischen Machtausübung besteht; aber es ist, als wären ihm die bürgerlichen Kräfte plötzlich aus der Welt gefallen. Es sei »typisch, daß sich parallel mit der Ausschaltung der nationalkonservativen Allianzpartner ein Prozeß der Verselbständigung der Parteiorgane vollzog, der zur Entstehung ständig neuer, miteinander scharf konkurrierender Apparate führte. In diesem strukturbedingten Ämterchaos übte Hitler als oberste Entscheidungsinstanz des Regimes weiterhin eine Vermittlerrolle aus, nur nicht mehr zwischen Konservativen und Nationalsozialisten, sondern innerhalb der nationalsozialistischen Machtgruppen.« (Ebd.) Schieder beschreibt, ohne es zu sehen, eine Dislokation der Kräfte. Die bürgerlichen Interessen haben sich neu gruppiert. Es versteht sich, daß die Neokonservativen an der Unsichtbarkeit dieses Sachverhalts besonders interessiert sind und die »Nationalsozialisten« und den »Führer« benötigen. Dem kommt entgegen, daß die von ihren Vorläufern mitproduzierte Vermittlungsdiktatur die Führerposition determiniert hat. Sie waren und blieben mitkonstitutiv. Wie eine Ellipse zwei Brennpunkte, so besaß der Faschismus immer diese beiden konstituierenden Komponenten.

Der Vorstellung von der totalen Macht der Nazis zu widersprechen heißt nicht, ihre Machtfähigkeit zu unterschätzen. Sie erwiesen sich als Meister im Aufbau innerer Macht, die nicht nur Terrormacht war, sondern wesentlich auch ideologische Macht über die Menschen. Diese ideologische Macht ist nicht einmal im Zeichen der Niederlage allgemein zusammengebrochen. Der Kommunistenführer Anton Ackermann sprach daher im April 1945 von der »nationalen Tragödie«, daß selbst noch im Vollzug des militärisch zugefügten Untergangs das deutsche Volk »auf der falschen Seite« verharrte (zit. n. Eichwede 1986, 131). Sozialdemokraten wie Bahr, Glotz, Ehmke, Eppler hatten vierzig Jahre später das gleiche im Blick, als sie die Rede vom »Zusammenbruch« des NS als »beschönigende Lüge« (Glotz) zurückwiesen. Zu sprechen sei statt dessen von »Kapitulation des Dritten Reiches, Befreiung vom Nationalsozialismus, Demokratischem Neuanfang«. So heilsam es ist, die beschönigende Lüge eine Lüge zu nennen, so ersetzte es die alte durch eine neue Beschönigung, wenn der SPD-Vorstand zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 erklärte:

»Wir Deutschen waren nicht stark genug, uns ohne fremde Hilfe von Hitler und seinen Anhängern zu befreien. Andere mußten die Türen der KZ öffnen.«

Als wären »wir Deutschen« alle auf derselben Seite! Als ginge nicht der Riß des Anti/Faschismus durch uns hindurch! Die bittere Wahrheit ist, daß der deutsche Faschismus auch gegen Ende noch zu stabil war, als daß die sozialistischen und demokratischen Kräfte — auch zusammen mit nicht wenigen seiner ursprünglichen Machteinsetzer, denen er über den Kopf gewachsen war — ihn hätten stürzen können. Ein breites Zusammengehen oppositioneller Strömungen war blockiert durch die Spaltung der Arbeiterbewegung; und die stalinisti-

schen Formen von Führerprinzip und Diktatur auf kommunistischer Seite verhinderten, daß der Kampf gegen Führerprinzip und Diktatur sein Einigungspotential entfalten konnte. Nach der Niederlage des NS trugen die westlichen Besatzungsmächte Sorge, den sozialistischen Weg zu verbauen, und auch die östliche Besatzungsmacht produzierte Effekte, von denen jene Blockierungen verstärkt wurden. Wer wollte schon von der faschistischen Traufe in den stalinistischen Regen? Auch hatte während des Krieges die Teilhabe so vieler an so vielen Verbrechen und der Gewinn aus Verbrechen die Wirkung nicht verfehlt. »Laßt uns den Krieg genießen, der Frieden wird fürchterlich«, war eine der bourgeoisen Devisen der Zeit. Jedenfalls mußte das Nazireich militärisch von außen zerstört werden, und es baut daher auch die Rede von seiner »Selbstdestruktion« (Albrecht/Altwater/Krippendorff 1986, 230) auf einen allzu übertragbaren Sinn: sie unterstellt eine imaginäre faschistische Realpolitik, dank derer das NS-Regime sich — etwa durch Vermeidung des Zweifrontenkrieges gegen Ost und West? — vor dem militärischen Untergang hätte bewahren können.

Weil sich noch immer kein mehrheitliches deutsches Wir gebildet hat, das den Tag der endgültigen Niederlage des deutschen Faschismus als den Tag seiner Befreiung feiern kann, ist es nur konsequent, was einer der Leitartikler der *Frankfurter Allgemeinen* am 18. April 1985 unter dem Titel: »Was gibt es zu feiern?« enthüllte. Hinter den Feiern zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation stand — die Sowjetunion!

»Mit ihrer Nötigung zum feierlichen Begehen des 40. Jahrestags der deutschen Kapitulation fährt die sowjetische Führung jeden Tag einen neuen Machtgewinn in ihre Scheuern. Gerade ist es ihr gelungen, gegen Präsident Reagan so starken Druck aus Teilen der Öffentlichkeit in Europa und den Vereinigten Staaten zu entfesseln, daß er — entgegen seiner wohlbegründeten ursprünglichen Absicht — ... ein ehemaliges nationalsozialistisches KZ besuchen muß.«

Ein »ehemaliges KZ«, kein derzeitiges! Die Juden der USA im Bunde mit der Sowjetunion — das »bolschewistische Weltjudentum«, das die NS-Propaganda hinter allem, wogegen ins Feld gezogen werden sollte, zu sehen behauptete — taucht es wieder auf im rechtsbürgerlichen Diskurs, wo es um die öffentliche Bedeutung des 8. Mai 1945 geht? Der Anlaß war, daß man die 40. Wiederkehr dieses Tages dazu ausersehen hatte, den Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen und auf dem Bitburger Soldatenfriedhof, auf dem auch SS-Leute liegen (»ehemalige« natürlich, wie die *FAZ* sagen würde), den »Deutschen« durch den US-Präsidenten die Absolution erteilen zu lassen.

Einen Schlüssel zum Verständnis solcher Rituale liefert der historische Stelungswechsel des deutschen Großkapitals: von der Großmachtpolitik eines eigenständigen Imperialismus, wie in zwei Weltkriegen angestrengt, zum lizenzierten Imperialismus eines privilegierten Klienten der USA. Wenn man sich vor Augen hält, daß die Reaktion auf Arbeiterbewegung und Sozialismus ein Angelpunkt der faschistischen Wende der Bourgeoisie gewesen war¹³, so ist diese »westliche« Wende keineswegs erstaunlich.

Um Kräfteverhältnisse und Interessenlage klarzustellen, suchte der US-Präsident sich daher Bonn aus, um dort vor dem 40. Jahrestag des alliierten Sieges über das faschistische Deutschland die *ökonomische Blockade Nicaraguas*

durch die USA zu verkünden. In der *Frankfurter Allgemeinen* erklärte Robert Held den Vorgang als Wiederauflage des alten Hegemonialanspruchs der USA. Die Europäer hätten in Lateinamerika nichts zu suchen — so deutet er Reagans Akt. Er fährt jedoch fort, indem er das Ergebnisaxiom wiederholt, das dem Seitenwechsel des deutschen Kapitals von 1945 entspringt. Nicht daß der Abbruch des Handels mit Nicaragua den eigenen Interessen entspräche:

»Es geht gar nicht darum, daß wir, die Bundesrepublik, uns dies nicht zu eigen machen können. Aber wir haben es als Existenzprinzip der Macht, die allein uns beschützen kann, anzuerkennen.« (Held 1985)

In Gestalt dieses »Wir«, das die USA anzuerkennen hat als »die Macht, die allein uns beschützen kann«, versucht das Großbürgertum, sich als »wir Deutsche« zu verallgemeinern.

Schon diese wenigen Proben bezeugen die heftigen Kämpfe um die öffentliche Be-/Deutung des 30. Januar 1933 und des 8. Mai 1945. Die bloße Tatsache dieser Deutungskämpfe widerlegt die Versuche, das Faschismus-Kapitel der deutschen Geschichte endgültig zuzuschlagen. Faschismus und Antifaschismus bleiben Bezugspunkte, ohne die keine Orientierung in der deutschen Gegenwart auskommt.

Im folgenden geht es um einen neuartigen Versuch, das Verhältnis zum Faschismus vom Standpunkt des bürgerlichen Rechtsblocks zu entschärfen. Der eingangs zitierte Satz über den Kongreß, der »des Tages gedachte, an dem die Nationalsozialisten zur Macht gekommen waren«, leitete den Abdruck einer Rede ein, die Hermann Lübke, Philosophieprofessor in Zürich, zum Abschluß jener Veranstaltung gehalten hatte. Die Rede rechtfertigt das alte Schweigen über die NS-Vergangenheit. Das Neuartige daran ist: sie bricht das Schweigen über jenes Schweigen, indem sie es rechtfertigt.

2. Apologie des hilflosen Antifaschismus und Renormalisierung bei Lübke

2.1 *Das kommunikative Beschweigen der NS-Vergangenheit als Bürgerpflicht*

Lübke ordnet die Frage nach dem Faschismus geradezu unverblümt der Staatsräson der Bundesrepublik unter. Genauer: Was seine Lesart dieser Staatsräson behindert, wird aus dem Wege geräumt. Zuerst beseitigt er zwei Einsichten, die lange Zeit Gemeingut der kritischen Öffentlichkeit waren: Die These von der *unbewältigten Vergangenheit* und die Bedeutung der 68er-Bewegung für die Öffnung der Frage nach dem Faschismus. In der Bundesrepublik habe es nie eine Verdrängung der NS-Vergangenheit gegeben, und es sei daher auch nicht wahr, daß erst in der Studentenbewegung der Wille breitenwirksam hervorgetreten sei, daß so etwas wie der Nazismus nicht wieder geschehen dürfe.

Zunächst artikuliert Lübke die unleugbarsten Sachverhalte um: Weder 1945 noch in den Jahren danach hat es »einen lagebeherrschenden Willen zur politischen Abrechnung gegeben«; in allseitiger Mitwisserschaft wurde die Erinnerung an Mittäterschaften stillgestellt; mit wachsender Entfernung von 1945 hat die »Aufdringlichkeit dieser Erinnerung zugenommen«. Um zu beweisen, daß

es sich dabei keineswegs um Verdrängung gehandelt und die Studentenbewegung nicht die Wiederkehr der Erinnerung betrieben habe, charakterisiert Lübke »das Wichtigste an der Gegenwart des NS in der frühen deutschen Nachkriegsöffentlichkeit« als eine Strategie staatstragenden »kommunikativen Beschweigens«. Die Charakterisierung gibt einige Muster der Wirklichkeit preis und zeigt zugleich die Arbeit am Umbau der deutschen Ideologie.

Ausgangspunkt ist die Neubefestigung der Rede vom *Zusammenbruch*: »die vernichtende Vollständigkeit des Zusammenbruchs des Dritten Reichs«. Dazu kommt die doppelt umfunktionierte *Kollektivschuldthese*: die Mehrheit des deutschen Volkes sei für den NS gewesen. Das entlastet das Großkapital und verhindert, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu feiern. Die Kräfteverhältnisse und Mechanismen, die diese ideologische Mächtigkeit des NS schließlich über die Mehrheit der Bevölkerung ausgedehnt hatten, bleiben ausgeblendet. Die Annahme eines statischen Für-den-NS-Seins der Volksmehrheit ist fundamental für den Typ von Legitimität, den Lübke für den wiedergegründeten Staat nachträglich noch einmal legitimiert: »Gegen die Mehrheit des Volkes konnte er schwerlich eingerichtet werden.« Der Kompromiß, den Lübke schildert, ohne ihn zu analysieren, bestand in der Aufspaltung in ein unbeflecktes normatives Imaginäres und in die beschwiegene Existenz der befleckten Wirklichkeit. »Auf der normativen Ebene jedenfalls waren nationalsozialistische Relikte inexistent«, natürlich nicht dagegen auf der Ebene der »Bürgerschaft dieser Republik«. Die Verhältnisse waren daher keine der Verdrängung, sondern im Gegenteil des allen bewußten Verschweigens im Schutz einer neuen »normativen Normalität«. Hier einige der Muster des neuen Kleides, das Lübke im Reichstag dem Kollektiven Kaiser des Bürgertums angepaßt hat. Die so Bedienten dürften sich geschmeichelt gefühlt haben, ihre dumpfe Komplizenshaftigkeit und Unfähigkeit zur Trauer als Erfüllung ihrer moralischen Pflicht verklärt zu finden.

Man wußte »es« voneinander

»Pedell und Professor hatten doch, sogar als Funktionäre, derselben NSDAP-Ortsgruppe angehört, und sie wußten es voneinander. Der als Widerständler aus Flucht und Untergrund remigrierte Professorenkollege wußte es auch, und die Studenten, die sich 1945 noch im Pimpfenalter befunden hatten, desgleichen. Wie ging man nun miteinander um?« Wer diese Frage beantworten könne, habe das Wichtigste verstanden.

Der NS als Nicht-Rätsel

Das Wichtigste sei es, zunächst zu verstehen, daß es da nichts besonderes zu verstehen gibt. Alles Entscheidende verstand sich von selbst. »Und wieso der Kollege einst Nationalsozialist geworden war — das war, nach seinen respektablen oder weniger respektablen Gründen, keinem der Beteiligten ... ein Rätsel.«

Daß das Philosophieren mit dem Staunen, mit dem Verlust der falschen Selbstverständlichkeiten anfangs, ist zu diesem Redner nicht vorgedrungen. Lübke schreibt die historische Erkenntnis im Alltagsbewußtsein der Beteiligten

fest. »Eben deswegen wäre es ganz müßig gewesen, dieses Nicht-Rätsel als Frage universitätsöffentlich aufzuwerfen.«

Verhältnisse nicht-symmetrischer Diskretion

Die Verhältnisse zwischen den Ex-Nazis und den Überlebenden bzw. aus der Emigration Wiedergekehrten unter ihren Gegnern beschreibt Lübke so: »Der im Widerstand bewährte Kollege wurde Rektor(?). Um so mehr verstand es sich, daß er seinem sich gebotenerweise zurückhaltenden Ex-Nazi-Kollegen gegenüber darauf verzichtete, die Situation ... in besonderer Weise hervorzukehren ... Kurz: Es entwickelten sich Verhältnisse nicht-symmetrischer Diskretion.« Und Lübke setzt die Diskretion fort: der Ausdruck »Widerstand« in seinem Diskurs könnte z.B. nicht mit *résistance* übersetzt werden, denn er meint keineswegs aktive Beteiligung an »illegaler« Agitation, an Sabotage kriegswichtiger Einrichtungen oder gar an bewaffnetem Widerstand. Er meint erst recht nicht das, was Peter Weiss in der *Ästhetik des Widerstands* dargestellt hat.¹⁴

Das Schweigen als Medium der Transformation der Subjekte

»In dieser Diskretion vollzog sich der Wiederaufbau der Institution« und die Verwandlung der Subjekte. »Diese gewisse Stille war das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland.« Dieses Stillhalten war die wahre Demokratisierungstat, eben weil »die gewisse Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten, die die Frühgeschichte der Bundesrepublik kennzeichnet, eine Funktion der Bemühung war, zwar nicht diese Vergangenheiten, aber doch ihre Subjekte in den neuen demokratischen Staat zu integrieren«. Ein neuer Begriff *passiver Revolution*, wie von Gramsci für den italienischen Faschismus entwickelt, könnte hier anschließen.

»Kommunikatives Beschweigen« als Bedingung »normativer Normalität«

War somit »das integrative Verhalten zu braunen Biographieanteilen der gewöhnliche Fall«, so bewegten sich die Beteiligten dank der zgedrückten Augen der Öffentlichkeit »im Schutz öffentlich wiederhergestellter normativer Normalität«. Es herrschte »kommunikatives Beschweigen«. Lübke rechtfertigt dieses vielsagende Schweigen mit Motiven, die er dem guten Willen des Alltags entnimmt. Die offene Verarbeitung der NS-Vergangenheit ist demzufolge ausgesetzt worden »unter der politischen Rekonsolidierungsprämisse, daß es, diesseits gewisser Grenzen, politisch weniger wichtig sei, woher einer kommt, als wohin er zu gehen willens ist.«¹⁵ Den individuellen Biographien gegenüber kann diese Einstellung gut beraten sein. Um so wichtiger ist es dann, die strukturellen Macht- und Besitzinteressen namhaft zu machen, die in den Faschismus trieben, sowie die Anordnungen und Praktiken, in denen die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts sich vollzogen hat. Aber was Lübke den Personen gegenüber an Diskretion aufbringt, ist nichts im Vergleich zur Diskretion gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen.

2.2 Faschismus-Theorien als Delegitimierung der BRD

Da Lübke die Auseinandersetzung mit dem Faschismus der Legitimierung einer rechtsbürgerlichen Gestaltung der Bundesrepublik unterordnet, die nach diesem Beschweigen verlangt, behauptet er »die Transformation der Auseinandersetzung mit dem Faschismus«, wie sie im Zeichen des Neuaufbruchs Mitte der 60er Jahre begonnen hatte, »in ein Medium der Delegitimierung des politischen Systems der Bundesrepublik«. Am liebsten würde er die sozialkritische Faschismustheorie zum verfassungsfeindlichen Denken umwerten. Nicht das bundesdeutsche Establishment hat lange Zeit die Auseinandersetzung mit dem Faschismus verdrängt, sondern die wirklichen Verdränger waren diejenigen, die es wagten, von Verdrängung zu sprechen: Die »Protestgeneration« der 60er Jahre habe die Verantwortung für den NS aus ihrer Identität abgeschoben. Sie konnte dies, denn sie war nach der Kriegsgeneration die erste neue Nachkriegsgeneration, »die vielfach schon von ihrem Geburtsdatum her zum Dritten Reich in keinerlei biographischer Verbindung mehr stand«.

Als wäre das Aufwachsen in Faschismus und Krieg »keinerlei biographische Verbindung«! Und als stellten für die in der ersten Nachkriegszeit Geborenen die Kriegsfolgen und Kriegserzählungen, in denen sie aufwuchsen, keine Verbindung her! Jeder Blick in wirkliche Biographien würde Lübkes Behauptung widerlegen. Aber er meint nicht, was er sagt. Er meint: Wer nicht selber *mitgemacht* hat ..., wobei er großzügig den »Widerständler« einbezieht unter Beschweigen der mörderischen Repression, des fast völligen Fehlens überlebender Widerstandskämpfer unter den Professoren¹⁶, auch der häufig fortgesetzten Ausgrenzung von Remigranten oder als irgendwie links angesehener Hochschullehrer von seiten der »Kollegen«. Das ist die Neuauflage des Stereotyps »Wer nicht selber ...«, das im *Hilflosen Antifaschismus* analysiert ist (84ff.) und den »Ehemaligen« allzulange dazu gedient hat, der nachfaschistischen Generation die Kompetenz abzusprechen, über den Faschismus mitzureden. Doch Lübke formuliert eine Eintrittsbedingung: »Nur bei staatlicher Identifikation hätte diese Generation die NS-Vergangenheit als die ihre mitübernommen.« Die »staatliche Identifikation« bedeutet aber bei Lübke den Eintritt in eine Mitwisserschaft, die sich durch jenes »kommunikative Beschweigen« besiegelt. So kam es, »daß man nun beides zugleich aus der eigenen historisch-politischen Identität abschob«, den Nazismus, indem man ihn aus Herrschaftsverhältnissen und Klassenkämpfen ableitete, und das bundesdeutsche Staatsbürgertum, indem man ... Spätestens hier stößt man darauf, daß Lübke ein konservativ-bürgerliches Staatsverständnis normiert, um jedem anderen Verständnis die normative Staatsbürgerschaft abzuerkennen.

Jenes andere Verständnis verwirkte die Zugehörigkeit, indem es »die Geschichte der BRD als eine Geschichte der unvollendeten Überwindung des NS umschrieb, und genau das ist die Funktion der großen akademisch-publizistischen Faschismus-Debatte gewesen, die sich Ende der 60er Jahre erhob und bis tief in die 70er Jahre hinein anhielt«. Es ist unklar, was »Funktion« hier heißt. Daß die Faschismus-Debatte die Funktion hatte, über Ursachen, Wiederholungsgefahren und Verhinderungschancen von Faschismus zu debattieren,

scheidet für Lübke aus. Debatte hat keine Funktion in seinem Demokratieverständnis. Hinter ihr steht etwas anderes, Gefährliches, Feindliches, etwas, das eine verschwörerische Absicht ahnen läßt.

Angelpunkt ist die Kapitalismuskritik, die Behauptung eines Zusammenhangs zwischen Faschismus und Kapitalismus. Die Unterschiede im Denken dieses Zusammenhangs interessieren Lübke nicht. Horkheimer hatte sozusagen Wittgensteins Satz, worüber man nicht reden kann, darüber solle man schweigen, ins Konkrete abgewandelt: Wenn man nicht auch über den Kapitalismus reden könne, dann sollte man auch vom Faschismus schweigen (zur Kritik an Horkheimers Ökonomismus vgl. PIT 1980, 44ff.). Lübke: »In seiner Konsequenz vollzog sich eine zunächst theoretische, dann aber auch politisch-moralische Delegitimierung der zur Frühgeschichte der Bundesrepublik gehörenden Versuche, die nationalsozialistische Vergangenheit ins politische Gegenwartsbewußtsein zu heben. 'Der hilflose Antifaschismus' — so lautet ein bekannter Titel, der für diesen Zusammenhang steht.« Indem der — man beachte den Begriff — »altbundesrepublikanische Antifaschismus« für hilflos erklärt worden sei, sei die Legitimität der Bundesrepublik angegriffen worden. »Der durch die ... erneuerte Faschismus-Theorie in Gang gesetzte Delegitimierungsprozeß konnte selbstverständlich mühelos über den für hilflos erklärten altbundesrepublikanischen Antifaschismus hinaus auch auf die Geschichte der Bundesrepublik insgesamt ausgedehnt werden ...« Und zwar wurde die Bundesrepublik hingestellt als »ein Staat, der unverändert dazu herausfordern sollte, ihn in antifaschistischer Absicht zu verändern«. Die Bestrebungen der Demokratisierung, des Ernstmachens mit den demokratischen Gehalten der Verfassung werden von Lübke ebenso mitverworfen, wie er schweigt über die neoautoritären Tendenzen zum »sicherheitsstaatlichen« Demokratieabbau oder zum Rechtspopulismus usw. Daß der 8. Mai als Chance und Verpflichtung in die Gegenwart hineinragen könnte, indem etwa Massenarbeitslosigkeit und Rassismus als Bedingungen der Faschisierung ebenso bekämpft werden müßten wie die Entstehung wirtschaftlicher und staatlicher Supermacht, deren Kontrolle die Bevölkerung einseitig unterworfen ist, ohne daß jene demokratischer Kontrolle unterworfen wäre — ebensoviele staatsgefährdende Ungedanken in dem neuen *Gemeinsinn*, den Lübke als Sprecher mächtiger Interessen und im Bund mit den Kräften der neukonservativen Wende¹⁷ durchzusetzen bestrebt ist. Vielmehr: ebensoviele Feinderklärungen an diesen Stellen. »Wenn sich die Bürgerschaft der BRD das hätte einreden lassen, so wäre sie damit auch desjenigen politischen Selbstgefühls noch verlustig gegangen, das sich, immerhin, aus ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu dieser Republik einschließlich ihrer Geschichte doch allmählich ergeben hatte.« Daß die »grundsätzliche Zustimmung zu dieser Republik« daran hängt, daß diese Republik prinzipiell demokratisch umgebaut werden können muß, diesem demokratischen Elementargedanken möchte Lübke die Legitimität entziehen.

Was Lübke an konkreten Freiheitsrechten wegfallen läßt, das kompensiert er mit der Chance, sich im Bestehenden sozusagen in der Allklassengestalt des Bourgeois: als *Verbraucher* einzurichten, als einer, der die Gelegenheiten wahrnimmt. Zustimmung, Identität, Legitimität, Selbstgefühl — ein neuer *Com-*

mon sense faßt sie derart zusammen. Identität ist laut Lübbe »eine in erster Linie ... vergangenheitsabhängige Größe, und Subjekte, die sich mit ihrer Vergangenheit schwertun, haben nur eine einzige Möglichkeit, ihr gegenüber allmählich freier zu werden. Diese ... besteht darin, sich in der Gegenwart so einzurichten, daß ... sie dem zustimmungsfähigen Teil der Vergangenheit zuzurechnen sein wird.« Nachdem er noch eben in bezug auf die ehemaligen Nazis die Maxime verklärt hat, es sei »weniger wichtig, woher einer kommt, als wohin er zu gehen willens ist«, denkt Lübbe Identität einseitig als das Wesen, das gewesen ist, nicht vom Vorhaben her. Sein braver Wunschbundesbürger verfolgt kein Projekt. Er unterhält ähnliche Konsensbeziehungen im Innenverhältnis zu sich selbst wie im Außenverhältnis zum Staat. Der Staat, das ist auch die Vergangenheit, die Staatsbürgerschaft ist das Sicheinrichten in ihm, die praktische Münchhauseniade seiner Legitimität.

2.3 Die Rezeption des »Holocaust«-Films

Lübbe beschreibt das Gefühl der Erlösung, mit dem große Teile der Bevölkerung unter der wohlwollenden Aufsicht der herrschenden Klassen die Vergangenheitsbewältigung aus Hollywood entgegengenommen hatten. (Nicht daß die Fernsehserie *Holocaust* ohne Verdienste wäre. Aber denkwürdig ist zuvor die Tatsache, daß kein einziger deutscher Versuch der Selbstverarbeitung des Verhältnisses zum Faschismus und seinen Eroberungs-, Unterwerfungs- und Ausrottungspolitiken massenhaft angenommen worden ist.) Lübbes Charakterisierung der Serie bewegt sich in repräsentativen Mustern der bundesdeutschen Ideologie. Hier die Hauptpunkte:

1. Der gesunde Menschenverstand wird im Anblick von Auschwitz unter Verdrängung des Begreifens reorganisiert. »Durch diese Serie wurde zum NS in seinen furchtbarsten Folgen ein pseudotheoriefreies¹⁸ Verhältnis des moralischen und politischen Gemeinns wiederhergestellt.« Man fand sich »in ein common-sense-fähiges Verhältnis ... zum NS gebracht«.

2. Ideologisches Rondo: Die Tapferkeit der Opfer bestätigt die der Täter. »Die Geltung traditioneller Tugenden wie der Tapferkeit, die durch ihren Mißbrauch im NS diskreditiert zu sein schienen, wurde durch die Tapferkeit seiner Opfer im Widerstand gegen ihn neu bekräftigt.« Der Effekt ist Entlastung im Verhältnis zu autoritären Elementen der kulturellen Tradition.¹⁹

3. Neutralisierende Verallgemeinerung: Potentiell erscheint jedermann als möglicher Faschist wie als mögliches Opfer. Vor dem Faschistsein sind alle gleich.

4. Zirkuläre Abdichtung gegen Kritik: »Der Massenterror wurde ... transparent [als] möglich, ... wenn wir im ideologisch bedingten Realitätsverlust auf Ziele verpflichtet werden, die Außerkraftsetzung gemeinsinnfähiger Moral und politischer Normalität verlangen.« Da Lübbe ja just am »Gemeinsinn« und an der »Normalität« arbeitet, kann er jeden, der ihm widerspricht, auf die Seite des Terrors schieben.²⁰

5. Restitution der Normalität. Der Film »bekräftigte ... diese Normalität und schloß ein Millionenpublikum mit der theoretisch ebenso simplen wie

praktisch fundamentalen Gewißheit zusammen, daß diese Normalität ... eine notwendige Bedingung für die Immunität einer politischen Kultur gegen die totalisierende Machtergreifung ideologischer Heilsgläubigkeit ist«. Ideologie, das sind die andern, die etwa wie Luxemburg und Bloch denken. Der Geist des Faschismus ist der Geist der Utopie. Das Ideologische reproduziert in Lübbes Lehre nicht etwa die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, sondern Herrschaftskritik und Demokratisierungsbestrebungen sind Ideologie, und Ideologie führt in den Totalitarismus. Wer widerspricht, fällt schon unter diese Kategorie. Kurz, diese Normalität tendiert ins Totalitäre.

Indem sich Lübke so bemüht, die vom NS und seinem Scheitern geschlagene Wunde, diese *partie honteuse* der Bourgeoisie, vermeintlich endgültig zuzudecken, deckt er sie gegen die Absicht auch auf. Das gute Gewissen, an dem er wirkte, funktionierte nicht im gewünschten Ausmaß als das sanfte Ruhekissen der Öffentlichkeit. Die Dynamik der Stillstellungsstrategien erzeugte größere Unruhe als zuvor.

3. Die unfreiwillige Dialektik der Schlußstrich-Strategie: Das Bitburg-Debakel

Als Helmut Kohl zum Kanzler gewählt worden war, nannte sein gestürzter Vorgänger ihn den ersten Nachkriegsgenerationskanzler. Er meinte, der 1930 geborene Kohl gehöre der ersten Generation an, die 1945 noch zu jung war, um dem NS-Staat gedient haben zu können.²¹ Kohl griff den Hinweis dankbar auf, als er seinen bekannten Ausspruch von der »Gnade der späten Geburt« tat. In der Folge pochte er darauf wie auf einen Titel, der ihm das Recht auf gutes Gewissen verbürgte. In diesem Verlangen wurde er vom katholischen Episkopat²² und der US-Regierung bestärkt, die besonders auf die Bundesrepublik zählte beim Versuch, die Westeuropäer neu auf ihre aggressiver gewordene Politik einzuschwören. Die Feiern zum 40. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie hatten noch unter Ausschluß der BRD-Regierung stattgefunden. »Der deutsche Regierungschef hatte mit Nachdruck ersucht, ... eingeladen zu werden ... Seine Anwesenheit an der Seite der ehemaligen Gegner sollte der Welt zeigen, daß sich Deutschland nun auf der Seite der 'Guten' befinde.« (Le Figaro, z.n. Münchhausen 1984). »Zum Ausgleich« (ebd.) bot Mitterand ein deutsch-französisches Versöhnungsritual in Verdun, dem Ort, dessen Name für den Stellungskrieg des Ersten Weltkriegs steht. So kam es zu einer »Feier ohne Jahrestag ... , die das zufällige Ergebnis eines anderen Jahrestages« war und zu der Kohl als seinen Ehrengast Ernst Jünger, einen der — später enttäuschten — Ideengeber des NS, mitgebracht hatte (Münchhausen 1984). So hatte dieser Versuch wenigstens mit einer »ehrenvollen« Abfindung geendet.

Als nächsten und erhofftermaßen endgültigen Normalisierungsversuch hatte Kohl den Besuch Präsident Reagans zum westlichen »Wirtschaftsgipfel« in Bonn vorgesehen, wobei er übrigens zunächst vergessen hatte, daß der 8. Mai in die vorgesehene Zeit fiel.²³ Auf Druck der amerikanischen Juden wollte Reagan eine KZ-Gedenkstätte besuchen. Kohl wollte das vermeiden und

schlug den Soldatenfriedhof Bitburg vor. Die Hegemonialmacht sollte die politisch-militärische Gefolgschaft symbolisch honorieren. Reagan akzeptierte. Die *Publicity*-Fachleute entwarfen das Ritual des Händedrucks über Soldatengräbern. Der Sturm der Entrüstung, den das Projekt auslöste, trieb Reagan in seine bisher größte publizistische Niederlage.

Die deutsche Rechte intonierte derweil die Beschwörung der »Toten unseres Volkes« (Reissmüller 1986), die unterschiedslos »in Frieden ruhen« sollten (Gillesen 1985) und auf die — auf SS-Henker wie auf ihre Opfer — angewandt werden sollte, was Sophokles seine Antigone zu Kreon sagen läßt: »Im Reich der Toten gilt ein gleiches Recht.« (Zit. ebd.) Insofern dem schlecht widersprochen werden kann, bewährten sich »Unsere Toten« als symbolische Geiseln und als schreckliches Furnier über Klasseninteressen, die sich des »Volkes« immer nur bedient hatten. Die Erben der Kriegszielstrategen, die ganze Jahrgänge in den Tod getrieben hatten, hüllten sich ins Schweigen über die Triebkräfte jenes Massentötens. Man muß ihre Unsichtbarkeit in diesen Totendiskursen sichtbar machen und den latenten Text ihrer Diskurse gegen sie wenden. Ihr manifester Text ist einwandfrei. Sich an Toten zu rächen, wäre sinnlos.²⁴ Freilich ging es um den Horizont der Lebenden. Die Frage war ja, ob der privilegierte Rückblick auf Auschwitz auf den aktuellen Gegner umgelenkt und dieser dadurch zum Feind schlechthin verabsolutiert werden durfte. Das Offenhalten der Auseinandersetzung mit dem Faschismus und seiner deutschen Extremsteigerung störte die neototalitären Kreise dadurch, daß damit die Gegnerschaft zur Sowjetunion historisch relativiert blieb. Ausgerechnet zu Hitlers Geburtstag und wenige Tage vor der Begehung des 8. Mai strengte Joachim Fest sich noch einmal an, die ganze Geschichte im Sinne der inzwischen schon gescheiterten Strategie umzuinterpretieren. Der 8. Mai sei für die Deutschen, ja sogar für den Westen insgesamt der Tag einer »verheerenden Niederlage, fast einer Katastrophe« (Fest 1985).

»Im Februar 1943, so berichtet Ernst Jünger, tauchte an den Mauern Pariser Häuser häufig, mit Kreide geschrieben, das Wort 'Stalingrad' auf. 'Wer weiß', fragt dort der Dichter, 'ob sie dort nicht mitbesiegt werden?'« (Fest 1985)²⁵

Grund zum Feiern hat am 8. Mai »nur die Sowjetunion« (ebd.)²⁶; wo sie mitgesiegt hat, muß der Westen mitbesiegt worden sein. Das ist so logisch wie ein Wahnsystem. Ob bewußt oder nicht: es ist die Logik eines drohenden Dritten Weltkriegs, die da die Geschichte umzudeuten versucht. Der Versuch weckte so starken Widerstand, nicht zuletzt bei den Juden, die den Holocaust nicht zu vergessen bereit waren, daß er scheiterte. Die gereizten Töne Fests verraten bereits die Defensive; ein paar Tage nach ihm inspizierte F.U. Fack die Niederlage, wobei er das Gefühl zu haben scheint, daß die Maßlosigkeit der neuen Rechten den Sowjets zugearbeitet hatte.

»Die Nutznießer ... wären die Sowjets, die sich heute schon dazu beglückwünschen können, daß sie die Idee eines völlig unüblichen vierzigjährigen Siegesjubiläums mit solchem Nachdruck vorangetrieben haben. Daß es ihnen gelingen würde, ... einen massiven psychologischen Keil zwischen zwei der Hauptalliierten auf westlicher Seite zu treiben, haben sie sich vermutlich in ihren kühnsten Träumen nicht vorgestellt.« (Fack 1985)

Als Kompromiß entschloß man sich, beides zu tun, den Soldatenfriedhof *und* das KZ zu besuchen, SS und Auschwitz in einem einzigen Versöhnungsbogen

zusammenzufassen. Aber die perfekt wie ein Werbespot geplante »Geste der Freundschaft« hinterließ einen »Scherbenhaufen«, ein »Trauma« (Fack 1985). Anscheinend empörte sich ein Heer von Witwen und Nachkommen der SS-Männer über die Begleitproteste. »Die Flut der Briefe, die uns erreichen, spricht Bände. Die Witwe, die ihren toten Mann, der Sohn, der seinen Vater als Schurken denunziert sieht — sie alle sind fassungslos.« (Ebd.) Die *FAZ* drohte mit Antiamerikanismus. Ihre Sprache an die Adresse der US-Amerikaner wurde rauher²⁷:

»Sie meinen, sie könnten sich wirtschaftlicher Rivalitäten wegen am Pazifik in eine 'Pearl-Harbor-Stimmung' versetzen und gleichzeitig einen ihrer treuesten europäischen Verbündeten wie einen Vasallen behandeln ...« (Fack 1985)

Die Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985 (auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird) markierte die vorläufige Niederlage der Normalisierungstrategie. Aber die Sache war nicht ausgestanden. Im Dezember setzte Gillissen neu an mit dem Versuch, Bitburg zu verallgemeinern, zunächst auf ganz Deutschland, dann die ganze Welt.

»Es gibt keinen Friedhof im ganzen Land, auf dem nicht neben Opfern auch Täter liegen. (...) Es gibt auch anderswo keinen Flecken Erde, der nicht irgendwann durch Mord geschändet und von Blut getränkt worden wäre.« (Gillissen 1985)²⁸

Einige Monate später konnte die *FAZ* die »beruhigende« Antwort aus der US-Rechten abdrucken: »Die Schuldfrage belastet, wie wir es eben im Bitburger Streit gesehen haben, ständig und böseartig die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten.« (Oppenheimer 1986) Der »maßlose Lärm« hätte »beinahe die Nato und den Platz, den Deutschland(!) in ihr einnimmt, zerstört« (ebd.). Man muß die Schuldfrage abstellen und überhaupt der (selbst)kritischen Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit ein Ende machen. Die Stoßkraft muß auf die Sowjetunion konzentriert werden (und auf den Osthandel²⁹ der Europäer).

»Nur der Teufel³⁰ kann sich bei dem Bitburg-Zirkus der amerikanischen Medien unlängst amüsiert haben. Er will, daß die ermordeten Opfer der Vergangenheit uns die ermordeten und gequälten Sklaven eines Reiches vergessen lassen, das in unserer Gegenwart andauert.« (Oppenheimer 1986)

Es ist, als hätte Ernst Nolte auf diesen Wink gewartet. »War nicht der 'Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz?« Und mehr noch: »Vollbrachten die Nationalsozialisten .. eine 'asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten?«³¹ Was Nolte trieb, derart die Grundregeln historischen Arbeitens preiszugeben, war nach Auffassung des Historikers H.A. Winkler »nur' ein nationalapologetisches Bedürfnis. Der NS muß 'historisiert' und damit relativiert werden, also seiner Einzigartigkeit weithin verlustig gehen. Jedes Volk habe seine Hitlerzeit, hieß es schon 1974 in Noltés Buch 'Deutschland und der Kalte Krieg', und für Frankreich diente die Ära De Gaulle als 'Beleg' der These.« (Winkler 1986) Nolte setzt den NS im übrigen mit Regimen aus der Dritten Welt (Amin, Pol Pot) gleich. Mißt man den NS dagegen mit den Maßstäben des Westens, »ist die Judenvernichtung³² unter dem NS ein beispielloses Verbrechen, und die Herrschaft, die dies möglich machte, die größte Katastro-

phe des 20. Jahrhunderts.« (Ebd.) Die Übereinstimmung Noltes mit den zitierten Stimmen aus dem Chor der neuen Rechten — er knüpft übrigens ausdrücklich an Lübke an³³ — deutet darauf hin, daß es nicht einfache Nationalapologie war, was ihn trieb, sondern daß diese Apologie eingebunden war in jene internationale Strategie des Revirements der Kräfte und der politisch-militärischen Ziele. Es scheint, daß auch die Wut über das Debakel von Bitburg ihn getrieben hat.³⁴ Nicht die Identifikation der Deutschen mit der NS-Vergangenheit ist die Gefahr, sondern:

»Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls 'antifaschistisch' sein dürfte.« (Nolte 1986)

4. Liberaler Antifaschismus als Gegenpol zur Schlußstrich-Strategie

Die »Geschichte um Bitburg hat deutlich gemacht, daß alles nur schlimmer wird, wenn wir einfach auf eine historische Normalität zusteuern«, bekannte Christian Meier, der Vorsitzende des bundesdeutschen Historikerverbandes³⁵, 1986 nicht zufällig in Tel Aviv. Er »verspottete« sogar »das Kanzlerwort von 'der Gnade der späten Geburt'« (Mohler 1986)³⁶, um folgendermaßen zu schließen: »Aber wenn wir es mit diesem Geschehen nicht aufnehmen, wenn wir meinen, damit einfach Schluß machen zu können, so wird es uns nur schlimmer heimsuchen und seine Streiche spielen.« Fast wie die Antwort eines anderen Deutschland artikuliert sich in dieser Rede erneut »die Negation dessen, was in Deutschland zwischen 1933 und 1945 war« (Meier 1986). Diese Negation aber, deren Sprecher das Negierte nicht »Faschismus« und die Negation nicht »Antifaschismus« zu nennen vermag, »hat die Bundesrepublik mit begründet«. Und wenig später präziserte Habermas (1986): »Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach — und durch — Auschwitz bilden können.« »So ist die Erinnerung an die deutschen Verbrechen in die Fundamente der Bundesrepublik tief installiert.« (Meier 1986)³⁷ Daraus resultieren unterschiedliche Verarbeitungsversuche (und Verdrängungen), »die sich allesamt als Symptome ein und derselben Sache interpretieren lassen, einer im ganzen unbewältigten Geschichtserinnerung als Teil gemeinsamer Identität.« (Ebd.) Was Lübke sorgfältig aufgebaut hat, ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gemeinsinnfähig. Meier spricht sich gegen »die Fortsetzung der Verdrängungsgeschichte« aus, deren Existenz Lübke bestritten hatte. Der Sache nach vernichtend, im Ton auffallend vorsichtig und geradezu widerspruchlos, zieht Meier Lübkes Argumente über die Grenzlinie:

»Ein beachtlicher und wohl, wie Hermann Lübke gezeigt hat, notwendiger Integrationsprozeß begann, in dem nicht viel gefragt wurde, was einer vor 1945 gewesen war, gedacht oder getan hatte. Rasch fand die Gesellschaft eine neue Einheit im Antikommunismus, der sich bald zum Antitotalitarismus erweiterte, womit dann Kommunismus und NS-Regime gleichermaßen auf die Gegenseite transportiert wurden.« (Meier 1986)

Auch die Entschärfung der Erinnerung an Auschwitz durch Gleichsetzung mit Formen sowjetischer Repression wird nun wieder abgelehnt.³⁸ Habermas setzt nach. Auf dem Spiel steht nicht nur der Parlamentarismus, sondern auch die Westintegration: »Wer uns mit einer Floskel wie 'Schuldbesessenheit' (Stürmer

und Oppenheimer³⁹⁾ die Schamröte über dieses Faktum austreiben will, wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzige verlässliche Basis unserer Bindung an den Westen.«⁴⁰⁾

Die zuletzt zitierten Stimmen sind nicht nur nicht vereinzelt, sondern sprechen nur deutlicher aus, was in der Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 bereits enthalten war. Diese Rede setzt ein deutliches Grenzzeichen, ein Bis-hierher-und-nicht-weiter; die Schlußstrich-Strategie liegt auf der anderen Seite. Die Rede entwirft einen Kompromiß zwischen den beiden großen politischen Blöcken der Bundesrepublik, ist nach dem Pantheon-Prinzip ideologischer Integration gebaut⁴¹⁾, aber der hegemoniale Akzent liegt deutlich links von der Regierungspolitik, näher bei den Nürnberger Gesprächen der SPD als bei den Veranstaltungen von Bitburg und Hambach (dazu weiter unten). Ein Beobachter beschreibt die Wirkung der Weizsäcker-Rede folgendermaßen: »Von einer Wand steinerner Gesichter prallten noch einmal die zu Formeln gefrorenen Worte vom 'unübersehbar großen Heer der Toten' und dem 'Gebirge menschlichen Leids' ab. Doch plötzlich geschah Ungeahntes. Die Festveranstaltung im Plenarsaal, wiewohl unbeweglich verharrend, zerfiel wie durch Zauberspruch in lauter Einzelne.« (Leinemann 1985) Die Schilderung könnte dadurch verklärt sein, daß der Beobachter durch die Rede angerührt wurde. Die Rede transportiert die gesamte Problematik in die Sphäre der Moral.⁴²⁾ Darin besteht ihre Stärke wie ihre Grenze. »Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.« Ein allgemeiner Wahrheitswille rangiert vor jeder bestimmten Wahrheit. Das Begreifen des NS tritt zurück hinter der Notwendigkeit, eine heute zustimmungsfähige Minimalformel zu finden. Es ist die Formel von der *Gewaltherrschaft* und den »unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung«, denen die vielen gutgläubig dienen. Dabei ist »Hitler⁴³⁾ die treibende Kraft. Er erzeugte und er nutzte Massenwahn. Eine schwache Demokratie war unfähig, ihm Einhalt zu gebieten.« Der Redner schweigt über die starke Rechte, sagt auch kein Wort über die sozialen Großmächte des Kapitals und der repressiven Staatsapparate. Und doch ist es, als würden symbolische Gefängnisse geöffnet und einige Wahrheiten freigelassen. »Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch⁴⁴⁾ des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.« Und was für den Wahrheitsraum im öffentlichen Diskurs vielleicht noch wichtiger ist: der Topos von der mit der Entfernung wachsenden Präsenz der Erinnerung an den NS in der Öffentlichkeit wird weder der Tücke der Sowjets⁴⁵⁾ noch der moralischen Heuchelei der Spätgeborenen⁴⁶⁾ noch der Beliebtheit bloß »imaginerter Schrecken«⁴⁷⁾ zugeschrieben. Warum waren die Auseinandersetzungen um den 8. Mai 1985 »lebhafter als nach 25 oder 30 Jahren«? Die redliche Antwort gehört ins Lesebuch:

»40 Jahre waren notwendig für einen vollständigen Wechsel der damals verantwortlichen Vätergeneration.«

Und ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger die Wahrheit über das *bewußte Nichtwissen*, jenen Vorgänger des von Lübke zur Bürgerpflicht verklärten *kommunikativen Beschweigens*: Zu den Verfolgungs- und Ausrottungspolitiken des NS-Staats gesellte sich

»der Versuch allzu vieler, auch meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah. Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen.«

Im Gegenzug zum neurechten Abbau des Sozialstaats bekennt sich die Rede zu einem »dichten sozialen Netz«, und im Gegenzug zu Zensurtendenzen zur Notwendigkeit, »die Freiheit⁴⁸ ... jeder Kritik zu schützen, so sehr sie sich auch gegen uns⁴⁹ richten mag«.

Schließlich greift die Rede in die Dialektik der Schlußstrich-Strategie ein. Sie erteilt ihr eine Absage, das ist ihre eigentliche politische Bedeutung. Es beginnt mit einem Wechselbad: »Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern.« Als hätte der Redner das Bitburg-Debakel vor Augen, die scharfmaacherischen Interventionen der Fest & Fack usw., fährt er fort: »Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.«⁵⁰ Die Schrecken der Niederlage, Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf seiten der Sieger sollen nicht übersehen werden. »Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang ... Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.« Diesen Zusammenhang gilt es in Erinnerung zu halten. »Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht.« Sie ist unabänderlich. Die Gründe, »warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten«, liegen in der Gegenwart.

5. Zusammenbruch des Dritten Reiches oder politischer Amerikanismus in deutschnationalen Farben?

Helmut Ridder hat in seinem Beitrag zum 40. Jahrestag der Niederlage des NS-Staats dazu aufgerufen, den Befreiungscharakter dieses Tages nachträglich zu verwirklichen, indem das imaginäre Zurück hinter die Niederlage endlich zum Zusammenbrechen gebracht wird.

»Was also mußte im Publikumsbewußtsein Platz greifen? Das Erkennen und verändernde Verarbeiten der Mentalitätsstrukturen, die am 8. Mai eben auch nicht 'zusammengebrochen' sind, auf daß sie endlich zum Zusammenbruch gebracht werden. Auch Trauer ist also angezeigt, nicht Trauer über das wirklich Zusammengebrochene, sondern Trauer über den bisher nicht erfolgten Zusammenbruch, ohne den es keine 'Befreiung' geben kann.« (Ridder 1985, 183)

Dieser überfällige befreiende Zusammenbruch eines offiziellen Imaginären würde beiden deutschen Republiken helfen, »vorbehaltslos Eigentum aller ihrer Bürger zu werden«. Die vorherrschende Rede von der »Wiedervereinigung« ist dagegen nur »biedermännische Phrase« für Anschluß.⁵¹

Ist die Rede vom »Zusammenbruch des NS« eine der Lebenslügen der bundesdeutschen Ideologie, so wird sie bei Lübke merkwürdig gesteigert, indem er unterstellt, der »Untergang des Reiches« habe dazu geführt, »sich mit gekräftigtem, desillusioniertem Realitätssinn im Rahmen verbliebener politischer Handlungsspielräume einzurichten«. Aber im politischen Imaginären steht dieser Untergang noch aus. Oder ist die immer noch offiziell herrschende Fiktion vom deutschen Staat »in den Grenzen von 1937« wirklich ein Zeichen für »gekräftigten, desillusionierten Realitätssinn«? Lübke wagt es nicht, dieses po-

litische Imaginäre zu stören, erst recht nicht die politische Realfiktion der Bundesrepublik, staatliche Alleinvertretung »aller Deutscher« zu sein. Er schweigt über die Nichtanerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, abgesehen von seinem »kommunikativen Beschweigen« des historischen Seitenwechsels des deutschen Kapitals, das sich aus der Niederlage von 1945 ins Klientelverhältnis zu den USA gerettet hat, woraus sich bis heute die Einbildung speist, an einem künftigen Sieg der USA mitbeteiligt zu werden in Gestalt der »Wiedervereinigung«.

Auf der Linie der internationalen Neuen Rechten versuchte US-Präsident Reagan vor zehntausend deutschen Jugendlichen auf Schloß Hambach, dieses Imaginäre nachzufüllen. Zuerst konstruierte er den Kommunismus als immer schon einzige Bedrohung der Freiheit, so die Bedrohung der Freiheitsrechte von rechts desartikulierend. Dem Kommunismus als der Welt des Stacheldrahts steht die Welt der Freiheit gegenüber, die Reagan in einer für deutsche Ohren ungewohnten Schamlosigkeit als Welt des Unternehmers ausspricht. Bereichert Euch! »Die Zukunft gehört den Freien.« Frei wird man nur als Unternehmer:

»Erkennen Sie, daß Ihrem persönlichen Aufstieg keine Grenzen gesetzt sind. Anders als bei Ihren Vettern auf der andern Seite der Mauer liegt Ihre Zukunft in Ihren Händen ... Ich möchte Sie heute ermutigen, sich zu überlegen, ob Sie sich nicht mit ihren Freunden zusammentun wollen, um jetzt oder später ein Unternehmen zu gründen, um Teil einer neuen großen Bewegung des Fortschritts zu werden — des Zeitalters des Unternehmers.«

Endlich prognostizierte Reagan eine neue Militärtechnologie der USA, die es erlaube, dank der amerikanischen Arsenale im Weltraum »die Arsenale auf Erden zu entmilitarisieren«.

Wenn aber erst das »Zeitalter des Unternehmers« angebrochen sein und damit die Freie Welt gesiegt haben wird, dann wird auch das Deutsche Reich wieder hergestellt werden. Im Augenblick mag »Wiedervereinigung« noch unrealistisch klingen.

»Aber wenn die nationale Einheit auch nicht sofort erreicht werden kann, können Sie ... sich selbst der Sache der Freiheit hier in Europa und anderswo verschreiben ...«

Solange dieses Denken Macht hat, ja sogar Supermacht, werden nicht nur die Deutschen in ihren Ländern nicht zu Hause sein. Auf der anderen Seite zeigt das vorläufige Scheitern der Schlußstrich-Strategie, daß der Antifaschismus — wie der Antirassismus — hegemoniefähige Elemente einer linken Alternative sind. Auf dem Kampffeld des Anti/Faschismus wird nicht nur über deutsche Politik, sondern über den künftigen Weg des Westens und um die Frage der Ermöglichung oder Verhinderung eines Dritten Weltkriegs gestritten.

Anmerkungen

- * Geschrieben für die Neuauflage des *Hilflosen Antifaschismus* (Argument-Verlag 1986). Einige Abschnitte gehen zurück auf einen Vortrag, gehalten am 8. Mai 1985 in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik.
- 1 Eine Kostprobe: »Hindenburg respektierte die Republik. Als er 1933 den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, konnte er sich auf die Verfassung berufen ...« (Fromme 1985). Abgesehen vom Zelebrieren der faschistischen Eigennamen und der Apologie für Hindenburg läuft es auf die tautologische Botschaft hinaus: »1933 wurde der Führer zum Reichskanzler ernannt.«

- 2 »Auch wenn im Namen eines ehrlich verstandenen, nicht marxistisch okkupierten 'Antifaschismus' nach einem einheitlichen Faschismusbegriff verlangt wird, so ist dies allenfalls ein politisches, kein wissenschaftliches Element.« (Bracher 1978) Der politische Grund (Antikomunismus), den Bracher für seine Begriffswahl angibt, erscheint ihm als unpolitisch: »Ein antifaschistischer Begriff des Politischen, der vor dem antitotalitären Verständnis rangiert, lenkt in Wahrheit von kommunistischer Diktatur ab ...« (Ebd.) — Häufig wird argumentiert, der Rassismus sei das spezifische Merkmal des NS. »Der Faschismus, vor allem, war nicht rassistisch.« Wolfgang Schieder, der auf dem 33. Historikertag die Kategorie Faschismus noch als »sinnlosen Allerweltsbegriff« bezeichnet haben soll (K. Adam 1980), rechtfertigte ihn 1985 in bezug auf Strukturgleichheiten des italienischen und des deutschen Faschismus. »Der italienische Rassismus war zwar in seinem Ursprung nicht antisemitisch orientiert, wie für jeden Faschismus war jedoch auch und gerade für ihn ein vorwiegend sozialdarwinistisch begründeter Rassismus typisch.« Er führte zum Völkermord in den nordafrikanischen Kolonien.
- 3 »Es wächst der Bedarf nach einem Wort, das immer noch schlecht in den Ohren klingt: national-sozialistisch ... Die verständliche Prüderie, die ihn noch zurückhält, kann ihn nicht für immer disqualifizieren.« (Held 1975)
- 4 Gross bezeichnet Hitler ironisch als »quasi-theologischen Tatbestand«, wo wir mit Kant von *Geschichtszeichen* sprechen könnten. Gross sieht, daß Hitlers »Schatten riesengroß auf die Geschichte der Nachgeborenen fällt, die aus ihm nicht herausstreten können oder wollen ... Nicht auf immer, aber für lange Zeit. Ein wirklicher Friede ließe ihn verbleichen, eine Katastrophe würde ihn vernichten. Bis dahin wird er uns begleiten.« (Gross 1979)
- 5 In diesem Sinne rechtfertigt die FAZ, die 1973 den Militärputsch gegen die chilenische Linksregierung begrüßt hatte, noch heute rückwirkend das Folterregime des Diktators Pinochet: »Wäre General Augusto Pinochet 1980 abgetreten, die meisten Chilenen würden ihn in guter Erinnerung behalten haben. Man hätte ihm zugute gehalten, daß er das gescheiterte Volksfront-Experiment Salvador Allendes beendet hat ...« (Stausberg 1986). Das ist die Fortsetzung der Diktatur mit journalistischen Mitteln.
- 6 »Fünfzig Jahre — nun gut. Aber vierzig Jahre seit einem Datum im Mai, das Befreiung war, das aber auch die Zerschlagung Deutschlands brachte und eine Neuordnung Europas — für viele Europäer nicht zum Guten ... —, ist das des Feierns wert?« (Fromme 1985) Die Variationen dieses Themas werden im folgenden reichlich belegt.
- 7 Der US-Präsident drückt dieses Ziel projektiv aus, indem er z.B. vor dem Europa-Parlament erklärte, »daß eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der SU begleitet sein muß von erfolgreichem Wettstreit in den Bereichen — vor allem in der Dritten Welt —, wo die Sowjets noch nicht bereit sind, mit Zurückhaltung zu handeln.« Jede Emanzipationsbewegung, jede Revolution in der Dritten Welt wird vorgeblich auf die SU reduziert. In Wahrheit drückt Reagan damit nur aus, daß die SU sich den Versuchen der USA, diese Bewegungen zu unterdrücken, widersetzt.
- 8 Ein Beispiel für viele: »Anläßlich der 50jährigen Wiederkehr der nationalsozialistischen Machtergreifung veranstaltete die Universität Bielefeld eine Ringvorlesung ...« (Lundgreen 1985, 7). — Leicht abgemildert spricht M.H. Kater (in: Tröger 1984, 33) von der »Hitlerischen Machtübernahme«. Usw.
- 9 Oppenheimer (1986), der Bullock zitiert, tut dies in der Absicht, die Deutschen zu exkulpieren. Sein Beitrag, ein Dokument des plumpen Denkens der neuen US-Rechten, hatte offensichtlich die Funktion, die Scharte von Bitburg (dazu weiter unten Kap. 3) wieder auszuweiten. Die Politikredaktion der FAZ druckte ihn begierig nach. Das Feuilleton brachte dagegen die liberalere und nach Israel vorzeigbare Tonart zur Geltung in Gestalt der Rede von Christian Meier, die die Linie von Weizsäckers Rede zum 8. Mai vertieft.
- 10 Willy Brandt deutete bei den Nürnberger Gesprächen 1985 immerhin an, daß »man den Nazis erlaubte, sich die Macht zu erobern«. Wer, wie, warum, bleibt offen. Und wenn er die Nazis dann als »Verbrecher und Psychopathen« bezeichnet, redet er vielleicht einem Teil des Volkes nach dem Mund, hat aber gerade dadurch teil am großen Schweigen-in-vielen-Worten.
- 11 Die Konservativen glaubten, »daß sie Hitler 'einrahmen' könnten« (Schieder 1985). Im Deutsch des konservativen Historikers Straub liest sich die gleiche Botschaft apologetisch

- verhüllt. In bezug auf Gottfried Benns faschistische Verwicklung mit nachfolgender Enttäuschung schrieb er: »Wie viele Konservative unterschätzte Gottfried Benn den dynamischen NS. Solange er öffentlich schreiben durfte, tat er das 1933/34 in den nationalkonservativen Zeitschriften derer, die wie er vergeblich gehofft hatten, 'die Bewegung' domestizieren zu können, einen neuen Staat mit ihm kräftigenden Ideen, aber nicht die Herrschaft einer Partei, zu stabilisieren.« Diesem überaus verständnisvollen Rückblick, der sich jedem Anflug kritischen Begreifens verweigert, folgt die Heroisierung der konservativen Komponente des NS und die Verhöhnung der Emigranten. »Gottfried Benn ging nicht in die Emigration. Er ließ sich auf die Herausforderung von 1933 ein«, während »die Mann-Dynastie ... es sich sehr bequem gemacht habe«. Straubs Benn wurde zum »schärfsten ... Kritiker« des NS, hatte es darum nicht nötig, sich »als beflissener Antifaschist im Nachhinein anzubieten.« (Straub 1986)
- 12 »Die im Reichstag für Hitler stimmten, waren die Repräsentanten des Bürgertums, nicht das Bürgertum selbst.« (Fromme 1985) Man sieht: die Wunde bürgerlicher Schuld am gescheiterten NS schmerzt noch, man versucht sie immer aufs Neue zu verpfästern. »Hitler hatte in freien Wahlen niemals eine absolute Mehrheit gewonnen (am 5.3.33 44%). Seine Wähler können nicht allesamt 'Bürgerliche' gewesen sein; so viele gab es davon nicht, seit der Inflation von 1923 schon gar nicht.« (Ebd.) Als Hegemoniestrategie praktiziert Fromme keinen derart ökonomistisch verengten Klassenbegriff, sondern richtet seine Anstrengungen auf die Formierung des Bürgerblocks. Und der umfaßt heute nur geringfügig mehr als der faschistische Block von damals.
 - 13 Den zweiten Drehpunkt bildete der Wille zur »Wiederholung« des Weltkriegs in Verfolgung der Pläne eines verspäteten Imperialismus.
 - 14 Lübke folgte einem interessierten Sprachgebrauch, der den Begriff »Widerstand« aufweicht, so daß innere Vorbehalte darunter fallen oder am Ende gar die gescheiterte Teilnahme am innerfaschistischen Gerangel um Macht.
 - 15 So schon fünf Jahre vorher fast wörtlich der *FAZ*-Leitartikel: Es gab ein »unausgesprochenes Übereinkommen von 1945«, das besagte: »Pardon galt ... auch für diejenigen, die den rein roten Fahnen nachgelaufen waren, nicht denen mit dem schwarzen Kreuz auf weißen Grund darin. (...) Wer sich davon innerlich abgelöst hat, ist ebenso im Genuß der Absolution wie diejenigen, die unter dem Druck der NS-Diktatur etwas gesagt, geschrieben haben, getan haben, das den Nachgewachsenen auf ihren bequemen Richterstühlen verwerflich erscheint.« (Fromme 1978) — Das soll aber nicht so verstanden werden, als dürfe man Linksabweichlern heute, mit den entsprechenden Argumenten kein Berufsverbot erteilen. Es ist nach Fromme unzulässig, »Jugendsünden damals« mit solchen von heute aufzurechnen. »Der junge Jurist, zum Beispiel, der in den dreißiger Jahren Worte aus dem Satzungssatz der Staatspartei verwendete, ist unvergleichbar dem jungen Juristen des Jahres 1978, der sich für eine kommunistische Diktatur einsetzt. Der eine stand unter dem Druck einer allmächtigen Diktatur und unter dem Konformismus-Zwang einer Mehrheit (bis zum Kriegsbeginn war es wohl eine) des Volkes ... Der Kommunist von heute setzt sich ohne Not dafür ein, daß eine freiheitliche Ordnung ... abgelöst wird durch die Diktatur eines Politbüros.«
 - 16 Die institutionellen Filter waren für potentiell Widerständige so gut wie undurchlässig gewesen, wie sie es zunächst nach 1945 weiter blieben. Vgl. dazu Kap. VI des *Hilflosen Antifaschismus*.
 - 17 Lübke selbst ist mitunter erstaunt, wer ihm da alles und zu welchem Thema eine Plattform zur Verbreitung seiner Gedanken bietet, so z.B. als er zu den »Bad Nauheimer Gesprächen« eingeladen worden war, deren Förderkreis u.a. die *FAZ*, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Landesärztekammer Hessen angehören. »Wie Lübke bekannte, habe er zunächst 'mit Verblüffung' die Einladung entgegengenommen, auf einer Fachtagung unter dem Thema 'Ist die Sozialversicherung noch systemgerecht?' zu sprechen.« (*FAZ*, 23.5.86, 14)
 - 18 Gemeint ist ein theoriefreies Verhältnis, d.h. eines, das die Zusammenhänge nicht analysiert. »Pseudofreie« trägt doppelt dick auf, entlarvt sich selbst im Akt des Maskierens. Ähnlich versuchte Kardinal Höffner am 8. Mai 1985 im Kölner Dom dem Analysieren des Faschismus pauschal die Kompetenz zu bestreiten. »Schuld läßt sich nicht durch eine Schwemme politischer und psychologischer Analysen bewältigen.« Nachdem er unter Beschwörung der Schuld die Analyse ausgeschaltet hatte, schaltete er die Schuld ab. »Wir soll-

- ten vergangene Schuld und gegenseitig zugefügtes Unrecht nicht immer wieder selbstquälerisch hervorholen ...« So gab der Kardinal seinen Segen zur Schlußstrichstrategie von rechts. Sie ist deshalb nicht weniger gescheitert.
- 19 Wenn die 68er-Bewegung die »Kulturrevolution« versucht hatte, so verraten Lübbes lockere zynische Bemerkungen ein neues Selbstbewußtsein der Restauration. »In diesem ideologisch-politischen Kontext« kann endlich Revanche für gewisse Verunsicherungen genommen werden. Der Sauberkeits- und Ordnungsdress »wurden als Bemühungen aus dem Geiste von Adolf Eichmann durchschaut, indem dieser ja auch ein sehr ordentlicher Mensch gewesen sein soll«. So gedacht zu haben ist nichts als »die alte deutsche Idiosynkrasie gegen Deutsches«. Überhaupt der deutsche Zeigefinger! Hat nicht ein Linker neulich die Schweiz ein undemokratisches Land genannt? Andere sollen den Falklandkriegstriumf der Briten »im günstigsten Fall mit milder Ironie kommentiert« haben.
- 20 Wer meint, Lübbes Formulierung könnte, rein wörtlich genommen, den Widerstand gegen Atomkriegsvorbereitungen oder gegen die Installation von Atomreaktoren rechtfertigen, von denen man sagen kann, daß sie »die Außerkraftsetzung gemeinsinnfähiger Moral ... verlangen«, übersieht die ideologische Generalklausel *politische Normalität*.
- 21 H. Schmidt selber war 1978 ins Gerede gekommen, als bekannt wurde, daß er 1944 »als Oberleutnant der Wehrmacht Teil der ... befehlsweise hergestellten 'Öffentlichkeit' bei Freislers Volksgerichtshof gewesen« war, während sein Konkurrent F.J. Strauß damals »als Leutnant 'wehrggeistige Führung'« betrieb (Fromme 1978). In seinem Leitartikel beschwört Fromme die »vernünftigen Grundsätze, die die Republik in ihren Anfängen bestimmt haben ...(:) Vor der Wahl aber, entweder zwei Generationen (Geburtsjahre 1875 bis 1935) ins Ghetto [sic!] zu schicken, den neuen Staat also nur mit Urgreisen, Kindern und Remigranten aufzubauen, oder nachsichtig zu akzeptieren, daß die Angehörigen dieser Jahrgänge auf irgendeine Weise verstrickt waren in das NS-System, soweit sie nicht emigriert waren oder im KZ saßen, hat man[?] sich für das zweite entschieden.« Wo Fromme die Gnade der späten Geburt noch mit 1936 beginnen läßt, hat H. Schmidt sie um sechs Jahre vorverlegt. Im übrigen zeigen Frommes Äußerungen, wo der neue »Gemeinsinn« Lübbes vorbereitet wurde: in den Leitartikeln der *FAZ*. Wir kommen darauf zurück.
- 22 Kardinal Höffner, der am 8. Mai 1985 gegen ein historisches Schuldbewußtsein der Deutschen im Hinblick auf den NS predigte, rechnete vor, daß die Gnade der späten Geburt inzwischen schon 50 (von 61,5) Millionen Bundesbürger betrifft.
- 23 Vgl. dazu: »8. Mai: 'Eine Wunde beginnt zu schmerzen'«, in: *Der Spiegel* 52/1984, 19-23.
- 24 Reissmüller (1986), der Racheakte an Deutschen in ehemals besetzten Gebieten nach 1945 ausmalt, um dem fürchterlichen Gewicht von Auschwitz etwas Fürchterliches entgegenzusetzen, polemisiert gegen Begriffe wie »Kriegsopfer«, »Vertreibungsoffer«. Was seinen Protest falsch macht, ist sein Schweigen über die strukturellen Täter, die im imperialistischen Schachspiel ihre Bauern seinerzeit opferten, um heute deren Martyrium ein zweites Mal, nämlich als Deckung, zu mißbrauchen. — Anlaß war eine Erklärung von Verfolgten des NS-Regimes, die in die Diskussion um eine »nationale Gedenkstätte« in Bonn eingriffen und dagegen protestierten, Opfer und Täter in ein und demselben Denkmal zu ehren. Man beachte: Reissmüller artikuliert die Verfolgungsoffer als »solche, die wegen ... ihrer Zugehörigkeit zum Volk der Juden oder der Zigeuner vom Regime ermordet wurden«. Er setzt also die nazistische Ausstoßung aus dem deutschen Volk fort.
- 25 Fest scheint nicht zu bemerken, daß diese Notiz zeigt, wie fest Jünger damals noch im real existierenden NS-Staat stand. Stalingrad führte in der NS-Politik zur Wende vom nordischen Imperialismus zur angeblichen Verteidigung Europas gegen die neuen Hunnen.
- 26 »Bezeichnenderweise geht auch ein Großteil der derzeitigen Initiativen auf einen Beschluß des Moskauer ZKs ... zurück.« (Fest 1985)
- 27 »Jene Amerikaner, die sich heute die Hirne vernebeln lassen, ... werden es noch bereuen«, weil sie »vier Jahrzehnte einer gewachsenen Freundschaft bedenkenlos aufs Spiel setzen und dem Freund das gemeinsame Gedächtnis an Millionen unschuldig Hingeopferter verweigern« (Fack 1985). Aber noch einmal: es ging um SS-Leute.
- 28 Das ist, nimmt man nur diese Sätze wörtlich, auf eine sehr allgemeine und im Kontext nichtssagende Weise natürlich wahr, genauso wie der Hinweis, »daß es keinen Flecken in Deutschland gibt, in dem nicht Spuren der zwölf Jahre zu entdecken sind«. Freilich: Spuren

- welcher Bedeutung? Gewiß gibt es nicht überall Spuren, die besondere Würdeansprüche begründen, und wenn, dann gewiß nicht für die faschistischen Unterdrückungsagenten.
- 29 Eine kleine Kostprobe dieses Propagandastils, dem die *FAZ* zwei ganze Seiten einräumte: »Der Gestank und das Blut des Gulag, der Tod von Zwangsarbeitern beim Bau der sibirischen Ölleitung dürfen nicht eindringen in die Diskussionen über mehr Osthandel ...« Das Böse (die Lüge) ist gut, weil es gegen das Reich des Bösen (die SU) geht.
- 30 Seit der Verschmelzung des Neoliberalismus mit dem nordamerikanischen Fundamentalismus (vgl. dazu F.J. Hinkelammert 1986) hat man sich daran gewöhnen müssen, daß der »Teufel« wieder in die Weltpolitik eingezogen ist. »Der Böse« und »das Reich des Bösen« reorganisieren die Bedeutung von »Freiheit« und »Menschenrechten«. »Verführungen einer kollektiven Schuldbesessenheit« heißt Oppenheimers Aufsatz im Untertitel, und — abgesehen vom wahnhaften Phantasma einer angeblichen »Schuldbesessenheit« der Deutschen — »Verführung« soll vom »Teufel« her verstanden werden: »... während wir überall ... der Rolle des Teufels im menschlichen Dasein bewußt sein müssen, daß wir ... nicht Gottes Auftrag vollbringen können, wenn wir von Schuldgefühlen für vergangene und bereute Sünden besessen sind.« — Hollywood hat eine ganze Serie von Satansfilmen auf höchstem technischem Niveau zu dieser Wiederbelebung des Teufelsglaubens beigesteuert (vom »Exorzisten« bis zu »Damien«).
- 31 Da ist etwas dran, wiewohl das Gegenteil des von Nolte Unterstellten. Nolte schöpft aus der antibolschewistischen Schreckensliteratur der »Weißen« aus der Zeit des um den Bestand der Revolution geführten Bürgerkriegs. Der den Roten zugeschriebene Schrecken ist z.T. eine Projektion dessen, was die Konterrevolution praktizierte oder anvisierte. Hitler fühlte sich zwar nicht als Opfer der Sowjetmacht, aber sein Projekt war buchstäblich das eines »Gegen-Bolschewismus« auf bürgerlicher Grundlage (vgl. dazu PIT 1960, 59-63). Reorganisation der bürgerlichen Klassenherrschaft und Vernichtung der »roten Gefahr« standen im Zentrum des NS; die Judenfeindschaft bestimmte die besondere Art ihrer Artikulation.
- 32 An anderer Stelle schreibt Nolte, »Hitler 'könnte' ein Recht gehabt haben, die deutschen Juden als Kriegsgefangene zu internieren, weil ... der Präsident der Jewish Agency Anfang 1939 in einem offenen Brief an den britischen Premierminister Neville Chamberlain erklärt habe, die Juden stünden in dem soeben von Hitler entfesselten Krieg auf der Seite Englands und der Demokratien.« (Nolte in: Koch, H.W. [Hrsg.], 1985: Aspects of the Third Reich, z.n. Winkler 1986)
- 33 Noltes Titel, »Vergangenheit, die nicht vergehen will«, knüpft an Lübke an, der hervorgehoben habe, daß die NS-Vergangenheit »immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden scheint, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die ... wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist«. Unter die Gründe für dieses »Nicht-vergehen der Vergangenheit« zählt Nolte neben anderen den Feminismus, der im NS die letzte unverstellte Gestalt des Männlichkeitswahns sehe, und schließlich »die Interessen der Verfolgten unter ihren Nachfahren an einem permanenten ... Privilegiertsein«.
- 34 »Die Furcht vor der Anklage der 'Aufrechnung'« habe »die einfache Frage« nicht zugelassen, was es bedeutet haben würde, wenn sich Adenauer 1953 geweigert hätte, Arlington zu besuchen, weil dort auch Soldaten liegen, »die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten« (Nolte 1986).
- 35 Meiers Vortrag war »mehr als die Bekundung einer persönlichen Meinung — es ist schon fast eine offizielle bundesrepublikanische Erklärung, auf die Freund und Feind sich berufen können«. Mohler (1986), der dies so einschätzt, verbirgt seine Enttäuschung über die politische Wendung Meiers nur dürftig unter dem Bedauern, »daß dieser Text Meiers nicht die gedankliche Schärfe seiner Schriften aus dem ihm vertrauten Fachgebiet, der Antike, hat«. Aber es geht um Meiers »Hauptanliegen, das Dogma von der 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen zu zementieren« (Mohler). Das erlege der Forschung Tabus auf. So gibt Mohler sich wohl als Anhänger der These von der »Auschwitz-Legende« zu erkennen. »Die nun ja wohl endgültig entmystifizierte 'Legende vom Reichstagsbrand' ist nur das oberste Gipfelchen eines beträchtlichen Eisbergs.« Gleiches kann man mit mehr Recht von den bisher durchgedrungenen Revisionsbemühungen in bezug auf das historische Urteil über den Nazismus sagen.
- 36 »Es nützt nichts, sondern schadet, wenn sich ein Bundeskanzler unter Hinweis auf die

- 'Gnade der späten Geburt' wieder leicht mit der Geschichte tut, von der doch gerade Konservative ein Bewußtsein haben sollten.« (Meier 1986)
- 37 Vgl. dagegen die unermüdliche Polemik der *FAZ* gegen »eine Ersatzreligion der Negativität ..., die dadurch wirksam ist, daß sich an ihr die Gemeinsamkeit stiftenden Kräfte der Ablehnung immer wieder versammeln können ...« (Busche 1980) — Demgegenüber »erscheint die analytische Kraft von Rationalität als Störenfried« (ebd.), heißt es nicht ohne Tartüfferie, indem der Ausschaltungsversuch analytischer Rationalität das Monopol auf den Titel derselben geltend machen möchte.
- 38 »Zum Geschichtsbewußtsein der Deutschen muß immer das Bewußtsein der Beispiellosgkeit der Verbrechen gehören, die wir in jenen zwölf Jahren begangen haben.« (Meier 1986) — Dieses »Wir« war mutig in der gespannten Situation und entkonkretisierte doch auch die Verantwortung für den NS in einer Überallgemeinheit. Willy Brandt, der bei den Nürnberger Gesprächen 1985 »die schmerzliche Wahrheit« wiederholte, daß die Verbrechen des NS »nicht 'in deutschem Namen' geschahen, sondern in und durch Deutschland selbst«, so daß es sogar »wenig half, wenn wir Anti-Nazis für uns in Anspruch nahmen, wir verkörperten das 'andere Deutschland'«, sagte doch auch wieder: »Im Interesse der heranwachsenden Generation sollte der 8. Mai nicht dazu verführen, den einzelnen Menschen weismachen zu wollen, sie hätten das verbrochen.« Aber wer dann? Von den »Verderbern« zu sprechen, wie er es tut, ist wenig konkret. Die sozialen Kräfte, Interessen, Akteure, Triebkräfte und strukturellen Determinanten müssen beim Namen genannt werden. Der Moraldiskurs schweigt darüber; man möchte sagen: unmoralischerweise.
- 39 Oppenheimers Sprache der neuen US-Rechten hebt sich in der diskursiven Landschaft der BRD ab wie übertriebene Reklame: »Es stimmt traurig, wenn man berichten muß, daß die 'Dritte Kolonne', die das Bemühen der Nato um Fortdauer der politischen Gesittung in der Welt kritisiert, die deutsche protestantische Kirche ist. Das Schwelgen der protestantischen Kleriker in Schuld ..., die es irgendwie fertigbringen, ihren Kater über die Vergangenheit ihrer Kirche zu verbinden mit bereitwilliger Blindheit gegenüber explodierendem Spielzeug, das die Sowjets den Kindern in Afghanistan schenken.« Der Sache nach geht es um dieselbe vereindeutigende und verabsolutierende Umpolung aller Gegnerschaft auf die SU wie bei den Neokonservativen der BRD.
- 40 Die Westintegration ist in dem zitierten Artikel der Angelpunkt. »Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte.« Habermas reflektiert nicht darüber, daß der Westen nicht eine transzendente Größe ist, sondern diese konkrete, derzeit von der Reagan-Administration geführte Formation, gegen deren ideologisch-politisches Revirement er gerade streitet. Er gleicht dem Offizier, der zu seiner Hinrichtung die Orden anlegt, die ihm von der hinrichtenden Instanz verliehen sind. Es bleibt bei der andeutungsweisen Wendung gegen den »Reigen kalifornischer Weltbilder«. Daß es der US-geführte Westen ist, der da möglicherweise einen Dritten Weltkrieg vorbereitet, auf jeden Fall aber die Wiederauflage und Intensivierung weltweit geführter *Counter-insurgency*-Kriege à la Libyen und Nicaragua, bleibt ungesagt. Ungeachtet dieses Schweigens über die Rahmenbedingungen ist Habermas' Plädoyer gegen die derzeit angestrengte Operation am deutschen National- und Geschichtsbewußtsein verdienstvoll.
- 41 Er zählt gedenkend alle Richtungen des Widerstands auf, »des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstands in der Arbeiterschaft und bei den Gewerkschaften, des Widerstands der Kommunisten. Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.«
- 42 Gedenken im Predigtton: wir sind alle Sünder. Das ist eine vertraute und aufnahmefähige Form. »Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist.« Zugleich versucht der Redner, die weitverbreitete moralische Indifferenz gegenüber dem NS mit der geforderten Moral kompatibel zu machen. Er rollt sozusagen den Teppich des Verständnisses aus: »Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient.« (v. Weizsäcker 1985)
- 43 »Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Haß Hitlers gegen unsere jüdi-

- schen Mitbürger gestanden.« Die Verdichtung der Ursachen in Hitler entlastet nicht nur im öffentlichen Diskurs von der Auseinandersetzung mit Instanzen und Mächten, die sich zu wehren wissen, sondern es drückt auch wieder einmal die vorherrschende Ideologie bei den Historikern aus: »Wer in der Forschung über die NS-Diktatur ernst genommen werden will, der muß mehr denn je etwas zu Hitler zu sagen haben.« (Schieler 1985 a)
- 44 »Ausbruch« statt *Entfesselung* des Krieges — die Grenzen der Wahrheit ...
- 45 »Aber wir sollten die Gründe dafür nicht vornehmlich in äußeren Einflüssen suchen, obwohl es diese zweifellos auch gegeben hat.«
- 46 Für die Jugend ist die Faschismuskritik bloße »Ersatzmoral, die dem Unbehagen an der eigenen Bindungslosigkeit entgegenwirkt« (Fromme 1978).
- 47 So J. Busche 1980, der angesichts damals neu aufflammender Skandale wegen NS-Vergangenheiten die Frage mehr weg- als bearbeitete: »Wie kommt es zu der neuen Reizbarkeit?« Was er als Antwort zur Anerkennung bringen möchte, wirkt wie eine Vorarbeit für Lübke: »So wie eine erdachte Liebesgeschichte immer sentimentaler und süßlicher wird als die erlebte, wie ein imaginerter Schrecken die Grausamkeit ausschließlicher vorstellt als die Gegenwart des realen Schreckens.« Es ist eine süffisante Variante des *Wer nicht selber ...* Und wie für Nolte vorgearbeitet: »Die Wortführer der moralischen Entrüstung angesichts des Maidanek-Prozesses ... sind nicht selten dieselben, die beredt Entschuldigungen für den gegenwärtigen Völkermord in Vietnam oder Kambodscha vortragen ...« (So spricht jemand, der zum Vietnamkrieg der USA geschwiegen hat, über ein Land, das seine Unabhängigkeit nach 30jährigem Krieg gewonnen hat, ohne anschließend blutig mit den Kollaborateuren abzurechnen, wie es etwa die Franzosen bei ihrer Befreiung von der deutschen Besatzung getan haben.)
- 48 »Freiheit« ist zugleich in die Systemauseinandersetzung mit dem Osten eingeschrieben: »Wir in der späteren Bundesrepublik Deutschland erhielten die kostbare Chance der Freiheit. Vielen Millionen Landsleuten bleibt sie bis heute versagt.«
- 49 Dieses »Uns« bezieht sich wohl auf den konservativen Bürgerblock.
- 50 Damit stellt sich von Weizsäcker gegen neokonservative Deutungen wie die von Hillgruber, daß »ganz Europa der Verlierer der Katastrophe von 1945« wurde und daß die »Befreiungsperspektive nur für die Opfer der KZ angebracht sei, nicht für die deutsche Nation im Ganzen.« (Zit. n. Habermas 1986)
- 51 Wie die Nazis den »Anschluß« Österreichs praktiziert haben.

Literaturverzeichnis

- Adam, K., 1980: Die überholte Aufforderung. Der Mut zur Geschichte und neue Kategorien. In: FAZ, 31.8.
- Albrecht, U., E. Altwater und E. Krippendorff (Hrsg.), 1986: Zusammenbruch oder Befreiung? Zur Aktualität des 8. Mai 1945. Eine Berliner Universitätsvorlesung. West-Berlin
- Bracher, K.D., 1978: Streit um Worte — Streit um Werte. Über den kontroversen Gebrauch der Begriffe Faschismus und Totalitarismus. In: FAZ, 7.12.
- Brockmann, S., 1986: in: The Philosophical Forum, Spring, New York (Baruch College)
- Busche, J., 1980: In der Distanz von Jahrzehnten. In: FAZ (Leitartikel), 26. 1.
- Eichwede, W., 1986: Die Sowjetunion und Deutschland 1945. In: Albrecht u.a. 1986, 120-139
- Fack, F.U., 1985: Ein Scherbenhaufen. In: FAZ (Leitartikel), 29.4.
- Fest, J., 1985: Sieg und Niederlage. In: FAZ (Leitartikel), 20.4.
- Fromme, F.K., 1978: Wer weiß noch was auf wen? In: FAZ (Leitartikel), 9.8.
- ders., 1983: Fünfzig Jahre danach — ein Rückblick auf den Alltag. In: FAZ, 11.2., 11
- ders., 1985: Die Schuld und die Fehler. In: FAZ, 22.3.
- Gillissen, G., 1985: Die Pflicht der Antigone. In: FAZ (Leitartikel), 4.12.
- Gross, J., 1979: Die Unentbehrlichkeit Hitlers. In: FAZ (Leitartikel), 12.9.
- Habermas, J., 1986: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung. In: *Die Zeit*, Nr.29, 11.7., 40
- Hartman, G. (Hrsg.), 1986: Bitburg in Moral and Political Perspective. Bloomington (Indiana University Press)

- Haug, W.F., 1986: Der hilflose Antifaschismus. (5. Aufl.) West-Berlin
- Held, R., 1975: National-sozialistisch. In: FAZ, 7.7.
- ders., 1985: Leitartikel in: FAZ, 3.5.
- Hinkelammert, F.J., 1986: Vom totalen Markt zum totalitären Imperium. In: *Argument* 158
- Kardinal Höffner, 1985: Schuld läßt sich nicht durch politische und psychologische Analysen bewältigen. Predigt zum 8. Mai im Kölner Dom. In: FAZ, 9.5., 6
- Kriele, M., 1986: Die linksfaschistische Häresie. Zum Streit um die Befreiungstheologie. In: FAZ, 28.5., 11
- Leinemann, J., 1985: »Möglichkeiten, das Gewissen abzulenken« — *Spiegel*-Reporter Jürgen Leinemann über die bundesdeutschen Feiern zum 8. Mai. In: *Der Spiegel* 20
- Lübbe, H., 1983: Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt. Der Nationalsozialismus im Bewußtsein der deutschen Gegenwart. In: FAZ, 24.1., 9
- Lundgreen, P. (Hrsg.), 1985: Wissenschaft im Dritten Reich. Frankfurt/M.
- Meier, C., 1986: Verurteilen und Verstehen. An einem Wendepunkt deutscher Geschichtserinnerung. Ein Vortrag, gehalten in Tel Aviv. In: FAZ, 28.6. Wochenendbeilage (dort der Verfassername falsch als Maier angegeben)
- Mohler, A., 1986: Nur ein negativer Nationalismus für die Deutschen? (Leserbrief zu Meier 1986). In: FAZ, 19.7., 6
- Münchhausen, T.v., 1984: Kohl, Mitterrand und ein Foto, das Geschichte machen wird. In: FAZ, 24.9., 3
- Oppenheimer, F., 1986: Vorsicht vor falschen Schlüssen aus der deutschen Vergangenheit. Die Verführungen einer kollektiven Schuldbesessenheit. In: FAZ, 14.5., 10-11 (zuerst auf engl. in: *The American Spectator* 11/85)
- Nolte, E., 1986: Vergangenheit, die nicht vergehen will. In: FAZ, 6.6.
- Projekt Ideologie-Theorie, 1980: Faschismus und Ideologie. 2 Bde. (Argument-Sonderbände AS 60 und AS 62). West-Berlin
- Opitz, R., 1986: Wissenschaft und »Neue Rechte«. In: *Forum Wissenschaft* 2, Juli, 54f.
- Reagan, R., 1985: Rede vor dem Europa-Parlament in Straßburg. In: FAZ, 10.5., 9
- Reifner, U., 1984: Justiz und Faschismus — Ansätze einer Theorie der Vergangenheitsbewältigung in der Justiz. In: Reifner/Sonnen (Hrsg.): *Strafjustiz und Polizei im Dritten Reich*. Frankfurt/M., New York
- Reissmüller, J.G., 1986: Die Toten unseres Volkes. In: FAZ (Leitartikel), 5.5.
- Ridder, H., 1985: Trauern oder feiern? Oder? In: *Das Argument* 150, 181f.
- Schieder, W., 1985a: Aufklärende Vermittlung (Rezension von K.D. Bracher u.a. [Hrsg.], *Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz*. Düsseldorf 1983). In: FAZ, 25.9., 11
- ders., 1985b: Am Anfang war die Bewegung. Die faschistischen Regime in Italien und Deutschland. In: FAZ, 28.9.. Wochenendbeilage
- Schirrmacher, F., 1986: Aufklärung? Habermas und die Geschichte. In: FAZ, 11.7.
- Stausberg, H., 1986: Pinochet und das Chaos. In: FAZ (Leitartikel), 7.7.
- Straub, E., 1986: Klippen des Nichts. Benn-Ausstellung in Marbach. In: FAZ, 2.5.86
- v. Uthmann, J., 1986: Zwischen Bitburg und Schabbach. Blick in amerikanische Zeitschriften. In: FAZ, 19.7., 21
- Weizsäcker R.v., 1985: Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8.5.1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Bonn
- Winkler, H.A., 1986: Nationalapologetisches Bedürfnis (Leserbrief zu Nolte 1986). In: FAZ, 26.6., 11

Gerd Simon

Wissenschaft und Wende 1933

Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik am Beispiel des Sprachwissenschaftlers Georg Schmidt-Rohr

Unter den etwa 250 Sprachwissenschaftlern, die im Dritten Reich aktiv waren und über die ich Materialien zusammengetragen habe (Simon 1985a), hat sich Schmidt-Rohr¹ für mich allmählich als Prototyp des deutschen Wissenschaftlers der damaligen Zeit herauskristallisiert (ders. 1985b). Auf den ersten Blick steht der Begriff »Wende« in dem Titel dieses Beitrags in dem Verdacht einer unzulässigen Transplantation eines modernen Begriffs in ein 50 Jahre zurückliegendes, völlig unvergleichliches Vergangenheitsstadium. Tatsache ist, daß die Ereignisse des 30. Januar 1933 schon damals nicht nur »Machtergreifung« und »nationalsozialistische Revolution« genannt wurden, sondern auch »Wende«. Georg Schmidt-Rohr leitet das 1933 entstandene Vorwort seines Hauptwerks »Mutter Sprache« mit diesem Begriff ein:

»Während der Satz dieser zweiten Auflage durch die Maschine ging, haben sich in der deutschen Politik Umwälzungen von weltgeschichtlicher Bedeutsamkeit vollzogen. Adolf Hitler wurde Reichskanzler. Ein neues deutsches Zeitalter beginnt. — Alle deutschen Herzen jubeln, daß es wieder einen nach innen starken deutschen Staat gibt. Alle deutschen Herzen jubeln, daß nach Jahren der Schmach und Ohnmacht nun die wesentlichste aller Vorbedingungen für den nach außen hin starken Staat erfüllt ist. Alle deutschen Herzen jubeln, daß nun das Zeitalter des volkszerstörenden Individualismus und Liberalismus für immer beendet sein soll. Es soll für immer und in allem Gemeinnutz vor Eigennutz gehen. Jetzt ist Volkspolitik auf weite Sicht möglich, wie sie in den Jahren, in denen dieses Buch entstand, nur als unerfüllbarer Traum erscheinen durfte. — Diese große *Wende* gibt mir die Hoffnung, daß nun auch mein Mühen um Vertiefung der nationalen Arbeit, um Besinnung auf das volksorganisch Notwendende sehr viel lebhafteren Widerhall finden wird als bisher.«

Noch am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler jubelt Goebbels:

»Es ist fast wie ein Traum. Die Wilhelmstraße gehört uns ... Der Führer ist zum Kanzler berufen ... Deutschland steht vor seiner historischen Wende.« (Zit. nach Overesch/Saal, 9)

Daß der Begriff der »Wende« in der Zeit um den 30. Januar 1933 bereits ein Schlagwort war², ist einem NS-kritischen Vortrag des Nationalökonomen Wilhelm Röpke vom 8. Februar 1933 zu entnehmen. Dort heißt es:

»Angesichts der Ereignisse der letzten Jahre bedarf es in der Tat einer starken philosophischen Unerschütterlichkeit, wenn man sich der Suggestivkraft des Schlagworts von der 'Epochenwende' entziehen will ...« (Ebd., 15)

Der mehrdeutige Begriff »Notwende«, der bei Schmidt-Rohr an klingt, ist vor allem im »Deutschen Sprachverein« beliebt (z.B. Buttman 1936, 137f.; Buttman war Vorsitzender des DSV). Die Aufbauschung des Begriffs zu dem der »Zeitenwende« veranlaßt Walter Gehl, einen ehemaligen Wandervogel, der es inzwischen zu einer gewissen Reputation als Nordist gebracht hatte, zur Edition eines Bandes mit dem Titel: »Die Jahre I-IV des nationalsozialistischen Staates«.

Es wäre übrigens eine gefährliche Verharmlosung Hitlers, zwischen Kohl

und Hitler ein Gleichheitszeichen zu setzen. Ich will lediglich darauf hinweisen, in welchen Traditionen der Wendebegriff bislang gebraucht wurde.

»Mutter Sprache« ist die stark überarbeitete zweite Auflage eines Ende 1932, also wenige Monate zuvor unter dem Titel »Die Sprache als Bildnerin der Völker« erschienenen Buches. Dieses »Lebenswerk« — wie Schmidt-Rohr es mehrfach nennt — ist nicht einfach als eine unter vielen linguistischen Veröffentlichungen der damaligen Zeit zu betrachten. Es wurde offensichtlich in Kenntnis und in Auseinandersetzung mit den wichtigsten Publikationen nicht nur auf dem Gebiet der Sprachwissenschaften, sondern auch der Volkskunde, der Rassenkunde, der Soziologie, Psychologie, Pädagogik und Philosophie geschrieben. Von den Sprachwissenschaftlern, die ihre Hauptschaffenszeit vor der Jahrhundertwende hatten, werden Schottel, Grimm, Max Müller, Hermann Paul, Scherer, Otto Schrader, Schuchardt, Steinthal, Wundt und von der Gabelentz explizit erwähnt. Seine wichtigsten Autoritäten sind allerdings Philosophen: Herder, Fichte, Wilhelm von Humboldt, Trendelenburg und Husserl. Von den 1932 noch lebenden deutschsprachigen Linguisten geht er am ausführlichsten auf Feist, Gamillscheg, Geiger, Götze, Horn, Jolles, Kloss, Kluge, Marty, Mauthner, Panzer, Spitzer, Voßler und vor allem auf seine Weggenossen Trier und Weisgerber ein. Auffällig sind seine Kenntnisse strukturalistischer Veröffentlichungen: Saussure, Bally, Sechehaye, Meillet - Trubetzkoy, Sloty - Hjelmslev, Brøndal werden meist zustimmend verarbeitet. Von den Sprachwissenschaftlern des angelsächsischen Raums bezieht er sich am häufigsten auf Boas, Firth, Jespersen, Malinowski, Ogden und Richards.

Man muß nicht unbedingt davon ausgehen, daß Schmidt-Rohr das, aus dem er zitiert, auch gelesen oder gar durchgearbeitet hat, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß sich seine »Mutter Sprache« nach allgemein üblichem Beurteilungsmaßstab voll auf der Höhe des damaligen Forschungsstandes befand. Nicht nur das, Schmidt-Rohrs Selbsteinschätzung, daß er »den gegenwärtigen Stand der Forschung in ihren besten Ergebnissen nutzte und überholte« (I, 281 = II, 285), ist so überzogen nicht. Die weitgehende Übereinstimmung des Ansatzes und der Begrifflichkeit könnte darüber hinwegtäuschen, daß Schmidt-Rohr seine Sprachtheorie weitgehend unabhängig von Weisgerber entwickelt hat. Vor allem ist der Kern seiner Sprachtheorie schon lange vor Weisgerbers Hauptwerk entstanden, so daß sich eher umgekehrt die Frage stellt, ob nicht Weisgerber selbst in dem, was bislang immer als seine ureigenste Leistung angesehen wurde, lediglich Schmidt-Rohr folgt, ohne ihn freilich zu zitieren. Die Ausführungen zum Thema »Rasse und Sprache« sind die bis dahin kenntnisreichsten und profundesten und werden auch später nur von denen in Weisgerbers »Stellung der Sprache im Aufbau der Gesamtkultur« übertroffen (vgl. Simon 1982). Daß sowohl Schmidt-Rohrs als auch noch mehr Weisgerbers Kritik am Rassedanken unzulänglich bleiben und von ihrem sprachfaschistischen Ansatz aus auch unzulänglich bleiben mußten, ist eine andere Sache. Wenn aber sogar Paul Ludwig Landsberg 1933 in der von der Frankfurter Schule herausgegebenen »Zeitschrift für Sozialforschung«, deren Antifaschismus über jeden Zweifel erhaben ist, den Rassedanken nicht nur ernsthaft diskutiert, sondern sich auch bei aller Analyseschärfe in einzelnen

Argumentationsgängen in seinen Fesseln verfangt, dann muß man es abwegig finden, wenn z.B. Kater in seiner an sich verdienstvollen Schrift über das »Ahnenerbe der SS« sich darüber lustig macht, daß Schmidt-Rohr den Rassegedanken »ernsthaft diskutiert«. ³ Die Diskussion des Rassegedankens war seinerzeit gerade auch für seine schärfsten Opponenten ein Gebot der Stunde.

So sehr Schmidt-Rohrs Darlegungen auch heute noch zum Widerspruch reizen, seine Sprachtheorie klingt heute überraschend modern. Schmidt-Rohr geht als Wandervogel aus von der Unterscheidung einer Laut- und einer Erlebnisebene der Sprache. Schon früh entwickelt er diese Zweiheit weiter zu der Dreiheit Erlebnis — Begriff — Laut. Diese Dreiheit wird in verblüffend ähnlicher Weise bestimmt wie in modernen Sprachtheorien etwa die Dreiheit Erfahrung — Diskurs — Text. Was Schmidt-Rohr die Sympathien der Mehrheit der zeitgenössischen Sprachforscher gekostet haben dürfte, waren wohl weniger seine inhaltlichen Ausführungen als vielmehr vier Punkte:

1. der allgemeinverständliche, manchmal pathetische, fast journalistische Stil;
2. die beißende Polemik, nicht zuletzt auch, weil sie kübelweise die professorale Linguistik trifft (etwa II, XII, oder II, 376);
3. das Fehlen des wissenschaftlichen Apparats⁴;
4. die Vermengung von Wissenschaft und Politik.

Daß auch der heutige wissenschaftliche Diskurs diese Punkte sanktionieren würde, das belegen die wenigen Bemerkungen Katers über Schmidt-Rohr (193f.). Schmidt-Rohr selbst dürfte diese Kritik bewußt in Kauf genommen haben. Er fühlte sich als Pionier einer neuen Wissenschaft im Sinne des Wandervogeldiskurses. Für ihn war das die Kritik einer verknöcherten, morbiden Wissenschaft, die es gerade zu überwinden galt.

Die zitierten ersten Zeilen der Neufassung seines Buches lassen vermuten, daß es sich hier um eine radikale Anpassung an die neuen politischen Verhältnisse handelt. Ein genauer Vergleich der beiden Auflagen zeigt allerdings, daß der erste Eindruck trügt. — In der ersten Auflage hatte Schmidt-Rohr die Rassen, insbesondere die Antisemiten, scharf angegriffen. Sachliche, argumentative, gelegentlich minutiös sich auf seine Gegner einlassende Abschnitte wechseln sich dabei mit aggressiven und hochpolemischen ab. Hier nur einige Beispiele für die zweite Art von Abschnitten:

Die »Auffassung, daß es nach Rassen, nach blutgegebenen Volkstümmern, nach Ahnenseelengattungen 'arteigene' Sprachen gibt, ... ist nichts als eine sich leicht einschmeichelnde, willkürliche Erfindung zu bestimmten Zwecken.« (I, 193 = II, 189)

»Es ist [in der Rassenkunde, Anm.d.Verf.] nicht einmal der Wert der *Einzelfaktoren* des deutschen Rassegemenges mit Sicherheit bestimmt. Wie nun gar dieses besondere Gemenge gerade dieses besondere Ergebnis eines bestimmten Nationalcharakters haben mußte, wurde selbst von den kühnsten Rasse-Phantasten noch nie in einer ins einzelne durchgeführten Zusammenrechnung dieser Faktoren nachgewiesen. Ihre Prophezeiungen sind immer nur Prophezeiungen in Bausch und Bogen *nach* Eintritt des Ereignisses. (...) Dieses Urteil tritt aber mit einem kühnen Luftsprung in der äußeren Form der Prophezeiung auf, als müßte sich mit naturgesetzlicher Notwendigkeit aus diesem bestimmten Rassengemenge dieses bestimmte Volkstum ergeben.« (I, 211f. = II, 207f.)

»... wer die kräfteformende, ja kräfteweckende Wesensart der Sprache gefaßt hat, der kann von vornherein nur lächeln über die ganz und gar unsinnige Vorstellung von der sonderwesentlichen, einer Rasse eigentümlichen 'arteigenen' Sprache.« (I, 224 = II, 220)

»Es ist ... unendlich naiv, die Verschiedenheit der Lautsysteme aus rassischer Verschiedenheit der Sprachorgane abzuleiten. Das ist zum Lachen naiv. Man lasse einen japanischen Säugling (wie ich es selbst erlebte), ein Negerkind von der Mutterbrust her in deutschsprachiger Umgebung aufwachsen, und der geschulteste Phonetiker wird nicht Unterschiede zwischen den fremdrassigen und den einheimischen Sprechern entdecken ...« (I, 231 = II, 227)

»Sprechen hundertprozentig, das ist bis ins hundertste Glied reinrassige nordische Menschen das Deutsche anders aus als hundertprozentig reinrassige dinarische Menschen? — Sprechen diese reinrassigen nordischen Menschen, soweit sie Deutsche sind, das Deutsche, soweit sie Engländer sind, das Englische mit einem nordischen Einschlag? — Papageien, die völlig anders gestaltete Sprachwerkzeuge haben als der Mensch, sprechen oft mit ganz verblüffender Genauigkeit Wörter der verschiedensten Sprachen nach ...« (Ebd.)

»Das Rassendenken ist ... ein schlimmer, verhängnisvoller Nationalbewußtseinsersatz.« (I, 290 = II, 296)

»Rassedogmatik, die die Unverfrorenheit besitzt, mit bestimmten körperlichen Rassen von vornherein geistig-seelische Minderwertigkeit zu verbinden, (ist) eine bewußte oder unbewußte Niedertracht und trotz aller Ausflüchte eine schlimme Ehrabschneidung, die mitzumachen eines Gebildeten unwürdig sein sollte.« (I, 241 = II, 237)

»Nicht zu verzeihen ist es, wenn es mit Scheinbeweisen als wissenschaftlich erwiesen hingestellt wird, daß ein Jude, der seit vielen Geschlechtern in deutscher Sprache denkt, in deutscher Kultur denkt, trotzdem nie so tief in das durch die deutsche Sprache erschließbare Denken, Fühlen, Willen eindringen könnte, wie ein 'deutsch Geborener', wenn behauptet wird, er könne die deutsche Sprache nur handhaben, nicht aber sich darin äußern.« (I, 302 = II, 310)

»Schon der Mensch der Frühzeit sieht in den Hexen und Teufeln, der Römer zu Neros Zeiten im Christen, der moderne Mensch in den Juden die Ursache alles Mißgeschicks. Im Antisemitismus steckt wie im Hexenwahn ein Überbleibsel desselben Denkens ...« (I, 300f. = II, 308)

Man sollte meinen, die Veränderungen der zweiten Auflage müßten, wenn sie politisch motiviert sind, hauptsächlich solche Parteien betreffen. Sie werden aber überhaupt nicht angetastet. Im Gegenteil: Sie werden angereichert durch antirassistische Ausführungen, die den zitierten in nichts nachstehen. Hier nur einige wenige Belege:

»Der Rassenmaterialismus macht es den nicht Reinrassigen leicht, ihrem Versagen gegenüber den Pflichten am Volkskörper gar noch den heuchlerischen Mantel des Verdienstes zu hängen ...« (II, 296)

»Die grundsätzliche nationale Verformung dieser Untergruppe [d.h. der Juden; Anm.d.Verf.] ist leerläufiger, fruchtloser Nationalismus ... Vor allem ist es schädlich, vom Negativen aus, vom Zerrbild des Juden aus das Zielbild deutscher Artung zu entwerfen, wie es in allzu billiger Weise der Konjunkturalnationalismus dieser Tage tut, der damit hofft, die Probe seiner Gesinnungstüchtigkeit zu bestehen.« (II, 311)

Insbesondere artikuliert Schmidt-Rohr klar die Sündenbock-Funktion der Juden für den Rassismus:

»Judenverfolgungen als Ventil für die Verbitterung der Massen helfen nicht wirklich unsere Lage bessern.« (II, 309)

Nur selten wird einmal eine antirassistische Bemerkung entschärft oder weggelassen. Die überwiegende Mehrzahl der Veränderungen der zweiten Auflage betreffen

1. den grammatischen Teil, hier werden sogar zwei Unterkapitel gestrichen;
 2. neue Forschungsergebnisse, die in allen Kapiteln eingearbeitet werden;
 3. stilistische Änderungen, häufig werden z.B. Fremdwörter eingedeutscht.
- Die politisch motivierten Änderungen könnte man als Retouchierungen be-

zeichnen. Kapitelüberschriften werden geändert: Statt »Rückweisung der Rassemythik« (I, 289) heißt es z.B. »Zurückweisung der schädlichen Formen des Rasseglaubens« (II, 295).

Kommunisten werden nicht mehr in einem Atemzug mit den Nationalsozialisten genannt, und bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird Hitler lobend erwähnt. Aus mehreren Zusätzen wird deutlich, daß er sich der Waghalsigkeit mancher Polemiken gegen den Rassismus voll bewußt ist. Hat Weisgerber also doch recht, wenn er 1970 seinen Weggenossen Schmidt-Rohr unter Hinweis gerade auf die zweite Auflage seines Buches als Widerstandskämpfer ausgab? (Weisgerber 1971, 106; vgl. auch Römer 1971, 68f.; Simon 1979, 154f.) Sollte man nicht über die peinlichen Bekenntnisse zu Hitler und zur nationalsozialistischen Bewegung eher hinwegsehen?

Ich sehe hier einmal davon ab, daß Schmidt-Rohr anderen Richtungen wie dem Humanismus oder dem Internationalismus nicht weniger apodiktisch gegenübertritt. Eins ist sicher: Gerade in den antirassistischen Passagen versucht Schmidt-Rohr, den NS-Diskurs durch gezielte Verletzung zu einer Korrektur in Richtung auf den Wandervogel-Diskurs zu bringen. Schmidt-Rohr war seit seinem 17. Lebensjahr mit einem Antisemiten befreundet und hatte spätestens seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs mehrfach öffentlich — ohne daß das dieser Freundschaft Abbruch getan hätte — gegen dessen Antisemitismus Stellung bezogen. Beide waren übrigens führend im gleichen Wandervogel-Bund tätig, was andeutet, daß es zum Wandervogel-Diskurs gehörte, daß man nahezu sanktionslos sich einerseits zum Antisemitismus bekennen, andererseits ihn aber auch in Frage stellen konnte. Mag sein, daß Schmidt-Rohr 1932 in der ersten Auflage seines Buches noch nicht ernsthaft mit der nationalsozialistischen Wende gerechnet hat. Mag sein, daß er aus dem Grunde in der zweiten Auflage offensiv wurde. Mag sein, daß Schmidt-Rohr — verführt durch Hitlers Garantien für die Wissenschaftsfreiheit, auf die er sich übrigens mehrfach beruft (z.B. II, VIII) — 1933 diese Unterschiede zwischen Wandervogel- und NS-Diskurs nicht sofort erfaßt hat. Die folgenden Turbulenzen sprechen aber sehr dafür, daß Schmidt-Rohr die Konfrontation mit der NS-Führung in bezug auf den Rassegedanken bewußt gesucht hat. Offensichtlich in Unkenntnis des Umstands, daß die Änderung öffentlicher Diskurse eine gewisse Machtakkumulation voraussetzt bzw. in der idealistischen Hoffnung, daß Argumente allein diese Änderung bewirken könnten.

Liest man die Publikationen Schmidt-Rohrs aus den Jahren nach der »Wende«, steht man fassungslos vor der Tatsache, wie dieser so mutig erscheinende und so einleuchtende Argumente vorbringende Antirassist sukzessive eine Position nach der anderen aufgibt. 1934 übersendet er der Deutschen Akademie »eine Erklärung, die zugleich dem Rest der Auflage seines Werkes beigelegt worden ist« (II, XV; s. auch Schmidt-Rohr 1934a, 380f.). Darin heißt es:

»Einzelne Teile meiner Arbeit, die durch wissenschaftliche Untersuchung den genannten volkspolitischen Zielen dienen will, wurden gerade bei den Wachsten im nationalen Lager mißverstanden. Meine Behandlungsweise der Judenfrage ließ mich gar diesem und jenem als liberalen Fürsprecher des Judentums erscheinen. Solche Mißverständnisse bedauere ich auf das lebhafteste. Manchen Einwendungen gegenüber gebe ich durchaus zu, daß hier und da ein Stück der Darstellung, die ich seinerzeit aus gesamtpolitischen Zielsetzungen etwa in der Frage des Volksbegriffs

wie in meinen Betrachtungen über die Überspitzung des Rassegedankens und über die Mißgriffe des Antisemitismus in dieser Weise schreiben mußte, heute durch den Gang der Ereignisse überholt ist ...« (Ebd.)

Schmidt-Rohr spielt hier offenbar an auf Ereignisse wie die Einführung des Arierparagrafen in das Gesetz über das Berufsbeamtentum. Rückzieher dieser Art waren ihm offenbar weniger problematisch als manchen seiner Anhänger. Hinfort unterläßt er die Angriffe gegen den Rassismus. Der apodiktische Ton verwandelt sich fast in einen subalternen. Inhaltlich aber versucht er, keinen Millimeter preiszugeben. So schreibt er in einer Entgegnung auf Fittbogen⁵ und Kloss (1933, 130), die sich für eine stärkere Gewichtung der Rasse ausgesprochen hatten:

»Für die Begriffsfestlegungen von 'Volk' muß ich dabei beharren, daß die Sprache für eine Menschengruppe ein brauchbareres Kennzeichen ihres Volkseins ist als die Rasse. Unser Volk besteht ja aus vielen Rassen, von denen jede auch in anderen Völkern vorkommt. Wo aber die Entstehungsursachen für die Sonderprägung der Volkstümer zu erkennen sind ..., rückt die Rasse weit vor die Sprache im Hinblick auf ihre die völkische Wesensart bestimmende Kraft ...« (Schmidt-Rohr 1934b, 318)

Diese Trennung zwischen dem diachronen und dem synchronen Aspekt des Verhältnisses von Rasse und Sprache hatte Schmidt-Rohr schon in seinem Buch vorgenommen. Sie ist hier nur weniger aggressiv formuliert. Der Herausgeber der Zeitschrift, in der diese Entgegnung abgedruckt wurde, scheint das durchschaut zu haben. Er druckt im Anschluß eine Stellungnahme ab. Die »neuen Formulierungen« seien zu wesentlichen Teilen »ebenso unhaltbar«.

»... bluthaft-willenshafte Lebensbestände werden von einer einseitig logisch-intellektualistischen Geistigkeit zersetzt; der unzweifelhafte, bewundernswerte Scharfsinn des Verfassers verwandelt sich des öfteren in die Schwäche der Instinktlosigkeit ... Die praktischen Entscheidungen fällt nicht die Wissenschaft aus dem Geiste, sondern der gesunde Volksinstinkt aus der Kraft des Blutes. Hier hilft nur eines: die einseitigen Ansätze des Buches 'Mutter Sprache' uneingeschränkt preiszugeben ...« (Ebd., 324)

Für Schmidt-Rohr, der sich mehrfach gegen den Intellektualismus ausspricht, dürfte dieser Vorwurf nicht verständlich gewesen sein. Hinfort verpackt er jedenfalls den gleichen Gedankengang mehr hinter blumigen Metaphern:

»Hoch und heilig müssen wir die Sonderartigkeit und Sonderbegabung unseres Blutes als der eigentlichen, tiefsten Quellkraft unserer Deutschheit halten. Denn erst das Begabungserbe aller im deutschen Geschichtsverlauf zusammenwirkenden Rassen ist der Mutterboden für die Deutschartigkeit auch unserer Sprache. Wir sollten aber überdies um der größeren deutschen Zukunft willen mutig zugeben, daß die in der Gefahr der Aufsaugung durch fremdes Volkstum stehenden Brüder nicht schon durch das Blut vor Überfremdung geschützt sind und vor der langsamen Vergewaltigung in ein fremdes Volkstum hinein. Hier hilft die Sprache und allein die Sprache, die diese unsere Brüder festhält in der geistig-seelischen völkischen Gemeinschaft mit uns und unseren gemeinsamen Vätern.« (Schmidt-Rohr 1934c, 236)

In der Sache hat Schmidt-Rohr auch durch diese Formulierungen nichts zugestanden. Aber man muß schon sehr genau hinhören, um nicht bereits das als »Wende« zu interpretieren.⁶ Später werden diese Verhältnisbestimmungen von Rasse und Sprache noch schwammiger:

»Wir empfangen von der Sprachgemeinschaft nicht nur die Wortklänge, sondern auch die Wortinhalte. Und diese Wortinhalte, die Begriffe, sind die ganz besonderen Begriffe einer ganz besonderen Sprache. Für uns Deutsche sind es die aus der Begabungsanlage deutschblütiger Rassen

vom deutschen Volk geschaffenen Begriffe. Der einzelne, der in die sprachlich-geistige Gemeinschaft des deutschen Volkes hineinwächst, gerät damit in die Abhängigkeit von dieser deutschen Geisteswelt, die durch die Rassenveranlagung des deutschen Volkes wesentlich bestimmt ist.« (Schmidt-Rohr 1936, 122)

Wohl kaum ein Leser wird aus dieser Formulierung noch herausgelesen haben, daß »Rasse« hier allein als diachrone Bedingungsursache des Volkes gemeint ist und in Opposition zur Sprache als ausschlaggebendem synchronen Bestimmungsmerkmal des Volkes verwendet wird.

Ab 1939 nimmt Schmidt-Rohr einen Perspektivenwechsel vor. Er versucht nicht mehr, den Einfluß von Rasse und Sprache auf das Volk zu bestimmen, sondern rückt die Definition der Sprache in den Mittelpunkt:

»Das rassische Bluterbe eines Volkes wird auf der Ebene der Volkstumsgüter zur geistigen Form und Gestalt vor allem in seiner Sprache. Der Geist des Rassetums erscheint in der geschichtlichen Wirklichkeit als Sprache.« (Schmidt-Rohr 1940, 418)

Der Perspektivenwechsel kann und will aber wohl kaum verbergen, daß sich die ursprünglich apodiktische Zurückweisung der rassischen Bedingtheit der Sprache endgültig in Zustimmung verkehrt hat. Die »Wende« vom Antirassisten zum Rassisten ist damit vollzogen. Die Rasse ist auch in der Gegenwart als Basis wirksam, die Sprache ist für die Volkstumserhaltung nur von zweitrangigem Wert.

Die veröffentlichten Texte geben von Schmidt-Rohrs Wende nur ein unzureichendes Bild. Erst die von mir in verschiedenen Archiven aufgefundenen unveröffentlichten Materialien machen deutlich, wie es zu dieser Wende kam und daß sie sich schon lange vorher ankündigte. Aus seinen Publikationen kann man nur entnehmen, daß man schon vor der Fertigstellung der zweiten Auflage versucht hat, auf ihn Druck auszuüben. Das kann man z.B. aus Zusätzen der zweiten Auflage herauslesen, besonders zum Antisemitismus-Kapitel:

»Dieser Abschnitt hat sich, wie ich erwarten durfte, für nicht wenige als der Magnet erwiesen, der sie mein Buch in die Hand nehmen, durchblättern — und werfen ließ. Man hat mich mit allem Nachdruck zu bewegen versucht, diesen Abschnitt in der zweiten Auflage zu streichen. Ich habe das auch erwogen, weil es in der Tat wichtig ist, daß alle Widerstände beseitigt werden, die meinem werbenden Ruf zu tieferer Besinnung auf die nationale Bedeutung von Sprachfragen die Reichweite nehmen. Trotzdem bleibt dieser Abschnitt. Nicht weil ich ein Gerechtigkeitsfanatiker und ein Freund der Juden wäre — ihr Schicksal ist nicht allzu wichtig, Gerechtigkeit ist national gebunden, sie gilt nur innerhalb eines Volkes. Aber es steht ja gerade in Frage, wie weit die Juden zu unserem Volk gehören. Und es ist unser höchstes nationales Interesse, auf diese Frage nicht die gerechteste, aber die richtigste, uns national am meisten helfende Antwort zu finden ...« (II, 309)

Von welcher Seite kam dieser Druck, welche Mittel wurden dazu eingesetzt, und welche Ziele standen dahinter? Auch nach der dem Rest der zweiten Auflage beigefügten Erklärung erfährt man nur:

»Von sehr maßgeblicher Seite ist mir nahegelegt worden, noch während des Verkaufs der zweiten Auflage die folgende Erklärung abzugeben.« (II, XV)

In seinem unveröffentlichten Lebensbericht von 1942, angefertigt anlässlich der Gründung der von ihm geleiteten sprachsoziologischen Abteilung der SS, stellt Schmidt-Rohr folgende wirkungsgeschichtliche Aspekte seines Hauptwerkes heraus:

»Im Schnellverfahren wurde seiner Zeit das erste Exemplar hergestellt und an *Mussolini* geschickt, dessen Haltung gegenüber den Südtirolern man damals zu beeinflussen suchte. Ich selbst versuchte, mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln an den Führer heranzukommen. Fünf Stücke des Buches schickte ich sofort nach Erscheinen in das Braune Haus. Ein von dem Parteigenossen von der *Heydebrand-Lasa* vorgelegtes Stück mit einem sehr ausführlichen Brief von mir, in dem ich sehr ausdrücklich darauf hinwies, daß ich in Rassefragen eigene Wege ginge und um recht gründliche Prüfung bäte, kam wirklich in die Hand des Führers. Ich erhielt im Juli 1932 von ihm einen Dankbrief mit dem Hinweis, daß in diesem Punkte allerdings eine Meinungsverschiedenheit bestehen bleiben müßte.« (BDC, Akte Schmidt-Rohr, AE)

Schmidt-Rohrs Darstellung hält in einigen Punkten der Überprüfung nicht stand. Mit *Heydebrand-Lasa* hat er im Juli 1932 über das Buch lediglich korrespondiert wegen einer Besprechung im »Völkischen Beobachter« und in den »Nationalsozialistischen Monatsheften«. Der Dankbrief des Führers war in Wirklichkeit einer seines Stellvertreters Hess (vgl. Schmidt-Rohr an Bruckmann 9.9.33; BDC, Akte Schmidt-Rohr, USchlA). Wenn man bedenkt, daß in den Nürnberger Prozessen nach 1945 herauskam, daß von der Führungsspitze der Partei sogar niemand Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts« gelesen hatte, dann ist anzunehmen, daß der »Dankbrief« eine reine Formsache war, die Schmidt-Rohr bei den folgenden Auseinandersetzungen allerdings ein Faustpfand in die Hand gab.

Schmidt-Rohr setzte wirklich alle Hebel in Bewegung, damit sein Buch ins Gespräch kam. Überliefert ist leider nur, welche NS-Größen er für sich einzuspannen suchte — darunter Reichsleiter Bormann und Reichsbefehlsleiter Friedrichs (Schmidt-Rohr an Daluege, 28.7.42; BDC, Akte Schmidt-Rohr). Bei der Deutschen Akademie initiiert er eine Tagung zum Thema »Umvolkung« (BDC Akte Schmidt-Rohr, AE). Mit dem Präsidenten der Reichsschrifttumskammer, dem Schriftsteller und ehemaligen Wandervogel Blunck, führt er im Mai 1933 im Rundfunk Rundfunkgespräche (Fragebogen RSK; BDC, Akte Schmidt-Rohr, abgedr. in: Eckart 9, 6.6.33) über sein Buch. Die Fülle der Re-zensionen ist sicher nicht zuletzt auf Schmidt-Rohrs eigenen Werbeeinsatz zurückzuführen. Der Erfolg bleibt nicht aus. Für kaum ein linguistisches Buch der damaligen Zeit wurde so schnell eine Neuauflage erforderlich.⁷ Besonders schmeichelhaft fällt übrigens die Rezension von Leo Weisgerber aus:

»Kein Wort der Anerkennung ist zuviel für die Tatkraft, mit der hier — vielen äußeren Schwierigkeiten zum Trotz — ein Gedanke durch fünfzehn Jahre hindurch nach allen Seiten erwogen, an dem vorhandenen Material geprüft, in der Auseinandersetzung mit anderen Anschauungen gefestigt wurde.« (ZfDBildg 9, 1933, 58)

Weisgerber erhofft sich von Schmidt-Rohrs Opus, daß es mithelfen werde, die von Herder vorausgeahnte und von Humboldt geformte »kopernikanische Wendung in der Sprachbetrachtung ... endlich in breiter Front durchzusetzen« (ebd., 59).

Da passiert es: Kaum ist die zweite Auflage seines Buches unter dem neuen Titel »Mutter Sprache« erschienen, kaum ist Schmidt-Rohr Ende April oder Anfang Mai der NSDAP und deren Untergliederung »Bund deutscher Osten« beigetreten, da strengt sein Kollege Lewek, der stellvertretender Direktor seines Gymnasiums in Frankfurt/Oder ist, zusammen mit einem Berliner Linguisten,

dem Studienrat Tassilo Schultheiß, die beide schon vor 1933 der Partei beigetreten waren, gegen ihn ein Parteiausschlußverfahren an. Beide werden anschließend befördert. Lewek wird Direktor an Schmidt-Rohrs Gymnasium. Schultheiß wird Regierungsrat im Auswärtigen Amt. Insofern mag etwas daran sein, wenn Schmidt-Rohr behauptet, daß hier »persönliche Niedertracht« im Spiel sei. Aus seiner Sicht wollte Lewek »nur vorwärts kommen, Direktor werden« (»Von meinem Werden ...«, BDC, Akte Schmidt-Rohr, AE). Tassilo Schultheiß, damals 34-jähriger Studienrat in Berlin, ist Verfasser Dutzender von Veröffentlichungen (vgl. BDC, Akte Schultheiß) nicht nur zu linguistischen Themen, die allerdings wenig Verständnis zumindest des Phänomens »Sprache« verraten und auch nirgends eine ernstzunehmende Resonanz fanden. Der Personalamtsleiter der Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Lehrerbundes in Berlin betrachtet Schultheiß dennoch als Autorität »für alle Gebiete der Sprachforschung« (ebd.). Angeblich beherrsche er 130 Sprachen und Dialekte. Für die Überprüfung solcher Angaben kann auch einmal ein Blick in ein »Lexikon der Superlative« nützlich sein. Dort finde ich die Angabe:

»Das größte Sprachgenie der Welt war Legationsrat Emil *Krebs* mit 70 Sprachen, die er beherrschte, und 30 weiteren, mit denen er vertraut war.« (Lenz, 149)

Leweks und Schultheiß' Antrag auf Parteiausschluß habe ich bisher nicht ermitteln können. Aus veröffentlichten Rezensionen von Schultheiß und späteren Archivalien ist aber ziemlich klar zu entnehmen, womit dieser Antrag begründet wurde. Ansatzpunkt ist vor allem das Kapitel »Rückweisung der Rassemystik« (I, 289ff.). Schultheiß stützt Schmidt-Rohrs Argumente gegen den Rassismus und speziell den Antisemitismus in recht plumper Manier zurecht und zieht die Folgerung daraus: Schmidt-Rohr sei Judenfreund und freimaurerischer Liberalist zugleich.

In welcher Weise Lewek und Schultheiß mit Anneliese Bretschneider zu tun hatten, konnte ich bislang ebenfalls nicht herausfinden. Alle haben später mit der Dienststelle Rosenberg zu tun, Bretschneider aber in besonderem und für Schmidt-Rohr gravierenderem Maße.⁸ Rosenberg befiehlt als Reichsleiter und »Beauftragter des Führers für die Überwachung der Schulung und Erziehung der NSDAP« einen umfangreichen Parteiapparat. »Federführe.id« in diesem Apparat ist das »Kulturpolitische Archiv«. Es entstand 1933 aus dem »Theaterpolitischen Archiv der damaligen Deutschen Bühne« und wurde dann auf sämtliche Kulturschaffende in Deutschland, also auch auf Wissenschaftler ausgedehnt. Seine Aufgaben sind: 1. »Beobachtung und Auswertung sämtlicher kulturpolitisch wichtiger Veröffentlichungen in der deutschen Tages- und Zeitschriftenpresse.« 2. Anforderung von Gutachten und »Verwertung von Informationen durch die Fachämter«, z.B. dem Amt Wissenschaft in der Dienststelle Rosenberg. 3. »Anfragen bei den Hoheitsträgern bzw. den Gauvertretern dieser Dienststelle.« 4. »Zusammenarbeit in schwierigen Fällen mit dem Reichssicherheits(haupt)amt.« 5. »Selbständige Erstellung von Beurteilungen auf Grund von Manuskripten usw.«⁹

Das Kulturpolitische Archiv faßt die Informationen zu Gutachten für zentrale Einrichtungen der Partei zusammen. Wenn jemand z.B. im Rahmen des Deutschen Volksbildungswerks, der Nordischen Gesellschaft und des Freien

Deutschen Hochstifts einen Vortrag halten soll, wird er erst einmal vom Kulturpolitischen Archiv auf Herz und Nieren geprüft. Im Kriege werden so auch alle Berufungsvorschläge für Hochschulprofessoren überprüft. Wenn man so will, war das Archiv eine Art Sicherheitsdienst für Kulturschaffende.

Hier war Bretschneider als Mitarbeiterin tätig. Sie ist Sprachwissenschaftlerin wie Schmidt-Rohr, allerdings aus der Marburger Dialektologen-Schule stammend und durch die Arbeit am Deutschen Sprachatlas geprägt.¹⁰ Anfang der 30er Jahre wirkt sie am Deutschen Volkskunde-Atlas mit. Bekannt geworden ist sie vor allem als Begründerin des Berlinisch-Brandenburgischen Wörterbuchs. Ihr — dem von Schmidt-Rohr diametral entgegengesetzter — sprachtheoretischer Ansatz wird durch die ersten Sätze der Einleitung ihres 1934 erschienenen Hauptwerks »Deutsche Mundartkunde« hinlänglich skizziert:

»Die Weltanschauung des Nationalsozialismus erkennt jeden Volksgenossen nach seiner rassischen Herkunft und nach der Einwirkung seiner heimatlichen, bodenbestimmten Umwelt. Diese beiden Elemente, das Blutmäßige und das Bodenständige, bestimmen Wesen und Entwicklung jedes Menschen, die aus Blut und Boden fließenden Wesensmerkmale lenken sein Handeln und fügen sein Schicksal. Ein Abirren von der durch dieses Fundament vorgezeichneten Entwicklungslinie, ein Sichverlieren an fremde Elemente des Seins, kann nur durch Krankheit erklärt werden. Diese anderen Elemente sind keine Elemente des Seins, sondern des Scheins, die hingaukeln über das untrügliche Fundament des Blutes und des Bodens, die vom wahren Sein abziehen und das Gesunde zersetzen; es ist ganz natürlich, daß der völkisch gegründete Staat diese Krankheitserreger ausscheidet; und ebenso natürlich ist es, daß er die gesunden Erbanlagen pflegt. — Nun ist aber die Kraft des Blutes ebenso ein Geheimnis wie die Wirksamkeit des Heimatbodens ein Rätsel: dem Verstande nicht faßbar, dem Gefühl elementar offenbar, sind beide ein Ausschnitt aus dem Wunderbegriff Leben. Erkennbar sind die aus Blut und Boden fließenden Eigenschaften dennoch; sie sind feststellbar an inneren und äußeren Merkmalen körperlicher und seelischer Art. Eines von diesen wesenhaften, feststellbaren Merkmalen ist die heimische Mundart.« (Bretschneider 1934, 1)

Bretschneiders Einfluß auf die Entwicklung der Linguistik im Dritten Reich dürfte lediglich von dem des Münchner Universitätsrektors und Kurators der SS-Forschungsgemeinschaft »Ahnenerbe« übertroffen worden sein (vgl. Simon 1985a). Insbesondere die Einzelkarrieren der Linguisten waren von dem Ergebnis ihrer im Verborgenen wirkenden, selbst von ihren Vorgesetzten kaum kontrollierbaren Überprüfungsarbeit hochgradig abhängig. Selbst ein unico loco vorgeschlagener Bewerber um einen sprachwissenschaftlichen Lehrstuhl scheiterte unweigerlich an ihrem Urteil, wenn es negativ war. Sie sicherte sich zwar stets ab, indem sie Gutachten von Fachwissenschaftlern einholte, vor allem von Bernhard Martin (ein »tumber« — wie er von seinen Schülern und Bekannten gekennzeichnet wird¹¹), den sie hauptsächlich dann einsetzte, wenn es um positive Gutachten ging. Es gehört zu den unergründlichen Geheimnissen der DDR-Führung, daß sie Bretschneider die Stelle einer Hochschuldozentin und in der Akademie der Wissenschaften in Berlin eine nicht ganz unwichtige Funktion verschaffte (vgl. Kürschner 1966, 266).

Früh entwickelt sich Bretschneider zur eigentlichen Gegenspielerin von Schmidt-Rohr. Es spricht sogar einiges dafür, daß letzterer ihr Vorzeigefall gegenüber ihren Vorgesetzten war.¹² Ob Schmidt-Rohr überhaupt von ihrer Funktion wußte, ist unklar, denn sie operierte im Hintergrund. Die von ihr

vorgelegten Gutachten sind in der Regel vom Amtschef Gerigk unterschrieben. Nur an der Briefkopfsigle Dr. Br. ist zu erkennen, daß zumindest eventuelle Vorfassungen aus ihrer Feder stammten. Ein einziges Mal zumindest sind sich — nach dem gegenwärtigen Stand meiner Forschungen — Bretschneider und Schmidt-Rohr begegnet, und das möglicherweise überraschend. Die Berliner Gesellschaft für deutsche Philologie, deren erster Vorsitzender kein geringerer als Arthur Hübner war, dem das Grimmsche Wörterbuch so energische Impulse verdankte, und zu deren Mitgliedern die damals führenden Berliner Linguisten Gustav Neckel, Julius Petersen und Max Vasmer und fast alle bekannten nicht-berliner germanistischen Linguisten der damaligen Zeit zählten (vgl. die Mitgliederliste in BA Kobl. NS 15/292, Bl. 0357805), hatte zur Sitzung am 11. Oktober 1933 neben Fittbogen und Basler auch Bretschneider als Referentin zu einer Besprechung des Buches von Schmidt-Rohr eingeladen (zu diesem und dem folgenden s. das Protokoll der Sitzung, ebd., Bl. 0357817-20). Anwesend in dieser Sitzung war aber auch das Nicht-Mitglied Schmidt-Rohr. Der freilich wollte im Hinblick auf das vermeintlich noch schwebende Parteiausschlußverfahren zu der Kritik vor allem von Bretschneider keine Stellung nehmen.

Das Parteiausschlußverfahren scheint Schmidt-Rohr gar nicht so ungelegen gekommen zu sein. Offenbar verspricht er sich von ihm eine noch größere öffentliche Resonanz. Folgerichtig zielen seine ganzen Aktivitäten in dieser Sache darauf, daß möglichst viele Parteigrößen mit ihr befaßt sind. Zunächst wendet er sich an die »Deutsche Akademie« und deren Präsident Haushofer (zu Haushofer s. Jacobsen 1979). Haushofer ist ein Duz-Freund von Rudolf Heß, dem Stellvertreter des Führers. Er hatte in den 20er Jahren dafür gesorgt, daß Heß bei der »Deutschen Akademie« als Lektor eine Stelle bekam. Haushofer hält es aber für besser, erst einmal den Reichstagsabgeordneten und Verleger Hugo Bruckmann einzuschalten (vgl. Bruckmann an Schmidt-Rohr, 6.9.1933; BDC, Akte Schmidt-Rohr, USchLA). Was Schmidt-Rohr von diesen Fürsprechern erwartet, ist auf den ersten Blick bescheiden:

»Die Gefahr für mich ist die, daß ein örtliches Gericht von Leuten, die wohl kaum ermessen können, um welche prinzipiell wichtigen Fragen es hier geht, eine Entscheidung treffen(!), die nicht nur mir und meiner Ehre, sondern auch der Sache schaden, der ich diene, der 'Volkstumserhaltung durch Spracherhaltung'. Was ich erstrebe ist, daß die Reichsparteileitung sich die Entscheidung über diesen Fall vorbehält.« (Schmidt-Rohr an Bruckmann, 9.9.1933, ebd.).

Schmidt-Rohr erwartet also gar nicht, daß die von ihm kontaktierten Parteigrößen sich um eine Niederschlagung des Parteiausschlußverfahrens bemühen. Er will lediglich, daß das höchste Parteigericht sich mit seinem Fall befaßt. Zugleich signalisiert er seinen Fürsprechern früh, daß er auch in Sachen Rassismus zu jeder Wende bereit ist. Der wissenschaftliche Ausschuß der Deutschen Akademie tritt im Oktober zu einer Besprechung zusammen. Thema: »Über die Freiheit der Wissenschaft im neuen Staat im Anschluß an das Buch von Schmidt-Rohr«. In einem Brief an Haushofer (vom 22.10.1933, ebd.) bedankt sich Schmidt-Rohr, daß sich die Deutsche Akademie mit solcher Entschiedenheit vor sein Buch stellt. Daraus wird aber auch sichtbar, daß so etwas wie Wissenschaftsfreiheit für ihn des Kampfes nicht wert ist:

»... wenn ich selbst in der Aussprache dabei gewesen wäre, hätte ich vielleicht die Freiheit der Wissenschaft stärker eingegrenzt als die Mehrzahl der übrigen Herren. Ich stehe für ganz unbedingte Disziplin dem Staat gegenüber. — Als mein Buch erschien — sowohl bei der ersten wie bei der zweiten Auflage —, durfte man immer noch annehmen, daß die Regelung der 'Arierfrage' noch nicht endgültig fest wäre. Jetzt, nachdem der Staat mit solcher Entschiedenheit nach einer bestimmten Richtung vorgegangen ist, muß er die Erlaubnis zu öffentlichem Widerspruch stark einschränken. Er sollte allerdings die Möglichkeit schaffen, daß nichtöffentliche Kritik genügend zu Wort kommt, damit in genügend gewissenhaften Überlegungen möglichst das volkstümlichste Vorgehen gefunden wird. (...) Trotzdem ich nun höre, daß die wissenschaftliche Abteilung der Akademie sich mit so großem Nachdruck hinter die Freiheit der volksverantwortungsbewußten Forschung gestellt hat, trotzdem ich immer noch ganz felsenfest davon überzeugt bin, daß die von mir geäußerte Anschauung in ihren politischen Auswirkungen die volksnützlichste ist, ... bin ich doch ohne Beklemmungen bereit, das innere Opfer der Disziplin zu bringen.« (Ebd.)

Er definiert den Vorgang in Analogie zum militärischen Gehorsam:

»... wenn der Oberst den Befehl gegeben hat und der Leutnant in Bescheidenheit und mit dringlichem Ernst seine Bedenken geäußert hat, hat der Leutnant gegen seine Überzeugung zu gehorchen, nachdem der Oberst seinen Befehl wiederholt hat. Ich habe als Feldsoldat oft genug in ähnlichen Lagen gestanden; und mir ist beim Gehorchen eines wenig sinnvollen Befehls immer frei ums Herz gewesen.« (Ebd.)

Schmidt-Rohr hatte in seiner Dissertation selbst herausgearbeitet, daß der Wandervogel wie der Pfadfinder eine prä- und paramilitärische Organisation ist (Schmidt 1917). Es bedeutete für Schmidt-Rohr also kein Entwicklungsknick, sich statt am Wandervogel als Modell der Gesellschaft am Militär zu orientieren. In seinem Lebensbericht von 1942 stellt Schmidt-Rohr den Vorgang so dar:

»Aus meiner genauen Kenntnis der angelsächsischen Verhältnisse sah ich mit aller Bestimmtheit, daß dieser jetzige Krieg [d.h. der Zweite Weltkrieg; Anm.d.Verf.] kommen müßte, wenn die Judenfrage in dem Tempo forciert würde, wie das von der Partei geschah. Ich bin je und je Judengegner gewesen, von der Muttermilch her, und habe niemals mit Juden zusammen vom gleichen Tisch gegessen. Aber ich sagte mir, die 600 000 Juden sind es nicht wert, daß uns darum 5 Millionen Auslandsdeutsche verloren gehen, daß darum mehr als 600 000 junge Männer verbluten. (...) Vor allem dürften wir uns nicht weltpolitische Möglichkeiten verbauen und kommende Bundesgenossenschaften etwa in der arabischen Welt und unsere kolonialen Bestrebungen stören, ... da ich nicht glaubte, daß man uns bis 1940 Zeit lassen würde zur Rüstung gegen die angelsächsische Welt, kam meine Meinung und Forderung, politisch zu denken, und auch die Rassedoktrin so zu gestalten, daß eine allmählichere und ungefährlichere Ausschaltung des Judentums möglich blieb.« (BDC, Akte Schmidt-Rohr, AE)

Am 16. September 1933 entscheidet der Gauleiter und als Oberpräsident der Schulabteilung direkte Vorgesetzte von Schmidt-Rohr, daß der Ausschlußantrag von Schultheiß und Lewek nicht angebracht ist. Durch eine bürokratische Panne bleibt das Urteil in der Schulabteilung liegen. Schmidt-Rohr erfährt erst Ende November davon (Schmidt-Rohr an Reuscher, 8.12.1933; BDC, Akte Schmidt-Rohr). Da er in dieser Zeit mit erheblichem Aufwand Abwehrmaßnahmen aller Art startet, und Anfang Oktober infolge des allgemein erwarteten Parteiausschlusses sogar ein Rundfunkzweigespräch abgesetzt wird (Schmidt-Rohr an Bruckmann, 4.10.1933; BDC, Akte Schmidt-Rohr, USchLA), entsteht ihm durch diese Verzögerung beträchtlicher Schaden. Auch nach diesem positiven Urteil ist die Sache nicht ausgestanden. Tassilo Schultheiß animiert Bruno Körting zu einem Gutachten über Schmidt-Rohrs Werk und reicht das im Frühjahr 1934 zusammen mit seinen eigenen Polemiken dem

Amt Rosenberg ein (IfZ Mchn, MA 141/10, Bl. 3093f.; Körtings Gutachten, ebd., Bl. 3098-3101). Inwiefern das von Bretschneider angeregt wurde, konnte ich bisher nicht ermitteln. Schmidt-Rohr bekam aber in der Folgezeit offenkundig Gegenwind bislang unbekannter Art zu spüren, der ihm deutlich machte, daß Einzelkämpfertum ihm jetzt nicht mehr half. Er suchte sich Rücken- deckung bei dem damaligen Befehlshaber der Preußischen Polizei Kurt Daluege, der später als Chef der Ordnungspolizei neben Heydrich unter Himmler der ranghöchste SS-Mann war, nach dem Attentat auf Heydrich als stellvertre- tender Reichsprotector in Böhmen und Mähren das Massaker von Lidice an- ordnete und dafür 1946 hingerichtet wurde. Schmidt-Rohr schickt ihm eine nicht näher gekennzeichnete Schrift und bittet Daluege, sich dahinterzustellen (Schmidt-Rohr an Daluege, 3.6.1935; BDC, Akte Schmidt-Rohr). Er scheint mit seiner Intervention bei Daluege Erfolg gehabt zu haben. Anfang 1937 findet ein Gespräch mit dem Leiter des Rassenpolitischen Amtes, Groß statt. Groß ist offenbar nicht wenig beeindruckt von diesem Gespräch. Er fragt bei der Dienststelle Rosenberg an, ob Schmidt-Rohr 1. die Thesen seines Buches widerrufen soll und 2. dann wieder in die Arbeit der Partei eingeschaltet werden kann (für dieses und das folgende s. KPA an DBFÜ, 21.4.1937; BA Kobl. NS 15/146). Die Antwort stammt wieder aus der Feder Bretschneiders. Die erste Frage wird bejaht. Schmidt-Rohr soll allerdings Vorschläge unterbreiten, wie er sich einen solchen Widerruf denkt.

»Mit einer mehr oder weniger kurzen Erklärung, daß er seine früheren Behauptungen nicht aufrecht erhält, ist nichts gewonnen, sondern im Gegenteil wird die Sache dadurch nur verschärft.« Schmidt-Rohr solle »in einer längeren grundsätzlichen Abhandlung dartin, warum er sich mit seinen Behauptungen geirrt hat und warum er sie heute fallen läßt.«¹³

Die zweite Frage wird klar verneint. Mit der Hellsicht der Gegnerin erkennt Bretschneider:

»Schm.-R. hat sich ... nicht nur auf seine unverblünte gegnerische Meinung beschränkt, sondern er hat bewußt und frech das nationalsozialistische Wollen angegriffen und sich angemaßt, durch seinen Widerspruch in das welthistorische Geschehen von 1933 einzugreifen.« (Ebd.)

Bretschneider zitiert kenntnisreich Schmidt-Rohrs antirassistische Äußerungen in seinem Buch und kommt zu dem damals vernichtenden Urteil:

»Wenn er sich heute in Druck oder Schrift äußert, so wird er kontrollierbar sein. Wenn er aber als Redner in der Schulung zugelassen wird, so wird er nach unserer Überzeugung größtes Unheil anrichten. Wir haben Schm.-R. seinerzeit in dem Kampf 1933 ziemlich gut kennen gelernt und halten eine Umkehr und ein innerliches Sich-Einsetzen für unsere Weltanschauung bei ihm für ausgeschlossen.« (Ebd.)

Groß greift aus diesem Gutachten die positiven Aspekte der Antwort zur ersten Frage heraus, weicht aber von der Empfehlung Bretschneiders, Schmidt-Rohr eine größere Abhandlung in einer nicht-nationalsozialistischen Zeitung oder Zeitschrift publizieren zu lassen, in der er seinen Widerruf begründet, nicht unerheblich ab, indem er den Artikel »Die zweite Ebene der Volkstums- erhaltung« in der parteiamtlichen Zeitschrift »Rasse« abdruckt und ihm seine öffentliche Rehabilitation voranschickt. Insbesondere staatliche Stellen festigen hinfort Schmidt-Rohrs Position. Mit Stolz weist dieser später darauf hin, daß der Ministerialrat im Erziehungsministerium Huhnhäuser, der die neuen

Lehrpläne für den Deutschunterricht in Höheren Schulen entwarf, ihm gegenüber geäußert habe, daß seine (Schmidt-Rohrs) »Arbeiten von entscheidender Bedeutung gewesen seien für die Neuausbildung des Schulwesens« (Schmidt-Rohr, Von meinem geistigen Werdegang; UA Wien 282, 15f.). 1943 schließlich landet er als Abteilungsleiter bei der Wissenschaftsabteilung von Himmlers SS und ist sehr bald auch mit praktischer Sprachpolitik beschäftigt. Zwar deutet er in einer Denkschrift an Himmler nochmals sein Unbehagen an über die KZs und über die Behandlung von Angehörigen anderer Rassen, insbesondere von Frauen und Kindern (vgl. Simon 1985b). Nach dem 20. Juli 1944 aber macht er detaillierte Vorschläge, wie man gegen Widerstandskämpfer und Deserteure vorgehen sollte. Nach seinen eigenen Aussagen haben diese Vorschläge »augenscheinlich praktische Auswirkungen« (Schmidt-Rohr an Brandt, 30.10.1944; BA Kobl. NS 21/39) gehabt.

Die Biographie Georg Schmidt-Rohrs scheint mir symptomatisch zu sein für sehr viele Sprachwissenschaftler, vermutlich auch andere Wissenschaftler dieser Zeit. Das Muster, nach denen sie sich entwickeln, läßt sich folgendermaßen skizzieren:

1. In der Regel kommen die Forscher aus einer eher konservativ und völkisch orientierten politischen Richtung. Die Unterschiede zur NS-Doktrin sind häufig verschwindend gering.
2. Nach 1933 geraten sie fast immer wegen einer Einzelheit, die für ihre wissenschaftlichen Arbeiten von Bedeutung ist, in Konflikt mit einer Untergliederung der Partei, dem Dozentenbund oder am häufigsten mit dem Amt Rosenberg.
3. Nur wenige der bedeutenderen Wissenschaftler vollziehen ihre »Wende« auf Anhieb. Die meisten gehen auf die Suche nach einem Machtfaktor, der ihnen als Rückhalt dienen kann, und zumindest in dem jeweiligen Streitpunkt weniger dogmatisch zu sein scheint.
4. Ungewöhnlich viele dieser Wissenschaftler landen auf diese Weise bei Himmler und der SS, machen hier erhebliche Konzessionen an den NS-Diskurs bis hin zu einer Wende um 180 Grad und werden dann auch noch häufig genug in die Planung, manchmal auch Durchführung und Auswertung von Verbrechen wie Raub, Gefangenhaltung in KZs oder gar Menschenversuchen hineingezogen.

Was den Zeithistorikern lange Zeit als »Chaos« erschien, vor allem die Streitigkeiten unterhalb der Führer-Ebene etwa zwischen Rosenberg und Himmler, wirkt sich auf weit darunter liegenden Ebenen der Hierarchie zumindest für junge Wissenschaftler als funktional fürs System aus. Wer sich als nichtbestallter Forscher nicht von den Dogmatikern integrieren läßt, gerät in die Fänge der Praktiker. Daß sich diese Wahl zwischen Skylla und Charybdis nicht nur den Karrieristen und Opportunisten stellte, zeigt der Fall Schmidt-Rohr überdeutlich. Denn er gehörte im Gegenteil zu den von einer Idee Besessenen, die nur wenig Rücksicht auf sich und ihre Familie nahmen. Sobald man auch nur eine Chance sah, unter den gegebenen Bedingungen wenigstens ein Stück weit seine Hoffnungen in wissenschaftlicher oder gar politischer Hinsicht zu verwirklichen, war man offenbar dieser Zwickmühle ausgeliefert.

Anmerkungen

- 1 Im folgenden wird die erste Auflage von Schmidt-Rohrs Hauptwerk, das den Titel »Die Sprache als Bildnerin der Völker ...« trägt, mit I, Seite, die zweite Auflage mit dem Titel »Mutter Sprache ...« mit II, Seite, zitiert. Weitere Abkürzungen:
 AE Ahnenerbe (Forschungsgemeinschaft der SS)
 BA Kobl. Bundesarchiv Koblenz
 BDC Berlin Document Center
 DBFÜ Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP (= Rosenberg)
 IfZ Mchn Institut für Zeitgeschichte, München
 KPA Kulturpolitisches Archiv
 RSK Reichsschrifttumskammer
 S-R Schmidt-Rohr
 UA Wien Universitätsarchiv Wien
 USchLA Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
 ZfDB Zeitschrift für deutsche Bildung
 Bei der Entdeckung der zitierten Archivalien unterstützten mich Brigitte *Lorenzoni* und Martin *Gnann*. Für Hinweise bezüglich einiger Teilaspekte des Beitrags danke ich Marion *Schweizer* und Horst *Gerbig*. In den Beitrag verarbeitet ist eine Kritik Ruth *Römers*.
- 2 Entfällt.
- 3 Kater, 195. — Katers Bemerkungen über Schmidt-Rohr sind um so unverständlicher, als Schmidt-Rohr selbst auf diesen Einwand mehrfach explizit eingeht; z.B. I, 220 = II, 216: »Hier soll die Rasse als biologisch-naturwissenschaftlicher Begriff, der das Geheimnis des völkischen Blutes zu lösen glaubt, in seiner inneren Unhaltbarkeit durchleuchtet werden. — Darum sind die abwägenden Erörterungen nötig, bei denen wir uns so gebärden, als ob wir den Rassebegriff in der üblichen Anwendungsweise anerkennen ...«
- 4 Das kritisiert sogar Weisgerber in seiner ansonsten panegyrischen Rezension. ZfDB 9, 1933, 58f.
- 5 Siehe Protokoll der Besprechung von Schmidt-Rohrs Buch in der Berliner »Gesellschaft für Dt. Philologie«, 11.10.1933; BA Kobl. NS 15/292, Bl. 0357817-20.
- 6 Meine Deutung dieser Textstelle in: Materialien ..., nehme ich also ausdrücklich zurück.
- 7 Daß die erste Auflage »abgestoppt« wurde, wie später das »Kulturpolitische Amt« behauptet (KPA an DBFÜ-Hauptsekretariat, 21.4.1937; BA Kobl. NS 15/146), ist heute nur noch schwer nachprüfbar, muß aber keineswegs den Tatsachen entsprechen, zumal dieses Amt — wie unten gezeigt wird — ein Interesse daran hat, Schmidt-Rohr als »unbedeutend« zu deklarieren.
- 8 Zu diesem und dem folgenden siehe die Unterlagen für den Geschäftsverteilungsplan der Dienststelle Rosenberg: »Das Kulturpolitische Archiv« o.D., o.V., und KPA an Utikal, 4.5.1943 — beides BA Kobl. NS 15/146 —, vgl. auch Bollmus 1970.
- 9 Die in Anm. 8 zitierten, reichlich verworrenen Selbstdarstellungen des KPA, auf denen diese Skizzierung der diagnostischen Aufgaben beruht, ist von mir in diese leidlich transparente Anordnung gebracht worden.
- 10 Für dieses und das folgende siehe Kürschners Gelehrtenkalender, Ausgabe 1940/1, 198; Ausgabe 1954, 247; Ausgabe 1966, 266.
- 11 Das geht auch aus den zahlreichen Ansprachen hervor, die »Onkel Bernhard« bzw. »Onkel Martin« — wie man ihn nannte — aus Anlaß seines 70. und 90. Geburtstags zuteil wurden (vgl. dazu jetzt: Martin 1984). Diese Ansprachen enthalten allerdings keine Hinweise auf Martins Tätigkeit für das Amt Rosenberg. Es wird nicht einmal erwähnt, daß er Leiter der Abteilung »Volk und Sprache« in der »Hohen Schule (in Vorbereitung)« und des Marburger NSD-Dozentenbundes war.
- 12 Keines der mir bekannten Gutachten aus ihrer Feder ist so lang und detailliert wie das über Schmidt-Rohr.
- 13 Ebd., statt »Abhandlung« steht im Manuskript versehentlich »Abhaltung«.

Literaturverzeichnis

- Bernsmeier, Helmut, 1983: Der Deutsche Sprachverein im »Dritten Reich«. In: Muttersprache 93, 35-58
- Blunck, Hans Friedrich, 1934: Vom Wandervogel zur SA. In: Will Vesper (Hrsg.): Deutsche Jugend. Berlin, 1-7
- Bollmus, Reinhard, 1970: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart
- Bretschneider, Anneliese, 1934: Deutsche Mundartkunde. Marburg
- Buttmann, Rudolf, 1936: Vor 50 Jahren. In: Muttersprache 51, 4, 137f.
- Jacobsen, Hans-Adolf, 1979: Karl Haushofer. Leben und Werk. 2 Bde., Boppard
- Kater, Michael, 1974: Das »Ahnenerbe« der SS 1933-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reichs. Stuttgart
- Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender, Ausgabe 1940/1; Ausgabe 1954; Ausgabe 1966
- Landsberg, Paul Ludwig, 1933: Rassenideologie und Rassenwissenschaft. In: Zeitschrift für Sozialforschung 2, 388-406
- Lenz, W., 1982: Kleines Lexikon der Superlative. Gütersloh
- Martin, Bernhard, 1984: Gesammelte Schriften zur waldeckisch-hessischen und deutschen Mundartforschung, bearb. u. hrsg. v. Ludwig Erich Schmitt. Gießen
- Overesch, Manfred O., und Friedrich Wilhelm Saal, 1982: Das Dritte Reich 1933-1939. Droste-Geschichts-Kalendarium. Chronik deutscher Zeitgeschichte. Bd.2/1, Düsseldorf
- Römer, Ruth, 1971: Mit Mutter Sprache gegen die Nazis? In: Ling. Berichte 14, 68f.
- Schmidt, Georg, 1917: Die Aufgaben der militärischen Jugendpflege in pädagogischer Beleuchtung. Langensalza
- Schmidt-Rohr, Georg, 1934a: Volkserziehung und Sprachpflege. In: Deutsche Akademie, Mitteilungen, 380f.
- ders., 1934b: Rasse und Sprache. In: Zeitschrift für Deutschkunde 48, 318
- ders., 1934c: Sprachenkampf im Völkerleben. In: Volksspiegel 1, 236
- ders., 1936: Vom Volkstumskampf als Kampf für die Muttersprache. In: Heilige Ostmark 12, 122
- ders., 1940: Die deutsche Sprache als politische Aufgabe. In: Zeitschrift für Politik 30, 418
- Simon, Gerd, 1979: Sprachenwissenschaft und politisches Engagement. Weinheim
- ders., 1982: Zündschnur zum Sprengstoff. Leo Weisgerbers keltologische Forschung und seine Tätigkeit als Zensuroffizier in Rennes während des 2. Weltkriegs. In: Ling. Berichte 79, 30-52
- ders., 1985a: Sprachwissenschaft im III. Reich. In: Franz Janschek (Hrsg.): Politische Sprachwissenschaft. Opladen, 97-141
- ders., 1985b: Die sprachsoziologische Abteilung der SS. In: W. Kürschner, R. Vogt u.a. (Hrsg.): Sprachtheorie, Pragmatik, Interdisziplinäres. Akten des 19. Linguistischen Kolloquiums Vechta. Bd.2, Tübingen
- ders., 1986a: Der »Wandervogel« als »Volk im Kleinen« und Volk als Sprachgemeinschaft beim frühen Georg Schmidt(-Rohr). In: H.E. Brekle und U. Maasch: Sprachwissenschaft und Volkskunde. Opladen, 155-183
- ders., 1986b: Der diskrete Charme des Sprachpflege-Diskurses. In: R. Vogt (Hrsg.): Über die Schwierigkeit der Verständigung beim Reden. Opladen (im Druck)
- Török, Imre, 1979: Die »Gesellschaft für deutsche Sprache« als Nachfolgeorganisation des »Deutschen Sprachvereins« und ihre gesellschaftliche Funktion vor allem während der Rekonstruktionsperiode. Untersucht anhand der Zeitschriften der »Gesellschaft für deutsche Sprache«: »Muttersprache« und »Der Sprachdienst«. In: Simon 1979, 231-271
- Weisgerber, Johann Leo, 1933: (Rezension von Schmidt-Rohr: Die Sprache als Bildnerin der Völker). In: ZfDB 9, 58f.
- ders., 1971: (Stellungnahme). In: Muttersprache 81, 2, 105f.

Frigga Haug

Interview mit Rossana Rossanda

Frigga Haug: Liebe Rossana, Ihre Schriften waren und sind für die Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung. Es ist daher wichtig und nützlich für uns, zu einigen unserer aktuellen Probleme Ihre Auffassung zu hören.

Sie haben in einem schon in den 70er Jahren veröffentlichten Beitrag über das Problem der Dissidenz¹ die Auffassung vertreten, daß in einem Marxismus, der an der Entwicklung der sozialistischen Länder ausgerichtet sei, notwendig alle Fragen, die nicht unmittelbar der Entwicklung der Produktion gelten, zunächst als Abweichung definiert werden, dann als Verrat und als Spaltungsbestreben.

Ist in einer solchen Lesart des Marxismus dann nicht auch die Frauenfrage notwendig selbst kaum anders denn als Verrat stellbar und die Artikulation der Frauenfrage ein Spaltungshandeln? Wie könnten aber umgekehrt »sozialistische Interessen« in der Frauenbewegung zentral werden? Wie wäre Frauenbewegung in einen antikapitalistischen Block integrierbar?

Rossana Rossanda: Ich bin mir nicht sicher, auf welche Schrift Sie anspielen; aber bereits die Thesen des *Manifesto* vom Sommer 1970 sprechen davon, daß die neue Qualität der Kämpfe und die neuen Subjekte (damals vor allem die Studenten) die herkömmliche Forderungspolitik (rivendicatismo), die vor allem oder schlicht ökonomisch war, in Frage stellten, indem sie neue »antikapitalistische Sozialgestalten« (figuri sociali) hervorbrachten. Noch in der Kommunistischen Partei hatte einige Jahre vorher auf Initiative des Kulturarbeitskreises, den ich damals leitete, und aus der Arbeit Luciana Castellinas für die Frauenkommission der Partei, ein Kongreß über »Familie und kapitalistische Gesellschaft« stattgefunden. Bei diesem Kongreß hatten wir die Frage der Familie weg von einer »Wertfrage« wieder hin zu einer Frage des »historischen Produktes einer Arbeitsteilung« geführt, die der Kapitalismus nicht erfunden, sondern verschärft hat. In dieser gesamten Phase wurde (auch dank der gramscianischen Tradition) unsere Position deutlich wahrgenommen: von der Vielfalt der nicht auf die traditionelle Achse Arbeiter/Bauern reduzierbaren gesellschaftlichen Gruppierungen, die in den entwickelten westlichen Gesellschaften mit stark gegen das System gerichteten Vorstellungen zum Ausdruck kamen, bis zu der Gefahr, daß jede dieser Gruppierungen oder Anstöße in die Spaltung und Kommunikationsunfähigkeit führen würde, wenn es der Kultur der Arbeiterbewegung nicht gelänge, sich ausreichend zu verändern und die Vielschichtigkeit und Verschiedenheit dieser Gruppierungen aufzunehmen. Diese Kritik also an der kommunistischen Tradition, inner- und außerhalb der »Realsozialismen«, war in uns bereits sehr lebendig. Bis ungefähr 1974 fehlte jedoch das Bewußtsein dafür, daß es nicht nur eine »ökonomistische« Begrenztheit gibt, die die Natur des Geschlechtergegensatzes gründlich zu begreifen verhindert, sondern daß es vielmehr unmöglich ist, sie nur auf die kapitalistische Arbeitsteilung zurückzuführen.

Der zweite Feminismus der 70er Jahre, der in Italien in Verbindung mit dem weitverbreiteten und radikalen Auftrieb der Arbeiter- und Studentenbewegung entsteht, trennt sich in der Tat von ihr, noch bevor es dazu etwa bei den englischen Feministinnen, wie Sheila Rowbotham, kommt. Es handelt sich überdies um die vergleichbare Praxis einer aktiven politischen Streitkraft fast aller Frauen, die wir »historische Feministinnen« nennen, also der Gründungsmütter der Frauenbewegung der 70er Jahre. Diese Praxis zwingt sie, in bezug auf die Frauenfrage, zu Erfahrungen mit der Blindheit der Parteien der neuen wie der alten Linken und der Gewerkschaften, die man aus den ebenso reinen

wie simplen Ausdrücken vom »Streben nach Gleichstellung mit dem Mann in Arbeit, Lohn und Recht« herauslesen kann. Der Feminismus in Italien formiert sich somit als Kritik an den Mängeln eines einfachen Kampfes für die klassischen Ziele der »Emanzipation« und wird insofern als Getrenntheit, als Spaltung gelebt.

Wie die Parteien und die Gruppen der neuen Linken den Feminismus leben? Ich würde nicht sagen, als »Verrat«, aber sicher als ein Sich-Entfernen der Frauen auf Wegen, die jene Parteien und Gruppen trotz vielfacher Bekundungen guten Willens nicht zu beschreiten in der Lage sind. Wege, die sie — ohne es jemals zuzugeben — für psychologisch, überflüssig und einen Luxus halten. Hierbei gibt es sicher einen männlichen Widerstand gegen die Einsicht, daß die geschlechtliche Arbeitsteilung aus der Frau nicht nur ein »unvollständiges« Wesen gemacht hat, das man endlich »dem Manne gleich« machen muß, sondern auch ein »anderes« Wesen, das von seiner Andersartigkeit her im Mann ein in vielerlei Hinsicht negatives Modell sehen kann.

Daher die »Spaltung« der Frauen, ein Prozeß, wie ihn Gramsci für den gesamten Vorgang der Selbstidentifikation gesellschaftlicher Subjekte gut beschrieben hat: Sie definieren sich negativ und akzeptieren daher nicht das Einverleibtwerden in das herrschende Klassenmodell und — wie die Frauen sagen werden — in das herrschende Männermodell. Dieser Moment des Getrenntseins, der Spaltung ist also notwendig, um die eigene, andersartige Identität zu »spüren«, zu prüfen und auszuarbeiten. Doch Gramsci ruft dann zu einer Synthese auf höherer Ebene auf; und im Grunde genommen verlangen die Parteien der Linken von den Frauen, daß diese, wenn sie sich nun schon einmal absondert haben, mit ihrem Gepäck von Überlegungen »wiedereintreten« sollen. Sie bemerken jedoch nicht, daß es nicht darum geht, im eigenen Schoß ein zusätzliches gesellschaftliches Subjekt zu tragen, das nun herangereift ist. Vielmehr geht es darum, auf sich selbst die Sichtweise dieses gesellschaftlichen Subjekts anzuwenden und sich dabei nicht nur zu fragen, *warum* dieses von der Politik ausgeschlossen wurde, sondern *was der Politik* in ihren Methoden, ihren Inhalten und ihrer Seinsart *fehlt*, um die Frauen aufnehmen zu können.

Abschließend zu Ihrer Frage, wie »'sozialistische Interessen' in der Frauenbewegung zentral werden« könnten und wie umgekehrt die »Frauenbewegung in einen antikapitalistischen Block integrierbar« wäre: Ich würde sagen, daß die Frauen die Nützlichkeit einer Systemveränderung vom Kapitalismus zum Sozialismus durchaus spüren können, ohne jedoch zu glauben, daß dies gleichzeitig ihre Lage verändern würde. Höchstens in dem Sinne, daß sie die Emanzipation *in gewissem Maße* begünstigen wird (auch in den östlichen Ländern wird den Frauen die Sorge um die direkte häusliche »Reproduktion der Arbeitskraft«, die Wohnung, die Nahrung, die Erholung und einen Teil der Gesundheit der Kinder und Alten überlassen). Und deshalb ist es auch überhaupt nicht zu wünschen, daß die Frauenbewegung in einen antikapitalistischen Block »integriert«, im Sinne von »vollkommen absorbiert«, wird — zumindest nicht, wenn dieser Block nicht die jahrtausende alte Frage des Geschlechtergegensatzes in sein historisches Interesse und sein Bewußtsein hineinnimmt.

Frigga Haug: Insbesondere die neue Frauenbewegung aus den 70er Jahren fand bislang kaum Artikulation im parlamentarischen Raum. Wiewohl sie mit dem Sturm auf den Abtreibungsparagraphen begann, hat die weitere Entwicklung der Bewegung im unmittelbar politischen Raum wenig bewirkt, wenngleich sie gesellschaftlich spürbar war und ist. Wie könnten Frauen zu *politischen Subjekten* werden? Welche Chancen geben Sie der Quotierungsbewegung und welche Eingriffe könnten im Moment des Umbruchs erfolgen?

Rossana Rossanda: Es ist natürlich, daß die Frauenbewegung der 70er Jahre zu keinem institutionellen Ausdruck fand, wenn man bedenkt, daß es ein riesiges Feld politischer

Experimente gibt, daß jedoch ausgerechnet der Ausschnitt, der sich in den parlamentarischen Institutionen ausdrückt, derjenige ist, in dem die männlichen Strukturen am schärfsten hervortreten. Wenn man es recht bedenkt, war es das »Gesetz«, so wie es in der »Polis« repräsentiert war, welches auf der einen Seite alle Städter zu Gleichen erklärte, auf der anderen Seite aber die Frauen und die Minderjährigen aus der Bürgerschaft ausschloß. Noch im letzten Jahrhundert stand in der englischen Gesetzgebung ausdrücklich, daß die Frauen — ebenso wie die Kinder — »wegen ihrer Natur« unfähig seien zu wählen. Schließlich erhielten die Frauen in Neuseeland 1893 als erste das Wahlrecht, wahrscheinlich weil es sich hierbei um eine Gesellschaft handelte, die von Deportierten gegründet worden war und in der es einen starken Sinn für Übertretungen gab. Alle Verfassungsväter dieses Jahrhunderts dachten, daß die Ausweitung des Stimmrechts auf die Frauen einer einfachen Ausweitung der Volksvertretung gleichkomme. So zu denken, war jedoch unvernünftig: Statt dessen bedeutet dieser Vorgang eine notwendige Veränderung der Volksvertretung und ihrer Institutionen.

Das erklärt, warum z.B. in Italien die Frauen, die mehr als die Hälfte der Wählerschaft sowie beinahe 30% der Erwerbstätigen (über die »Schwarzarbeit« hinaus) ausmachen und bei der letzten Universitätserhebung mit dem Bildungsniveau der Männer gleichgezogen haben, sehr selten unter den gewählten Frauen sind. Im Senat und im Abgeordnetenhaus überschreiten sie nicht 7,5%, und sie wären noch viel weniger, wenn nicht die Kommunistische Partei den Löwenanteil von diesen 7,5% wählen würde (von insgesamt 64 Frauen wählten sie 45 in Senat und Abgeordnetenhaus; zu 3 Sozialistinnen [PSI], einer Republikanerin [PRI], der Rest Christdemokratinnen [DC]). Nicht einmal bei lokalen Versammlungen (Regionen, Provinzen, Gemeinden) sind die Frauen sehr präsent. Wenn man bedenkt, daß es in Mailand 250 Frauen gibt, die Unternehmerinnen in der Industrie oder im Verlagswesen sind, und nur zwei in den Gemeinderat gewählt sind, so kann man die Abwesenheit der Frauen im institutionellen Leben nicht dem Zurückschrecken vor Emanzipation, Unabhängigkeit, Verantwortung und Risiko anlasten. Muß man sich da fragen, warum die Frauen (die bei uns massenhaft zur Wahl gehen) nach einer langen Zeit des Ausgeschlossenseins aus den Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie nun ihrerseits es ablehnen (oder es nur sehr ungern annehmen), gewählte Abgeordnete in diesen Einrichtungen zu sein.

Nun ist es nicht so, daß die Frauen keine *Politik machten*: Sie sind in den Kämpfen und Bewegungen präsent, haben nach einem Jahrzehnt der Kämpfe die Gesetze zur Gleichstellung entscheidend bestimmt, schrieben und kämpften für die Reform des Familienrechts, und sie füllten um der Scheidung und Abtreibungsfreiheit willen die Straßen. Jetzt treten sie als besondere Gruppe für den Frieden ein und ziehen gegen zerstörerische Technologien zu Felde. Sie haben Formen und Orte des Zusammenschlusses, auch wenn diese natürlich Minderheitsformen und -orte sind. Ihr »politisches Echo« ist jedoch allemal größer als ihre organisierte Kraft.

So gesehen sind die »Quotierungen« als Problem der Männer, nicht jedoch der Frauen interessant. Frauen streben danach, die Verhaltensweisen der Parteien bei der Aufstellung von Wahllisten und der Formierung der Führungsgremien zu verändern: eine für die Männer der Parteien nützliche Sache, die in der Praxis die Frauen nur mit Mühe akzeptieren. Dieser Raum, den die Frauen eröffneten, wird wahrscheinlich von Frauen besetzt sein, aber (wer weiß!) vielleicht wäre er es noch mehr, wenn die Parteien die Kraft gehabt hätten, sich zu sagen: Die Frauen sind die Hälfte der Gesellschaft, sollen sie also auch die Hälfte der Parteien und der Institutionen ausmachen ... Das wäre sehr wohl ein Wendepunkt gewesen, weil die Frauen, da sie sowieso nicht mehr in der Minderheit gewesen wären, eine sehr komplexe Möglichkeit vor sich gehabt hätten. Diese Chance hätte sie gezwungen, mit größerem Schwung einzugreifen und sich auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu Wort zu melden. Die Größe des Problems

wird sofort deutlich, wenn man sich diese Parität ausmalt und sich dabei vorstellt, daß sie ziemlich bemerkenswerte Erschütterungen und Ungleichgewichte mit sich bringen würde.

Schließlich muß ich sagen, daß ich heute zögere, die Frauen »politische Subjekte« zu nennen. Sie sind auch, streng genommen, keine gesellschaftliche Gruppierung. Sie sind ein Geschlecht, eines der beiden Geschlechter, mit einer biologischen und nicht-biologischen Geschichte, die auf entfernte Archetypen zurückgeht und die auch die Umwälzung der gesellschaftlichen Rolle formt, die die Frauen darzustellen aufgefordert oder gezwungen waren. An dem Tag, an dem eine Welt, die aus zwei Geschlechtern besteht, sich auch als solche begreifen wird, und sie ihre Institutionen den geschichtlichen und rollenmäßig bestimmten Unterschieden, die sich zwischen den beiden Geschlechtern abgelagert haben, anpassen wird, ist es wahrscheinlich, daß das weibliche ebenso wie das männliche Geschlecht seine politischen Subjekte hervorbringen wird, die dann auch mit Klassen oder Interessengruppen verknüpft sein werden.

Frigga Haug: Die radikale Basisdemokratie ist ebenso eine Chance wie eine Verhinderung von Frauenpolitik (die gleiche Problematik können wir derzeit bei den Grünen studieren). Gibt es in Italien Erfahrungen oder Überlegungen zu neuen Formen der Konfliktbearbeitung und politischen Artikulation, die eine erfolgreiche Politik auf radikal-demokratischer Grundlage ermöglichen könnten?

Rossana Rossanda: In den Formen direkter Demokratie wie Räte, Basisdemokratie oder radikaler Demokratie spielen die sozialen Differenzen nicht weniger mit als in den institutionellen Formen (manchmal sogar noch mehr). Ich kenne die deutschen Bewegungen nicht. Die im Verhältnis zum institutionellen Bild neuen Gruppen der Grünen oder der extremen Linken Italiens stellen sich oft in der Gestalt eines charismatischen Führers dar; so wie dies vielleicht eine Politik erfordert, die sehr stark auf Stellvertretung basiert. Selten handelt es sich hierbei, wie in Österreich, um eine Frau. Schließlich machen die radikalen Bewegungen, wie die anderen, eine Vollzeitpolitik mit Hieben und Stichen und viel Konkurrenz ... alles Methoden, die die Frauen kritisieren oder von denen sie zumindest sagen, sie kritisierten sie. Die neuesten Formen in der Politik, die die Frauen erproben, sind Anordnungen, die auf dem Diskurs der »Differenz« beruhen, auf dem steigenden Wert der einzelnen Person. Es ist offensichtlich, daß die Demokratie zu recht versucht, die Individuen nicht in ihrer Unterschiedlichkeit zu repräsentieren, sondern in dem, was sie gemeinsam haben (als natürliches Recht etc.). Und doch ist es unleugbar, daß die politische Sphäre heute die Tendenz hat, sich abzuschotten — nicht nur gegen die Frauen, sondern auch gegen die Männer; mit immer weniger Teilnahme, wachsender Entfernung und Delegationsprinzip. Dies vielleicht auch deshalb, weil die Politik immer mehr »Technik des Regierens« statt Verwirklichung von Bedürfnissen oder — wie Sie sagen — von »Utopien« ist. In Italien haben wir einen Ausdruck für die Politik: »Die aus dem Palast« (quelli del palazzo), der vielleicht ungerecht ist, aber sehr deutlich die Distanz zwischen politischer Sphäre und Personen ausdrückt. Die »Fremdheit« der Frauen den Institutionen gegenüber ist nichts weiter als der sichtbarste Ausdruck eines diffusen Gefühls. Zu spät gekommen, um politische Rechte zu haben, ist es, als hätten die Frauen diese schon gehabt: Erfahrung und Kultur haben sie schon gelehrt, diese Rechte streng zu kritisieren und deren Grenzen zu erblicken. Wie im Leben, so darf man auch in der Politik nicht erst Jahre nach einer Verabredung ankommen: Die Republik hat die Frauen solange warten lassen, daß diese, als sie schließlich zur Verabredung kam, nicht mehr in sie verliebt waren wie einst ihre Sufragetten-Großmütter.

Frigga Haug: In der BRD diskutieren wir zur Zeit, daß die Frauenbewegung eine Utopie braucht, um politisch handlungsfähig zu sein. Aber wie könnte eine solche Utopie aussehen, wenn sie aus unserer Gesellschaft nicht entwickelt werden kann?

Rossana Rossanda: Ich weiß nicht, ob wir an eine weibliche Utopie denken sollten. Manche italienische feministische Gruppe tut dies (z.B. die Gruppe um den Frauenbuchladen in Mailand): sie sprechen sich für ein Verbindungssystem zwischen Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aus, und zwar indem sich eine Frau einer nächsten Frau anvertraut, die etwas mehr Expertin ist, so daß man ein fein verästeltes Netz aus Erfahrungen und Verbindungen von Frauen auf allen Gebieten aufbauen kann.

Ich teile dieses Konzept nicht. Aber ich für meinen Teil war ja zu lange eine »verwickelte politische Kämpferin«, in unbestimmter Weise neutral, und also — sagen die Feministinnen — den männlichen Mustern angepaßt, um eine glaubwürdige Stimme der heutigen Frauen überhaupt abgeben zu können.

Für mich — wie für andere Frauen in anderer Weise — liegt die Utopie vielleicht in einer Welt, die, indem sie sich als zweigeschlechtlich erkennt, aus dieser Zweigeschlechtlichkeit — Biologie und Geschichte — auch einen Reichtum macht: Indem das eine Geschlecht das andere *und* sich selbst begreift und indem für die Einheit *und* die Unterschiedenheit produziert wird. Eine gewisse Zeit lang dachte ich dabei an eine spirituelle »androgyn« Zweigeschlechtlichkeit: die Person, der Mensch. Heute hingegen denke ich, daß es noch für lange geschichtliche Zeiträume vernünftig sein wird, den Unterschied zwischen den Geschlechtern, der natürlich mit einer vollkommenen Gleichheit der Rechte, der Zugangsmöglichkeiten und der Rollen verbunden sein muß, für wertvoll zu halten.

Frigga Haug: Sie haben einmal die Auffassung vertreten, daß in Zeiten der Krise die Kräfte der Ordnung Konjunktur haben.² Aber ist es nicht auch umgekehrt so, daß die Krise die Zeit des Umbaus und des offensiven und konzeptionellen Eingreifens einer Linken sein muß? Gerade im Fall der Frauenfrage scheint mir ohne eine Krise die Stabilität der alten Ordnung unangreifbar.

Rossana Rossanda: Ich glaube, ich sagte bereits, daß in Zeiten ökonomischer und politischer Krisen die Kräfte zur Auflösung tendieren: Z.B. ist eine ökonomische Krise wie die, die wir durchlebt haben — begleitet von einer technologischen Restrukturierung, die bestimmte Gruppierungen von Arbeitern stärkte und dabei andere an den Rand drängte —, eine Krise, die spaltet. Die Entfremdung bleibt, aber in ganz anderen Formen. Die Linke insgesamt hat diese Krise nicht vorausgesehen und in der Regel hat sie die Krise immer nur als allgemeine »Verelendung« und infolgedessen als Bewußtwerdung und Protest begriffen. Doch ich glaube, daß unser Jahrhundert Krisen dieser Art nicht mehr erleben wird. Die Einheit der Klasse muß heute neu durchdacht werden.

Was die Frauen betrifft, so verstehe ich nicht ganz, wozu es eine Krise bräuchte: gibt es sie nicht fortwährend, ständig, schleppend? Die Frauen schätzen die »alte Ordnung« nicht, aber deswegen stürzen sie sie noch nicht um. Sie ziehen sich vielmehr von ihr zurück. Ich glaube, daß ihre Art auf der Welt zu sein, was auch für die Familie und die Paarbeziehung gilt, sich in Italien mittlerweile tiefgreifend geändert hat. Die Frauen leben eine wirkliche Identitätskrise, die zum ersten Mal keiner allgemeinen Bewußtseinskrise folgt, sondern in einer ihr eigenen Form stattfindet.

Frigga Haug: Schließlich möchten wir aus den italienischen Erfahrungen auch einiges für unsere politische Kultur lernen. Wir möchten wissen, welche neue Kultur Ihr entwickelt habt; wie das Verhältnis der Frauen um *Manifesto* zur Kommunistischen Partei und was aus dem Konzept der »doppelten Militanz« geworden ist.

Rossana Rossanda: Es ist unmöglich, ein allgemeines Bild zu zeichnen: Die Gruppen sind fragmentiert. Es existieren zwei »zentrale« Orte: die Frauenbuchhandlung in Mailand (von der ich oben schon sprach) und das Centro Virginia Woolf (das von Alexandra Bocchetti geleitet wird) in Rom, das Sie kennengelernt haben. Es gibt von Stadt zu Stadt verschiedene Gruppen. In den Städten des Nordens gibt es »Dokumentationszentren«, die für Frauen und von Frauen in den Gemeindeverwaltungen angeregt wurden. Noch gibt es, in diesen Zeiten des Bruchs zwischen den Gewerkschaften, eine Art gewerkschaftliche »Frauenquerverbindung«. Es gibt Zeitschriften: *Noi Donne* (Wir Frauen), eher der PCI nahe; *DWF* (Zeitschrift für Ausarbeitungen [elaborazioni]); *Memoria* (Zeitschrift für die Geschichte der Frauen). Es gibt viele produktive Frauen, die alleine arbeiten und sich mit anderen Frauen auseinandersetzen. Und es gibt in allen Parteien Frauensektionen.

Das *Manifesto* ist eine Zeitschrift, keine Gruppe. Also gibt es dort auch keinen Kern von »Frauen des *Manifesto*«. Mit uns arbeiten römische und mailändische Feministinnen. Die Zeitung hat mehr mit ihnen als mit den Frauen der PCI zu tun. Generell läßt sich sagen, daß das *Manifesto* nicht mit dem traditionellen kommunistischen Bereich verknüpft ist und daher auch kein besonderes Verhältnis zur PCI hat.

Frigga Haug: Ich danke Ihnen und möchte Sie zu unserer sozialistisch-feministischen Konferenz im November in Hamburg herzlich einladen.

Rossana Rossanda: Ich werde nicht zu Eurem Kongreß kommen, da es mir zunehmend unangenehm ist, im Ausland als Figur des italienischen Feminismus aufzutreten. Ich tue dies ungern und nie unter einem formalen Umstand wie einem Frauenkongreß. Sie werden diesen Skrupel sicher verstehen.

Übersetzung: Birgit Jansen und Peter Jehle

Anmerkungen

- 1 Vgl. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Ländern. In: Bettelheim u.a. (Hrsg.): Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Ländern. Frankfurt/M. 1979
- 2 Vgl. Einheit und Alternative. In: Rossanda u.a. (Hrsg.): Der lange Marsch durch die Krise. Frankfurt/M. 1976.



Subjekt Frau

Hrsg. v. Frigga Haug und Kornelia Hauser

Wie kann die Kritische Psychologie feministisch nutzbar gemacht werden? Welche Forschungsanordnungen und Befreiungsperspektiven sind mit ihr zu erarbeiten? Auf diese Fragen geben die Autorinnen thematisch bezogene Antworten: Probleme mit weiblicher Identität — Sexualität und Herrschaft — Familie als von außen und innen geknüpftes Beziehungsnetz — Arbeit und Handlungsfähigkeit. Die kollektive Erinnerungsarbeit wird weiterentwickelt und liefert den Stoff, aus dem Veränderungen wachsen.

Argument-Sonderband AS 117
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Detlev Albers

Für die Wiederentdeckung Labriolas*

»Warum hat Labriola mit seiner philosophischen Problemstellung so wenig Erfolg gehabt?« — fragt sich Antonio Gramsci in den »Gefängnisheften« (Gramsci 1967, 183). Gramscis Frage trifft auf kaum eine nationale Kultur der sozialistischen Idee so präzise zu wie auf die deutsche. Der Beitrag Labriolas zur Theorie des historischen Materialismus ist in Deutschland nahezu ohne jede Resonanz geblieben. Das gilt zu Lebzeiten Labriolas für den deutschen Marxismus der Zweiten Internationale (z.B. Kautsky, Luxemburg, Mehring) nicht anders als für die sozialdemokratischen und kommunistischen Theoretiker der Zwischenkriegszeit (Max Adler, Otto Bauer, Karl Korsch u.a.). An dieser Situation hat sich von 1945 bis heute praktisch nichts geändert, und zwar weder in der Bundesrepublik noch in der DDR. Wenn es stimmt, was Gramsci behauptet, daß auf das Werk Labriolas zurückzukommen sein wird, wenn die Arbeiterklasse »einen neuen Gesellschaftstyp« hervorzubringen versucht und sie folglich »universellere Begriffe, raffiniertere und entscheidendere ideologische Waffen« auszuarbeiten hat (ebd.) — dann ist diese Aufgabe von der deutschen Linken, soweit sie sich weiterhin marxistisch orientiert, erst noch zu leisten.

Der Vorgang ist reich an Paradoxien. Hatten nicht Marx und Engels Zeit ihres Lebens auf die Bedeutung der »klassischen deutschen Philosophie« für die Herausbildung ihrer eigenen Position verwiesen? Hatte nicht Engels' stolze Formulierung »Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie« (MEW 21, 307) gerade den Anspruch unterstreichen sollen, daß hier der philosophische, erkenntniskritische, wissenschaftliche Anteil im politischen Handeln der (damaligen) Sozialdemokratie derart ausgeprägt sei, daß dieser sogar an die Stelle jeder eigenständigen geschichtsphilosophischen Reflexion trete? Und dann bleibt ausgerechnet ein Denker so gut wie unbekannt, der in bester Kenntnis der deutschen philosophischen Tradition gerade das philosophische Element im Marxismus herausarbeitet, diesen selbst als »kritischen Kommunismus« und »Philosophie der Praxis« kennzeichnet.

Im folgenden beschränke ich mich darauf, die hauptsächlichen Etappen in der Rezeption Labriolas in Deutschland zu skizzieren, und einige Überlegungen zur Aktualität des Marxismusverständnisses von Antonio Labriola anzustellen.

Die Rezeption Labriolas in der deutschen Linken

Schon in seinem ersten, bewußt in deutscher Sprache verfaßten Brief an Friedrich Engels vom 3. April 1890 kommt Labriola auf die Probleme seines »philosophischen Weges« zum Marxismus zu sprechen; nachdem er das Unverständnis seiner Landsleute diesem Werdegang gegenüber beschrieben hat, wendet er sich direkt an Engels: »Sie werden ja nicht unnatürlich finden, daß ein Gelehrter, aus der Höhe der Kantschen Moralphilosophie, durch Hegels Geschichtsphilosophie und Herbartsche Völkerphilosophie, zu der Überzeugung gelangt, den Sozialismus als eigenen Beruf vor dem Publikum zu vertreten.« (Zit. n. Pozzoli, in: Labriola 1974, 8)

Die Schwierigkeiten eben dieses Weges sind es auch, die Franz Mehring 1909 in den Mittelpunkt des Vorworts zu seiner Übersetzung von Labriolas Essay »Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifests« rückt. Es handelt sich dabei um die einzige deutsche Textausgabe dieser Zeit wenigstens einer der zentralen Abhandlungen Labriolas. Mehring schreibt:

* Überarbeitete Fassung eines Beitrags zum Kolloquium »Labriola von einem Jahrhundert zum anderen«. Paris, 28.-30. Mai 1985.

»Die ökonomischen Unterschiede zwischen den Ländern (Europas), in denen sich die kapitalistische Produktionsweise durchgesetzt hat, gleichen sich mehr und mehr an; hier stößt die brutale Gewalt der Tatsachen die Proletarier der verschiedenen Länder unablässig auf ihre gemeinsamen Interessen. Aber weit schwieriger ist es, die überlieferten und an sich so verschiedenen Denkformen, in denen die Arbeiter Deutschlands, Frankreichs, Italiens und anderer Länder aufgewachsen sind, aus- und umzuschalten in Denkformen des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, der mit einem sehr krausen Schlüssel geöffnet worden ist, mit der deutschen und namentlich mit der Hegelschen Philosophie.« (Mehring 1970)

Lassen wir Mehrings Optimismus hinsichtlich der ökonomischen Angleichung zwischen den europäischen Nationen einmal dahingestellt. Wichtiger für das Theorieverständnis der deutschen Marxisten vor 1914 ist der Stoßseufzer Franz Mehrings darüber, daß die »Denkform des modernen wissenschaftlichen Sozialismus« selbst nur mit Hilfe eines »sehr krausen Schlüssels«, mit Hilfe von Vorkenntnissen der deutschen und besonders der Hegelschen Philosophie gefunden werden konnte. Da gibt es nicht allein die massiven sprachlichen und kulturellen Barrieren zwischen Deutschen, Franzosen und Italienern, die der Ausbreitung des Marxismus entgegenstehen. Mehrings Klage drückt vielmehr generell das Unbehagen über die Kompliziertheit, die geringe Verständlichkeit und die kaum zu bewältigende Vermittlungsfähigkeit der Genese des Marxschen Denkens aus.

Wie aber bewältigt man diese Schwierigkeit, wenn man denn keine weiterführenden marxistischen Philosophen in den eigenen Reihen findet und gleichwohl die Partei als Ganzes geistig anzuleiten hat? Ganz einfach, man versucht die philosophischen Köpfe der Bruderparteien, Labriola, Plechanow »einzudeutschen«, ohne sich bei den Unterschieden ihrer jeweiligen Lesarten des historischen Materialismus aufzuhalten, und hält sich im übrigen an die vermeintlich einfacheren *Resultate* Marxschen Denkens auf dem Feld der ökonomischen und politischen Theorie.

Mehring spendet Labriola hohes Lob; er habe den »historischen Materialismus verstanden, wie wenige«; er habe ihn »vollkommen durchdrungen, aber er reproduziert ihn als selbständiger Denker«. Den Essay Labriolas hält er in seiner Bedeutung gar für ebenbürtig mit Engels' seinerzeit am weitesten verbreiteter Schrift über »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (vgl. ebd.). Und doch unterstreicht er damit unfreiwillig nur den Eindruck, daß es sich bei Labriolas Arbeit im Grunde um einen Fremdkörper für das deutsche marxistische Denken der Kautsky-Generation handelt.

Zu Lebzeiten Labriolas erreicht keine einzige seiner wesentlichen Schriften den deutschen Sprachraum. Der »Neuen Zeit« dient er lediglich als eine Art Korrespondent für die reichlich unübersichtliche Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen in Italien; auch im Revisionismusstreit befaßt sich seine für die »Neue Zeit« geschriebene Kritik an Masaryk eigentlich nur mit einer Nebenfront.¹ Als er dann posthum mit seiner Manifest-Schrift doch noch dem deutschen Leser zugänglich wird, verrät selbst die Präsentation seiner Arbeit ein weit über Mehring hinausgehendes, tiefer liegendes Unverständnis von seiten der deutschen Marx-Orthodoxie.

In der Zwischenkriegszeit gibt es offenkundig keinen Grund, der diese Situation hätte nachhaltig verbessern können. Sieht man einmal von der zweifelhaften Grabrede eines Benedetto Croce ab, der ihm noch 1938 bescheinigt, daß mit ihm der theoretische Marxismus in Italien gestorben sei (Croce 1971), verwehrt sein Name selbst zu Hause, verschüttet unter dem Ansturm des Faschismus. Der sozialdemokratische Marxismus in der Tradition Kautskys glaubt in der Weimarer Republik, andere Probleme zu haben, als sich mit dem Verhältnis der eigenen Position zur Philosophie zu beschäftigen. Fragen der Ökonomie, der Wirtschaftsdemokratie, des Kampfes auf dem Boden der Republik, vor allem aber auch die erbitterte Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei und ihren Doktrinen stehen absolut im Vordergrund. Selbst dort, wo sich, wie bei den

Sozialdemokraten der ersten Republik Österreichs, eine lebendige marxistische Tradition erhält, wird sie in Theorie und Praxis überwiegend von der Ausarbeitung einer Strategie des »demokratischen Wegs zum Sozialismus« absorbiert. Wohl betont man den Gedanken einer notwendigen Weiterentwicklung des Marxismus; ich habe an anderer Stelle die Nähe dieses Prinzips zu den Reflexionen Gramscis und damit indirekt auch zu jenen Labriolas zu begründen versucht (Albers 1983). Aber weder Otto Bauer noch Max Adler scheinen das Werk Labriolas gekannt zu haben. Max Adler, der im engeren Sinne »philosophische Kopf« in der austromarxistischen Führungsgruppe, ist auf dieser seiner eigentlichen Domäne an anderen Fragen interessiert.

Adler geht es, in Abwehr des wachsenden Einflusses der Neu-Kantianer, die sich zunächst am Rande der Sozialdemokratie zu einer regelrechten Schule »ethischer Sozialisten« formieren, ganz anders als Labriola um das Verhältnis von Marxismus und Weltanschauung. Er verallgemeinert die schon von Kautsky eingenommene Position, wonach sich der Marxismus, als Soziologie, theoretisch mit jeder anderen Philosophie oder auch Religion vereinbaren lasse. Der Unterschied zur »Philosophie der Praxis« Labriolas könnte kaum größer sein.

Die kommunistische Tradition der Zwischenkriegszeit steht, was diese Frage angeht, ganz im Zeichen einer Übernahme der Auffassungen Lenins, also hier weithin Plechanows. Diese werden nicht förmlich als Gegensatz zu jenen Labriolas begriffen, zumal sich sowohl von Lenin wie von Trotzki überaus positive Erwähnungen seiner Essays über den historischen Materialismus finden. Dennoch ist es erst eine der großen theoretischen Entdeckungen Gramscis in den »Gefängnisheften«, daß er gerade im Rückfall der Positionen Plechanows und Bucharins (also unausgesprochen zumindest partiell auch Lenins) auf jene des traditionellen Materialismus eine prinzipielle Differenz zum Marxismus Labriolas ausmacht.

Eine Sonderrolle nimmt in unserem Zusammenhang Karl Korsch ein. In der ersten Auflage seiner damals weitverbreiteten und heftig diskutierten Schrift »Marxismus und Philosophie« (1923) äußert sich Korsch noch als Theoretiker der KPD, als Redakteur ihres theoretischen Organs »Die Internationale«. Viele seiner Beobachtungen über die Vernachlässigung der philosophischen Seite im Marxismus der Zweiten Internationale, über die Verflachung der revolutionären Theorie, die daraus folgt, decken sich mit jenen Labriolas und später Gramscis. Aber Labriola selbst ist ihm zu diesem Zeitpunkt offenkundig noch unbekannt. Könnten nicht die folgenden Sätze ebensogut von Labriola notiert sein und zugleich dessen eigenen Ansatz charakterisieren:

»Marx und Engels waren eher Dialektiker, als sie Materialisten wurden. Man verfehlt den Sinn ihres Materialismus von vornherein in verhängnisvoller und nicht wiedergutzumachender Weise, wenn man übersieht, daß der Marx-Engelssche Materialismus von Anfang an ein dialektischer gewesen ist und auch in der späteren Zeit, im Gegensatz zum abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus Feuerbachs und aller früheren und späteren, bürgerlichen und vulgär-marxistischen, abstrakten Materialismen, stets ein geschichtlicher *und* dialektischer Materialismus geblieben ist.« (Korsch 1966, 117)

Wenige Jahre später entdeckt Korsch, vermutlich als einziger deutscher Marxist der Zwischenkriegszeit, die Arbeiten Labriolas; sofort versucht er, endlich eine deutsche Ausgabe der »Essays« zustandezubringen. Das Editionsprojekt ist 1933 der Machteinsetzung Hitlers zum Opfer gefallen. Korsch's Gutachten für den Verlag enthält jedoch eine Reihe höchst bemerkenswerter Einschätzungen Labriolas, den er als »den letzten wirklich orthodoxen Marxisten« bezeichnet.

»Die Bedeutung Labriolas für die Entwicklung des Marxismus im Westen ist ein frappierendes Gegenstück zur Bedeutung *Plechanows* für die Entwicklung des Marxismus im Osten. Die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Marx-orthodoxen, kautskyanischen Ideologie nimmt an beiden teil, jedoch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts mit einer deutlichen Bevorzugung der letz-

teren. (...) Das Gesamtergebnis einer westlichen Anlehnung der deutschen Marx-Orthodoxie wäre eine *proletarische* Entwicklung der Theorie und Praxis der Zweiten Internationale gewesen (bzw. hätte eine solche ausgedrückt).«²

Versuchen wir, uns diese Aussage in ihrer ganzen, bewußt spekulativen Tragweite zu verdeutlichen. Als Korsch dies 1929 formuliert, ist er längst selbst zum Außenseiter geworden. Seine Arbeiten gehen in jahrzehntelanger Emigration unter; bis in die 60er Jahre bleibt er einer breiteren deutschen Öffentlichkeit bestenfalls als »Lehrer« Bert Brechts bekannt. Ebenso wie kurz darauf Gramsci unterstreicht er den Gegensatz Plechanow – Labriola zwischen »östlichem« oder »westlichem« Marxismus und kommt darüber hinaus zu einer präzisen Zuordnung der inhaltlichen Nähe der vorherrschenden deutschen zur östlichen, von Plechanow repräsentierten Spielart des historischen Materialismus. Wir wissen nicht, was gewesen wäre, wenn ... Auch Korsch ist das bewußt. Aber er geht in der Bewertung des theoretischen Beitrags Labriolas so weit, daß er einer kompakten internationalen Rezeption seines Marxismus-Verständnisses die Fähigkeit zur Entwicklung einer authentisch revolutionären Theorie und Praxis der westlichen Arbeiterbewegung zuschreibt. Neben der Übereinstimmung liegen auch die Unterschiede in den Fragestellungen Korschs und Labriolas auf der Hand. Korsch untersucht (in den 20er Jahren) die wechselnden, revolutionären und reformistischen Konjunkturen der Ausbreitung und Artikulation marxistischen Gedankenguts. Ihm geht es nach seinen eigenen Worten um die Anwendung marxistischer Methoden auf den Marxismus selbst. Labriola dagegen läßt sich, von Nebenbemerkungen abgesehen, noch nicht auf die Erkundung der Binnenentwicklung des Marxismus ein. Er konzentriert sich auf die Genese des historischen Materialismus, die zusammenhängende Aufzeichnung und philosophische Interpretation seiner Entstehungsbedingungen, die er zugleich als den eigentlichen Beweis für die Unabwendbarkeit des Übergangs zum Sozialismus herausarbeitet.

Nach 1945 lieferte jedes der beiden Deutschland für den Nicht-Umgang mit Labriolas Werk eine Reihe unfreiwilliger Belege. Für die Bundesrepublik besteht der erste schon darin, zu welchem Zeitpunkt die von Korsch vergebens angeregte deutsche Ausgabe der »Essays« erfolgt: 1974, sieben Jahre nach der ersten, bruchstückhaften deutschen Textauswahl aus Gramscis »Gefängnisheften«. Diese zeitliche Reihenfolge symbolisiert zugleich eine nicht mehr aufhebbare Abstufung in der Rezeption: Der Lehrer wird über den Schüler, Labriola erst durch die Beschäftigung mit Gramsci erschlossen. Wobei der Abstand noch dadurch vertieft wird, daß selbst die Auseinandersetzung mit Gramsci weithin instrumentell, gebunden an tagespolitische Erfolge oder Mißerfolge der KPI bzw. des Eurokommunismus erfolgt.

Außerungen wie jene von Jürgen Habermas markieren bereits das Maximum und zugleich die Grenzen bisheriger Beschäftigung mit Labriola. Er sieht in den Schriften von »Labriola, Gramsci, Lukács, Korsch, Bloch, Horkheimer u.a. ... theoretische Ansätze, die die komplementären Irrtümer eines Wissenschaftsfetischismus, der zur Verleugnung der Philosophie führt, und einer dogmatischen Einfriedung der Wissenschaften, die eine Versteinerung der Philosophie bedeutet, vermeiden können.« (Habermas 1976) Hier wird ebenso summarisch wie zufällig eine Ahnenreihe konstruiert, auf die man, je nach Standort, positiv oder negativ Bezug nimmt. Mit einer wirklichen Durchdringung seiner Arbeiten hat das kaum etwas zu tun. — Nicht besser fällt die Bilanz der DDR in Sachen Labriola-Rezeption aus. Erst in den 80er Jahren erscheint eine extrem reduzierte Auswahl von Gramscis Schriften (Gramsci 1980). Wie hätte man in der dortigen Tradition des Marxismus-Leninismus den Theorien (und erst recht den praktischen Implikationen) seines Vorbilds Labriola mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen sollen? Es fügt den Ironien der deutschen Labriola-Rezeption eine weitere hinzu, daß die einzige heute in der DDR verfügbare Studie über Labriola aus dem Kernland des »östlichen Marxismus«, der Sowjetunion, ins Deutsche zurückübersetzt werden mußte.³

Zur Aktualität des Marxismus von Antonio Labriola

So wichtig gerade außerhalb Italiens das Verständnis der theoretischen Anknüpfung Gramscis an Labriola ist, so wenig sollten wir uns in der Gegenwart damit begnügen, Labriola allein »mit den Augen Gramscis« zu studieren. Dagegen spricht schon der ausdrückliche Sinn des Appells Gramscis, sich der Anregungen Labriolas bei der Ausarbeitung eines erneuerten, »reicherem« Marxismus zu bedienen. Denn explizit fordert Gramsci schon in den 30er Jahren dazu auf, über Labriola hinauszugehen, aber gewissermaßen »mit dessen eigenen Augen«, nachdem wir uns den Weg seiner Einsichten wirklich zu eigen gemacht haben.

Die kritische Neu-Lektüre der Essays Labriolas führt zu dem Ergebnis, daß der »Marxismus der zweiten Generation« eine viel größere Spannweite und Vielfalt aufweist, als es uns die landläufige Historiographie in den Spuren der Zweiten und der Dritten Internationale gewöhnlich vermittelt. Die Dominanz des deutschen und später des russischen Marxismus verstellt bis heute den Blick dafür, daß vor jeder der großen Schulbildungen des 20. Jahrhunderts eine Lebendigkeit und Souveränität im Weitertreiben des Marxschen Gedankenguts vorhanden war, an dessen Unbefangtheit es anzuknüpfen gilt.

Wir brauchen von einem Begreifen der theoretischen Lektion Labriolas nicht zu reden, wenn wir uns nicht zu einer Aufwertung oder Wieder-Aufwertung des philosophischen Elements im Marxismus, seiner prinzipiellen Offenheit und Unabgeschlossenheit bereit finden, die uns auch in seinen anderen Teilen, in der Kritik der Ökonomie und der Politik begegnet. »Philosophie ist niemals eine Wissenschaft oder Lehre«, formuliert Labriola ausdrücklich, »die von den eigentlichen und partikulären Dingen abgetrennt wäre, sondern sie ist vielmehr nur eine Stufe, eine Form, ein Stadium des Denkens im Verhältnis zu alledem, was in das Gebiet der Erfahrung fällt« (Labriola 1974, 240). Ihre Bedeutung auf dem Weg zu einer umfassenden sozialistischen Theorie ist für ihn derart zentral, daß er deutlich Kritik am Verzicht des alten Engels und vieler seiner Schüler übt, sich mit dem jeweiligen Stand der bürgerlichen Philosophie ihrer Zeit auseinanderzusetzen. So bemerkt er in »Sozialismus und Philosophie« einmal:

»Engels ... berücksichtigte in seinem Anti-Dühring — offen gesagt, unberechtigterweise — die Gegenwartsphilosophie bzw. die 'neue Kritik' seiner Landsleute überhaupt nicht. Diese Geringschätzung läßt sich bei ihm zwar erklären, aber bei den anderen Sozialisten, die sie aus reiner Nachahmung von ihm übernehmen, ist sie unentschuldig, ja lächerlich.« (Ebd., 308)

Was in der Zwischenkriegszeit Gramsci mit seiner Kritik an Croce unternahm, was in gewisser Hinsicht auch Max Adler gegenüber dem Neu-Kantianismus vorschwebte, das gilt als Aufgabe nicht minder für den Marxismus oder die Marxismen der Gegenwart.

Schließlich scheint mir die Aktualität Labriolas darin zu liegen, daß er es beispielhaft versteht, den Marxismus auf seinen Grundgedanken, seinen inhärenten Kern, eben seine Gestalt, sein eigenes Werden und Vorankommen als »Philosophie der Praxis« zurückzuführen. Diesen Vorgang bewußt mitzuvollziehen, ist wichtiger denn je. Denn wenn es zutrifft, daß die revolutionäre Theorie am Ausgang des 20. Jahrhunderts mit immer größerer Dringlichkeit neue, globale Fragestellungen, die das Schicksal der Menschheit als Ganzes zum Gegenstand haben, beantworten muß — Probleme des Weltfriedens, des Verhältnisses Mensch-Natur, der Ausplünderung des »Südens« durch den »Westen«, der endlichen und realen Befreiung der Frau —, dann bedingt das erst recht die Fähigkeit zum bewußten, erkenntniskritischen Umgang mit dem überkommenen theoretischen Instrumentarium des Marxismus. Nicht um es zu konservieren, sondern um es für die Umwälzung der heutigen Welt zu erneuern. Ich wüßte nicht, welcher Marxist der zweiten Generation uns dabei mehr zu helfen vermöchte als eben Antonio Labriola.

Anmerkungen

- 1 Antonio Labriola, Zur Krise des Marxismus. In: Die Neue Zeit. Berlin 1899/1900, Bd.I, 68-80.
- 2 Karl Korsch, Gutachten über Antonio Labriola und seine Bedeutung für Theorie und Geschichte des Marxismus, zit. n. Claudio Pozzoli, Einleitung zu: Labriola 1974, 15 (Hervorh. im Original).
- 3 Vgl. Nikititsch 1983. Die Arbeit (S.16) verweist auf zahlreiche sowjetische Studien über Labriola, jedoch auf keine einzige in der DDR.

Literaturverzeichnis

- Albers, Detlev, 1983: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus. West-Berlin
- Croce, Benedetto, 1971: Come nacque e come morì il marxismo teorico in Italia. In: ders., Materialismo storico ed economia marxista. Bari
- Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis. Hrsg. v. C. Riechers. Frankfurt/M.
- ders., 1980: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Hrsg. v. G. Zamis. Leipzig
- Habermas, Jürgen, 1976: Die Rolle der Philosophie im Marxismus. In: Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus. Frankfurt/M.
- Korsch, Karl, 1966: Marxismus und Philosophie. Hrsg. v. E. Gerlach. Frankfurt/M.
- Labriola, Antonio, 1974: Über den historischen Materialismus. Frankfurt/M.
- Mehring, Franz, 1970: Einleitung zu Labriola. Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifests. Frankfurt/M.
- Nikititsch, Ludmila, 1983: Antonio Labriola. Biographie eines italienischen Revolutionärs. Berlin/DDR



**JAN REHMANN:
KIRCHEN
IM NS-STAAAT**

**Jan Rehmann
Die Kirchen im NS-Staat**

Dieselben Kirchen, die das völkermordende Regime bis zum Schluß als göttlich eingesetzte Obrigkeit stützten, haben wie keine andere Macht die Kraft, sich den Versuchen der Gleichschaltung zu widersetzen. Jan Rehmann vergleicht die Stellung beider Kirchen und läßt ein Stück Feinstruktur ideologischer Macht hervortreten. Aufgearbeitet wird außerdem die Hegemonieunfähigkeit der Weimarer Linken gegenüber Kirchen und Christentum, die die faschistische Besetzung des Religiösen erleichtert hat.

Ideologische Mächte im dt. Faschismus 2
Argument-Sonderband AS 160
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Diskussion

Kornelia Hauser*

Männliche Phantasmen

Feministische Anmerkungen zu Gerhard Herrgott**

»Wir brauchen also eine Denkweise in der Geschlechterpolitik, die den Begriff der *Macht* unter voller Berücksichtigung der *Politik* entwickeln kann. Wir müssen die Verstrickung des persönlichen Lebens mit der Gesellschaftsstruktur erfassen können ...« (Bob Connell 1986, 339)

Vorbemerkung

In *Argument* 155 hatte die Frauenredaktion eine Sammelrezension zu verantworten, in der die Rezensentin die »schmierigen Zugriffe« (vgl. 150) von Männern auf die Weiblichkeit anprangerte. In beiden Redaktionen wurde erregt darüber diskutiert und schließlich beschlossen, daß solche unerwiderbare Kritik nicht druckbar sei. In der Frauenredaktion blieb ein Rest an Zweifel darüber, ob nicht in den kritisierten Werken selbst auch Unerwiderbarkeit angelegt sei und insofern eine *feministische* Zurückweisung von männlichen Bestimmungen des Weiblichen auch unerwiderbar antworten dürfe, historisch begründet sozusagen.

Der Aufsatz von Herrgott erinnert deshalb an diesen Vorfall, weil mit ihm die Frage der Erwiderbarkeit erneut auf der Tagesordnung steht. Diskutieren wollen wir auch die *Form*, in der Autobiografisches im *Argument* dargeboten werden kann. Sind Tagebuchaufzeichnungen und das Sich-selbst-ins-Zentrum-setzende-Individuum erwidbar, ohne daß die Kritik die Person trifft? Der Text handelt nicht nur von Gewalt, er ist selbst gewalttätig, indem er Frauen zwingt, sich unmittelbar aus der Unterworfenenposition zu artikulieren. Die Diskussionen in der Frauenredaktion zeigten, daß Herrgotts Aufforderung, ihn zu *verstehen* einige Frauen dazu verführt, sich *sein* Problem anzumessen. Sie empfinden es als entlastend, daß endlich — im *Argument* — geschrieben steht, *Männer seien so*. Im Gegensatz dazu gehen wir davon aus, daß mit diesem Text eine bestimmte *Forschungsweise* zur Diskussion steht. Im Argumente-Ladenkollektiv (Hamburg) bildeten sich Geschlechterfronten: Auf der Seite der Männer herrschte neben Unsicherheit auch ein Einverständnis mit dem Thema bei Zurückweisung der Art und Weise seiner Behandlung. Die Frauen dagegen lehnten Problemanordnungen wie Durchführung ab.

Die Geschlechter sprechen verschiedene Sprachen, nehmen unterschiedlich wahr, halten jeweils andere Wirklichkeiten für bedeutsam. Deshalb seien zu Beginn die Themen benannt, zu denen wir uns äußern werden, schon um nicht bezichtigt werden zu können, das *Ganze* aus den Augen verloren, das *Wesentliche* nicht verstanden zu haben: 1. Die Konstruktion von Frauen. 2. Die theoretische Konstruktion. 3. Die Methode, mit der das Verhältnis von Theorie und Erfahrung begriffen werden soll.

Die männlich imaginierte Weiblichkeit

Herrgott stellt Sex als sein Problem vor: Er konstruiert ihn als Unvermögen seinerseits, das in Vermögen verändert werden soll. Das Eigentümliche daran: es fehlt das Soziale,

* Für einen Teil der Frauenredaktion und den Sozialistischen Frauenbund Hamburg.

** G. Herrgott: Das Innerste ist das Äußerste, in: *Argument* 157/1986

das aktive Gegenüber, mit dem kommuniziert wird. Auf beiden Seiten herrscht bzw. wird beherrscht je *ein Geschlechtsteil*: Frauen werden genommen (schweigend, nur williger Körper), verunreinigt oder sie lassen ihr Geschlechtsteil nicht benutzen (sind »treu«). Sie *sind* ein Geschlechtsteil (hier überrascht Herrgott mit der Unkenntnis biologischer Tatsachen, die »Abwesenheit« als das »Offene« ist ihm alles, die Anwesenheit von etwas, nichts) und selbst dort, wo es nicht um das *eine* Geschlechtsteil geht, wird es gleich dutzendweise unterstellt (Messerstiche). Das einzige Mal, da die Freundin — ganz in seinem Besitz — agiert, tritt sie als Retterin auf: Sie rettet Herrgott. Sein Geschlechtsteil wird durch eine Allmächtsphantasie gleichzeitig als Zentrum von Glück und Versagen behauptet: Das sexuelle Verlangen »der« Frau ist auf es gerichtet, ihre Lust hängt von diesem Zentrum ab und deshalb muß der Mann sich um seine Lust bemühen, damit aus der ihren etwas wird. Über Lust, Zuneigung oder gar die Produktion des Sozialen verliert Herrgott kein Wort, er schreibt über »die Arbeit des Mannes am Fleisch der Frau« (Brückner 1983, 676).

Wieso sind Gefühle statisch? Warum wiederholt sich Herrgotts »Geschichte« von Frau zu Frau und ist nicht unterbrechbar durch die je besonderen Gefühle, die er für sie hat? In der Literatur läßt z.B. die Liebe zu einer Frau den Herrscher sanftmütig werden, indem er bereit ist, »für sie« einen Krieg zu beenden oder sie läßt ihn gewalttätig werden, indem er einen beginnt, um sie zu »bekommen«. Bei Herrgott existiert widerspruchslös nur eine Dimension; er stellt sich nicht die naheliegende Frage, was das für eine »Macht« ist, die ihn als Liebenden ausschaltet und dazu bringt, die *Geliebte* in seinem Kopf von einem Männerregiment »nehmen« zu lassen.

Das Soziale — als Verhältnis und als Produktion — verschwindet bei Herrgott auf mehrere Weisen. Zunächst durch Biologisierung; er möchte selbst *alles* sein: aktiv-passiv, geschlossen (eine Verfälschung des männlichen Körpers) und offen. Die »Spaltung« soll aus der »Welt« genommen werden, indem er sie sich einverleibt, und jetzt — »autonom« — braucht er wirklich niemanden mehr, weil dies ja alles war, was er wollte (und die andere[n] ihm nicht mehr waren). Und was wäre, wenn diese Spaltung nur bedingt »äußerlich« festzumachen ist und den Sozialformen geschuldet und/oder sogar ewig und eigentlich keine Spaltung, sondern das »ungleiche« Ganze ist, das allein ein Ganzes ausmacht?

Herrgott versucht uns weiszumachen, daß er Probleme mit sich hat, weil er Probleme mit einer Frau hat, mit der er wiederum Probleme hat, weil er mit sich ... Aber er schreibt nicht über Frauen. Am Ende, wo nur noch über das »Gesetz« etwas zu lesen ist, reduzieren sich die Geschlechterverhältnisse auf eine Ansammlung von Männern: Vater, Bruder, Großvater, Sohn.

Diese Frauenbetrachtungen sind allerdings solche *vor* der (Er-)Kenntnis des »Gesetzes«. Anders als im Paradies — wo Erkenntnis Schuld bringt — befreit sich Herrgott von der Schuld und den Missetaten durch das Wissen um ihre Funktionsweise.

Herrgotts Subjekt»theorie«

Eine *einzig* Erfahrung bringt den »kleinen Gerhard« (356) dazu, das Mysterium (das Innere) der Frauen als solches zu erkennen und ihm hinterherzujagen. Und so wie er in die Fesselung hineinkam, entschlüpft er auch wieder: Die Scham hört auf, wo sie »sichtbar« (hier vor allem schreib-/sprechbar) gemacht wurde. Das Gesetz ist durch den Kopf und mit ihm bekämpfbar. Herrgott verändert schlicht die Haltung zu einem Problem. Er glaubt der »puren Macht«, die etwas »verkündet« (vgl. 349) nicht mehr. Von was befreit er sich? Da gab es z.B. orgasmische Impotenz (346). Er trägt sie in ihren Auswirkungen vor, als müßten die Lesenden sie *verstehen* und nicht etwa einen Prozeß *begreifen*. Das hat die Wirkung eines Zwangskorsetts: Entweder jemand versteht oder nicht. Es

wird nicht einmal die durch und durch ideologische Konstruktion von »Impotenz« befragbar.

Die Suche nach dem *einen* Gesetz, das alles bedeutet und alles ermöglicht, kurz: nach des Rätsels Lösung, ist so alt, wie die Philosophie. Eine Leseweise im Marxismus hat über Generationen den *einen* Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital für den einzig geschichtemachenden angenommen. In der gesellschaftlichen Produktion war sowohl ausschließlich die Herrschaft (als Ausbeutung) wie die Möglichkeit der Befreiung ausgemacht worden. Zur Zeit streiten wir innerhalb des Marxismus um bessere theoretische Produktivkräfte, die uns sowohl die Umbrüche in der gesellschaftlichen Arbeit als auch die — anderen Logiken folgenden — Widersprüche in den politischen, kulturellen und privaten Bereichen begreifen läßt. Das Zerbrechen der Hoffnung, der *eine* Schlüssel öffnete uns die Tore in die gewollte Gesellschaftsformation, hat viel Resignation und Abwendung vom gemeinsamen Projekt erzeugt. Aus diesen Lehren müßte doch für *jede* Theoriebildung etwas zu lernen sein und sei es nur, daß sie bescheidener auftritt statt — wie Herrgotts Theorieverkündung — zentristisch und allwissend.

Der Titel des Aufsatzes — »Das Innerste ist das Äußerste« — ist (neben dem Sprachlapsus, daß es mehr als innen oder mehr als außen nicht sein kann) insofern interessant, als er den Bruch mit den bürgerlichen Subjektvorstellungen verspricht und gegen den Dualismus Innen/Außen formuliert ist. Herrgott, der zunächst das äußere »Gesetz« *in* sich entdeckt, befindet dann, daß »in jedem Mann ... ein Kind und Vergewaltiger« stecke und *in* jeder Frau »eine Dirne und eine Heilige« (358, Fn. 6). Die symbolische Ordnung habe es so gewollt. Zum einen ist auffällig, daß die weiblichen Bestimmungen sehr viel ideologischer sind als die männlichen: Was ist 1986 eine Dirne? Tut sie »es« immer für Geld oder »hurt sie rum«, d.h. schläft »mit jedem«? Ist die Heilige abstinente oder hat sie nur einen? Kommt der Vergewaltiger mit der Heiligen in Berührung und das Kind mit der Dirne? Wie können diese verschiedenen Figuren überhaupt praktisch zusammenkommen? Zweitens fällt auf, daß die Bestimmungen für die Frauen nur von Männern *über* sie — mit Definitionsgewalt — gesprochen werden können. Ein Mann kann von sich behaupten, er *sei* ein Vergewaltiger (darin ist er noch das Subjekt seiner Taten), eine Frau niemals, in ihr stecke eine Heilige. Die Anbetung, d.h. Aktivität des Mannes würde sie in seinen Augen dazu machen und zur Hure, wenn sie sich einem anderen leiblich zuneigte — *in* ihr befinden sich bestenfalls seine Maßstäbe.

Unterstellt, daß Herrgott recht habe und »die Macht« ordne die Geschlechterverhältnisse so an, daß jede/r, um es harmlos zu sagen, er/sie selbst und der/die andere sein möchte (vgl. 351), woher weiß er, daß »jede/r (darunter) am meisten leidet« (ebd.), nur eingeschlechtlich zu sein? Immerhin ist er liberaler als Freud: der nahm an, daß der weibliche Teil der Menschheit den Phallus wolle und ihn sich in symbolischer Form (z.B. eines männlichen Kindes) aneigne. Um diese ideologischen Sichtweisen zu bearbeiten, müssen die Subjekte/Individuen mit ihren Praxen und gelebten Erfahrungen vorkommen und nicht als Illustration eines Gesetzes zum Schweigen gebracht werden. Das schien uns der die Dinge am meisten verkehrende Effekt der Herangehensweise: Herrgott, der sogar an Stellen gehen will, »an denen es weh tut« (347), spricht an keiner Stelle über sich, sondern läßt sich von der »symbolischen Ordnung« (Gott/Vater/Theorie) sprechen. Die einfache Verdoppelung der unterstellten theoretischen Wirklichkeit reflektiert den Blick auf sich bloß, bricht ihn aber nicht, und läßt keine anderen »Stellen« ans Licht. Das, was »weh« tut, muß nicht notwendig das zu Bekämpfende sein, die »Ursache« (oder ein Netz von Ursachen) kann an anderer »Stelle« aktiv sein.

Erfahrung und Theorie

In unserem Projekt Frauenformen wollen wir weibliche Vergesellschaftungsweisen und die Konstituierung der Geschlechter*verhältnisse* begreifen. Zu den Bearbeitungen der

weiblichen Erfahrungen müssen sich die männlichen gesellen, damit die Unterschiede, Gegensätze und ihre Herstellung¹ faßbar werden. Insofern ist unser Ärger und die Empörung über den Beitrag von Herrgott auch dem Umstand geschuldet, daß aus ihm gar nichts über männliche Vergesellschaftung oder Geschlechterverhältnisse gelernt werden kann.

Exemplarisch ist folgende Erfahrungseliminierung. Ein einziges Mal »läßt« Herrgott seine Freundin sprechen, da sagt sie ihm, es bedeute »fast nichts, mit jemandem zu schlafen«. Und Herrgott? »Aber mir krampft sich's zusammen dabei.« (345) Und dann reicht es ihm, sie wieder in Geschlechterverhältnisse zu imaginieren. Es interessiert ihn weder die Differenz der Bedeutung des Sexuellen, die er gerade als eine zwischen Frau und Mann erfährt, noch, daß es um so absurder ist, sie in diesen, für sie bedeutungslosen Zusammenhang vorzustellen. Später unterstellt er ihr, nur um zu belegen, daß er leiden muß, sie wolle sicher einen »sexuell weniger gestörten Mann« (37). Die gierige, unersättliche, nach der Potenz des Mannes sich verzehrende Frau ist ein reines Kopf-Produkt, das sogar den wenigen Lebensäußerungen des Textes völlig entgegengesetzt ist.

Was Herrgott theoretisch(?) weiß, setzt er als Wirklichkeit: Er »weiß«, was eine Frau ist; er »weiß«, daß das Geschlecht(liche) »den« Menschen dominant bestimmt; er »weiß«, daß er *ein* Problem hat. Diese drei Wissensarten kommen durch die Ausblendung aller widersprechenden Wirklichkeiten zustande: Durch *seine* Bestimmung ist die Vagina eine Frau, insofern will eine Frau einen Mann und sonst gar nichts. Herrgott sieht im Geschlecht den Schlüssel zur Befreiung, weil er nichts weiter sieht als das Geschlechtliche (Krieg, Klasse, Familie sind Struktureffekte der »symbolischen Anordnung«, die das Geschlecht bestimmt). Herrgott lebt in seinem Text nicht mit Frauen, spricht, arbeitet, streitet nicht mit ihnen, er lernt nichts von ihnen, sie verärgern oder erfreuen ihn nicht; sie stehen ihm zur Verfügung für seine Vorstellungen. Die Erfahrungen fehlen, weil die gelebten vielfältigen Verhältnisse fehlen.

Wo und was sind die *Argument*-Produktivkräfte, mit denen wir sonst unsere Beiträge messen? Herrgott kritisiert mit zwei Fehlannahmen die Methode der kollektiven Erinnerungsarbeit, mit der wir die Lebenspraxen empirisch zu erfassen versuchen. Er sagt: Frauen »lassen sich denken«. Wir unterstellen hingegen, daß sie sich als selbstbewußte Wesen voraussetzen und nicht als ausschließlich in der »Ordnung der Macht« gefangene. Herrgott behauptet, die Erinnerungen seien »spontan«. Wir setzen dagegen: sie sind sorgfältig erinnert, durchdacht und »konstruiert«; sie machen seine Entgegensetzung von »spontan Gedachtem« und theoretischer Analyse nicht mit, sondern schreiben schon theoretisch geleitet, bewußt oder nicht bewußt, sie bauen in ihren Konstruktionen Erklärungsweisen aus den Wissenschaften mit ein (wie Herrgott z.B. Lacan einbaut). So ist unsere »theoretische Arbeit« eine zweifache: Wir entziffern die theoretischen Figuren, in die die Konflikte eingepaßt werden, und wir arbeiten an einer Theorie weiblicher Vergesellschaftung, die die einzelnen befähigt, handlungsfähiger zu werden (übrigens arbeiten wir auch theoriegeleitet mit Marxismus, Kritischer Psychologie, Ideologietheorie). Ein weiteres kaum erst bearbeitetes Ziel ist, die Wirkungsweisen von Vergesellschaftung mit politischen Fragen zusammenzubringen, so daß das Verhältnis zu sich selbst und den Bedingungen als ein *Regelungsproblem* begriffen werden kann. Problematisch werden den Individuen immer beide Verhältnisse. Die Problemlösungen sind durchschnittlich, jedoch nur auf *eine* »Seite« gerichtet: Widersprüche werden zu *inneren* Zerreißungsprozessen, politische Befreiungsversuchen werden als Vernachlässigung der leiblichen Bedürfnisse und unmittelbaren Glücksansprüche gelebt. Das *Kollektive* der Erinnerungsarbeit läßt Herrgott völlig außer acht, er geht von dem einsamen privaten Schreiber aus.

Herrgotts nächste Unterstellung lautet, wir »schüttelten unsere Gefühle ab« (vgl. 358). Das ist nun das Gegenteil von dem, was wir tun. Wir waren zunächst davon ausge-

gangen, daß die Gefühle den Erkenntnissen hinterherhinken (eine Konstruktion übrigens, wie Herrgott sie selbst hat: Seine Gefühle machten ihn zum Unterdrücker [vgl. 349] und seine Erkenntnis [über das Gesetz] ermöglicht die Befreiung). Die Bearbeitungen der Geschichten durch ihre Autorinnen belehrten uns: Weder waren die Gefühle statisch noch eindeutig. Sie folgten dem Denken ebenso widersprüchlich, wie dieses selbst sich bewegt, eingelassen in widersprüchliche Verhältnisse (vgl. Haug/Hauser 1985, 64). Das Schreiben und Bearbeiten der Erinnerungsgeschichten scheint uns eine Möglichkeit, die eigene Subjektivität bewußt anzueignen, d.h. zum Beispiel die Gefühle — als Bewertungen von Erlebnissen und Erfahrungen — zu begreifen, ihre Widersprüchlichkeit und Uneindeutigkeit, besonders da, wo etwas eindeutig sein *soll* (Herrgott sieht sich z.B. nur eifersüchtig) und die Lösung von Widersprüchen in den Gefühlen, als eigene Aufgabe zu sehen statt »einfach« eine Seite zu eliminieren. Es geht also um den umgekehrten Vorgang: Die Gefühle sollen nicht ausgeschaltet, sondern als Produktivkräfte genutzt werden, z.B. indem Angst oder Unterlegenheitsgefühle nicht einfach *überwunden*, sondern zum Anlaß genommen werden, sich das Problem anders zu stellen. Die *Überwindung* des Gefühls verhindert das *Erlernen* von Lösungen. Spontan wollten die Frauen ihr Gefühl korrigieren oder ihre Wahrnehmung.

Letzter Hinweis: In den Erinnerungen von Frauen kommen andere Frauen nicht oder kaum vor. Ein Effekt ist, daß sie sich selbst als mächtig konstruieren und nicht gezwungen sind, den Standpunkt von Beherrschten oder Unterworfenen einzunehmen (vgl. F. Haug 1984). Bei Herrgott kommen andere Männer nur über eine Frau vermittelt vor und dann wieder (abstrakt) als Gefangene einer symbolischen Ordnung. Vielleicht liegt hier die andere Seite des Umkehrungseffektes: Herrgott kann die Position des Leidenden und Unterdrückten nur durchhalten, weil er den Standpunkt der (männlichen) Herrschenden in Form von konkreten Männern eliminiert und deshalb weder Strukturen noch Männer-Verhältnisse deutlich werden, sondern nur ein einzelner Mann einer Ordnung ausgeliefert ist. So kommt er zu der Selbststilisierung, daß der Herrschende sich ausschließlich beherrscht fühlt.

Herrgotts Schreibweise ist geständnishaft-beichtend: Sie kokettiert damit, daß das, was der Autor von sich verrät, das Schlimmste (= »Innerste«) sei, rechnet also mit einem Einverständnis, daß ein »Tabu« zu brechen (z.B. in einer Theoriezeitschrift pornografisch zu schreiben) schon radikal sei und nicht erst die Art und Weise es zu brechen (Jutta Brückner ist ein Gegenbeispiel).

Anmerkung

- 1 Wir haben bereits einige Erfahrungen mit zweigeschlechtlicher Forschung, vgl. »Moraltheorie und Klassenerfahrung« (1984) und »Widersprüche leben« (1986). Die großen Unterschiede bei Aneignung der gesellschaftlichen Verhältnisse hätten wir uns »rein theoretisch« nicht vorstellen können.

Literaturverzeichnis

- Brückner, Jutta, 1983: Sexualität als Arbeit im Pornofilm. In: *Argument* 141
- Connell, Bob, 1986: Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: *Argument* 157
- Haug, Frigga, 1984: Tagträume. In: *Argument* 147
- Haug, Frigga, Kornelia Hauser u.a., 1983: Moraltheorie und Klassenerfahrung. In: Projekt Frauengrundstudium (Hrsg.): Frauen und Moral. Argument-Studienheft 61
- Haug, Frigga, und Kornelia Hauser, 1985: Probleme mit weiblicher Identität. In: Dies. (Hrsg.): Subjekt Frau (Argument-Sonderband 117), West-Berlin
- Innsbrucker Autorinnenkollektiv, 1986: Widersprüche Leben. In: Haug/Hauser (Hrsg.): Der Widerspenstigen Lähmung (Argument-Sonderband 130, erscheint Herbst)

Intervention

Hans und Jürgen Mittermüller

Peter Glotz und die Linke

»Es muß klipp und klar sein«, so Peter Glotz, »daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert und daß sie eine marktwirtschaftlich orientierte Politik betreibt« (Die Sozialdemokratische Alternative, in: Sozialismus 5/1984). Sein »Projekt der Moderne« wandelt das antagonistische Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in »antagonistische Formen der Kooperation mit der Kapitalseite« — außerhalb jeglicher sozialistischen Perspektive. Der Staat solle gleichsam als Initiator der Modernisierung fungieren, was der Markt flächendeckend zu vollenden hätte. Die Linke solle allenfalls zum Korrektor der »Fehlleitungen des Kapitals« angehalten sein. Mit einer solchen »Politik der sozial gesteuerten Innovationen kann ein Bündnis wachsen zwischen der traditionellen Linken, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale« (ebd.).

Hatte Glotz noch in der »Arbeit der Zuspitzung« (West-Berlin 1984) den »altlinken Strömungen« (auch den sozialdemokratischen Marxisten) Bedeutungslosigkeit diagnostiziert, so scheint er nun — in Übereinstimmung mit Peter v. Oertzens »Reformistischem Projekt« — einem Dialog mit der Linken zugetan. Scheint! Denn wie am Beispiel der SOST zu sehen ist, läuft dies auf ein Integrationsbündnis hinaus, das *in* der SPD verwirklicht werden und die Partei mehrheitsfähig machen soll. Andererseits konstatiert zwar auch Glotz das Scheitern des sozialdemokratischen Keynesianismus, dennoch heißt für ihn nach wie vor »Wirtschaftsdemokratie: Marktwirtschaft, Mitbestimmung, Mitbesitz (!), aber auch staatliche Instrumente zur Planung, Lenkung und Förderung des Wirtschaftsprozesses« (ebd.). Vergesellschaftungs- und klassische Eigentumsdebatten werden desavouiert. Somit bleibt als Fazit sozialdemokratischer Politik, »wie (sie) den ohnehin herrschenden Marktendenzen am besten dienlich zu machen ist« (M. Ernst-Pörksen: *Programm ohne Perspektive*, in: *Argument* 145, 419).

Gleichsam bleibt die SPD — neben dem DGB — entscheidender Faktor der bundesdeutschen Arbeiterbewegung. Nachdem sie aber die Arbeiterbewegung institutionalisiert hat, wurde diese auch ihrer ideologischen und kulturellen Hegemonie beraubt. Und wer, wie Glotz, das Ende der Ideologien postuliert, andererseits aber das Partialinteresse der Produktionsmittelbesitzer zum Interesse der Gesamtgesellschaft umdeutet, der hat jede (demokratisch-)sozialistische Zielsetzung zugunsten positivistischer Kapitalaffirmation aufgegeben. Wiedererstarben des Kapitalismus heißt für ihn Wiedererstarben der Sozialdemokratie — und vice versa!

Dagegen bleibt mit Haug festzuhalten: »Es gibt in der BRD noch immer kein organisierendes oder orientierendes Zentrum der Linken.« (*Pluraler Marxismus*, Bd. 1, West-Berlin 1985, 159) Kommunistische Revolutionsvorstellungen wie auch reformintegrativer Sozialdemokratismus müssen einer pluralen, hegemonialen Sozialismuskonzeption weichen (»integraler Marxismus«). Und eine gesellschaftlich verankerte Linke wird es nur geben, wenn es ihr gelingt, zu klarer marxistischer Analyse der Situation zu gelangen, ihre Sekten-Differenzen zu überwinden und in Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften — auch der sozialistischen Opposition in der SPD — eine Alternative zu bieten. Denn »die SPD hat nie etwas für den Sozialismus getan« (W.F. Haug, in: *Argument* 143, 113), und ohne klare inhaltliche und organisatorische Hegemonie geben wir unsere »linke Verantwortung« in der BRD preis. Nur die Macht der Linken ist der Gradmesser ihrer Gesundheit!

Gerd Simon

Archivgesetzentwurf: Verkehrung des Datenschutzes zum Staats- und Nazischutz

Man stelle sich vor, ein Gemeinderat habe eines Tages über einen Antrag zu entscheiden, in Zukunft ins Becken von Freibädern nur noch Tinte statt Wasser einzulassen. Der Bundesarchivgesetzentwurf ist haarsträubender als dieser Antrag. Dennoch betrachtet die Bundesregierung nach der Anhörung im Innenausschuß folgende Regelung als beschlossene Sache:

Die in den Archiven gespeicherten Akten können auch von Wissenschaftlern nur eingesehen werden, wenn u.a. folgende Bedingungen erfüllt sind:

- (1) die Namen in diesen Akten wurden zuvor unkenntlich gemacht (»anonymisiert«);
- (2) die Benutzung darf nicht »das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder« gefährden;
- (3) es dürfen keine »schutzwürdigen Belange Dritter« entgegenstehen;
- (4) der Verwaltungsaufwand, den der Benutzer dem Archiv zumutet, muß »vertretbar« sein.

Die vielen Ausnahmen von dieser Regelung machen den Gesetzentwurf allerdings für archivalisch und juristisch nicht vorgebildete Leser, und also auch für die meisten Bundestagsabgeordneten, zu einem undurchdringlichen Dschungel. Ein Beispiel mag erläutern, welche Auswirkungen die Anonymisierung von Akten auf Zeithistoriker und andere Wissenschaftler, aber auch z.B. auf Juristen hat:

- In einem Schriftstück A aus dem Bundesarchiv Koblenz berichtet 1942 ein SS-Sprachforscher davon, daß ein jüdischer Kollege zu emigrieren beabsichtigt, aber noch zögert, weil er seine Bibliothek mitnehmen will. Das Schriftstück endet: »Der Sicherheitsdienst ist verständigt.«
- In einem Schriftstück B aus einem Universitätsarchiv teilt ein anderer Kollege 1947 mit: Am Abend des Tages, auf den Schriftstück A datiert ist, hätten zwei Gestapoleute den jüdischen Linguisten abgeholt und ins KZ gebracht, wo er umgekommen sei.

Ich wäre wohl kaum darauf gekommen, daß es sich in beiden Fällen um denselben jüdischen Sprachwissenschaftler handelte, wenn dieser nicht in beiden Schriftstücken namentlich genannt worden wäre. Zumindest hätte meine Hypothese, daß der jüdische Linguist auf Grund der Denunziation des SS-Sprachwissenschaftlers im KZ landete, keine ernstzunehmende Beweiskraft mehr. Da es sich hier um einen Fall von Beihilfe zum Mord handelt, würde durch die Unkenntlichmachung der Namen natürlich auch die Strafverfolgung vereitelt. Datenschutz wird auf diese Weise nicht nur zum Staatsschutz, sondern auch zum Nazi- und Verbrecherschutz. Natürlich wäre in Zukunft auch der Zugang zu Akten erschwert, die Licht in die zahlreichen Affären bringen könnten, in die Innenminister Zimmermann verwickelt war. Allein die Bedingungen (2) und (3) machen das möglich. Bedingung (4) ist ein Freibrief für Archive, die ja dem Innenministerium unterstellt sind, politisch unliebsamen Wissenschaftlern die Benutzung zu verweigern. Die Anonymisierung der von Benutzern bestellten Akten würde selbst bei Verdoppelung des Personals zumindest zu jahrelangen Wartezeiten führen.

Kongreßberichte

TAZ-Titel zur Volksuni 1980 – 1986

»Samstag: Volks-Uni — Nein danke. Das ist Mindfucking für Gewerkschafter und latzbehoste Friedensjunkies. Lieber abends in die Philharmonie: Gato Barbieri bläst.«
(TAZ, 2.6.82, 14)

- »Nicht so ganz gelungen« (1980)
- »Zu wenig Besucher« (1982)
- »Die Jugend blieb fern — Bei der Volksuni« (1982)
- »‘Angebotsbazar’ wenig genutzt« (1983)
- »Interesse etwas geringer« (1985)
- »Weniger Besucher als erwartet« (1986)

Volksuni

West-Berlin, 16. bis 19. Mai 1986

Ein Pfingstereignis im alten Sinne war sie schon — die 7. Volksuni: die erfolgreiche Überwindung unterschiedlicher Verstehensbarrieren, eine von Habermas sicherlich nicht vermutete Realisierung idealer Kommunikationsbedingungen im spätkapitalistischen Kontext, sowie die gelungene Demonstration möglicher Einheit zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen in diesem (wessen?) Land. Ein anderes, ebenfalls grenzüberschreitendes Ereignis drohte allerdings dieses Pfingstereignis zu überschatten, oder in der Linie Althussers formuliert: zu überdeterminieren — Tschernobyl! Die radioaktive Wolke dräute über allen Diskursen, nicht immer hilfreich ...

Aus der Doppelrolle, einerseits selber Veranstaltungen mitgestalten zu müssen (dürfen), andererseits sich aus dem breitgefächerten Angebot die den eigenen Neigungen entgegenkommenden Veranstaltungen auswählen zu dürfen (müssen), ergibt sich weniger ein Objektivitätskriterium als eine mittlere Zerreißprobe; man erscheint vielen Besuchern wie ein wandelndes Einfallstor für jegliche Form von Lob und Protest, von der Zustimmung zum bunten Angebot an Info- und Bücherständen im Foyer der Hochschule der Künste bis zur ärgerlichen Nachfrage, warum denn nun die Veranstaltung X in den Saal Y verlegt worden sei ... Eine Kostprobe solcher Wechselbäder sei dem/der Nachleser/in nicht vorenthalten. — Pro: Die Pfingstuni ist eine der wenigen Veranstaltungen, wo noch linke Kultur erfahrbar ist und diskutierbar bleibt. Contra (ein beinahe schon, wegen eines gewissen Plural, untauglich gewordenes Wort): Das Volk (= die Restmenge, die nach Abzug des Blocks an der Macht und seiner Hilfstruppen übrigbleibt) ist kaum oder gar nicht anwesend, und wenn, dann meist in der Gestalt einer wortreichen linken Option für das Volk. — Pro: Leibliche und geistige Bedürfnisse stehen in einem wohlwollenden Verhältnis; Kopf und Bauch erhalten jeder das Seine. Unter solchen Bedingungen und darob reduzierten Aggressionen lernt man/frau sich leichter kennen und erhalten alte Bekanntschaften den Bonus, trotz einjähriger Unterbrechung als weiterbestehend anerkannt zu werden. Contra: Schwer verdauliche und oft fremdbestimmt erscheinende Diskurse und leicht bekömmliche und oft selbstgemacht schmeckende Nahrungsmittel weisen auf die Widersprüchlichkeit unserer alltäglichen Existenz hin, die auch in der Pfingstuni nicht aufhört zu sein, wie sie ist. — Pro: Die Vorträge und Diskussions-

runden bieten neue Themen, offene Auseinandersetzungen, reißen Probleme auf, die unser Leben nachhaltig bestimmen ... Contra: Auch hier dominiert der traditionelle akademische Veranstaltungsstil, die gelehrte Redeweise, der gedrechselte Ausdruck. Auch hier könnte das so heiß ersehnte Volk im Ernstfall nichts verstehen! (Nur: Wer spielt hier das Ohr des »Volkes«?)

Nun einige eigene Eindrücke von Veranstaltungen, denen ich passiv/genüßlich oder aktiv/besorgt beiwohnen konnte.

Auffällig und erfreulich: Obwohl in den Medien und einschlägigen Publikationen in Gestalt der geistigen Ermüdungserscheinung des Postmarxismus ein abnehmendes Interesse an marxistischen Fragestellungen verkündet wird, gehören die Veranstaltungen im Bereich »Marxismus« seit Jahren zu den am besten besuchten. Nicht nur die privilegierten Vormittagszeiten und der Bekanntheitsgrad der Referenten (Albers, Haug, Wulff, Krippendorff u.a.) können hierfür als Gründe bemüht werden, denn schon die lebhaften und kontroversen Diskussionen zeigen, daß Themen wie Euromarxismus (Albers/Wolf), die Linie Luxemburg-Gramsci (Haug), Rassismus und Kapitalismus usw. noch längst nicht zum alten Eisen linker Theoriedebatte gehören. Gerade die Auseinandersetzung um einen pluralen Marxismus und die zunehmende Vertracktheit der dagegen vorgebrachten Argumente weisen darauf hin, wie notwendig für ein breites politisches Bündnis der Linken die Klärung der es tragenden theoretisch-praktischen Basis ist. Die Volksuni bietet hierfür alljährlich Anreize, Inhalte und Formen. Es wäre zu wünschen, daß diese noch mehr und intensiver als bisher nicht nur durch die »Berliner Szene« genutzt werden. (Nebenbei sei angemerkt, daß gerade aus den progressiven Zirkeln der Schweiz jedes Jahr mehr Teilnehmer kommen.)

Einen besonderen Eindruck hinterließen die Ausführungen von F. Hinkelammert (Costa Rica) zur Ideologie des totalen Marktes, die den weltanschaulichen Hintergrund für den aggressiven Kapitalismus und Staatsterrorismus der Reagan-Administration bildet. Hinkelammert entfaltete die tödliche Logik dieser neuen Staatsreligion mit einer solchen Treffsicherheit, daß sein Referat — trotz Überlänge — mehrfach von spontanem Beifall unterbrochen wurde. Nicht ohne eine gewisse Genugtuung möchte ich darauf hinweisen, daß das Beispiel Hinkelammerts lehrt, wie nützlich eine Synthese von marxistischer Ideologiekritik und Theologie der Befreiung im Kampf gegen eine religiös verbrämte totalitäre Politik sein kann.

Verständlicher wird dadurch auch, warum sich auf der Volksuni ein kritisches Christentum mit einem eigenen Ressort beteiligt. Da ich seit Jahren darin mitarbeite, kann ich auch umgekehrt mit Dankbarkeit feststellen, wie lebenswichtig für großkirchlich meist unterdrückte oder marginalisierte Positionen es ist, daß die Volksuni ihnen ein Forum bietet. Der Gewinn ist also beiderseitig. So wollte es die Ironie der Stunde, daß der Arbeiterpriester H. Daniel aus dem Ruhrgebiet vor einem überfüllten Saal berichtete, wie wenig sich die Amtskirche für seine Arbeit an der Basis interessiert. Jan Rehmann deckte im Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus mehr als nur metaphysische Wahlverwandschaften auf und machte deutlich, wieso die Kirchen bis auf den heutigen Tag mehr von einer Beteiligung an der Macht begeistert sind als von deren Abschaffung. Zusammen mit Beni Walpen versuchte ich in meiner Veranstaltung plausibel zu machen, wie wichtig die Beteiligung fortschrittlicher christlicher Kräfte beim Aufbau einer Gegen-Hegemonie von unten ist, und warum kirchliche Gemeinden sich viel stärker als Operationsfeld für autonome Lernprozesse verstehen sollten. Auf teilweise herbe Kritik stieß unsere terminologische Darbietung der Problematik, vor allem die diskurstheoretischen Ausflüge. Auf dem Weg zur Gegen-Hegemonie gibt es also noch viel zu verbessern. Wir werden es versuchen.

Wieder einmal auf offene Ohren stieß unser Bemühen (Schreiber, Varchmin, v. Oertzen, Haug, Füssel), den Teilnehmern der Volksuni J.C. Mariátegui, den allzu früh

(1930) verstorbenen ersten bedeutenden Marxisten Lateinamerikas nahezubringen. Auf sein Hauptwerk, *Sieben Essays über Peru* und seine Kultur, das im Herbst im Argument-Verlag und bei Edition Exodus (Fribourg) erscheint, sei hier noch einmal aufmerksam gemacht.

Zum Schluß sei verschämt und reuevoll gestanden, daß ich es trotz guten Willens (oder war er am Ende doch nicht so gut?) nicht geschafft habe, Veranstaltungen des Frauenressorts zu besuchen. Desinteresse? Sicher nicht! Eher vielleicht ein wenig Angst, mich schon allein durch ungelinktes Reden des Machismo-Leninismo verdächtig zu machen, wie es unsere lateinamerikanischen Freundinnen nennen. Ein wenig auch die Angst, gleich in Flügelkämpfe verstrickt zu werden, in denen man dann als männliches und unwissendes Wesen gleich doppelt schnell zu scheitern droht. Trotzdem steht der gute Vorsatz: Das nächste Mal bestimmt. Es wäre dann übrigens meine fünfte Teilnahme an der Volksuni, was ich als Liebeserklärung an selbige zu registrieren bitte. Wenn dies zu dick aufgetragen erscheint, der überzeuge sich das nächste Mal doch selber!

Kuno Füssel (Münster)

Work with Display Units

International Scientific Conference, 12. bis 15. Mai 1986 in Stockholm

Wir halten Wissenschaft nicht für unabhängig vom Marktgeschehen; doch sind wir überrascht, wenn wir sie dann wirklich auf dem Markt vorfinden — in Warenform. Solches geschah auf dem Weltkongreß über Bildschirmarbeit, der dem Geschehen gemäß in den Messehallen von Stockholm stattfand. 1 100 Delegierte aus den meisten Ländern der Welt stellten hier ihre kulturell unterschiedenen ergonomischen Ergebnisse vor. Ergonomie hatte ich mir als eine in Grenzen brauchbare Reformwissenschaft vorgestellt; ihre Grenzen bestimmt durch die Art, wie sie die Menschen als Reiz-Reaktionsmuster auffaßt. Ihre Ergebnisse — Belastungsmessungen, Leistungsbeeinträchtigungen und Einflüsse auf das Wohlbefinden der Arbeitenden — dachte ich mir als nützliche Grundlagen für gewerkschaftliche Politik, also spontan auch als arbeiterorientierte Wissenschaft. Tatsächlich waren auf diesem Kongreß auch einige Gewerkschafter anwesend, die vorwiegend Informationen sammelten, zuweilen auch über gewerkschaftliche Maßnahmen zur Bildschirmarbeit in den einzelnen Ländern berichteten. Zu meiner Verwunderung repräsentierte die überwiegende Anzahl der Kongreßteilnehmer große Kapitale. So waren es auch insbesondere Manager von Großunternehmen, die den Ergebnissen der Wissenschaftler mit wohlwollendem, ja geradezu begehrlchem Interesse lauschten. Erst ein Gang durch die gleichzeitige Ausstellung der jüngsten Erzeugnisse auf dem Bildschirmmarkt belehrte mich, daß Ergonomie eine wesentliche Grundlage für das Wachstum der Computerindustrien ist. Jeder Bildschirm, der als gesundheitsschädlich bewiesen wird, muß vom Markt und kann durch einen neuen, besseren ersetzt werden. Die Übersetzung der ergonomischen Ergebnisse in Stuhlhöhen und -schrägen, Größe und Farbe der Bildschirme, angemessene Entfernung von den Augen kann mit Unterstützung der Industrie in Schutzmaßnahmen festgehalten und zugleich als Marktberreinigung wie als Auftragsbeschaffung angesehen werden. Jedoch treffen sich hier bis zu einem gewissen Grade auch die Interessen von Unternehmern mit jenen der Arbeiter an besseren Arbeitsplätzen. Entsprechend waren die Vorträge teilweise interessant und nützlich, teilweise reine Werbesendungen. Alle Vortragenden benutzten als Hauptinformationsmittel Dias oder Folien. In großen Neonschriftzeilen wurden nicht nur die jeweiligen Veranstaltungen und die dazugehörigen Räume bekanntgegeben — auch die Diabesitzer wurden aufgefordert, rechtzeitig ihre Produkte an die Dia-»Warte« zu geben.

In solchem Rahmen fühlte ich mich mit meinem reinen Wortbeitrag so eingeschüchtert, daß ich dem allgemeinen Druck nachgab und in letzter Sekunde ebenfalls Folien produzierte, die allerdings nur aus zusammenfassenden Thesen bestanden. Immerhin si-

cherte dieses Verfahren die Aufmerksamkeit auch jener Besucher, die das Englische nicht gut beherrschten; zudem entsprach es dem Selbstverständnis der Gewerkschaftsvertreter. Sie konnten mit dem Standpunkt der Arbeit, von dem aus ich sprach, am meisten anfangen.

Interessant an diesem Kongreß war für mich ganz Unterschiedliches: die Vielzahl der berichteten Beschwerden an den Bildschirmen und daß sie von Land zu Land — also kulturell — verschieden waren und zumeist Frauen betrafen (ich werde dazu später ausführlich berichten); die ungewöhnliche Weise, wie Ergebnisse gewonnen und als gesichert vorgeführt wurden — etwa die Behauptung einer schädlichen Wirkung der Bildschirmarbeit auf schwangere Frauen, gewonnen aus Experimenten mit Mäusen; die vielfältige Durchsetzung des Kongresses mit Banketten, Buffets, Empfängen, die jeweils sehr gut besucht waren. Der hohe Preis für die referierenden Delegierten — sie mußten ca. 700 DM bezahlen — wird verständlich, wenn das Vorstellen von Ergebnissen als gewinnträchtig angesehen werden kann.

Frigga Haug (West-Berlin)

Zukunft der Arbeit

Kongreß des DGB Baden-Württemberg am 7. Juni 1986 in Stuttgart

Das Berufsschulzentrum Nord in Stuttgart ist ein angemessener Rahmen für einen Gewerkschaftskongreß. Die zentrale Halle ist einem römischen Amphitheater nachempfunden und eignete sich vorzüglich für die Plenarsitzung der etwa 500 Teilnehmer an diesem Kongreß, der als Antwort auf den »Zukunftskongreß« der Landesregierung konzipiert war. Die zehn Arbeitsgruppen waren von vornherein mit kontroversen Beiträgen geplant: einzige Voraussetzung war der Anspruch, beizutragen zur »Steigerung gewerkschaftlicher Kraft«. In erster Linie ging es um neue Technologien, jedoch sorgte die Wahl der Eingeladenen dafür, daß dieses Thema nicht auf den Betriebsrahmen beschränkt blieb. Von den Neuen Medien über allgemeine Wirtschaftspolitik, Konkurrenz, Flexibilisierung, Sozialpsychologie, Städteplanung bis zum Recht auf Faulheit reichten die Schwerpunkte der Arbeitsgruppen. Der Zukunftskongreß der Landesregierung hat offenbart, daß die modernen Konservativen Arbeitspolitik unmittelbar als Persönlichkeitspolitik begreifen. Da geht es um neue Zeitbegriffe, um psychische Mobilität, um Wertprioritäten, um neue psychosoziale Verhaltensmuster, die die Trennung von Privat- und Arbeitsleben zu durchqueren erlauben, um neue Qualifikationen und sogar um Selbstentfaltung, neue Kooperation und autonomes Lernen. Hier werden die Gewerkschaften weit jenseits ihrer traditionellen Politik gefordert. Für mich, die ich in der Arbeitsgruppe »Entwicklung der Tätigkeiten und Entwicklung der Qualifikationen« referierte, waren diese Vorhaben der Landesregierung ein willkommener Einstieg, um (anknüpfend an im Projekt Automation und Qualifikation Erarbeitetes) Vorschläge für eine konkrete Erweiterung der Politikräume zu machen (vgl. dazu meinen Beitrag *Automationsarbeit und Politik bei Kern/Schumann*, in: *Argument* 154, der zu den Arbeitsmaterialien gehörte). Nach mehr als zehn Jahren Forschung in diesem Bereich widerfuhr mir das Glück, daß viele Gewerkschafter aus den Betrieben — vornehmlich der Metallindustrie — ihre Erfahrungen sofort mit meinen Analysen verbinden konnten und in lebhafter Diskussion sich für die Notwendigkeit einer Politik aussprachen, die Fragen der Kooperation, der Familie und Freizeit, des Lernens und der Identität der Arbeitenden einbezieht. Selbst die Entwicklung einer offensiven Frauenpolitik wurde mit zögernder Zustimmung bedacht.

Leider dauerte der Kongreß nur einen Tag, der fast ausschließlich den Arbeitsgruppen vorbehalten war. So erfuhr ich außer den Beiträgen der anderen Referenten in meiner Gruppe (*P. Brödner, H. Epskamp, V. Wittke*) und der engagierten Gesprächsführung durch *J. Stamm*, dem Vertreter der IG Metall, vom übrigen Kongreß wenig. Beeindruckend fand ich das Abschlußreferat des Vorstandsmitglieds der IG Metall *Hans*

Preis. Er sprach so leidenschaftlich, wie ich Arbeiterführer bisher nur in historischen Filmen gehört hatte. Er verband Zahlenmaterial mit literarischen Ausführungen. Alltägliches mit politisch-strategischen Forderungen. Ihm zuhörend, hatte man das Gefühl, daß von den Baden-Württembergern noch einiges zu erwarten sei. Er rief die Veranstalter auf, diese Form des Forums, auf dem Gewerkschaftler und Wissenschaftler über die Zukunft debattierten, auszubauen. Er rief Orwells Zukunftsvisionen in den Raum, um sie als inaktuell zu verwerfen und statt dessen Huxleys normale Schrecken einer Bevölkerung, die ihre Unterwerfung genießt, die in einem Meer von Belanglosigkeiten sich wohlfühlt, an die Wand zu malen. Gerade um das öffentliche Leben nicht verkommen zu lassen, forderte er die Anwesenden auf, die Lebendigkeit solcher Kongresse, aber auch die von Streiks gegen den »Aufmarsch der Kassetten« und die »Privatisierung im Wohnzimmer« durchzusetzen. — Von diesem Kongreß bin ich gestärkt zurückgekommen.

Frigga Haug (West-Berlin)

Frauen — Literatur — Politik

3. Tagung von Frauen in der Literaturwissenschaft, 16. bis 19. Mai 1986 in Hamburg
Bereits am ersten Tag standen jene Themen im Raum, die sich wie ein roter Faden durch die Diskussion der folgenden Tage ziehen sollten: das Verhältnis von Theorie und Praxis in der Frauenbewegung heute, die Lust am dekonstruktiv-subversiven Denken bei gleichzeitiger Einsicht in die Notwendigkeit konstruktiv-schlagkräftigen Handelns, das Für und Wider einer Institutionalisierung von Frauenstudien. »Wo stehen wir eigentlich?« war die Frage hinter allen Redebeiträgen; beim Versuch, eine Antwort zu finden, wuchs die Ahnung, daß es ein einheitliches »Wir« gar nicht gibt. Manche Frau hat das im Verlauf der Tagung immer wieder beunruhigt; die Tendenz jedoch war, Unterschiede bestehen zu lassen, Ausgrenzungen zu vermeiden.

Angelika Bammer (USA) leitete tags drauf ihren Vortrag »Über Macht, Autorität und akademischen Diskurs« mit einer ähnlichen Erfahrung der Differenz ein, die sie in der Eurozentrismus-Sektion gemacht habe: es sei »bedrohlich, wenn eine anders spricht«, weil es den Traum einer gemeinsamen (Frauen-)Sprache in den Bereich der Utopie verweise und deutlich mache, daß eben *nicht* alle Frauen gleich seien. Ihr Thema, der Umgang der Frauen mit der herrschenden Sprache und den darin eingeschriebenen Machtverhältnissen, bekam dadurch eine zusätzliche, verunsichernde Dimension: wenn es keinen eindeutig bestimmbar Standort gibt, von dem aus wir Sprache dekonstruieren können, wird es uns dann überhaupt gelingen? Nicht was wir sagen oder nicht sagen, sei von Bedeutung, sondern der kritische und nachdenkliche Umgang mit Sprache. Ihr eigenes Sprechen war ein Beispiel: vorsichtig und spielerisch wählte sie die Worte, tastete nach neuen Bildern, um das Oszillieren zwischen Anpassung und Selbstbehauptung einzufangen, mit dem Frau in der akademischen Institution (über)lebt.

Einen eher hilflosen Umgang mit Differenzen und Hierarchien zeigte die anschließende Podiumsdiskussion über Frauenforschung in verschiedenen Ländern. Endlos wurden feine Unterschiede zwischen etwa Dänemark und den USA erörtert; verwiesen *Annakutty V.K. Findeis* (Indien) und *Chris Jones* (USA/3. Welt) dagegen auf die Kluft zwischen der ersten und dritten Welt, war es den Westfrauen spürbar unangenehm, daß es dabei nicht einfach um Unterschiede, sondern um Herrschaftsverhältnisse geht.

Die hitzige Debatte um die Frage nach der Existenz eines »Meisterdiskurses« in der Sektion »Theorie«, entzündete sich am Montagmorgen an *Sigrid Schmidt-Bortenschlaegers* klarer Darstellung und historischer Einordnung des französischen Poststrukturalismus. Sie gab zu bedenken, daß hinter sprachlichen Problemen die Schwierigkeit liege, auf eine andere, neue Art zu denken. Weigert sich so manche Frau, sich da einzuarbeiten, weil sie die damit verbundenen intellektuellen Unterlegenheitsgefühle nicht erträgt, wurde gefragt; oder liegt es am deutsch-perfektionistischen Anspruch, erst Theoriege-

bäude vervollständigen zu wollen, statt uns jene Bausteine herauszugreifen, die wir für unsere feministische Forschung brauchen? Diesen Schluß schienen vor allem die Beiträge von *Alison Light*, *Chris Weedon* und *Erica Carter* nahezulegen, deren theoretisch eher eklektizistische Analyse der Weiblichkeitsmuster in populären Genres humorvoll-respektlos das feministische Über-Ich dekonstruierte und damit eine Subversität entfaltete, die sie auf der Tagung geradezu zur Metapher werden ließ.

Daß die z.T. heftigen Auseinandersetzungen auf der »Beziehungsebene« notwendig und fruchtbar waren, zeigte sich am Montagnachmittag in der Sektion »Theorie«. Die Frauen gingen aufeinander ein, scheuten sich nicht, auch »dumme« Fragen zu stellen, die Trennung zwischen Vortragenden und Zuhörerinnen verwischte sich, eine Atmosphäre des Akzeptierens und der Lust am gemeinsamen Denken breitete sich aus — Augenblicke, in denen die Utopie »weiblicher« Umgangsformen in der Wissenschaft eingelöst schien und gleich in die erstaunte Frage umschlug, was daran eigentlich »weiblich« sei? Keine ketzerische Frage, finde ich, denn je mehr es gelänge, das Ausgegrenzte einzu-beziehen, desto weniger bräuchten wir die Polarisierung in »männlich« und »weiblich«, sei es nun in Politik oder Literatur(theorie).
Yvonne Loritz (West-Berlin)

Kongreßankündigungen

Die Zukunft der Städte und Regionen — Kämpfe und Kampffelder einer alternativen Kommunalpolitik

IMSF, vom 27. bis 28. September in Gladbeck

»Vielleicht eine Ahnung davon zu erarbeiten, wie eine nationale Kommunalpolitik der Linken aussehen müßte und wie sie in eine Politik der Gegenwende einzuordnen wäre, die alle Handlungsebenen und -felder (also auch Landes- und Bundesebene, Gewerkschaftskampf, Frauenkampf usw.) erfaßt.« Informationen: IMSF, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1.

Gramsci — Mariátegui

Hamburg, 2. bis 5. Oktober 1986, in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde, Grindelallee

Mariátegui, den man den »ersten Marxisten Lateinamerikas« und den »Gramsci Lateinamerikas« genannt hat, ist für die politische Kultur der deutschen Linken noch zu entdecken. Anlässlich des Erscheinens der ersten beiden Bücher mit Texten von Mariátegui in deutscher Sprache findet ein international besetztes Colloquium statt, das namhafte Gramsci- und Mariátegui-Forscher zusammenführt. Das Programm umfaßt Einführungsvorträge, Diskussionen, ein musikalisches Programm, zwei Ausstellungen u.a.m. Teilnahmegebühr 35 DM. — Informationen und Anmeldung bei: Ulrich Schreiber, Flemingstr. 1, 2000 Hamburg 60 (Tel. 040 / 48 92 05).

Besprechungen

Kunst- und Kulturwissenschaft

Postman, Neil: Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. Aus dem Amerikanischen von Reinhard Kaiser. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1985 (207 S., br., 25,- DM)

Der »öffentliche Diskurs« in einer durch *das Buch* bestimmten Kultur ist durch Kohärenz, Argumentation und Relevanz (Ernsthaftigkeit) gekennzeichnet. Übernimmt das Fernsehen die Position des vorherrschenden Mediums, breiten sich dagegen Inkohärenz, Emotionalität und Amüsement aus. Schon die kommerzielle Schlagzeilenpresse, die auf dem Telegrafen beruht, schafft eine »dekontextualisierte Informationsumwelt« (87). Die Fotografie fügt die sinnfällige Einzelheit hinzu, die nacherlebt, aber nicht begriffen wird (vgl. 93). Das Fernsehen vollendet dieses »Diskursuniversum«, indem es »jedes Thema als Unterhaltung präsentiert« (110). Im Fernsehzeitalter bekommt selbst die Katastrophe höchsten Unterhaltungswert; Kritik wird überflüssig, weil das dominierende Medium die Sprache des Widerspruchs nicht »versteht« (vgl. 136).

Postman, Professor für Medienökologie an der New York University, fügt der Fernsehkritik nichts Wesentliches hinzu (Horkheimer/Adorno, McLuhan). Er teilt ihre Schwächen. Er verteidigt das gute alte Buch, die gute alte Schule und auch noch die gute alte Religion gegen ihre angebliche Zersetzung durch das neue Medium. Ihn irritiert nicht, daß auch die alten Medien — das Buch eingeschlossen — kein Paradies der Vernunft schufen; ebensowenig, daß Literatur, Erziehung und Religion (wie die Politik) das neue Medium auch durchdringen und nicht nur von ihm durchdrungen werden.

Postman betrachtet das Fernsehverhältnis nur von der Seite des Mediums aus und vergißt dabei, daß nicht jeder dumm ist, der für dumm verkauft wird. »Was macht der Zuschauer mit dem Fernsehdiskurs?« — die Frage kommt bei Postman nicht vor. Postmans Grundüberzeugung, daß das Bild »dumm« und der Text »klug« sei, kann ich nicht teilen. Hier ist der Autor betriebsblind. Das wird deutlich, vergleicht man z.B. die Fernsehkritik von Fellini in »Ginger and Fred«. Fellini würde es im Traum nicht einfallen, den Film mit dem Fernsehen in eine Kategorie »Bilder« zusammenzuwerfen. Er kritisiert als Produzent. Die Figuren, die im Film ein Stück ihres Lebens vorführen, die hier weiterleben können, werden vom Fernsehen — unter dem Vorwand eines bezahlten »Auftritts« — ihres Lebens beraubt und zynisch in eine Armee von absurden Monstrositäten rekrutiert.

Postman fände diese Kritik wohl »zu inhaltlich«, ihm geht es um die Wirkungen, die das Medium Fernsehen auf jeden Fall produziert. Vielleicht liegt in dieser Festlegung auf bestimmte Wirkungen des Mediums »an sich« die Hauptschwäche des Buches. Bilder haben, wie Sätze, ihre Kontexte, auch wenn diese nicht »zitiert« werden. Montage, Zeitakt, Auswahl, Text, Musik — alle Elemente stehen, in ihrer Verknüpfung, in Beziehungen zu den gesellschaftlichen Bedeutungen, die sie tragen, und deren Kräfteverhältnissen. Statt von *dem* Fernsehdiskurs müßte von Diskursen im Fernsehen die Rede sein, die zugleich als Eingriffe gesellschaftlicher Mächte und sozialer Bewegungen in das Medium zu deuten wären. Die Produktion von Gleichgültigkeit, die Postman zurecht herausstellt, würde sich als *eine* Strategie der Sinnproduktion neben und gegen andere darstellen.

Fernsehkritik à la Postman hat Konjunktur, das Buch steht seit Monaten auf den Bestsellerlisten für Sachbücher. Postman ist gegen reaganistisches Fernsehen, da bekommt er erst einmal auch Beifall von deutschen Linken. Manche stimmen ein in den alten Chor: Buchaufklärung gegen Fernsehverdummung. Da Postmans Botschaft aus den USA kommt, können sich europäisch-kulturelle Selbstgewißheit und ein Schuß Anti-

amerikanismus in die Zustimmung mischen. Gegen die europäischen Neokonservativen vom Schlage eines Späth ist die Position schmalapurig: denn diese verteidigen ja nicht nur, wie Postman und seine Propheten, die Moderne, sondern tun noch ein Übriges und modernisieren sie mit Satelliten- und Pay-TV. Der »rationale Diskurs« könnte die Warteschleife sein, in der die traditionellen Intellektuellen leerlaufen, während das technokratische Projekt der Neokonservativen zügig überholt.

Die Postmans können auch unter dem Gesichtspunkt »Intellektuellenkonkurrenz« gelesen werden. In der gegenwärtigen Mutation des Kapitalismus tritt eine neue Kategorie, der Medienintellektuelle, nach vorn. Ein Teil der traditionellen Intellektuellen reagiert nur, statt das Bündnis mit den neuen Intellektuellen zu suchen, um auf die Entwicklungsrichtung des Mediums aktiven Einfluß ausüben zu können. Die DGB-Gewerkschaften scheinen die Aufgabe begriffen zu haben. Wieland Elfferding (West-Berlin)

Bismarck, Klaus von, Günter Gaus, Alexander Kluge und Ferdinand Sieger: Industrialisierung des Bewußtseins. Eine kritische Auseinandersetzung mit den »neuen« Medien. Piper Verlag, München 1985 (221 S., br., 12,80 DM)

Wer sich in der heutigen Medienproblematik orientieren will, sollte in dem Buch lesen. Besonders Sieger, langjähriges Mitglied des Rundfunk- bzw. Verwaltungsrats des Süddeutschen Rundfunks, informiert gut über die kaum aufzuhaltende Internationalisierung der an Medienproduzenten verübten Ausbeutung. Strategische Überlegungen zu den Umwälzungen, die das Fernsehen in Kultur und Politik bewirkt, finden sich in dem Beitrag von Gaus und vor allem bei Kluge.

Die neue Etappe im Strukturwandel der Öffentlichkeit setzt, nach Kluge, an den Vertriebswegen an. Während der Zeitungskiosk noch eine gewisse Vielfalt zuläßt, bringen die neuen Medienkonsortien die Kanäle »in einen Dritte ausschließenden Besitz« (56). Die Mediengesetzgeberei sieht Kluge nicht als Damm gegen die flutartige Monopolisierung von Medienmacht, sondern als die Fassade, hinter der sie ungehindert vonstatten gehen kann. Jede juristische Begrenzungsstrategie, wie sie für die SPD kennzeichnend ist, begrenzt vor allem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf einen Punkt, an dem das Entscheidende gar nicht passiert.

Das ist nämlich die Modelung von Sinnlichkeit und Erfahrung durch das Fernsehen, das mit der »klassischen Öffentlichkeit« endgültig bricht. Da ist zunächst das Programmschema, das die persönliche Kommunikation fremden Regeln unterwirft, so als würden die Teilnehmer an einem Telefongespräch »nur noch mit den vorgefertigten Texten der Glückwunschtelegramme der Bundespost aufeinander antworten können« (70). Die Digitalisierung der Kommunikation passe diese, nach dem Aufbau eines *bit*, der Regel vom ausgeschlossenen Dritten an (71). Lebendige kulturelle Verhältnisse beruhen dagegen auf dem Satz vom eingeschlossenen Dritten: Das Jein muß rein, die Nebensachen — oder, in Kluges Kinosprache, die Nebenvalenzen — sind hauptsächlich. Das Fernsehmedium stiehlt Zeit, statt — wie die Kunstwerke — der menschlichen Erfahrung Zeit »hinzuzuproduzieren« (107). Durch den Zwang, die — im Unterschied zum Kino — permanent belichteten Zeilen des Bildschirms abzulesen, sind die Sinnesbahnen dauerbesetzt. Durch Beschleunigung, Verkürzung und Wiederholung unterwirft das neue-alte Medium die Sinne einer permanenten, lebenszeitraubenden Anstrengung. Die medienvermittelte Erfahrung der Welt legt sich wie eine undurchdringliche Sinnkruste über die gattungs- und lebensgeschichtliche Erfahrung. Pausen, Abwechslung und Zeitgewinn, die für die klassischen Öffentlichkeiten charakteristisch waren, schwinden zusehends. Was vom Geschichten-Erzählen, vom Spaziergang, vom Lesen usw. noch übriggeblieben ist, wird vom »neuen« Medium angegriffen. Die Menschen können sich den Wirkungen des Fernsehens nur noch durch »kollektive Unaufmerksamkeit« entziehen, die — durch Mobilisierung plus Passivismus — zum Faschismusersatz unserer Tage wird.

Kluge sucht einen Ausweg quer zu den zwei Blöcken der öffentlich-rechtlichen und der privaten Anstalten. Es gelte, alles einzusammeln, was an klassischen Öffentlichkeiten noch überlebt und in den neuen Medien seinen Ausdruck nicht finden kann. Das bedeutet zugleich: sich an den neuen Medien zu beteiligen und sie zu verwickeln in einen Wettbewerb mit menschlicher Kreativität, der nur mittels dezentraler und vielfältiger Produktionen für ein hungriges Publikum geführt werden kann. Wichtig sei vor allem die Pflege der Sortenvielfalt, die sich im abendländischen Kulturgarten entwickelt hat und jetzt auszusterben droht.

Kluge ist den Medienkritikern à la Postman haushoch überlegen, weil er sich auf Manipulationsdenken und negativen Technikfetischismus nicht einläßt. Seine Darstellung lebt, in der Tradition des »Strukturwandels der Öffentlichkeit« und von »Öffentlichkeit und Erfahrung«, von der durchgängigen Entgegensetzung von klassischer Öffentlichkeit und neuen Medien. Aber kennt nicht auch die klassische Öffentlichkeit eine Enteignung von Erfahrungsmöglichkeit und die Entstehung von Ersatzwirklichkeiten? Der Nationalismus von 1914 stellt eine gigantische Enteignung von Heimaten dar, die einem Einheitssinn unterworfen wurden. Und ist es nicht immer so, daß die jeweils etablierte Macht der Öffentlichkeit die neu aufstrebende des Totalitarismus zieht, weil ihr eigener Totalitätsanspruch bedroht ist? Warum also sollten wir Heutigen die »neuen Medien« im Namen der »klassischen Öffentlichkeit« nach demselben Muster angreifen, das die Kirche gegen das Buch, die Wissenschaft, das Kino einsetzte?

Kluge beruft sich auf zwei klassische bürgerliche Instanzen: auf die nicht aufzuhebende Distanz zwischen eigenem Erleben und gesellschaftlich, über den anderen vermittelter Erfahrung sowie das Ensemble der klassischen Städte, jene »Ansammlungen der Differenzierung«, die nun der Entmischung und den modernen Räuberbanden zum Opfer fallen. Interaktionistisch begriffenes Individuum und Kaufstraße plus Kino — das sind Kluges Bastionen der Kritik. Und wirklich — sind nicht alle Versuche gescheitert, Kreativität und Vielfalt zu bewahren, wenn gleichzeitig die Ich-Grenzen und die Warenwelt zerstört werden? Sich mit dem Programm einer ökologisch-libertären Rekonstitution des gesellschaftlichen Bewußtseins zwischen die Mahlsteine der Konsortien zu zwängen, scheint das einzig Realistische zu sein. Und doch: Erinnert das nicht an den Versuch, die einfache Warenproduktion vor dem Kapitalismus zu retten (was Marx anläßlich Proudhon kritisierte)? Aber nicht jeder Anachronismus ist illusionär. Häufig wandern die Elemente der alten Gesellschaft in die neue hinüber. In einer solchen Perspektive wäre die »Partei des Kinos« jedoch dazu verdammt, als kleine Oppositionspartei zu funktionieren, ohne am »Parlamentarismus« der herrschenden Kultur etwas ändern zu können. Hierzu paßt, was Gaus aus einem Vergleich des Fernsehens mit dem allgemeinen Wahlrecht zu lernen aufgibt: Wiederum könnte die Revolution durch eine Involution des politischen Systems vermieden werden dergestalt, daß für das eine gesellschaftliche Lager die Fernsehversion der Politik maßgeblich wird, die für das andere Lager, das sich ohne Fernsehen ein Bild von den Verhältnissen macht, immer weniger zugänglich ist (vgl. 50).

Aber vielleicht vertritt Kluge gar kein Minderheitsprogramm, vielleicht gibt es innerhalb der neuen Medienpraxen Stützpunkte für seine subversive Strategie. Die Vorstellung von einer die Massen ergreifenden, monomanen Bilderwelt der »neuen Medien« beruht jedenfalls auf einer Täuschung. Es ist ja nicht wahr, daß das Ensemble der »klassischen Öffentlichkeiten« einem Nicht-Ensemble, einer bloßen Zerstreung der Sinne und der Lebenszeiten Platz macht. In Wirklichkeit entstehen neue »Mischungen« und neue Konfrontationen von Sinnespraxen. Bevor wir die Perspektive vergangener Marktfreiheit und Bewußtseinsökologie einnehmen, müssen wir genau wissen, was die Menschen tun, die sich zwischen Bildschirmarbeitsplatz, Einkaufszone, Nofretete-Ausstellung, neourbanem Massenspektakel à la André Heller und Glotze bewegen. Kluge sagt: »kollektive Unaufmerksamkeit« (54). Die offenbar wachsende Bedeutung einer »Politik

des Skandals« könnte aber auch auf eine neue Dialektik von Medien und Politik deuten: Die pausenlose Veröffentlichung von Politik setzt eine Spirale von Enthüllen und Verbergen in Gang, die den Zuschauer als imaginäre zweite Gewalt konstituiert. Selbst das Quatschen bei laufendem Fernseher ist als »Unaufmerksamkeit« schlecht verstanden. Offenbar ruft der Zynismus des Fernsehens einen Gegenzynismus hervor, dessen Wirkung erst noch zu studieren ist.

Kluge will ein letztes Mal das Selbst der Renaissance gegen das Subjekt des Kapitals mobilisieren. Das kann nur ein Kampf siamesischer Zwillinge werden. Worin ist das Vertrauen begründet, das wir jenem Selbst entgegenbringen sollen, das den dunklen Innenraum braucht, um die Welt als helle Projektionsfläche erfahren zu können? Ist es nicht doch dasselbe Selbst, das klassische Öffentlichkeit genießt und das zur Gründung von Konsortien drängt? Der Kapitalist schaut sich auch lieber Florenz an als die Frankfurter City, die er hat bauen lassen. Was ist aus dem Ansatz geworden, der einmal »proletarische Öffentlichkeit« gegen »bürgerliche Öffentlichkeit« reklamierte?

Wieland Elfferding (West-Berlin)

Buß, Michael: Die Vielseher. Fernseh-Zuschauerforschung in Deutschland. Theorie-Praxis-Ergebnisse. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt/M. 1985 (246 S., br., 19,80 DM)

Mit dem Konzept des Vielsehers wird jenes wichtige Problem des Mediums Fernsehen angegangen, das seit den aufsehenerregenden Thesen von George Gerbner und Mitarbeitern nicht mehr aus der Diskussion verschwunden ist. Gemeint sind Thesen wie: Wer viel fernsieht, bekomme dadurch ein verzerrtes, falsches Weltbild, oder: Dominante Formen und Inhalte der Fernsehprogramme führten bei extremer Fernsehnutzung zu psychologisch, pädagogisch und gesellschaftlich schädlichen Wirkungen. Bestseller wie »Die Droge im Wohnzimmer« von Marie Winn oder »'Schafft das Fernsehen ab'. Streitschrift gegen das Leben aus zweiter Hand« von Jerry Mander (beide Reinbek 1979) haben diese Problematik, nicht ganz ohne Emotionalisierung, auch einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt.

Die vorliegende Arbeit setzt bei zwei Punkten an, die bislang vernachlässigt wurden: Wie kann man das Vielsehen als ein bestimmtes Nutzungsverhalten wissenschaftlich zuverlässig erfassen? Und: Wie ist der Vielseher vom Normalseher und vom Wenigseher abgegrenzt bzw. durch welche Merkmale lassen sich Vielseher charakterisieren? Entsprechend sind zwei Hauptteile der Studie zu unterscheiden. Der erste widmet sich — orientiert an verschiedenen Beispielen — grundsätzlich dem »Panel als sozialwissenschaftlicher Methode der Fernseh-Zuschauerforschung« (13-82). Unter Panel versteht man einen besonderen Typ der Repräsentativerhebung, bei dem der einzelne Befragte nicht nur einmal, sondern in bestimmten Abständen immer wieder befragt wird. Buß erläutert zunächst die Konzeption und Einrichtung eines Panels: Befragungsgebiet, Erhebungseinheit, Repräsentanz-Anforderungen, Auswahlplan zum Feldeinsatz usw. Es folgt die Beschreibung des Panel-Betriebs: Datenerhebung, Kontrolle der Mitarbeit, Validität usw. Schließlich wird differenziert die Panel-Analyse vorgestellt: Konditionierungsanalyse, Kumulationsanalyse, Identitätsanalyse, Kausalanalyse usw.

Ein kurzer Zwischenteil beschreibt die »durchschnittliche Fernsehnutzung« (= telekopie), d.h. die statistischen Mittelwerte aus dem Verhalten aller befragten Fernsehzuschauer im Normaljahr (hier: 1979 und 1983). Dabei wird einesteils abgehoben auf das Sehverhalten von Erwachsenen/Haushalten und von Kindern (im Jahresdurchschnitt) werktags und am Wochenende, wobei punktuell eingegangen wird auf bestimmte Altersgruppen und Programme. Andernteils wird, unter Berücksichtigung saisonalbedingter Variationen, die relative Stabilität des durchschnittlichen Fernsehverhaltens von 1976 bis 1983 erläutert.

Daraus abgeleitet widmet sich der zweite Hauptteil den »Vielsehern« (110-231): Wer

sind sie? Wodurch fällt ihre Fernsehnutzung aus dem Rahmen? Welche Programme/Sendungen bevorzugen sie? Definiert werden die erwachsenen Vielseher als Fernsehnutzer mit konstant über drei Stunden Fernsehen pro Tag (Kinder: 110 Minuten). Die Gruppe der erwachsenen Vielseher in diesem Sinn beläuft sich auf 27 Prozent. Zahlreiche Einzelergebnisse soziodemographischer und psychologischer Art werden mit Hilfe von Tabellen und Graphiken vorgestellt und erläutert; besondere Aufmerksamkeit gilt dem Sehverhalten der Vielseher im Ablauf des einzelnen Tages (einschließlich Pausen, Umschalten, Programmvorlieben, Programmschema-Nutzung etwa beim ZDF-Freitagskrimi oder den Nachrichtensendungen). Aus der Analyse der Vielseher-Daten werden abschließend »Nutzertypen« ermittelt und die wichtigsten Ergebnisse in einem 12-Punkte-Katalog zusammengefaßt. Um daraus nur ein Beispiel zu nennen: Unter Frauen gibt es mehr Vielseher als unter Männern, unter älteren Menschen (ab 50 Jahren) mehr als unter jüngeren (14-29 Jahre), unter Volksschülern mehr als unter formal Hochgebildeten, unter politisch Interessierten mehr als unter Uninteressierten (226f.).

Zwei Momente machen die Lektüre zu einem Gewinn: Erstens und vor allem werden einzelne neue Gesichtspunkte zum Phänomen des Vielsehers geboten und wissenschaftlich begründet. Zweitens erlaubt die extensive Darstellung des methodischen Zugriffs ein besseres Verständnis der erzielten Ergebnisse. Generell ist im übrigen die Tendenz zu begrüßen, eine häufig nur auf Hypothesen rekurrierende Diskussion zu versachlichen, d.h. auf rationale Grundlagen zu stellen und in Teilproblembereiche aufzugliedern. Selbstverständlich werden hier nicht (ad 1) »die« Vielseher in der ganzen Breite des Problemfeldes behandelt, auch nicht der Kern des Phänomens »Fernsehsucht« (nämlich die motivationale Grundlage des Vielsehens). Auch die Bandbreite denkbarer, sinnvoll erscheinender und bislang angewandter methodischer Zugriffe auf das Phänomen Vielseher (ad 2) wird nicht entfaltet; vielmehr zeigen sich deutlich die Grenzen der hier favorisierten Panel-Methode. (Beides räumt Buß übrigens selber ein.) Der Titel bzw. Untertitel der Studie also mag durch seinen hohen Anspruch vielleicht falsche Erwartungen wecken. Was die Arbeit aber tatsächlich bietet, ist eine Spezialauswertung der auf Panel-Erhebung beruhenden allgemeinen quantitativen Fernseh-Zuschauerdaten im Hinblick auf die Extremgruppe der Vielseher. In diesem eingeschränkten Sinn verdient sie zweifellos Beachtung.

Wollte man einen schnellen praktischen Schluß ziehen im Hinblick auf die pädagogische Alltagsproblematik des Vielsehens, so ließe sich aus dem Zentralbefund, daß Vielsehen als ein Habitus erscheint, der abhängig ist vor allem von den Sehgewohnheiten der Familie und vom Verhalten der Eltern, durchaus hoffnungsvolle Handlungsstrategien ableiten.

Werner Faulstich (Tübingen)

Barthes, Roland: Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1985 (138 S., br., 28,- DM)

Das französische Original dieses Buches erschien 1980, im Todesjahr des Semiologen Roland Barthes, und ist eine Art Vermächtnis des Autors. In 48 vignettenartigen Kapiteln sucht Barthes einen Zugang zur Wesenseigenart der Photographie zu finden, die sie in der »Gemeinschaft der Bilder« auszeichnet. Barthes zufolge weist die Photographie nicht über sich selbst hinaus, sondern stellt nur unmittelbar dar, verharrt in der jeweiligen Besonderheit des Wiedergegebenen. Angesichts der Unmöglichkeit einer Klassifizierung der Photographie wendet sich Barthes von der Tradition der technischen und soziohistorischen Arbeiten ab und stellt sich die Aufgabe, in der subjektiven Auseinandersetzung mit einer Reihe von Photographien, die ihn ganz persönlich berührt haben, vom einzelnen Gegenstand aus das Universale der Photographie zu ergründen. Dabei analysiert er das Beziehungsfeld von *operator*, *spectator* und dem *spectrum* der Photographie und differenziert die Herangehensweisen des Betrachters nach dem eher geschäftsmäßi-

gen *studium* und dem heuristischen *punctum*, wobei das eventuell subversive Element in der Photographie nicht in der hervorgerufenen Schockwirkung, sondern in der Fähigkeit liegt, zur Nachdenklichkeit, zum Weiterdenken zu treiben.

Barthes sieht einen engen Zusammenhang zwischen der »Krise des Todes« in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dem Aufstieg der Photographie. »Die Photographie könnte als Erscheinung, die mit dem Schwinden der Riten einhergeht, vielleicht mit dem Vordringen eines asymbolischen *Todes* in unserer modernen Gesellschaft korrespondieren, eines *Todes* außerhalb von Religion und Ritual, einer Art von plötzlichem Eintauchen in den buchstäblichen *Tod*.« (103) Die Photographie, die buchstäblich die zeitgebundene Existenz eines Gegenstandes oder eines Menschen einfängt und »aufzeichnet«, ist nicht Erinnerung oder Phantasieprodukt, sondern das Wirkliche im vergangenen Zustand. Die in ihr wahrgenommene Sinneinheit (»Noema«) ist nicht in der Analogie zu suchen, sondern es ist das Unveränderliche, das »*Es-ist-so-gewesen*«, das Barthes am treffendsten im lateinischen Begriff »*interfuit*« erfaßt sieht: »Phänomenologisch gesehen, hat in der *Photographie* das Bestätigungsvermögen Vorrang vor der Fähigkeit zur Wiedergabe« (99). Die Photographie stehe im gleichen Verhältnis zur Geschichte wie das Biographem zur Biographie. Da die Lektüre öffentlicher Photographien stets Privatlektüre sei, entspreche das Zeitalter der Photographie dem Einbruch des Privaten in den öffentlichen Raum, der öffentlichen Konsumtion des Privaten. Die Photographie in ihrer auf die Spitze getriebenen, aufgeladenen Augenfälligkeit sei letztlich eine Karikatur ihrer eigenen Existenz und werde dadurch zum bizarren *Medium* und zu einer neuen Form der Halluzination. Falsch auf der Ebene der Wahrnehmung, wahr auf der Ebene der Zeit, sei sie »ein verrücktes, ein vom Wirklichen *abgeriebenes* Bild« (126).

Die Gesellschaft versuche auf zweierlei Wegen die »Verrücktheit der Photographie« zu bändigen: neben dem Versuch, die Photographie im Wettstreit mit der Malerei zur Kunstform zu erheben, bestehe die Möglichkeit ihrer Vulgarisierung in der modernen Gesellschaft, wodurch sie alle übrigen Formen der bildlichen Darstellung verdränge und mit ihrer Allgegenwart eine Welt ohne Differenz erzeuge. Der Photographie ständen zwei alternative Wege offen. Man habe die Wahl, ihr Schauspiel dem zivilisierten Code der perfekten Trugbilder zu unterwerfen oder sich für die »photographische *Ekstase*« (130) zu öffnen, die das Signum der Zeit in einer Umkehrbewegung in das Bewußtsein drängen lasse, den Lauf der Dinge wende und den Betrachter zwingen, sich dem Erwachen der unbeugsamen Realität zu stellen. Barthes illustriert seine Gedanken mit 25 Photographien u.a. von Nadar, Hine, Kertész, Klein, Stieglitz und Avedon und verweist in Randnoten auf relevante Textstellen in Werken von u.a. Bourdieu, Freund, Kristeva, Lacan, Proust, Sartre und Sontag.

Barthes spitzt seine Überlegungen zum Genre der Photographie schließlich auf ihre geschichtsphilosophischen bzw. erkenntnistheoretischen Auswirkungen zu: Das Paradoxon des 19. Jahrhunderts bestehe darin, daß es gleichzeitig die Geschichte und die Photographie erfunden habe. Erstere sei ein nach positiven Regeln konstruiertes Gedächtnis, das im rein intellektuellen Diskurs die mythische Zeit auslösche. Die Photographie indessen, als sicheres, jedoch vergängliches Zeugnis bereite die Menschheit auf das Unvermögen vor, die Dauer bald weder affektiv noch symbolisch erfassen zu können. Das Staunen über das »*Es-ist-so-gewesen*«, das Interesse an dem Kontinuum der historischen Dimension, werde verschwinden, liege bereits im Sterben. So begreift Barthes sein kulturpessimistisches Vermächtnis als eine symbolische Transformation des von ihm analysierten Gegenstandes: »Ich bin, ich weiß nicht, warum, einer seiner letzten Zeugen (Zeuge des *Unzeitgemäßen*), und dieses Buch ist seine archaische Spur« (104).

Wolf Kindermann (West-Berlin)

Clark, Jon: Bruno Schönlink und die Arbeiter-sprechchorbewegung. Prometh Verlag, Köln 1984 (256 S., Abb., br., 36,- DM)

Als 1971 zum achtzigsten Geburtstag des »Klassikers des Sprechchors« Fritz Hüser, der damalige Direktor des Dortmunder Archivs für Arbeiterliteratur in einem Schreiben an viele Hochschulen in der Bundesrepublik fragte, »ist Bruno Schönlink vergessen?«, fand er keinen Widerhall. Einige Jahre später begann in England der Literatur- und Sozialwissenschaftler Jon Clark, Leben und Werk des heute fast vergessenen Dichters zu erforschen, der am Ende der Weimarer Republik so populär war, daß Goebbels wenige Tage nach der »Machtergreifung« im Rundfunk verkündete: »Dichter wie Heinrich Heine oder Bruno Schönlink werden im deutschen Rundfunk nie wieder zu Wort kommen.«

Bruno Schönlink, Sohn des legendären sozialdemokratischen Parteizeitungsgründers, wird in einschlägigen Literaturgeschichten gerne im Zusammenhang mit den »Arbeiterdichtern« Max Barthel, Karl Bröger, Heinrich Lersch erwähnt. Wie sie wurde er bereits in den späten 20er Jahren von kommunistischen Kulturfunktionären als »Renegat« und »negatives Lehrbeispiel« bezeichnet — ein Verdikt, dem sich die Germanistik in DDR und BRD bis weit in die 70er Jahre hinein überwiegend anschloß. Jon Clark gelingt es in seiner biographisch angelegten Studie, die Urteile über Person und Werk Bruno Schönlinks zu revidieren. Dessen »biographische Entwicklung wurde von den Klassenkonflikten in Deutschland zwischen 1890 und 1933 ... entscheidend bestimmt. Gerade seine Sprechchöre ... sind nur im Kontext der Kämpfe der Arbeiterschaft ... zu verstehen«. Beispielhaft für solche Zielgerichtetheit sowie die weniger literarische als politisch operative Funktion seiner Dichtung sind die Umstände der Publikation des ersten Gedichtes: Nachdem Schönlink damit beim Kulturredakteur des Vorkriegs-SPD-Organs »Schwäbische Tagwacht« keinen Erfolg hatte, ging er zum politischen Ressort, und am nächsten Tag erschien sein »Massentritt« als Aufmacher quer über drei Spalten.

Noch vor der November-Revolution 1918 trat Schönlink der USPD bei und war als Barrikadenkämpfer auch an der Besetzung des »Vorwärts« im Januar 1919 beteiligt. Unter dem Eindruck der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs wandte er sich kurzfristig der KPD zu. Getragen von der Welle revolutionärer Begeisterung entwickelten sich in diesen Tagen die bereits vor dem Krieg von Kurt Eisner initiierten »sozialistischen Morgenfeiern« und »Jugendweihen« zu »proletarischen Feierstunden«, für die Bruno Schönlink zusammen mit Eisner und Ernst Toller die ersten Sprechchöre verfaßte.

Die Feiern waren bewußt als »Ersatz des Kirchenbesuchs im weltlich-sozialistischen Sinne« konzipiert, sollten Solidarität und Gemeinschaft stiften und mit ihrem Utopiecharakter »Sprünge ins Reich des Sozialismus« antizipieren. Entsprechend ihrer kulturellen Ausrichtung war die dort rezitierte Literatur von hohem Pathos gekennzeichnet. In Chören vorgetragene Gedichte, die Anfänge der Sprechchorbewegung, schienen den sozialistischen Festveranstaltungen als bester Ausdruck des »Kulturwillens der Masse«, und der Sprechchor wurde zum »Mund der Masse« stilisiert.

Die revolutionäre Begeisterung, die als politische Aktion rasch einer enttäuschten Nüchternheit wich, konnte in einer von allen Flügeln der Arbeiterbewegung getragenen Sprechchorbewegung noch bis etwa 1924 massenwirksam konserviert werden. Schönlink avancierte in dieser Zeit zum gefeierten »Klassiker des Sprechchors«. Ihm gelang es auch, in der »Krise der Sprechchorbewegung«, den Mittzwanzigerjahren, dieser Dichtung durch die Addition von Bewegungselementen, dem Ausdruckstanz Labanscher Prägung, neue ästhetische Impulse zu geben. Politisches Leitmotiv seines literarischen Schaffens in diesem Jahr war Clarks Analyse zufolge die Kritik am »roten Muckertum«. Als solches bezeichnete Schönlink doktrinäres und phantasieloses Bewußtsein in der Arbeiterbewegung, das alle »Erscheinungsformen des Schöpferischen mit dem einengenden Gesichtsfeld der 'Nur-Partei' sieht«. Schönlinks Anliegen aber war die »Synthese

von Kunst und Sozialismus«. — Im Oktober 1933 emigrierte Schönlink in die Schweiz. Aus Deutschland wurde er ausgebürgert und seine Schriften wurden verboten. Obwohl er im Exil unter Schreibschwierigkeiten, Krankheit und materieller Not litt und ständig von Ausweisung bedroht war, blieb er auch nach 1945 in der Schweiz. Sowohl von führenden west- wie ostdeutschen Sozialisten für Aufgaben in den jeweiligen Teil Deutschlands gerufen, geriet Schönlink während des Kalten Krieges bald zwischen alle Stühle. Johannes R. Becher brach mit ihm, und der DGB zog Publikationsaufträge wieder zurück. 1965 starb Schönlink, von früheren Kollegen und Genossen nahezu unbeachtet.

1930 schrieb Schönlink: »Waren es Narren, die an die Zukunft des Sprechchors glaubten? (...) Bleibt nichts mehr von (ihm) übrig als eine stille Bestattung in irgendeiner Doktorarbeit?« Jon Clark hat beides, den Sprechchor und seinen Dichter, dem Vergessen entrissen. Und der DGB leistete mit seiner Publikationshilfe eine späte Wiedergutmachung an diesem Arbeiterdichter. Uwe Hornauer (Stuttgart)

Soziologie

Hülsemann, Irmgard: Berührungen. Gespräche über Sexualität und Lebensgeschichte. Luchterhand Verlag, Neuwied 1984 (176 S., br., 12,80 DM)

14 Männer und Frauen, im Alter von 30 bis 58 Jahren, erzählen in diesem Band von ihren sexuellen Erfahrungen und den damit verknüpften Phantasien und Hoffnungen. Obwohl auch von schönen, unkomplizierten Erlebnissen die Rede ist, stehen sexuelle Probleme im Vordergrund: Sich mit dem Partner nicht entspannen können, die Unfähigkeit zur Hingabe und zum Orgasmus, die absterbende sexuelle Lebendigkeit in längeren Intimbeziehungen, Bindungsängste, die tägliche Arbeit, die erschöpft und gefühllos macht, der Wunsch nach mehr Zärtlichkeit, der Traum, verführt zu werden, das Auseinandertreten von Lust und Liebe, die Sprachlosigkeit, die Furcht zu verletzen oder verletzt zu werden.

Diejenigen, die zu Wort kommen, sind Mitglieder einer ehemaligen Berliner Therapiegruppe, die Irmgard Hülsemann anleitete. Zunächst waren aus den verschiedensten Anlässen Einzelgespräche geführt worden, dann ging es darum, in gemeinsamen Sitzungen herauszufinden, »unter welchen Einflüssen und Bedingungen sie [die Mitglieder der Gruppe, Anm. d. Verf.] sich ihre Frauen- und Männerrolle aneigneten, ihre sexuelle Identität, spezielle Vorlieben und Abneigungen herausbildeten« (11). Die Erzählungen wurden komprimiert, gemeinsam überarbeitet und mit einem Titel versehen, der möglichst treffend das »Grundproblem« des Berichts wiedergeben sollte, z.B.: »Ich wünsche mir Verschmelzung, aber da ist eine Sperre in mir.« (57) Jedem Text wurden Zitate nachgestellt, die sich auf die Erlebnisberichte beziehen lassen, Kernsätze aus einschlägigen Publikationen von Alice Miller, Jean Liedloff, Betty Friedan u.a. Schließlich kommentiert die Herausgeberin jede Erzählung mit ihren »Impressionen«, gibt zusätzliche Informationen über den/die Betreffende(n) und beschreibt ihr Verständnis der geschilderten Umstände.

Durch den Titel des Bandes wird angedeutet, daß Sexualität im Kontext der Lebensgeschichte begriffen wird. Es geht allerdings nicht darum, sexuelle Entwicklungen in ihrer biographischen Kontinuität nachzuzeichnen, sondern gegenwärtige, praktizierte Formen der Sexualität werden nach psychoanalytischer Manier aus Erfahrungen mit Eltern abgeleitet: »Die Wahl unserer Liebesbeziehungen ... entspricht einer Anknüpfung an früheste Bindungen, der Wiederbelebung unserer 'ersten Lieben'.« (19)

Die Stärken dieses Buches sind die Berichte. Da wird nichts beschönigt oder floskelhaft verschleiert. Aus den Erzählungen geht übrigens nicht hervor, daß es typische Frauen- bzw. Männerprobleme mit der Sexualität gibt. Die Kommentare der Therapie-

tin wirken allerdings dann blaß und wenig überzeugend, wenn sie psychoanalytisch deutet oder Ratschläge erteilt. Man hat den Eindruck, sie will nicht akzeptieren, daß Sexualität auch ihre konflikträchtigen, unbefriedigenden Seiten hat. Aus meiner Sicht gab es häufig nichts zu »behandeln«, auch wenn die Betroffenen das möglicherweise anders erlebt haben. Ganz überflüssig ist es, jeden der Erfahrungsberichte mit Zitaten aus einschlägigen Abhandlungen über Sexualität zu konfrontieren, als ob es zu dokumentieren gälte, daß hier von Problemen die Rede ist, die hinlänglich erkannt sind. Das Buch ist lesenswert, weil es ein kleines Gegengewicht zu den herrschenden Glückseligkeitsideologien abgibt, wo Traumfrauen und Traumänner ständig lustvoll und berauscht und einfühlsam mit ihren Bettpartnern verschmelzen.

Michael Wagner (West-Berlin)

Buchholz, Wolfgang: Lebensweltanalyse. Sozialpsychologische Beiträge zur Untersuchung von krisenhaften Prozessen in der Familie. Profil Verlag, München 1984 (215 S., br., 29,80 DM)

Das Buch will »Strukturwissen« für die psychosoziale Praxis in der Beratungsarbeit mit Familien erarbeiten. Mit einem begründeten Mißtrauen gegenüber den professionellen Alltagstheorien sucht Buchholz einen Weg, der der Alltagswelt der Betroffenen gerecht werden und zugleich Handlungsanleitung für psychosoziale Praktiker eröffnen kann. Seinen eigenen Ansatz nennt er »familiäre Lebensweltanalyse« und er versucht auf ihrer Basis, die »problemkonstitutiven Prozesse in der Familie« (22) verständlich zu machen. Im 1. Kapitel des theoretischen Teils entfaltet Buchholz sein Verständnis von Lebenswelt. Er stützt sich auf Analysen von Waldenfels, Braunnühl und Habermas, von dem er die wichtige Einschätzung aufgreift, daß sich die Lebenswelt wesentlich auf die Binnenperspektive der handelnden Akteure bezieht, aber auch deren Begrenzungen teilt. Deshalb muß eine gesellschaftsanalytische Außenperspektive hinzukommen, die in die angeeigneten Formen lebensweltlicher Muster zwar eingeht, aber nicht restlos in ihnen aufgeht und deshalb durch eine auf objektive Strukturzusammenhänge gerichtete Analyse ergänzt werden muß. Verbunden mit der Lebensweltanalyse ist die Entscheidung für eine qualitative Forschungsmethodik, da nur sie den alltäglichen Konstruktionsprozessen von Handlungssinn interpretativ nachspüren kann.

In einem nächsten Schritt wendet sich Buchholz dem Person-Umwelt-Verhältnis in der Psychologie zu. Dabei interessiert ihn, wie in den psychologischen Schulen, die sich dieser Frage angenommen haben, das Beziehungsverhältnis zwischen den Anforderungen der objektiven Umwelt und dem Subjekt thematisiert und bestimmt wird. Diskutiert werden vor allem die situationistischen und interaktionistischen Ansätze in der neueren Persönlichkeitspsychologie, besonders die kognitiven und handlungstheoretischen Modelle. Sie haben milieuthoretische Vereinfachungen längst überwunden und betonen »die subjektiven Leistungen des Individuums in seiner Umwelt-Beziehung: Die Realität situativer Bedingungen wirkt über die Realitätsdefinitionen des Individuums auf das Handeln.« (66) Kritisch wird gegenüber diesen Ansätzen festgehalten, daß sie sich bei der Erschließung von Umweltqualitäten auf Situationsmerkmale einschränken und gesellschaftliche Strukturkategorien nicht mehr gedacht werden können. Ein weiterer Einwand bezieht sich darauf, daß die handlungstheoretischen Grundmuster als unabhängig von den lebensweltlichen Kontextbedingungen gedacht werden und deshalb eine dialektische Beziehung von Handlung und Umwelt nicht mehr aufzeigbar ist.

Das 3. Kapitel fragt danach, was die Psychologie zum Thema Belastungen und Probleme im familiären Alltag beizutragen hat. Der Autor gibt einen Überblick über die aktuelle Streßforschung (u.a. werden abgehandelt: die Life-event-Forschung, transaktionale Streßkonzepte, schwerpunktmäßig das Modell von Lazarus, Familie und Streß). Nun ist es sicherlich kaum überraschend, daß wir bei der Streßforschung all jenen Problemen wieder begegnen, die wir in allgemeiner Form schon im vorausgehenden Kapitel

kennengelernt haben, denn die Streßforschung ist in ihren Ausrichtungen nicht weiterentwickelt als die Grundlagenforschung in der Persönlichkeitsforschung. Wichtig halte ich die Kritik am Stressorenkonzept, das »die vielschichtige und komplexe Anforderungs- und Möglichkeitsstruktur, in der das Individuum handelt«, zu einer undifferenzierten Belastungsgröße »verdichtet« (113). Das handelnde Subjekt wird auf ein Raster formaler Handlungsstufen reduziert, in dem die Besonderheit von subjektiver Verarbeitung nicht mehr aufgenommen werden kann. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich darauf, daß transssituative, also gesellschaftsstrukturelle Bedingungen der Streßgenese und -kontrolle nicht thematisiert und analysiert werden.

Das zentrale theoretische Kapitel ist das 4. zur »Problemkonstitution in der Familie«. Wurde Umwelt bisher abstrakt gefaßt, wird sie jetzt als Familie aufgenommen und in den relevanten gesellschaftlichen Dimensionen spezifiziert. Aus der Sicht der einzelnen Subjekte wird nach den Integrationsaufgaben hinsichtlich inner- und außerfamiliärer Beziehungen gefragt. Nach den unterschiedlichen Funktionsbereichen, die Familien nach innen und außen zu erfüllen haben, werden Belastungsfelder herausgearbeitet (z.B. Familienerziehung, Partnerschaft, materielle/ökologische Bedingungen, Schule/Ausbildung, Beruf, Freizeit, Verwandtschaft). Sie ergeben für jedes Familienmitglied ein je spezifisches Anforderungsprofil, also deren objektive Umwelt. Deren Analyse ist ebenso notwendig wie die Erhebung der Erwartungen, Bedürfnisse, Kompetenzen, Relevanzstrukturen und Handlungslogiken der Subjekte. Das Gefüge des Zusammenwirkens von objektiven und subjektiven Bestimmungselementen des Handelns wird zum Gegenstand der Lebensweltanalyse. Das Interesse von Buchholz richtet sich auf die Konstitution von familiären Problemen und auf die Analyse der jeweils gewählten und verfügbaren Bewältigungsmuster. Für ihn sind Probleme und Belastungen bestimmbar als *Bruchstellen* in den inner- und außerfamiliären Bezügen. Sie treten dann auf, wenn die Ziele/Erwartungen und Kompetenzen auf dem Hintergrund der Relevanzstrukturen des Individuums nicht den Anforderungen und Möglichkeiten der Umwelt entsprechen« (126). Beim bewältigenden Umgang mit Problemen und Krisen, die sich an Bruchstellen ergeben, werden subjektive Ressourcen sichtbar. Doch zugleich lassen sich in subjektiven Deutungsmustern und Handlungsversuchen objektive gesellschaftliche Handlungsbedingungen identifizieren. Speziell an Prozessen der sozialen Mobilität macht Buchholz diesen Zusammenhang transparent.

Im zweiten Teil des Buches greift der Autor auf das Fallmaterial zurück, das im Rahmen eines umfangreichen Forschungsprojektes über Familienprobleme in Abhängigkeit von ökologischen Lebensbedingungen entstanden ist. In der Fallstudie der Familie Wechselberger geht es schwerpunktmäßig um den von dieser Familie gelebten konkreten Aneignungstypus sozialer Mobilität. Es ist schade, daß Buchholz in seinem Schlußkapitel auf die praktischen Konsequenzen seiner Studie nicht mehr eingeht. Das konnte man eigentlich erwarten, nachdem die einleitende Begründung für die gesamte Arbeit vor allem von praktischen Defiziten der heute vorherrschenden Beratungsarbeit ausging (mittlerweile liegt allerdings das Ende 1984 im Campus Verlag erschienene Buch der gesamten Forschungsgruppe vor, in dem auf die praktischen Folgerungen aus dem durchgeführten Projekt eingegangen wird: »Lebenswelt und Familienwirklichkeit. Studien zur Praxis der Familienberatung« von W. Buchholz, W. Gmür, R. Höfer und F. Straus).

Heiner Keupp (München)

Kurthen, Hermann: Politische Ökonomie und Persönlichkeitstheorie. Aneignung und Individualität in der bürgerlichen Gesellschaft. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1985 (245 S., br., 30,- DM)

Es geht nicht nur um eine Grundlegung zur positiven Ausarbeitung von »Aneignung und Individualität in der bürgerlichen Gesellschaft«, sondern auch um die als »Versuch

der Annäherung« (121) beschriebene Aufhebung der zumeist psychoanalytisch oder anthropologisch angelegten Persönlichkeitstheorien im Fluchtpunkt der Marxschen »Kritik der Politischen Ökonomie«, die als kritische Gesellschaftstheorie verstanden wird. Es handelt sich also auch immer um den Versuch sozialwissenschaftlicher Transformation, mit der das wissenschaftliche und politische Überleben dieser theoretischen Auffassung gesichert werden soll. Wie notwendig diese Bemühungen sind, zeigt Kurthen in der Kritik an älteren und neueren z.T. »freudomarxistischen« Persönlichkeits- bzw. Subjekttheorien (von Reich, Fenichel, Bernfeld, Fromm über Adorno/Horkheimer bis hin zu Dahmer u.a.) und in der Auseinandersetzung mit materialistischen Theorieansätzen (Sève, Althusser, Leontjew, Rubinstein, Röhr, Rexilius, Holzkamp/Osterkamp, Keiler u.a.). Er handelt dabei aus der Erkenntnis heraus, daß die »Kritik der Politischen Ökonomie« solange nicht als historisch und logisch-systematisch gesättigte Gesellschaftstheorie »Anerkennung« findet, wie sie nicht als radikale Kritik verfährt, die auch ihre eigenen Maßstäbe nicht unberührt läßt. Tut sie das nicht, d.h. wird ihr etwa nur eine eschatologische Kraft zugewiesen (vgl. 162, Anm. 2), droht sie zur »Ideologie« zu verkommen und verliert mit ihren überdimensionierten Geltungsansprüchen die konkrete Wirklichkeit aus dem Blickfeld.

Solchen »Gefahren«, die den Marxismus immer wieder in seiner bisherigen Wirkungsgeschichte wissenschaftlich und politisch einholten, will Kurthen in seinem Projektierungsvorschlag einer materialistischen Persönlichkeitstheorie entgehen.

Kurthens Kritik an Kurzschlüssen bisheriger Persönlichkeitstheorien entspricht der aktuellen Forderung nach einer Wiedergabe und Sichtung des gegenwärtigen Diskussionsstands und ist von daher verständlich und gerechtfertigt, aber er übersieht allzu leicht die historisch jeweils wirksamen Wissenschaftszusammenhänge, etwa wenn die Aufhebung der Psychoanalyse innerhalb einer materialistischen Persönlichkeitstheorie gefordert wird (46). Trotzdem habe ich diesen theoriekritischen Teil gewinnbringend als Versuch gelesen, Ballast abzuwerfen, um zu den Kernfragen einer materialistischen Persönlichkeitstheorie vorstoßen zu können.

In dem Abschnitt »Aneignung und Sozialisation« wird der Aneignungsbegriff als Schlüssel zur Rekonstruktion des Verhältnisses der Menschen zur Natur und Gesellschaft analytisch ausgebreitet. Auf einer sehr allgemeinen und abstrakten Ebene werden hier Bestimmungen entwickelt, die zugleich auch wissenssoziologische und theoriegeschichtliche Dimensionen der Aneignung reflektieren, um dadurch die verschiedenen Seiten des Verhältnisses des Menschen zur Natur und zur Gesellschaft bzw. Geschichte formbestimmt erfassen zu können.

In dem Abschnitt über »Aneignung und Persönlichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft« untersucht Kurthen auf der Grundlage einer gründlichen Marxexegese die Aneignungsbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft. Ausgangspunkt ist eine dreifache Entfremdung als Strukturmerkmal der IndividualitätSENTWICKLUNG, der als »Klassenindividuen« verstandenen Lohnarbeiter. Von zentraler Bedeutung ist die Lohnarbeit, hier gefaßt im Sinne einer spezifisch formbestimmten gesellschaftlichen Aneignungsbeziehung von Mensch und Natur, ergänzt durch die beiden Aneignungsdimensionen des gesellschaftlichen Austauschs und der Konsumtion. Die den drei »Hauptdimensionen« entspringenden »sozialen Charaktere« machen nach Kurthen in ihrer widersprüchlichen Gesamtheit die Klassenspezifität der Persönlichkeitsentwicklung von Lohnarbeitern aus.

Im letzten Teil versucht Kurthen, seine Ausführungen zum klassenbestimmten Aneignungsverhalten mit den konkreten empirischen Entwicklungstendenzen der modernen bürgerlichen Gesellschaft am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland auf einer »ersten, noch groben Ebene der Darstellung« (207) zu verknüpfen. Thesenhaft geschieht dies am Beispiel der beiden Sphären von »Arbeit« und »Nichtarbeit«, in denen neben den klassenspezifischen Zwängen auch »Spielräume« der Persönlichkeitsentwicklung

der »Lohnarbeiter als Klassenindividuen« ausgemacht werden. In diesem Abschnitt, der u.a. auch die Wertewandeldiskussion (Postmaterialismus, Neuer Sozialisationstypus) streift, herrscht eine deterministische Beziehung von Arbeit und Nichtarbeit vor, obwohl betont wird, daß auch letztere die materiellen Produktivkräfte rückwirkend stimuliere. M.E. wird mit solchen Bemerkungen die offenkundige Gewichtsverlagerung etwa im Verhältnis von Freizeiterfahrungen zu den Erfahrungen in der Arbeitswelt nicht zureichend erfaßt, gerade die in diesem Zusammenhang zitierte Literatur (z.B. Becker-Schmidt) verweist ja auf ein ganz spezifisches Arrangement der (alternativlosen) Arbeit mit der Freizeit als Kritikpotential, das auf die Veränderung der arbeitszentrierten Gesellschaft bzw. der Basis der Lebensproduktion, der »Zwangsarbeit« (211), drängt.

Ausgeschlossen ist bei Kurthen dieser wirkungsmächtige Einfluß der Nichtarbeit auf die Persönlichkeitsentwicklung in seinem abschließenden Forderungskatalog für das Projekt einer materialistischen Persönlichkeitstheorie nicht. Da sollte sich der Leser auch nicht von den oft sehr bestimmten Formulierungen (»gesicherte Erkenntnisse«) täuschen lassen, sondern die Betonung auf den »Versuch einer Annäherung an das komplexe Problem der Vermittlung von gesellschaftlicher und individueller Entwicklung« (121) legen.

Thomas Hahn (West-Berlin)

Baethge, Martin, Harald Schomburg und Ulrich Voskamp: Jugend und Krise — Krise aktueller Jugendforschung. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1983 (250 S., br., 18,- DM)

Die im Titel postulierte »Krise aktueller Jugendforschung« ist in der Tat Realität. Diese Krise ist allerdings so aktuell beileibe nicht, sondern mittlerweile eher schon chronisch. 1966 — ein Jahr vor dem Aufbruch der Hippies und Studenten — konstatierte z.B. Viggo Graf Blücher, daß »Anpassung das dominante Verhaltensmuster (der Jugend) ist. (...) Damit gelingt es der Gesellschaft, die Nachfolger zu bejahenden Mitspielern im Sinne des vorgefundenen Systems zu gewinnen.« Das prognostische Potential von Jugendforschung ist mittlerweile nicht besser geworden, ebensowenig das empirische und auch nicht das kategoriale Grundverständnis von jugendlichen Lebenswelten.

Die Göttinger Studie hat es denn auch nicht schwer, die wissenschaftlichen Theorieansätze und empirischen Studien zur Jugendsoziologie auf Defizite und Schwachstellen abzuklopfen. Das Augenmerk der Autoren richtet sich auf drei thematische und methodische Schwerpunkte: a) repräsentative Studien der Umfrageforschung zu Einstellungen, normativen Orientierungen von Jugendlichen und zum »Wertwandel« (Kapitel 2); b) Untersuchungen über die Bewußtseinswirkungen der beruflichen Sozialisation in der betrieblichen Ausbildung (Kapitel 3) und c) neuere Theorien über den Entwicklungsprozeß von Jugendlichen, wie sie — mit der größten publizistischen Resonanz — etwa die Theorie Ziehes vom »Neuen Sozialisationstypus« darstellt (Kapitel 4).

Im Vordergrund der Arbeit, die im Auftrag des DGB ausgeführt wurde, steht indessen die Untersuchung, was in den jugendsoziologischen Werken an Erkenntnissen über das Arbeitsverhalten und die Haltung der Jugendlichen gegenüber der Arbeitswelt aufscheint. Die Autoren kommen zu folgendem, wenig überraschendem Resultat: »So wenig also nach der Mehrheit der Studien Jugend von Krise betroffen ist, so wenig spielt *Arbeit* für sie eine wichtige Rolle, weder als sozialstrukturelles Differenzierungskriterium noch als konkreter Inhalt gegenwärtigen oder zukünftigen Lebens.« (209)

Der Forschungsbericht des SOFI ist informativ, kritisch und in seiner Auseinandersetzung mit der herrschenden Jugendsoziologie perspektivisch konstruktiv. Ein Mangel, wenn nicht schon ein Ärgernis ist, daß der Titel des Buches eine Breite des Untersuchungsgegenstandes verspricht, die die Ausführungen nicht einhalten; im Grunde geht es einzig um das Verhältnis der Jugend zur Arbeit.

Walter Hollstein (West-Berlin)

Reichertz, Jo (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion. Stauffenburg Verlag, Tübingen 1984 (281 S., br., 68,- DM)

Alle Beiträge des Bandes sind auf ein gemeinsames Forschungsprojekt bezogen. In ihnen werden unterschiedliche Aspekte des Gegenstandes mit überwiegend qualitativen (statt quantifizierenden), interaktionsanalytischen und hermeneutischen Methoden untersucht. Unmittelbare methodische Wegbereiter sind vor allem Oevermann (»objektive Hermeneutik«) und Soeffner (»sozialwissenschaftliche Hermeneutik«), aber auch Goffmann, Habermas und Alfred Schütz. Alle Beiträge sind lesenswert oder enthalten zumindest lesenswerte Teile. Sie decken unter je verschiedenem Aspekt Mißstände in der Kommunikationsstruktur jugendgerichtlicher Verfahren in der BRD auf, an deren Erhellung offenbar die Justiz teilweise selbst interessiert ist — die Exploratoren erhielten, bei Einverständnis der Beteiligten, Zugang zu den nicht-öffentlichen Verhandlungen (6).

Reiner Seidels Beitrag (4-57) stützt sich auf umfangreiches Datenmaterial aus 51 Verhandlungen, die sowohl statistisch beschrieben werden (Gegenstand der Anklage, Verhandlungsdauer, Verhandlungsergebnis usw.) als auch nach sequenzanalytischen Kategorien (Eröffnung, Feststellung der persönlichen Verhältnisse des Angeklagten usw.). Die Ergebnisse der Sequenzanalyse werden in Schemata typischer Verläufe dargestellt (43-46). Die Untersuchung liefert eine wichtige Orientierungsgrundlage für gezieltere Zugriffe. Jochen Muth (58-110) stellt eine Fallanalyse vor, die — entgegen seiner ursprünglichen Absicht — fast nur aus der Perspektive des Angeklagten erfolgt, was allerdings einleuchtend gerechtfertigt wird (58f.). In der methodisch sorgfältig reflektierten Analyse kommen viele problematische, für den Angeklagten nachteilige Details der Verhandlungsführung zutage. Norbert Schröder (111-149) untersucht die Struktur der Richter-Rechtsanwalt-Interaktion als eine indirekte Ursache von Kommunikationsstörungen jugendlicher Angeklagter. Schröder stützt sich zwar auf die von Oevermann und Mitarbeitern entwickelte Interpretationsmethode, unterzieht sie jedoch auch der Kritik (v.a. 146-148). Jo Reichertz (150-188) knüpft in seinen »Überlegungen zu einer Untersuchungsgrammatik jugendlicher Interaktion« ebenfalls an Oevermann an, und zwar an der Charakterisierung von »Interaktionssystemen ohne eigene Bildungsgeschichte«. Reichertz geht es hauptsächlich um die kritische Auseinandersetzung mit Oevermann — mit dem Ziel, eine alternative Perspektive aufzuzeigen. Hans-Georg Soeffner (189-225) versucht, Grundzüge der Interaktion vor einem (deutschen) Gericht (Strafgerichtsbarkeit) herauszupräparieren. Eines der interessanten, aber auch fragwürdigen Ergebnisse lautet: Die richterliche Entscheidung ist nie unangreifbar, da sie nie eindeutig unter vorgegebene Beurteilungskriterien subsumierbar ist, sondern wesentlich Einzelfall bleibt, was bedingt ist durch die implizit hermeneutische Methode der Rechtsfindung (218). Ehrhardt Cremers (226-274) zeigt, wie sich in der Jugendgerichtsbarkeit Moralität und Legalität, eine pädagogische und eine juristische Komponente verbinden, die beide in eine Theorie der Jugendgerichtsbarkeit einzubeziehen sind. Das Buch erhebt nicht den Anspruch, alle soziokommunikativen Aspekte der Jugendgerichtsbarkeit zu behandeln; dennoch fragt man sich, ob nicht manches mehr Beachtung verdient hätte, z.B. traditionelle soziolinguistische Probleme wie die soziale Herkunft der Angeklagten und ihre sozialisationsbedingten Sprachfähigkeiten.

Ulrich Ammon (Duisburg)

Initiative Sozialistisches Forum (Hrsg.): Diktatur der Freundlichkeit. Über Bhagwan, die kommende Psychokratie und Lieferanteneingänge zum wohlthätigen Wahnsinn. Ça Ira Verlag, Freiburg 1984 (216 S., br., 9,80 DM)

In dieser Aufsatzsammlung, »ein Buch wie Kraut und Rüben« (11), werden nicht nur, wie der Titel zunächst vermuten läßt, Bhagwan und seine Anhängerschaft thematisiert, sondern auch die in neuerer Zeit zu beobachtenden gesellschaftlichen Tendenzen zur Innerlichkeit, zum »eigentlichen Menschen«. Hier bahnt sich eine neue Art von Herrschaft

an: die »Psychokratie«. Sie entsteht »aus dem Selbstwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft« (13). Das Individuum, seinem Anspruch nach selbstverantwortender Staatsbürger, ist realiter auf das belebte Instrument der Staatsbürokratie reduziert, das seine Souveränität allenfalls zum Einwerfen des Wahlzettels gebraucht. Somit wird es prinzipiell überflüssig, zum »lebenden Leichnam« (ebd.). Aus dieser »bürgerlichen Schizophrenie« bietet die »Psychotechnik« einen Ausweg an: Durch »Kontrolle der Seelenmaschine« werden nur die Wahrnehmungen des einzelnen, nicht aber die Verhältnisse, unter denen er leidet, verändert. So bleibt seine Leistungskraft ungebrochen erhalten und wird auf diese Weise noch gesteigert (24f.). Statt »Diskurs und Vernunft« (9) wird »sprachlose, autoritär anbefohlene Einfühlung ins »Prinzip Leben« (ebd.) eingeübt. Es scheint, als hätte es die Aufklärung nie gegeben.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil beschäftigen sich R. Reiche, M. Berger, B. Heidtke, P. Thielen, J. Bruhn und G. Walterspiel mit »Bhagwans Ashram Bewegung«. Gezeigt wird, daß der Rückzug in die Innerlichkeit die Fähigkeit zu vernünftigem Denken und damit zur gesellschaftlichen Kritik und Veränderung abschafft. Der einzelne vegetiert nur noch als »zuckendes Reflexbündel« und »autistische Amöbe« dahin (68). Der zweite Teil enthält Beiträge von Th.W. Adorno, M. Horkheimer, E. Pozzi, A. Béjin, W. Pohrt und A. Szepanski, die für eine Analyse therapeutischer Gemeinschaften, den »spirituellen Tropf, an dem die sozialen Dauerpflegfälle hängen« (139), nützlich sein sollen. Unfähigkeit, das eigene Leben verantwortlich zu gestalten, treibt das Individuum »in die suchartige Verfallenheit an die Gruppe« (ebd.), was erst recht dessen sozialen Tod bedeutet und die Verhältnisse, denen es zu entkommen trachtet, noch verstärkt. Im dritten Teil, »Lieferanteneingänge zum wohltätigen Wahnsinn«, werden von den Autoren der Initiative Sozialistisches Forum die Konsequenzen einer »ganzheitlichen Philosophie« reflektiert, wie sie z.B. in der Friedens- und Ökologiebewegung vertreten wird. Auf Grund der neuen Wiederherstellung der Einheit von »kalter ratio« und »heißer emotio«, deren Trennung die Ursache allen Übels der modernen Industriegesellschaft sei (171), wird zum alleinigen Maßstab des Änderungswillens des einzelnen ausschließlich die eigene innere Gemütslage, und der objektive Gegenstand der Kritik geht verloren (173).

Die Aufsatzsammlung zeichnet sich durch die Fülle der Thematik aus. Der im Vorwort postulierte Anspruch, zu zeigen, »daß es mehr Sannyasins gibt als Menschen, die Malas um den Hals tragen und orange sich uniformieren« (12), wird erfüllt. Statt, wie in vergleichbarer Literatur üblich, die zum eigenen Selbst aufbrechenden Individuen als sozial randständig zu disqualifizieren, wird die breite Basis dieser Geisteshaltung klar erkannt sowie auf deren gesellschaftliche Ursachen zurückgegriffen. Fraglich bleibt, ob die »lebenden Leichname« tatsächlich so inaktiv sind, daß soziale Veränderung notwendig ausbleiben muß. Extreme Gruppierungen weisen schon durch ihre bloße Existenz auf soziale Widersprüche und thematisieren diese. Insofern haben sie auch Aufklärungscharakter und damit in gewisser Weise ein veränderndes Potential.

Die Wahl der Begriffe (»therapeutischer Okkultismus« oder »kollektiver Autismus«) ist sehr originell und treffend, doch bleiben sie meist undefiniert. Sie werden dem Bereich der Psychologie entlehnt, aber nicht adäquat verarbeitet. Zudem machen die Autoren, besonders J. Bruhn, durch zynische Begrifflichkeit ihre negative Einschätzung gegenüber den Selbst-Suchern allzu deutlich. Mehr Sachlichkeit wäre hier angebracht. Auch verwundert es, daß J. Bruhn unreflektiert die »Gehirnwäsche-Theorie« anerkennt (78, 86ff.), als wüßte er nicht um die in Fachkreisen darum heftig geführte Diskussion. Dennoch ist die Aufsatzsammlung ein äußerst empfehlenswertes Buch, da sie die Problematik der »Jugendreligionen« als gesamtgesellschaftliche erkennt und thematisiert.

Yvonne Karow (West-Berlin)

Erziehungswissenschaft

Wirth, Hans-Jürgen: Die Schärfung der Sinne. Jugendprotest als persönliche und kulturelle Chance. Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt/M. 1984 (237 S., br., 24,80 DM)

Verschiedene Protestbewegungen und Subkulturen von Jugendlichen haben eines gemeinsam: die Stigmatisierung durch die Erwachsenen, durch die etablierte Gesellschaft, aus der jene sich (meist bewußt) ausgrenzen. So entschieden sich solche Kulturen oft als Alternativen, als Gegenbewegungen konstituieren, so sehr sind sie noch in ihren ureigensten Besonderheiten von der Gesellschaft geprägt, deren »Produkt« sie schließlich sind. Dies in doppelter Weise: einmal in dem Sinne der Negation, daß das Bild bestimmter Jugendkulturen bestimmt wird durch Züge, die sich gezielt gegen Erscheinungen der jeweiligen Gesellschaft richten, dieses Bild mithin ex negativo durch jene Eigenschaften bestimmt wird. Weiterhin sind bestehende Gesellschaften und die Protestbewegungen und Subkulturen ihrer Jugend nicht nur als einfache Negation, sondern auch im Sinne einer Projektion aufeinander bezogen. Je mehr die herrschenden Formen gesellschaftlicher Reproduktion vom Individuum die Verleugnung ganzer Teile seines Ichs fordern, je mehr die Prinzipien des ökonomischen Lebens für die angepaßten Erwachsenen die Unterdrückung weiter Teile ihres Gefühls- und Triebens tatsächlich mit sich bringen, um so mehr suchen diese nach Ventilen. Auf dieser Folie deutet Wirth jugendliche Subkulturen als Repräsentanten des kollektiv Verdrängten: »Was die einen verdrängen, leben die anderen stellvertretend für sie aus.« (8)

In der Projektion kollektiv versagter Wünsche auf die Jugend schaffen sich die Etablierten durch teilweise Identifizierung Gelegenheit zu relativ schuldfreier Ersatzbefriedigung; zugleich erlaubt die Stigmatisierung und Zurückweisung der jugendlichen Lebensformen und -anschauungen die Abfuhr von Selbstbestrafungstendenzen und die Beschwichtigung von Selbstzweifeln und -vorwürfen. »Die Bestrafung der normwidrigen Minderheit bedeutet nichts anderes als die externalisierte Selbstbestrafung der normgerechten Mehrheit.« (9)

Wirth will nicht nur das sozialpsychologische Funktionieren dieses Prozesses der Ausgrenzung von Jugend als Sündenbock und Projektion unerfüllter Bedürfnisse beschreiben, sondern auch dessen Folgen für die Betroffenen. Die besondere Situation der Jugend in biologischer, psychischer und sozialer Hinsicht prädestiniert diese in besonderer Weise für das Ausleben von Konflikten; zugleich bringt die Adoleszenz auch neben der Ablösung von der Familie, der Umstrukturierung der Persönlichkeit vom Kind zum Erwachsenen, in die damit einhergehenden psychischen Veränderungen der Identitätsbildung eine besondere Offenheit für neue Verhaltensweisen und Einstellungen. Dabei deutet Wirth gerade einige als »regressiv« beschriebene Prozesse insofern produktiv, als sie die Umformung mißlungener Aneignungsvorgänge früherer Lebensphasen ermöglichen und somit der gewiß starke Einfluß der frühkindlichen Entwicklung doch relativiert wird. Insofern erblickt Wirth für die Jugendlichen in dem dargestellten Prozeß neben der gesellschaftlich auferlegten Rolle zugleich eine Chance, die er bereits im Buchtitel benennt: In der Artikulation von Protest als Subkultur können Jugendliche sich von der Selbstverständlichkeit der Tradition emanzipieren, können lernen, ihrer Unzufriedenheit, ihren Hoffnungen und Sehnsüchten kreativ Ausdruck zu verleihen, Gegenvorstellungen zu schaffen, darin zugleich Identität zu finden. So kann langfristig wirksam Sensibilität für Konflikte und Problemfelder der gesellschaftlichen Wirklichkeit geschaffen werden.

Auf dem Hintergrund dieser Thesen analysiert Wirth beispielhaft einzelne Jugendkulturen, wobei die dargestellten allgemeinen Zusammenhänge in der Erhellung einzelner Züge der westdeutschen Jugend der fünfziger Jahre, der Hippiebewegung und (m.E. be-

sonders gelungen) der Punks konkretisiert werden. Dabei gelingen Wirth zahlreiche überzeugende Einzelbeobachtungen. Der Autor zeigt stellenweise, daß psychoanalytische Interpretationen gerade dann schlüssig sein können, wenn sie in die Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingebunden sind. Andererseits bleiben viele Bemerkungen, die vom Duktus her den Anspruch politischer Verallgemeinerungen tragen, auf der unverbindlichen Ebene persönlicher Meinungsäußerungen; mehr noch stört, daß Interpretationen und Kommentare zu den zweifellos sehr instruktiven Fallbeispielen immer wieder reichlich apodiktisch formuliert sind, wo erkennbar hypothetisches Sprechen angebracht gewesen wäre. Dies ist vor allem deshalb zu monieren, weil das generelle methodische Problem weder diskutiert noch gelöst wird, daß nämlich die Argumentation auf psychoanalytischer Basis oft erst dann fraglos einleuchtet, wenn der Leser sich auf unausgesprochene Grundannahmen eingelassen hat. Walter Kühnert (Ennepetal)

Elger, Wolfgang, Hans-Jürgen Hofmann, Erwin Jordan und Gitta Trauernicht: Ausbruchsversuche von Jugendlichen. Selbstaussagen — Familienbeziehungen — Biographien. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1984 (161 S., br., 36,- DM)

Ausbruchsversuche von Kindern und Jugendlichen sind schon immer ein beliebtes Thema literarischer und filmischer Produktionen. Ein Forschungsteam des Instituts für soziale Arbeit in Münster hat sich zur Aufgabe gemacht, diese teils romantisierenden Beschreibungen auf ihren Realitätsgehalt hin zu befragen und dabei vor allem die Ursachen des Weglaufens von der Familie näher zu beleuchten. Diese krisenhaften Ablösungsprozesse beziehen sich überwiegend auf die Familie, erscheinen aber häufig auch in Heimen.

Die vorliegende Arbeit ist die Zusammenfassung des Forschungsberichts. Die Autoren haben den weiten Themenkomplex sinnvollerweise auf die Altersgruppe der Jugendlichen (14-18 Jahre) und auf die familiären Faktoren der Verursachung beschränkt. Sie wählen bewußt einen familiensoziologischen Ansatz, der neben den Familienkonstellationen eine biographische Perspektive bei der Rekonstruktion von Ausbruchsversuchen vertritt. Dementsprechend haben sie sich methodisch für offene Interviewverfahren entschieden, die eher einen genaueren Einblick in Lebensgeschichte und familiäre Hintergründe der befragten Jugendlichen zulassen, als dies mit standardisierten Verfahren möglich wäre. Anhand der durch diese methodische Vorgehensweise gewonnenen Daten werden typische Verlaufsformen von Fluchtversuchen aus Familien dargestellt. Fallstudien illustrieren die jeweiligen Typen sehr anschaulich. Weiterhin werden Typologien von Familiensystemen beschrieben, in denen bestimmte familiäre Bedingungen, wie Beziehungsmodi und Verhaltenskontrolle, in Assoziation zu Ausbruchsverhalten gesetzt werden.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegt in einem geschlechtsbezogenen Problemzugang, wobei die Situation von Mädchen in Familien und ihre Versuche des Ablösens in Form von Ausbruchsversuchen ausführlich unter Einbeziehung gesellschaftlicher Bedingungen dargestellt wird. Anhand von Fallbeispielen wird u.a. die besondere Bedeutung von Mädchen in Ein-Elternteil-Familien unter dem Aspekt des sexuellen Mißbrauchs und der Doppelmoral sowie bikultureller Sozialisation betont.

Zum Schluß ihrer Arbeit greifen die Autoren sozialpädagogische Maßnahmen auf, die in Form von Prävention, z.B. in Elterngruppen, oder von Intervention, z.B. familienergänzende Maßnahmen, eine Perspektive für ein Mehr an Verständnis für die Situation der Jugendlichen erschließen sollen.

Die solide Forschungsarbeit zeigt die Notwendigkeit des Einbezugs von familiensoziologischen Ansätzen für sozialpädagogische Fragestellungen auf. Dabei werden gesellschaftliche Bedingungen nicht außer acht gelassen. In dieser Hinsicht ist es ein sehr empfehlenswertes Buch.

Unzureichend sind jedoch die methodologischen Probleme qualitativer Forschungs-

methoden behandelt. So ist das Problem, wie die beschriebenen Typen konstruiert sind, nach welchen Kriterien eine Kategorisierung vorgenommen wurde und wie valide diese ist, übergangen worden. Es offenbart sich dabei jenes Dilemma qualitativer Methoden, sehr viele Anweisungen über die Phase der Datenerhebung geben zu können, jedoch den Bereich der Datenauswertung bzw. der Interpretation qualitativer Ergebnisse zu vernachlässigen. So zeigt sich gerade bei der vorliegenden Untersuchung das Problem, zwischen typischen Verläufen, im Sinne von »häufig vorkommend« und Strukturtypen als sinnadäquaten Gebilden unterscheiden zu können. Hier besteht forschungsmethodisch generell ein Nachholbedarf.

Stefan Aufenanger (Mainz)

Packard, Vance: Verlust der Geborgenheit. Unsere kinderkranke Gesellschaft. Was die Vernachlässigung der Familie für unsere Kinder und die Zukunft der Gesellschaft bedeutet. Scherz Verlag, München 1984 (351 S., Ln., 34,- DM)

Nachdem 1984 die Schrift »In Verteidigung der bürgerlichen Familie« von den »Neokonservativen« B. und P.L. Berger in deutscher Übersetzung erschienen ist, liegt nun eine zweite, populärwissenschaftlich gehaltene Veröffentlichung vor zum angeblichen Zerfall »intakter Familien, wo die Kinder unter der Obhut einfühlsamer, liebevoller Eltern aufwachsen« (12).

Das Buch von Packard (USA 1983) ist ein Plädoyer für die (wenn möglich, dann durch die Großeltern ergänzte) Familie (78f.). Zugleich soll sich die Frau ihrer »Fürsorgeinstinkte« (128) bewusst werden und ihre von feministischen Strömungen (39f., 44) mitinduzierten »Schuldgefühle der Nur-Hausfrau« (49) abbauen. Hier schlagen Vorstellungen durch, die Schnittflächen mit dem US-amerikanischen traditionalistischen »Pro-Familia-Lager« verdeutlichen. Affinitäten zum »Neokonservatismus« zeigen sich dort, wo Packard neuere Wertewandlungen als Werteverlust oder -zerfall interpretiert (22, 35, 42, 116), oder wo er dazu neigt, im Rahmen einer Kritik von — nicht selten wohlfahrtsstaatlichen — Großorganisationen (54, 82) im Reproduktionsbereich, die Probleme auf kleine private Netze abzuwälzen. Die Argumentation ist oftmals nur schwer einzuschätzen.

Unter dem Titel des »Kult(es)« der »Ich-Zuerst-Philosophie« (42) werden sehr unterschiedliche Phänomene subsumiert: sowohl die Karriereorientierungen der amerikanischen Jagd nach Erfolg als auch die Distanzierung der Frauen gegenüber ihren (gesellschaftlich zugeschriebenen) Rollenmustern, die nicht selten eine biologistische Weihe erfahren. Packard zählt eine Vielzahl realer sozialer Probleme auf (Drogen, Kriminalität, Satellitenstädte etc.), die er mit dem Zerfall der Familie in Verbindung bringt (22). Die Schuldzuweisungen fallen dann aber recht einschlägig aus: die Frauen neigen zu veränderten Rollenverständnissen, strömen auf den Arbeitsmarkt und emanzipieren sich (43). Der analytische Gehalt der Argumentation muß als ausgesprochen fragwürdig gelten. Hat die in den USA enorme Umzugshäufigkeit, bei der Packard eine Korrelation von Mobilitäts- und Scheidungsrate feststellt (66), nicht auch etwas mit dem (erwerbswirtschaftlich bedingten) Zwang zur Statusdarstellung in Amerika zu tun? Hat die herausgestellte Zerstörung des »individuelle(n), psychische(n) Wohlbefinden(s)« (329) und des Zerfalls »nachbarlicher Gemeinschaften« (329) in den Hochhausvierteln (70f.) nicht auch etwas mit Bodenpreis und Grundrente zu tun? Ist das Massenphänomen des Weglaufens der Kinder als Folge eines »rohen, versoffenen Vaters« (25) durch ein bloßes Plädoyer für Geborgenheit in der Familie, als sei diese ohne jegliche Interdependenz mit den externen gesellschaftlichen Problemen zu denken, gelöst?

Hält der Verfasser, abgesehen »von den Fällen, wo es keine realistische Alternative gibt«, keine öffentliche (staatliche) Hilfe oder genossenschaftsähnliche Selbsthilfeformen zur Betreuung und Erziehung für wünschenswert (324), so findet er andererseits Lob für die Familienpolitik in China, Frankreich, Schweden oder in den osteuropäischen Ländern (317, 323). Dürften seine Vorschläge zur Flexibilisierung der Arbeitszeit

(326ff.) in der Bundesrepublik, zumindest aus gewerkschaftlicher Sicht, auf Skepsis stoßen, so ist seine Forderung nach phantasievoller und sorgfältiger Planung in der Stadtentwicklungspolitik (329f.) auch Programmpunkt sozialreformerischer Positionen. Für wissenschaftliche Zwecke dürfte das Buch nur sehr begrenzte Bedeutung haben; es gibt aber erneut einen Einblick in Diskussionszusammenhänge in den USA, die auch in ähnlicher Form in der BRD zu verfolgen sind. Kritisch dürfte der mögliche Wirkgehalt des Buches im breiten, für »Zeitfragen« populärwissenschaftlich interessierten Publikum einzuschätzen sein: die Vermischung empirischer Hinweise mit zunächst alltagsplausiblen Interpretationen dürfte sachinadäquaten Problemsichten weiteren Vorschub leisten.

Frank Schulz (Köln)

Laule, Ulrike: Über das Funktionieren einer Erziehung zur Körperlosigkeit. Schmidt-Neubauer Verlag, Lüneburg 1985 (165 S., br., 29,45 DM)

Thema der Arbeit ist die »Einschreibung von Macht im Körper« (9), die heute zu einer Erziehungsangelegenheit geworden ist. Laule verfolgt diese Entwicklung zunächst anhand von Kafkas Parabel »In der Strafkolonie«, die sie überzeugend als Geschichte des Zivilisationsprozesses liest. Den verschiedenen Machttypen, wie sie der neue und der alte Kommandant verkörpern, entsprechen verschiedene Formen der Beziehung der Individuen zur Macht: Die dressierte Stumpfheit des Verurteilten, die gewalttätige Körperorganisation des Offiziers und die von der Präsenz äußerer Zwanges unabhängige Selbstkontrolle des Reisenden. »Einer zunächst buchstäblich körperlichen Einschreibung (Brandmarkung)« folgt »die Skandierung körperlicher Bewegungen nach einem körperfremden, maschinellen Rhythmus (Drill), schließlich — in Abstraktion vom Körper — seine (Selbst-)Beherrschung gerade durch rationalisierende Verdrängung des unmittelbar Körperlichen« (51).

Wie der historische Prozeß der »Trennung vom Körper«, in dessen Verlauf sich als Folge einer Verinnerlichung vormals äußerer Zwänge »neben den Körper als Produkt seiner Spaltung ein ihn beherrschender Geist stellt« (ebd.), sich in einer konkreten Lebensgeschichte niederschlagen kann, wird sodann wieder am Beispiel Kafkas erörtert. Seine Biographie bietet sich nicht nur wegen dem paradigmatischen »Extrem seiner Körperlosigkeit« (53) an, sondern vor allem auch auf Grund der Tatsache, daß er sie selbst immer wieder thematisiert hat. Laule zieht, neben Tagebuchaufzeichnungen und Briefen, vor allem den »Brief an den Vater« heran, um in Kafkas Erziehung die Mechanismen aufzuspüren, die ihn zu dem Schwerpunkt ohne den zugehörigen Körper gemacht haben, als den er sich selbst empfunden hat. Kafka kommt dabei ausführlich zu Wort. Die Autorin setzt behutsame, aber deutliche Akzente: vor allem durch die Auswahl der Zitate und ihre Anordnung, aber auch durch den Hinweis auf Kafkas eigenen Anteil an der Wirkung der väterlichen Erziehung. »Irgendwann tritt ... zu dem 'Nicht-Anders-Können' der Entschluß hinzu, nicht anders zu wollen.« (83) Auch gemeinsame Züge Kafkas mit seinem Vater werden nicht übersehen. Daß die Machtstrukturen und die Mechanismen, die für die Erziehung Kafkas konstitutiv waren — u.a. die Beschämung und Demütigung, die Schaffung basaler Schuldgefühle und die Unterdrückung von Gefühlsäußerungen — auch die heutige schulische Erziehung prägen, wird abschließend zu zeigen versucht.

Die Arbeit bleibt im ganzen eher deskriptiv. Das macht einerseits — besonders in den Passagen über Kafka — ihre Stärke aus, beeinträchtigt aber andererseits die theoretische Stringenz der Argumentation. So bleibt der Begriff der Macht als »Herrschaftsbeziehung« recht allgemein und ist kaum in der Lage, den weitreichenden Vergleich der Machterfahrung bei Kafka mit den Machtstrukturen in der Schule inhaltlich zu tragen. Etwas unglücklich scheint mir auch der Begriff der »Körperlosigkeit«. Foucault, auf den sich Laule beruft, spricht von einer »Spaltung der Macht des Körpers« und trifft damit,

so meine ich, die beschriebenen Prozesse genauer. Es geht ja nicht darum, den Körper ganz auszuschalten, sondern um seine Funktionalisierung, die, laut Foucault, eine vertiefte Unterwerfung mit einer gesteigerten Tauglichkeit für bestimmte Zwecke verkettet. — Leider fällt der Band schon beim ersten Durchblättern auseinander. Ich hätte der gut lesbaren und anregenden Arbeit mehr Haltbarkeit gewünscht.

Volker Schubert (Kumamoto/Japan)

Gamm, Hans-Jochen: Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus. Eine Quellensammlung. 2. Auflage. Mit einer neuen Einleitung und einer Ergänzungsbibliographie. Campus Verlag Frankfurt/M., New York 1984 (491 S., br., 48,- DM)

Zwanzig Jahre nach der Erstauflage im Münchner List-Verlag ist Gamms kommentierte Quellenedition wieder verfügbar, nach wie vor ein Standardwerk, das insgesamt 97 sorgfältig ausgewählte Dokumente zur nationalsozialistischen Erziehungs-ideologie präsentiert, angefangen bei den pädagogischen Vorstellungen in Hitlers »Mein Kampf« bis hin zur »Erklärung über den europäischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus« wenige Tage nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Mit dem Bogen, der sich vom ersten bis zum letzten Dokument des Bandes spannt, ist ein Editionsprogramm bezeichnet, das von den allgemeinen Erziehungsgrundsätzen der maßgeblichen politischen »Dogmatiker« (Hitler, Rosenberg, Frick, Schemm u.a.) und »nationalsozialistischen Pädagogen« (Baeumler, Krieck, Schultz u.a.) eine Linie zieht zu den Konsequenzen, wie sie sich in den rassepolitischen Vorschriften und Erlassen für die »Behandlung der Ostvölker« im letzten Kapitel niederschlagen. Diese Anordnung ist gerechtfertigt, weil die exemplarische Auswahl der Quellen in jedem Bereich nationalsozialistischer Erziehungstätigkeit eindringlich und anschaulich zu demonstrieren vermag, wie sehr es faschistischer Pädagogik um »Wehrerziehung« geht, wie sehr die Einlösung der Parole »Wehrfreudig — Wehrfähig!« (Dok. 69) der Ziel- und Endpunkt ihrer Bemühungen ist. Aus den Dokumenten des Reichserziehungsministeriums, den programmatischen Aussagen über die Bereiche Universität, Schule und Mädchenerziehung wie aus der pädagogischen Aufgabenbestimmung der politischen Organisationen HJ, Reichsarbeitsdienst und NSDAP und der Eliteerziehung in den sog. Ordensburgen geht hervor: Geistige Mobilisierung und moralische Aufrüstung für den geplanten Krieg stehen im Mittelpunkt der »Erziehung zum Deutschen« und bilden die Quintessenz des nicht unerheblichen Beitrags, den nationalsozialistische Pädagogik zur Kriegsvorbereitung leistet.

»Verliert man diese Tendenz aus dem Auge ..., dann läßt sich mit großem Fleiß in der faschistischen Soziallandschaft mancherlei Spezielles ermitteln, z.B. daß der Schulalltag im 'Dritten Reich' nicht immer bedrückend war, sich manche politischen Nischen boten und daß es im KZ nicht ständig grausam zugeht, die Häftlinge manchmal sogar der für sie konzertierenden Lagerkapelle lauschen durften und daß es auch dort Krankenversorgung und feiertags mehr zu essen gab.« (15) Diese polemische Wendung gegen eine in den letzten Jahren um sich greifende Betrachtungsweise trifft prägnant eine Reihe neuerer Untersuchungen nicht nur zum faschistischen Schul- und Wissenschaftsbetrieb und bezeichnet damit Stellenwert und Verdienst von Gamms Quellensammlung für die aktuelle Situation von Faschismusforschung wie politischer Didaktik.

Allen Studierenden und Lehrenden, die sich mit der Präsentation mehr oder weniger partikulärer Einzelheiten aus dem »Dritten Reich« nicht zufrieden geben, kann die Besinnung auf die allgemeinen politischen Ziele, Mittel und Verfahren des deutschen Faschismus anhand dieser Quellensammlung ohne Einschränkung empfohlen werden.

Martin Loiperdinger (Kassel)

Psychologie

Lockot, Regine: *Erinnern und Durcharbeiten.* Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus. Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M. 1985 (386 S., br., 24,80 DM)

Die Autorin dokumentiert die Geschichte der Psychoanalyse und der Psychotherapie anhand der Darstellung der wichtigsten Protagonisten sowie der Institutionen, in denen sich Analytiker und Therapeuten betätigten. Dabei zerstört Lockot die Legende sowohl von der »Liquidierung« der Psychoanalyse durch den NS sowie von ihrer »Rettung« durch die in Deutschland verbliebenen Analytiker vor faschistischer Einverleibung. Sie skizziert den Prozeß der gesellschaftlichen Etablierung der Psychoanalyse, der von ihr abgespaltenen Schulen Jungs und Adlers und der aus der Mental-Health-Bewegung entstandenen psychotherapeutischen Bewegung, von seinen Anfängen bis zu den enormen Fortschritten der Professionalisierung und Institutionalisierung unter NS-Herrschaft: die Gründung und Entwicklung von psychotherapeutischen Gesellschaften, Zeitschriften und Instituten; die Politik der Berufsverbände, den Kampf um kassenärztliche Anerkennung und staatliche Förderung und das Erschließen gesellschaftlicher Praxisfelder gegenüber konkurrierenden Berufsgruppen.

Zunächst drohte 1933 der gesamten Psychotherapie die Abstempelung als »jüdische« Wissenschaft. Daraufhin gründeten die nicht-jüdischen Psychotherapeuten die Deutsche Allgemeine Ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie als nationale Sektion der nun zur internationalen Dachorganisation werdenden »Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft«. Während M.H. Göring, Vetter Hermann Görings und Psychotherapeut, zum »Führer« der »Deutschen Gesellschaft« bestimmt wurde, leitete C.G. Jung nun die Internationale Gesellschaft, die in ihrer Politik im wesentlichen deutsche Interessen vertrat. Der Schweizer Jung diente als außenpolitisches Feigenblatt und trug zur »wissenschaftlichen« Legitimation des Rassismus bei.

Trotz ihres nach Lockot »ursprünglich kritischen Potentials« (7) machten die in Berlin verbleibenden Psychoanalytiker im Bestreben, der Regierung keinen Vorwand zu liefern, Konzessionen (47). Die jüdischen Mitglieder mußten »freiwillig« zurücktreten. »Im Reichsministerium des Innern fürchtete man die Psychoanalyse offenbar weniger, als die anderen therapeutischen Richtungen es taten.« (152) Denn auf Anregung der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums fusionierten die psychotherapeutischen Schulen 1936 und gründeten das »Deutsche Institut für psychologische Forschung und Psychotherapie«, welches die institutionelle Basis darstellte, auf der eine gemeinsame »Neue Deutsche Seelenheilkunde« zwecks Schaffung »heroischer und opferwilliger Gesinnung« (62) entwickelt werden sollte. Nach dem Verschmelzungsprozeß der Schulen konnte der Berufsstand durch machtpolitisches Taktieren professionspolitische Erfolge gegenüber dem Erzrivalen, dem medizinischen Establishment, erringen. Das ab 1939 der »Deutschen Arbeitsfront« unterstellte Institut erweiterte die Anwendungsfelder der Psychotherapie, errichtete Zweigstellen und erreichte eine Erhöhung der Staatszuschüsse. Seine Aufgaben reichten von der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter im industriellen Sektor, der Erhöhung der Wehrkraft der Soldaten, völkerpsychologischen Untersuchungen über mögliche Ansatzpunkte der Kriegspropaganda, der Erziehung im Sinne der Subordination unter und Einordnung in die »Volksgemeinschaft« bis zur Behandlung von Kriegsneurosen, Homosexualität und psychogener Infertilität.

In diesem Rahmen pflegte das Institut u.a. Kontakte zu der HJ, dem BDM, dem Reichskriminalpolizeiamt, dem SS-Lebensborn und einzelnen Mitgliedern der Nazi-Hierarchie. »Während des Krieges wurde dem Institut der besondere Status der 'Kriegswichtigkeit' zuerkannt.« (209)

Nach Lockot besteht »das Ziel der Arbeit darin, emphatische Distanz zur Geschichte

der Psychoanalyse im NS zu gewinnen.« (9) Dadurch will sie die Auseinandersetzung mit der Geschichte zu einem »Prozeß der persönlich-ethischen und beruflich-fachlichen Standortbestimmung werden ... lassen« (36). Dies sei nur aus einer psychoanalytischen Perspektive möglich; die »Potenz erweist sich in der belebenden Wirkung einer gelungenen Deutung ... und der Beachtung menschlicher Handlungen« (17). Doch »auch die Geschichtsschreibung der Geschichte der Psychoanalyse gehorcht den Gesetzen des Unbewußten« (19). So dient der historische Stoff dem Historiker »als Vehikel der eigenen Analyse« (22).

Regine Locket versucht, die Personenzentriertheit ihrer Methode damit zu begründen, daß es sich »um einen Berufsstand, dessen wesentliches Charakteristikum seine Personenbezogenheit ... darstellt«, handle und daß »auch die Quellenlage ... die Personen als Repräsentanten bestimmter Strategien« ausweise (11). »Das Denken in psychoanalytischen Begriffen und der Versuch, davon im Verstehen und Aufspüren historischer Prozesse zu profitieren« (22), verleitet die Autorin, historische Wirkungsverhältnisse auf den Kopf zu stellen. Die von ihr als »Rausch einer agitierten Masse oder kriegerische Aggressivität« bezeichneten Phänomene deutet sie als »mächtige libidinöse Bewegungen«, in deren Gestalt »Triebe hervorgebrochen« seien (26). »NS-Machtherrschaft scheint wie jede andere totalitäre Herrschaft auch zur Regression in längst überwundene Komplexkonstellationen zu verlocken« (28). »Persönlichkeitszüge, die unter normalen Lebensbedingungen kleine Eigenarten sind ..., können unter totalitären Herrschaftsbedingungen sowohl zum Mitläufertum, zur Kollaboration als auch zum Widerstand motivieren.« (29)

Im Gegensatz zum totalitären Faschismus erscheinen Locket die Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft als normal; so leistet sie einen Beitrag zur Entnennung bürgerlicher Herrschaft. Fragen nach der Funktion psychotherapeutischer Praxis zur Normalisierung und sozialen Kontrolle der Individuen sind ebensowenig ihr Gegenstand wie der Aspekt der Kontinuität ihres Gebrauchs zur Herrschaftssicherung in einer »oft genug chaotischen, unübersichtlichen Realität« (27).

Tobias Banaschewski und Hans-Peter Goletz (Marburg)

Fietkau, Hans-Joachim: Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1984 (139 S., br., 19,80 DM)

Walsh, Roger N., und Frances Vaughan (Hrsg.): Psychologie in der Wende. Grundlagen und Ziele der transpersonalen Psychologie. Eine Einführung in die Psychologie des neuen Bewußtseins. Scherz Verlag, Bern, München 1985 (320 S., br., 36,- DM)

Alle reden von der Wende — auch in der Psychologie, so scheint es, ist eine neue Ära angebrochen: Selbst hier findet die »Krise« ihre allgemeinen Bewältigungsversuche in der Rede von dem ökologischen Wertewandel. Die beiden vorzustellenden Publikationen geben diesem Wandel jedoch eine sehr unterschiedliche Richtung.

Im Kielwasser von Fritjof Capras Bestseller »Wendezeit« (1984) erschien nun, übersetzt aus dem Amerikanischen, der Sammelband »Psychologie in der Wende«. Wenn auch der Begriff »Wende« nicht explizit politisch gemeint ist, sondern auf eine neue, mystische und harmonische Ganzheit orientiert, so drückt sich in ihm doch eine fatale Tendenz der Publikation aus: Mit ihrem zentralen Anliegen, die »Transzendente Psychologie« als eine darzustellen, die das »Wesen des Seins« (14) erkundet und so in Bereiche »transzendenter Bewußtseinszustände« (17) führt, entzieht sie sich der Verpflichtung, psychologische Probleme begrifflich zu durchdringen und ihnen eine konflikthafte Realität im Spannungsfeld historisch-gesellschaftlicher, sozialer, politischer und innerpsychischer Problemkonstellationen zugestehen.

Das Buch präsentiert Aufsätze unterschiedlicher Autoren (z.B. von Fritjof Capra und den beiden Begründern der Humanistischen Psychologie Abraham Maslow und Stanis-

lav Grof), die von den Herausgebern nach fünf inhaltlichen Schwerpunkten geordnet sowie jeweils mit einer Zusammenfassung und kurzen Stellungnahme versehen worden sind. Aus dieser Art der Präsentation resultiert jedoch nicht, daß Heterogenes lesefreundlicher gestaltet wird; vielmehr zeigt sich eine, durch Wiederholung ermüdende, Selbstdarstellung der einmütigen Anhängerschaft transpersonaler Psychologie. Transpersonale Psychologie, das meint nach dem Selbstverständnis der Autoren eine Synthese aus »westlicher Wissenschaft« und »östlicher Weisheitslehre« mit dem Ziel, ein Optimum an psychischer Gesundheit« (14) zu erfassen und therapeutisch zu realisieren. Eine Erfahrung sei jedoch nur transpersonal, sofern sie »von einem weit über die Sphäre der Individualität und Personalität hinausgehenden Identitätsgefühl« (ebd.) berichte. Dieses müsse als eine höhere Seinsweise des Bewußtseins betrachtet werden; und weil die Transzendente Psychologie gleich »östlichen Lehren« dieses geistige Prinzip dem materiellen vorzieht (27), verstehe sie sich den westlichen Psychologien gegenüber als Initiator eines neuen Paradigmas, das der erste Teil des Buches erläutert. Der Begriff »Bewußtsein« soll nun herkömmliche Zentralkategorien wie »Trieb« und »Verhalten« ersetzen bzw. erweitern. »Die Natur des Bewußtseins« thematisiert der zweite Abschnitt: Es gehe darum, das Ego, die Individualität im »reinen Bewußtsein« aufgehen zu lassen. Diese »Disidentifikation« (62), d.h. Überschreitung bzw. »Transzendierung« von Raum, Zeit und Persönlichkeit (65), führe den Menschen bis zur »universalen Verbundenheit und Ganzheit der Natur« (71). Das Bewußtsein durchlaufe dabei verschiedene Stufen bis zur Erfahrung des »mystischen Zustandes«, wo der Geist alle Dualismen mit dem Materiellen überwunden habe. Als Beleg für die Existenz transpersonaler Erfahrungen werden Versuche mit LSD herangezogen (vgl. 109).

Im dritten Teil »Psychische Gesundheit — Ost und West« erheben die Autoren die Transzendierung individueller Begierden, Aversionen und Ängste (139) sowie die Befriedigung sog. geistiger »Metabedürfnisse« zum Maßstab »wahrer« Gesundheit. Den Weg zu ihr soll Meditation erschließen; diese wird im vierten Teil »Therapien im Vergleich« als Grundlage (nicht Ersatz) herkömmlicher Therapieformen behauptet. Überhaupt will Transpersonale Psychologie (so das Kapitel »Der Wandel zieht Kreise — Implikationen für andere Disziplinen«) differierende Ansätze nicht verdrängen, sondern alle diese Bewußtseinsstufen zu einem harmonischen Ganzen integrieren, um ihnen quasi die Krone des höchsten Bewußtseins aufzusetzen. M.E. läuft diese Art der Psychologie auf die Legitimation des beliebig Bestehenden hinaus. Ihre außergewöhnliche Attraktivität für viele erlangt sie durch eine Übersteigerung des modernen Individualismus und Narzißmus; für sie ist die Welt schon fertig eingerichtet, braucht nicht hinterfragt oder gar verändert, sondern nur noch vom Ichgefühl überschwemmt zu werden. So bleibt als Kern dieser sog. »New-Age«- oder auch »bootstrap-Psychologie« eine Mode real ohnmächtiger Omnipotenzwünsche übrig; und es nimmt nicht Wunder, daß sie traditionsreiche Begriffe wie »Transzendenz« oder »Mystik« aufbläht, ohne ihnen eine feste Grundlage geben zu können.

Im Gegensatz zu diesem falsch-harmonistischen Ganzheitsdenken wählt Hans-Joachim Fietkau einen theoretisch-politischen Weg, um ökologischem Denken in der Psychologie mehr Gewicht zu verleihen. Daß er dabei dem (stets mit in Frage stehenden) »alten« Wissenschaftsideal verpflichtet bleibt, kommt angesichts der inhaltlich anregenden Argumentation nur dann als Mangel zum Tragen, wenn der Text, statt zu begründen, mit positivistischem Instrumentarium und starker Textgliederung arbeitet.

Einleitend stellt der Autor sein Anliegen vor: Gerade im Bereich ökologischen Denkens habe ein gesellschaftlicher Wertwandel stattgefunden, den es aus psychologischer Perspektive zu untersuchen gelte (11). Unter »2. Umweltpsychologie und Umweltkrise« findet sich zunächst eine übersichtliche Darstellung der Theoriegeschichte und neuerer Tendenzen. Es folgt (»3. Die Bereitschaft, Neues zu denken«) eine Untersuchung möglicher

cher Ursachen der Ausweitung antiautoritären Denkens zu einem gesellschaftlichen Wertwandel, d.h. hier, einer Bereitschaft der Öffentlichkeit, sich mit Umweltfragen zu befassen (20).

Fietkau diagnostiziert, daß an die Stelle materieller Werte wie Wohlstand, Wachstum, Ordnung etc. »postmaterielle« Werte getreten sind; diese lassen sich durch Hinwendung zu Privatheit, Humanität, Selbstentfaltung und Irrationalität charakterisieren. Zur Erklärung des Wandels folgen drei Thesen: Er sei Resultat eines Verlustes von 1. Handlungskompetenz, 2. Prognosekompetenz und 3. Überschaubarkeit sowie Reversibilität (vgl. 25). Der einzelne habe durch den schnellen kulturellen und sozialen Wandel immer weniger Möglichkeiten, seinen Lebensraum zu begreifen, mitzugestalten und die Folgen des eigenen Handelns zu beeinflussen. Wertwandel richte sich, so Fietkau, gegen solche Entmündigungstendenzen: Anders als individuelle Einstellungs-Veränderungen verursahe er, daß gesellschaftliche, ökologisch-ökonomische Ziele sich ebenso verändern wie die Prozesse der Zielerreichung (vgl. 26ff.). Dazu gehören: die Zunahme von Prozeßbewußtsein, Protest- und Experimentierbereitschaft sowie ein Wandel in der Naturauffassung bzw. dem ökonomischen Denken. Im Kapitel »4. Entstehungsbedingungen neuer Werte« klassifiziert Fietkau fünf Hypothesen, fünf Versuche psychologischer Theorien, die Entstehung von Neuem zu erklären. Nach der Darstellung kognitionstheoretischer, bedürfnis- und motivationspsychologischer sowie symboltheoretischer Positionen folgt die eigene, handlungstheoretische Erklärung des Autors: »Ökologische Werte entstehen durch sich ändernde Bedingungen menschlicher Handlungsmöglichkeiten.« (55) Werte seien »Steuerungsinstrumente« des Handelns, also des Problem- und Aufgabenlösens (66); deshalb mache das Scheitern etablierter Problemlösungen den Versuch notwendig, über kognitive Steuerungsmechanismen die dem kognitiven System entzogenen (weil gewohnheitsmäßig vollzogenen) Handlungsabläufe bewußt zu machen und zu verändern (70). Gerade antiautoritärer Protest und postmaterielle Werte versuchten derart, die Kontrolle über das eigene Handeln zurückzugewinnen. Diese These belegt der Teil »5. Umweltbewußtsein im Spiegel empirischer Erhebungen« mit statistischen Datenanalysen und Beispielen. M.E. wäre es im Rahmen der Argumentation interessanter gewesen, diesen Tribut an das traditionelle Wissenschaftsverständnis in der Psychologie nicht zu leisten und die These weiter auszuführen, hinein in das Feld gesellschaftstheoretischer Erklärungen. Statt dessen findet man jedoch einige (sicher nicht uninteressante) Daten z.B. zur politischen Äußerung von Umweltprotest und zur Charakteristik von Befürwortern der Friedens- bzw. Umweltbewegung.

Unter »6. Umweltlernen« und »7. Experimentiergesellschaft« erläutert Fietkau schließlich, wie das Ziel, die natürliche Umwelt handhabbarer zu machen, politisch und gesellschaftlich umsetzbar sein könnte: Es muß ein soziales Klima, es müssen gesellschaftliche Mechanismen geschaffen werden, die Umweltlernen begünstigen (114). Unter Umweltlernen versteht der Autor ein bewußtes, handlungsorientiertes Lernen durch unmittelbare Anschauung zwecks Erwerb von Umweltkompetenz (108). Nur in einer Experimentiergesellschaft, welche die neue Denkweise fördert und sozialen Experimenten Raum läßt, könne Umweltlernen sich entfalten. Eine solche Gesellschaft benötige vor allem auch die Etablierung von Technologiefolgeforschung zur Technologiekontrolle und eine partizipationsorientierte, an gemeinschaftlich aufgestellten Zielen ausgerichtete umweltpolitische Planung.

So konsequent und wichtig dieser Versuch ist, dem ökologischen Wertwandel gesamtgesellschaftlich Geltung zu verschaffen, so dunkel bleiben die angestrebten Ziele im einzelnen und der politische Weg im ganzen. Dies kann als eine Folge der vorsichtigen Haltung Fietkaus vermutet werden: Wo immer Werturteile politischen Positionen gegenüber gefordert wären, hält er sich zurück; mögliche gesellschaftlich-politische oder auch theorieimmanente Widersprüche werden allenfalls angedeutet, nicht aber in ihre Konsequenzen

zen hinein durchdacht. Zu rechtfertigen ist eine solche Gegenstandsflucht nur teilweise mit dem Hinweis, daß der Autor die handlungstheoretische, konsensorientierte Herangehensweise einem Konfliktmodell vorzieht. Ein offenerer Ausweis des eigenen theoretischen Hintergrundes wäre wünschenswert gewesen. Dennoch: Den unkritisch irrationalistischen Tendenzen gegenüber handelt es sich hier um eine Publikation, die zum Weiter- und Selberdenken anregt.

Angelika Ebrecht (West-Berlin)

Willi, Jürg: Koevolution. Die Kunst gemeinsamen Wachsens. Rowohlt Verlag, Reinbek 1985 (317 S., Ln., 28,- DM)

Daß der Erfolg der »Neuen Weltbilder« von Capra, Bateson u.a. die Entstehung einer neuen Psychokultur zur Voraussetzung hat, ist von R. Nemitz (*Argument* 155) überzeugend dargestellt worden. Es kann daher nicht überraschen, daß Psychotherapeuten selbst die Verbreitung solcher Denkmuster intensiv vorantreiben. Ein jüngstes Beispiel hierfür ist das Buch des bekannten Familientherapeuten Jürg Willi.

Es fällt schwer, die dem Rezensenten gebotene Objektivität zu wahren, spätestens nach der Lektüre folgender Danksagung von Willi an seine Frau: »Obwohl Margaretha eine emanzipiert Frau ist, leben wir in relativ traditionellen Geschlechtsrollen. Margaretha hat Freude, ein Haus zu gestalten, kreativ zu kochen, sie versteht es, Blumen aus dem Garten in unvergleichlicher Weise zu binden und einen mit allerhand Kleinigkeiten und Späßen zu überraschen. Sie ist ein Mensch, der viel und gerne andere beschenkt. Das sind alles Qualitäten, die bei mir unterentwickelt sind. Ich bin gut und zuverlässig im Organisieren und im Bewältigen von schwierigen Lebenslagen. Ich glaube auch, daß ich die Fähigkeiten habe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Wachstum anderer Menschen fördern, so auch dasjenige von Margaretha und unseren beiden Söhnen. Was ich in diesem Buch über Koevolution in Partnerschaft schreibe, ist direkt aus der Erfahrung unserer Beziehung hervorgegangen. Gerechterweise *mußte* Margaretha hier als Koautorin aufgeführt werden.« (8f.) Sie mußte, aber warum wird sie es dann nicht? Willi gibt hierfür keinen Grund.

Der erste Teil — »Die Krise unseres Selbstverständnisses und die Suche nach neuen Modellen« — enthält die schon von Capra her bekannten Krisendiagnosen: das schlechte Alte des mechanistischen Zeitalters wird entlarvt, das gute Neue des harmonischen Zeitalters angepriesen. So heißt es unter dem Stichwort »Selbstverwirklichung als planetare Ko-evolution«: »Der Umweltschutzgedanke dürfte jedoch nicht wie bisher nur auf die Beziehung des Menschen zu ökologischen Systemen der Natur, zu Tieren, Pflanzen, Erde, Wasser und Luft, beschränkt sein, sondern mußte auf die humanökologischen Systeme wie Familie, Gemeinde, Staat und Gesellschaft, die dem Menschen im Grunde ja viel näherstehen, erweitert werden.« (59) Familie und Staat als naturschutzwürdige Gebilde? Im weiteren spricht Willi dann nicht mehr nur einfach von »Selbstverwirklichung«, sondern von »ökologischer Selbstverwirklichung«. »Mit ökologischer Selbstverwirklichung ist eine Form von Selbstverwirklichung gemeint, die sich mit und in menschlichen Beziehungssystemen, das heißt, als Prozeß der Koevolution in einer gemeinsamen (Um-)Welt ergibt.« (62) Dahinter könnte ja der noch durchaus sinnvolle Gedanke stecken, daß Selbstverwirklichung kein autonomer Akt von je einzelnen und vereinzelt Individuen ist, sondern eine Aufgabe, die von den Partnern der betreffenden Lebensgemeinschaft zusammen und gemeinsam zu leisten ist in einer Form von Kooperation, in der es eben keine Dominanz- und Herrschaftsverhältnisse (mehr) gibt. Aber genau das ist von Willi nicht gemeint! Unter der Überschrift »Grundriß eines ökologischen Modells der Person« notiert er: »Hier steht nicht mehr eine Person im Zentrum des Interesses, sondern die Beziehungen innerhalb des Humansystems, von dem sie Teil ist. Es geht dabei um Fragen der Struktur, Organisation und Hierarchie in der Familie als System, um Kommunikationsmuster und Regelvorgänge. Die linear-kausale Betrachtung

tungsweise wird durch eine zirkuläre ersetzt, durch eine Betrachtungsweise der Gegenseitigkeit, des wechselseitigen Sichbedingens und Bedingtseins.« (78f.) Der alles entscheidende Übergang liegt darin, daß »Störungen« in einer Familie nicht mehr begriffen werden sollen als Störungen in der Interaktion von im Prinzip gleichberechtigten Partnern, sondern reartikuliert werden als Störungen in einem hierarchisch strukturierten und geordneten System, bei dem die Familienmitglieder als Teile des ihnen übergeordneten Systems Familie erscheinen. Dem Therapeuten geht es somit nicht um die Wiederherstellung der Interaktionsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit der Partner (wobei der Konflikt auf einer horizontalen Ebene angesprochen würde), sondern um die Wiederherstellung funktionaler Hierarchiebeziehungen zwischen übergeordnetem System und den Systemteilen.

Im zweiten Teil führt Willi als Beleg eine Reihe von Fallstudien an. Diese zeigen m.E. aber gegen Willi, daß Störungen im Familienleben herrühren aus unbegriffenen, weil nicht artikulierten, Beziehungswünschen der Partner oder aber aus Gründen, die mit dem Wunsch nach oder der Ablehnung von Dominanzbeziehungen zusammenhängen. Die den Berichten vorangestellten oder als (vermeintliche) Konsequenzen abgeleiteten theoretischen Überlegungen Willis erscheinen vielmehr als eine aufgesetzte, sekundäre Überformung des empirischen Materials.

Der dritte Teil, »Die Evolution und Realisierung überpersönlicher Prozesse«, enthält im wesentlichen eine genauere Darstellung des schon im ersten Teil Geschilderten, nun jedoch ausschließlich noch bezogen auf die Notwendigkeit, daß jede Person sich jederzeit den die Person übergreifenden Systemen unterzuordnen habe. Willis Ausführungen bzw. die von ihm verwendete Sprache bekommt geradezu einen bedrohlichen Charakter: für diejenigen, die sich der Unterordnung entziehen wollen. Nur *ein* Beispiel hierfür: »Der Mensch ist nicht ein von der übrigen Natur grundsätzlich unterschiedenes Wesen, sondern ein Teil von ihr. Er ist nicht von einem anderen Geist beseelt, sondern Träger eines allumfassenden Geistes. Es ist ein universelles Bewußtsein, das sich in allem Lebendigen auskristallisiert und auch alle geistigen Bewegungen nährt. Das Bewußtsein der Individuen bildet ein großes, gemeinsames Bewußtsein, von dem jeder nur ein Teil ist. Es besteht eine zirkuläre Bewegung vom Individuum zum Kosmos zum Individuum, vom menschlichen Geist zum universellen Bewußtsein zum menschlichen Geist ... *Leben heißt, sich dem Rhythmus des Lebens einordnen. Wer sich weigert, seine Einzelstimme zu spielen, weil er nicht willens ist, sich zu koordinieren und dem Ganzen einzufügen, entfernt sich in stolzer Isolation vom Orchester und stirbt seinen geistigen Tod.*« (294) Mir scheint, daß es von der Androhung des psychischen Todes kein sehr weiter Weg ist, auch die physische Ausmerzung anzudrohen im Falle der Weigerung, sich dem totalen Ganzen ein- und unterzuordnen. Michael Weingarten (Bodenheim)

Medizin

Heinsohn, Gunnar, und Otto Steiger: Die Vernichtung der weisen Frauen. Hexenverfolgung. Menschenproduktion. Kinderwelten. Bevölkerungswissenschaft. März Verlag, Herbstein-Schlechtenvegen 1985 (366 S., br., 29,80 DM)

Auch wenn das Cover eine Studie zur Hexenverfolgung verspricht, handelt es sich um eine bevölkerungswissenschaftliche Arbeit. Im Teil A entwickeln die Autoren ihre zentrale These: Sie führen die Bevölkerungsexplosion im 18. und 19. Jahrhundert sowie das zur gleichen Zeit entstehende historisch neue Phänomen der Verwahrlosung großer Kinderscharen auf die Zerstörung des Geburtenkontrollwissens während der 300-jährigen Hexenverfolgung (14.-17. Jh.) zurück. Teil B beinhaltet eine Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen von Verhütungswissen, historischer und aktueller Bevölkerungspoli-

tik und den Konsequenzen für Kinder (ursprünglich konzipiert als Beitrag für die UNO zu deren Bestandsaufnahme über die Schutzrechte des Kindes). Im Teil C werden Schlußfolgerungen für die »Entproblematisierung von Bevölkerung und Kindheit« gezogen.

Heinsohn und Steiger widerlegen in ihrer materialreichen Arbeit die traditionelle Bevölkerungswissenschaft, die von grundsätzlich hohen Geburtenraten in früheren Gesellschaften ausgeht und die Bevölkerungsexplosion im 18. und 19. Jahrhundert mit einem der neuzeitlichen Medizin geschuldeten Rückgang der Säuglingssterblichkeit begründet (vgl. 209). Sie zeigen, daß die Geburtenzahlen bis zum Beginn der Neuzeit auf Grund vielfältiger Kenntnisse der Frauen zur Nachwuchsverhinderung gering waren (vgl. 38, 52). Die hauptsächlich durch Pest und Mißernten bedingte Bevölkerungskatastrophe im 14. Jahrhundert führt zu einer Interessenidentität weltlicher und kirchlicher Grundherrschaft an der Wiederbevölkerung. Staatlich-klerikaler Terror zur Ausrottung des Geburtenkontrollwissens richtet sich zunächst gegen die weisen Frauen als Trägerinnen und Praktikerinnen dieses Wissens. Später ist das Leben jeder Frau — als potentielle Geburtenkontrolleurin — bedroht.

Heinsohn und Steiger arbeiten zwar die ökonomisch begründete bevölkerungspolitische Rationalität als Hintergrund der Hexen(Frauen)-Massaker heraus und liefern damit einen Beitrag zur Entmystifizierung der Hexenverfolgung. Jedoch greift ihr Ansatz insofern zu kurz, als Hexenverfolgung ausschließlich auf die Geburtenkontrollbekämpfung reduziert und der Geschlechterkampf ausgeblendet wird. Nicht zufällig waren jedoch die Hexen weiblich und die Verfolger männlich. Auch wenn die Autoren den Verlust der weiblichen Souveränität zu Beginn der Neuzeit darstellen und von der »historisch wohl fürchterlichsten Niederlage« der Frauen (242) sprechen, wird die mit der Hexenverfolgung zeitgleich stattfindende soziale, ökonomische und sexuelle Entmachtung der Frau nicht systematisch mit der Hexenverfolgung verknüpft. Aber erst dieser Zusammenhang schafft die Realität der in allen Lebensbereichen unterdrückten und auf Menschenproduktion reduzierten Frau der Neuzeit.

Das mit dem Kampf um das Geburtenkontrollwissen sich neu strukturierende Herrschaftsverhältnis von Männern über Frauen läßt sich auch nicht mit Zahlenangaben negieren, wie es Heinsohn/Steiger versuchen, indem sie als Beleg für die behauptete Geschlechterneutralität dieses Wissens anführen, daß unter den den der Hexerei Beschuldigten auch 20% Männer gewesen seien. Wenn 300 Jahre lang Frauen sterben müssen, weil sie sich dem terroristischen Gebärgzwang widersetzen, so ist Hexenverfolgung Krieg gegen Frauen und nicht, wie die Autoren meinen, eher ein Nebenprodukt der Geburtenkontrollbekämpfung (u.a. 13). Geburtenkontrolle ist kein vom Leben der Frauen abzulösender Vorgang, sondern Bestandteil weiblicher Lebensrealität, so wie Geburten immer an Frauen gebunden sind. Nicht zufällig eigneten sich Frauen die notwendigen Geburtenkontrollkenntnisse an, nicht zufällig kämpfen heute Frauen für die Wiederherstellung selbstbestimmter Geburtenkontrolle.

Wenn die Autoren freie Geburtenkontrolle fordern, zielen sie nicht auf die Beseitigung eines Knotenpunktes der Geschlechterherrschaft, sondern auf die des »Kinderelends«, welches ihrer Ansicht nach auf eine Art Überbevölkerung durch unerwünschte Kinder zurückzuführen ist. Der ersten Negierung einer Geschlechtsspezifik folgt nun die zweite: Eine Problemverschiebung auf das geschlechtsneutrale Gleis der Elternschaft.

Vor der Hexenverfolgung wurden nach Heinsohn/Steiger Kinder nur erwünscht in die Welt gesetzt, gemäß dem zu vererbenden Besitz oder Berufsstand. Kinder seien damit Teil einer heute fehlenden »positiven Generationsbeziehung« gewesen und hatten eine Zukunftsperspektive. Erst die Vermehrung gegen die individuellen ökonomischen Interessen der Eltern bringe Kinderelend hervor und mache Gesetze und öffentliche Einrichtungen zum Kinderschutz sowie die Erziehungswissenschaft nötig. Diese Institutionen

seien Zeichen einer kinderfeindlichen Ära. Sie könnten das Kinderleid nicht verhindern, denn die Erzieher seien mangels persönlichen Interesses gleichgültig.

Probleme von Kindern und Jugendlichen entstehen nach Heinsohn/Steiger, weil sie, von den Eltern nicht erwünscht, in die Welt gezwungen werden. Kindervernachlässigung, Schulversagen, Suchtkrankheiten usw. können den Autoren zufolge durch schlichtes Nichtgeborenwerden aufgehoben werden (vgl. 216). Sie wenden sich gegen finanzielle Erleichterungen für Familien mit Kindern, zudem soll die Höherbesteuerung von Kinderlosen abgeschafft werden. »Die Wiedergewinnung einer Politik der selbstverantworteten Entscheidung über größere Anschaffungen — sei es ein Kind als 'Bereicherung des Lebens' (Geisler) oder ein vielleicht noch kostspieligeres Hobby — bedeutet, daß niemand mehr dem Mitbürger in die Tasche greifen darf, um seine Vorlieben finanziert zu bekommen.« (351f.) Auch sei der »psychogene Kindswunsch« im Gegensatz zum »neurotischen« mit *einem* Kind zu befriedigen (vgl. 352) — falls dieser Wunsch überhaupt auftritt. Wenn frau aber unbedingt gebären möchte, obwohl dies »häufig genug eine vaginale Geweberschlaffung mit sich bringt, welche ein späteres sexuelles Vergnügen ernsthaft beeinträchtigt« (221), so sollen Eltern doch nicht »weltökologisch verantwortungsvolleren Mitbürgern auf der Tasche liegen dürfen« (368).

Auch Kindergärten sollen abgeschafft werden: »Das Schamgefühl übers Kinderweggeben ... fehlt jener neuartigen Elterlichkeit, die hier und heute Unterhalt und Versorgung durchs Kinderhaben erlangen will, fast gänzlich. Sie fordern ... sogar Krippen für Neugeborene.« (302) Heinsohn/Steiger sprechen von einer »Geiselstellung des Kindes für Unterhalt seiner Eltern durch einen Elternteil und durch das Sozialamt« (ebd.). Sie haben aber in einer Fußnote eine »großzügige« Finanzierungslösung parat: »Wenn einmal jede Möglichkeit der Geburtenkontrolle für wirklich alle verfügbar ist, dann werden die Menschen auch für ihren emotionalen Kindswunsch die jeweils ihnen gemäße soziale Form finden. Wer sich vom Partner finanzieren lassen will, kann danach streben. Wer es ganz allein machen will [das können nur Frauen, Anm. d. Rez.], wird vorab eine Finanzierung für die entsprechenden Jahre organisieren ... Dem Einfallreichtum frei verantwortlicher Menschen soll man nicht vorgreifen.« (352f.)

Daß Frauen seit Jahren massiv gegen die Privatheit von Reproduktionsarbeit kämpfen, ist anscheinend noch nicht zu den Autoren vorgedrungen bzw. paßt nicht in ihr Realitätskonzept. Auf jeden Fall sind sie der Meinung, daß der im 19. Jahrhundert entstandene Kampf um Gleichberechtigung der Frau »im wesentlichen abgeschlossen« sei. Es dauerte »vor allem nur deshalb so lange, weil sehr lange eben auch männliche Versorgung angeboten wird« (275). Denn die »Erwartung der jungen Mädchen, als versorgte Hausfrau durchs Leben zu kommen«, verführt »zur Vermeidung der notwendigen Anstrengungen fürs Lernen und die Berufsausbildung« (300).

Heinsohn/Steiger lehnen zwar jeden staatlichen Eingriff in die Kinderplanung ab, was sie jedoch keineswegs davon abhält, ihre Vorschläge zur Lösung von Kinderelend allesamt darauf auszurichten, daß Kinderhaben zu einem exklusiven Vorrecht der wenigen Privilegierten wird. Und kann es außerdem im Interesse der Kinder sein, in die soziale Enklave einer auf private Glücksproduktion orientierten Individualität der Kleinfamilie zurückgeworfen zu werden?

Christa Heinrich und Eva Serafin (West-Berlin)

Ketting, Evert, und Philip van Praag: Schwangerschaftsabbruch — Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich. DGVT-Verlag, Tübingen 1985 (264 S., br., 21,80 DM)

In der Bundesrepublik wird trotz aller Bemühungen der Frauenbewegung in den letzten Jahren wieder die Verschärfung des § 218 diskutiert. Um hierfür auch mit Zahlenmaterial gewappnet zu sein, beauftragte das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) Stimezo Nederland damit, die Abtreibungsgesetzgebung und -praxis in europäischen Ländern (BRD, Schweiz, Dänemark, England, Wales, Nieder-

lande, Österreich, Schweden, Frankreich, Italien) und den USA zu vergleichen. 1983 erschien dann die Studie von Ketting und van Praag in den Niederlanden; das BMJFG sah angesichts der Ergebnisse von einer Veröffentlichung ab. Daß dieses Buch nun doch deutschsprachig im Buchhandel vorliegt, ist der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie zu verdanken, die es in ihrer »Tübinger Reihe« herausbrachte.

Was das Ministerium so störte, war wohl vor allem die Schlußfolgerung, daß Abtreibung de facto eine notwendige geburtenregelnde Maßnahme darstellt, — wenn auch nur als Notbremse nach Verhütungsunglücken. Nach ihren Erkenntnissen wird dieses Mittel auch dann angewandt, wenn es staatlicherseits unerwünscht ist und sanktioniert wird. Fehlten in einem Land anerkannte Einrichtungen, die Abtreibungen vornehmen, wendeten sich die Frauen eben an Kurpfuscher, oder — sofern sie es sich leisten konnten — an Institutionen in Nachbarstaaten. Demnach erfüllen, so die Autoren, gesetzliche Beschränkungen wie das Indikationenmodell die beabsichtigte Selektionsfunktion schlecht, dienen vielmehr zur juristischen Legitimation von Eingriffen in die Geburtenregelung.

Die Studie basiert auf offizieller Literatur und auf Fragebögen an Institutionen von Regierung, Wissenschaft und dem Bereich Hilfeleistung. Die betroffenen Frauen tauchen nur in Zahlenreihen auf. Ganz ausgeklammert wurden die osteuropäischen Länder — ob auf Anweisung des BMJFG oder nach eigener Entscheidung von Ketting und Praag, bleibt unklar. Sie begründen jedenfalls diesen Schritt damit, daß dort die Frage des Schwangerschaftsabbruchs hauptsächlich unter bevölkerungspolitischem Aspekt behandelt werde, fernab von medizinischen oder ethischen Erwägungen.

Hinsichtlich *Organisation der Hilfeleistung* verzeichnen die Autoren zweierlei Trends: In den skandinavischen Staaten sind und bleiben Abtreibungen in den herkömmlichen Klinikalltag, in den Niederlanden sogar in die Hausarztpraxen, integriert; in allen anderen Staaten entstehen mehr und mehr Abbruchklinien und spezialisierte Privatpraxen. Den Grund sehen sie darin, daß die meisten Ärzte in diesen Ländern der Abtreibung negativ gegenüberstehen. Erklärt sich ein Arzt bereit, den Eingriff vorzunehmen, drängt ihn der daraufhin einsetzende Zustrom, Patientinnen mit anderen Indikationen, die auf andere Ärzte ausweichen können, zu vernachlässigen und sich auf Abtreibungen zu spezialisieren. Mag diese Spezialisierung auch viele medizinische Vorteile haben, so besteht doch Anlaß zu der Befürchtung, daß in solchen Einrichtungen Abtreibungen abgestumpft und fließbandmäßig durchgeführt werden und damit der psychischen Lage der Frauen nicht Rechnung getragen wird.

Unterschiedlich wird auch die *Finanzierung* der Abtreibungen gehandhabt. Von der Kostenübernahme durch den Staat über Selbstbeteiligung und Krankenkassenfinanzierung bis zum tiefen Griff in die Tasche der Frauen kommt alles vor. Generell stellen Ketting und Praag fest, daß der Preis für die Abtreibung um so höher ist, je strikter die gesetzliche Regelung und je geringer das Maß an Öffentlichkeit und Information ist.

Die Studie widerlegt monokausale Erklärungen der *Abbruchhäufigkeit*; mindestens fünf Variablen müßten tatsächlich einbezogen werden:

1. ist von Bedeutung, in welchem Alter Jugendliche üblicherweise zum ersten Mal sexuelle Beziehungen miteinander haben, und wie groß 2. die Bereitschaft zur Geburtenplanung ist; 3. wirkt sich die Verbreitung und Qualität der im allgemeinen benutzten Verhütungsmittel aus; 4. spielt die gesellschaftliche Moral hinsichtlich der Abtreibungsfrage eine Rolle und 5. hängt die Zahl der Abbrüche mit den praktischen Möglichkeiten zusammen, diese bei anerkannten Einrichtungen vornehmen lassen zu können. Meistens sind es Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren, die abtreiben; nur in der Bundesrepublik und den Niederlanden liegt die größte Verteilungsdichte bei den 20- bis 29-jährigen Frauen. Die Verschiebung innerhalb der Altersgruppen hängen mit der Ausbildungsdauer, den Arbeitsmöglichkeiten, der wirtschaftlichen Lage und der Wohnsituation zusammen.

Eine Steigerung der *Geburtenrate* durch Abtreibungsverbote konnten die Autoren nicht feststellen. Im Gegenteil: In den Ländern, in denen die Abtreibung allein auf Antrag der Frauen möglich ist (USA und Frankreich), ist die Geburtenzahl am höchsten; in der Bundesrepublik, wo Frauen, die abtreiben wollen, mit den meisten Restriktionen zu kämpfen haben, am niedrigsten.

Die *gesundheitlichen Risiken* bei Abtreibungen sinken. Dies verzeichnen Ketting und Praag als Erfolg der Legalisierung der Abtreibung, denn je früher der Eingriff ausgeführt werden kann, desto geringer ist die Sterblichkeit; das Komplikationsrisiko wird mit verbesserten Behandlungsmethoden (Saugcurette) geringer, die erst entwickelt werden konnten, als Abtreibung kein Tabu mehr darstellte.

Es ist erstaunlich, wie eine streng empirische und auf offizielles Material gestützte Studie auf solche Zurückweisung durch den Auftraggeber stößt, wenn die Zahlen sich dessen Ideologie zu widersetzen wagen. So sehr mich dieser Reifall mit Schadenfreude erfüllt, es bleibt dennoch auch Unbehagen zurück, wenn ich dieses Thema allein in Zahlenkolonnen abgehandelt sehe. Zu vieles bleibt bei so enger Sichtweise auf der Strecke: die Kämpfe der Frauen um ihr Recht auf Abtreibung; die Versuche der Regierung, das deutsche Volk aufzuforsten, indem sie einerseits deutschen Frauen durch die Verschärfung des Paragraphen 218 ein Stück Selbstbestimmung entwindet, andererseits die Fruchtbarkeit ausländischer Frauen in Deutschland, aber auch in der Dritten Welt, mittels zuverlässiger und harter Verhütungsmethoden zu senken trachtet; die Konflikte in Beziehungen; die psychischen Schwierigkeiten der Frauen ... Die Studie verdeutlicht die Mängel von Auftragsforschung, die Objektivität und allgemeine Verfügbarkeit für sich beansprucht, und doch bereits durch die Wahl des Blickwinkels (unbewußt) parteilich wird.

Petra Kirchberger (München)

Bittner, Ulrike, Renate Jäckle und Christine Scholz: Unter Umständen. Über den Umgang mit Medikamenten in der Schwangerschaft. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1984 (314 S., br., 19,80 DM)

Die Autorinnen — zwei Soziologinnen mit gesundheitspolitischen Aktivitäten in der Interessengemeinschaft Duogynon-geschädigter Kinder e.V. und eine Ärztin sowie Journalistin — melden einen Bedarf an Erklärungen an: Wie kommt es zu dem massenhaften Gebrauch von Medikamenten in der *normalen* Schwangerschaft? Obwohl doch fast alle Frauen Angst haben vor möglichen Schädigungen des Kindes, obwohl es zum Standard- und Grundlagenwissen der Schulmedizin gehört, daß Medikamente in der Schwangerschaft prinzipiell als gefährlich zu betrachten sind! Warum schlucken dennoch bis zu 90% aller schwangeren Frauen ein oder mehrere Arzneimittel? Warum müssen — 20 Jahre nach dem Contergan-Skandal — Ungeborene heute noch mehr Pharmaka konsumieren als damals? Warum werden pro Schwangerschaft durchschnittlich 8 verschiedene Medikamente vom Arzt verordnet und in fast jeder 5. Schwangerschaft eines, bei dem der begründete Verdacht auf vorgeburtliche Schädigungen besteht? Warum nehmen die Frauen das Verordnete ein und erweitern den Medikamentenkonsum noch um Selbstmedikation?

Schon die Fragen machen deutlich, daß die Ursachen nicht in einem Punkt zu finden sind, eher in einer bestimmten *Anordnung* von Institutionen, Wissen und Macht, deren Effekt es ist, daß verschrieben und geschluckt wird, die Schäden unsichtbar gehalten werden und politisch konsequenzenlos bleiben. Die Autorinnen untersuchen als Elemente einer solchen Anordnung die Schwangerenvorsorge, das Risikofaktorenmodell, das ärztliche Ordnungsverhalten, die Methoden der Pharmaindustrie und die staatliche Organisation der Arzneimittelsicherheit. Sie studieren die Erfahrungen Schwangerer im Umgang mit Medikamenten und kritisieren die gängigen Erklärungen für den Arzneimittelkonsum. Sie beziehen ihr Wissen aus der Analyse von Fachliteratur, aus Gesprä-

chen mit Frauen, Hebammen, Ärzten, Apothekern und Behörden (wieviele Gespräche dies sind und wie sie geführt werden, wird allerdings nicht mitgeteilt). Als zusätzlicher Service wird den Leser/innen in sehr verständlicher Form medizinisches Grundlagenwissen vermittelt: über Veränderungen des Körpers während der Schwangerschaft, über die Entwicklung des Ungeborenen und die Einwirkungsmöglichkeiten von Medikamenten hierauf, über Ausmaß und Un/Sinn der am häufigsten während der Schwangerschaft verordneten Präparate. Ein Anhang enthält Informationen über Finanz-, Pflege- und Beratungshilfen für werdende Mütter sowie den Abdruck der »Mutterschaftsrichtlinien«, mit denen die kassenärztlichen Leistungen der lückenlosen, körperbezogenen Schwangerschaftskontrolle sozialpolitisch verordnet wurden.

Ihre Analyse beginnt mit diesem *Programm der Schwangerschaftsvorsorge*, welches sie historisch einordnen in die feministische Geschichtsschreibung der Pathologisierung der Geburt durch die männliche Medizin, wobei bisher noch nicht kritisch gezeigt worden sei, in welchem Maße die Medizin bereits auf die vorgeburtlichen Phasen zugriff. Ziel dieser mindestens 10 ärztliche Konsultationen und 144 obligate Einzeluntersuchungen umfassenden Normalitätskontrolle ist die »frühzeitige Erkennung von Risikoschwangerschaften und Risikogeburten« (ein modernes Lehrbuch zählt 44 risikoträchtige Merkmale auf, darunter auch »Sozialstatus« und »Terminunklarheit«), obwohl große Studien längst schon auf die grundlegenden Schwachstellen dieses Konzeptes hinweisen: 1. den zweifelhaften prognostischen Wert der Risikofaktoren (schließlich müssen hiernach ca. 50% aller Schwangeren als Risikofälle gelten!) und 2. den Mangel an medizinisch sinnvollen Maßnahmen gegenüber der Mehrzahl sogenannter Risiken (schlichte Bettruhe ist meist das Wichtigste). Während also der behauptete Zusammenhang von medizinischer Schwangerschaftsüberwachung und günstigem »Geburtsergebnis« bis heute nicht nachgewiesen sei(!), gebe es jedoch genug Gründe, Gefährdungen durch solcherart Medizinisierung und Pathologisierung zu vermuten: eine Verschiebung der Probleme von den Lebensbedingungen der werdenden Mutter auf deren biologisch-medizinischen Status; eine Passivierung der Schwangeren mit zunehmender Unzuständigkeit für ihre Lebensweise, wobei aber die medizinische Moral eine Eigenverantwortung der Schwangeren für die Gesundheit des zukünftigen Kindes konstituiert; eine wachsende Inkompetenz der Schwangeren für ihre Schwangerschaft mit der entsprechenden Unfähigkeit, auftretende Beschwerden und bisher unbekannt Befindlichkeiten zu deuten, was diffuse Ängste erzeugt und die Auslieferung an die Medizin auch in immer alltäglicheren Fragen (Sport, Reisen u.ä.) subjektiv unterstützt.

In diese Konstruktion aus »vereinschafteten« und an der Person der Schwangeren festgemachten Risiken, die von ihren Erfahrungen und Empfindungen absehen und die Ärzte zu Moralisten machen, tritt die diagnostische Medizintechnologie und die therapeutische Pharmakologie wie ein »Angebot zu einer sekundären medizinischen Kompetenz (Anm. d. Rez.):« Die Autorinnen zeigen, wie das Risikofaktorkonzept zwar gerade die Inkompetenz von Schwangeren und Ärzten begründet, zugleich aber eine Art neuer Wirklichkeit aus medizintechnologisch erhobenen Befunden und pharmazeutisch zu therapierenden Abweichungen schafft. In einer solchen »Scheinwelt« erwächst den Ärzten eine neue Handlungsfähigkeit, in der die medikamentöse Therapie eine zentrale Stellung in der medizinischen »Versorgung« erhält. Wenn schon der Nutzen der Schwangerschaftsvorsorge mehr als fraglich ist, eines ist sicher: Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Medikamentenverschreibungen und der Anzahl der Arztbesuche (42)! Das Arrangement aus Normalitätskonstruktionen (der neue Mutterpaß ab April 86 enthält zusätzlich zu allen bereits existierenden nun auch noch Normenkurven für die zeitgerechte Entwicklung des Feten nach Ultraschalldaten) und therapiebedürftigen Abweichungen wird aber nicht nur von »innen« (durch sekundär handlungsfähige Ärzte und verunsicherte Schwangere) gestützt, sondern auch durch die fehlende wissen-

schaftliche und politische Kontrolle von »außen«. Es ist, als ob in dem gleichen Maße, wie Abweichungen und Arzneimitteltherapien zentral sind, Untersuchungen über die Bedeutung der Abweichungen und den Nutzen und Schaden der Therapien fehlen bzw., wo vorhanden, wirkungslos bleiben. Die Autorinnen zeigen die alltäglich herrschende Ignoranz besonders gut am Beispiel der sogenannten Schwangerschaftsanämie und ihrer Therapie mit Eisen (168ff.). Besonders beeindruckt hat mich ihr Hinweis, daß nicht einmal in den Studien, in denen es ausdrücklich um die Erforschung der Ursachen für die hohe Säuglingsterblichkeit in der BRD geht, nach dem Arzneimittelkonsum gefragt wurde. Auch hinsichtlich der bekannt unzulänglichen staatlichen Arzneimittelsicherheit hierzulande machen sie auf einen mir bislang nicht bekannten Skandal aufmerksam: die patriarchale Lücke im Strafrecht. So wurde das strafrechtliche Ermittlungsverfahren hinsichtlich der Duogynon-Mißbildungen u.a. deshalb eingestellt, weil das Ungeborene keinen Strafrechtsschutz genieße — außer durch den § 218 (148f.)!

Für alle, die feministische Gesundheitspolitik zur Arzneimittelproblematik machen wollen, liefert dieses Buch wichtige Grundlagen, indem es zeigt, von wievielen Seiten die starke Stellung der Arzneimittel gestützt wird. Dies erfordert eine vielfältige Politik des Annagens dieser »Stützen«; wir finden sie in der Pathologisierung der Geburt und der Dominanz der Ärzte, in den ihnen zur Verfügung stehenden Konzepten in Verschränkung mit Pharma- und Geräteindustrie einerseits und der »Normalität« von Medikamentengebrauch und Arztbesuchen als Problemlöser in Frauenleben andererseits.

Barbara Nemitz (West-Berlin)

Vogt, Irmgard: Für alle Leiden gibt es eine Pille. Über Psychopharmakakonsum und das geschlechtsrollenspezifische Gesundheitskonzept bei Mädchen und Frauen. Westdeutscher Verlag, Opladen 1985 (252 S., br., 34,80)

Nachdem in den letzten Jahren mehrere kritische Bücher über die Pharmaindustrie und den Medikamentenkonsum erschienen sind, war meine Neugier auf das Buch von Irmgard Vogt, die diesen Aspekt geschlechtsspezifisch anzugehen verspricht, sehr groß. Ihre Habilitationsarbeit ist Ergebnis einer empirischen Untersuchung, in der knapp 500 Mütter sowie deren Kinder nach ihrem Medikamentenkonsum befragt wurden. Sie geht davon aus, daß der Begriff »Droge« nicht nur für die illegalen Rauschmittel, sondern für viele Genuß- und Arzneimittel zutrifft, da auch diese eine Abhängigkeit von chemischen Substanzen zur Folge haben können. Über diesen »normalen, gewöhnlichen Drogenkonsum« (7) ist wenig bekannt.

Ihr Schwerpunkt sind die Psychopharmaka (Beruhigungs-, Schlaf- und Anregungsmittel), die Frauen wesentlich häufiger einnehmen als Männer. Sie will untersuchen, ob sich bei den Frauen unterschiedliche Konsumgewohnheiten feststellen lassen und wie diese in Zusammenhang stehen mit anderen Verhaltensbereichen und den Lebensumständen der Frauen.

Der Bereich »Lebensumstände« wird jedoch hier auf »soziale Schicht« reduziert und von Vogt mehr als 30 Seiten später durch »die Schulbildung des Ehemannes (bzw. Vaters), dessen Status im Beruf sowie das Familieneinkommen« (71) »definiert«. Dem »Verhaltensbereich« ordnet Vogt nicht explizit Variablen zu, so daß der Leserin selbst überlassen bleibt, ob sie den Genußmittelkonsum, den Arztbesuch bei bestimmten Beschwerden, die allgemeine Einstellung zum Medikamentenkonsum oder anderes damit in Zusammenhang bringt. Nicht nur, daß keine eindeutige Abgrenzung der Bereiche vorgenommen wird, auch wird uns das Ergebnis eines Vergleichs zweier Gruppen ausführlich in Kapitel 4 vorgestellt, jedoch erst im nachfolgenden Kapitel beschreibt Vogt, um welche Gruppen es sich handelt und wie sich diese zusammensetzen. Daß der Medikamentenkonsum weder nach Menge(!), Häufigkeit(!) oder Abfolge ausgewertet wird, rundet das negative Bild ab.

Am Ende des Buches weiß ich, wieviele Frauen weder Kaffee noch Tee, wieviele Frauen weder Bier noch Schnaps noch Wein trinken, ich weiß auch, wieviele Frauen nicht rauchen; aber ich weiß nicht(!), wieviele der befragten Frauen kein Medikament genommen haben. Einzelne Medikamentengruppen sind erfaßt, aber im Vergleich zu den Genußmitteln »vergaß« Vogt wohl, daß es auch von Interesse ist, diese zusammenfassend darzustellen.

Auch dies könnte ich noch hinnehmen, wenn der Vergleich der Frauen, die verschiedene Medikamentenkongewohnheiten haben, annehmbar herausgearbeitet worden wäre. Aber auch dem ist nicht so. Die o.a. Gruppenbildung sieht folgendermaßen aus: All die Frauen, die in dem Zweijahreszeitraum vor der Befragung Beruhigungs-, Schlaf- oder ein Anregungsmittel eingenommen haben (unabhängig wie häufig, wieviel oder warum) fallen in die Gruppe der »Konsumentinnen«. Alle anderen werden der Gruppe der »Abstinenten« zugeschlagen. Daß die »abstinenten« Frauen vielleicht Schmerzmittel oder andere Arzneien eingenommen haben, ändert nichts an dieser Zuordnung. Damit reduziert Vogt die betrachteten Kongewohnheiten auf zwei, wobei das eine Muster den Nicht-Konsum der genannten Medikamente beinhaltet, und der »echte« Konsum überhaupt nicht ausdifferenziert wird. Daß dies widersprüchlich ist — auch in ihrer eigenen Argumentation —, hätte ihr auffallen müssen. Sie hatte auf der ersten Seite selbst formuliert, daß sie unter Psychopharmaka »Schlaf- und Beruhigungsmittel, die Anregungsmittel und die Schmerzmittel« (1) faßt.

Aber das nochmalige Lesen brachte nur noch mehr Unstimmigkeiten zutage. Gibt es auf Seite 71 noch »hochsignifikante Unterschiede« im Vergleich des Alkoholkonsums der beiden Gruppen, so wird ein paar Seiten später dasselbe Ergebnis als »nicht systematischer Unterschied« (86) bezeichnet. Und der Teil, der die Befragungsergebnisse der Frauen präsentiert, schließt mit dem Satz: »Die Ausarbeitung eines umfassenden Krankenkonzpts für Frauen kann hier jedoch nicht geleistet werden« (106). Der Untertitel des Buches weckte die Illusion, gerade auf diese Frage eine Antwort zu erhalten.

Lesenswert sind einige theoretische Ausführungen, jedoch müssen wir auch hier auf die unsensible Art achten, mit der Vogt die »herr«schenden Vorstellungen der selbstlosen, aufopfernden Mutter, der die ganze Verantwortung für die Gesundheit der Familie zufällt, unhinterfragt übernimmt oder mit der sie bei den Müttern wie Töchtern, die 14-19 Jahre alt sind, schlichtweg die Pille vergißt bzw. diese nur als die Menstruations-schmerzen reduzierendes Mittel (206) begreift, und nicht an ein, an die tägliche Einnahme gewöhnendes Medikament denkt.

Ihre Schlußfolgerung, Frauen zum vorsichtigeren Umgang mit Arztbesuchen aufzufordern, beruht auf einer sehr dünnen empirischen Grundlage und betrifft nur ein Mosaiksteinchen des Ganzen. Wie es kommt, daß Frauen in ihrer Ohnmacht und Hilflosigkeit zum Arzt gehen, diesen für fähig halten, bei der Bewältigung ihrer Lebensprobleme zu helfen, und sich dann mit einem Rezept für Psychopharmaka zufrieden zu geben, dazu kein Wort.

Zu dem Zeitpunkt, an dem Vogt ihre Untersuchung plante und durchführte (1973-1976) war das Thema Medikamentenkongewohnheiten noch nicht in der öffentlichen Diskussion, insofern hatte ihre Fragestellung damals echte Vorreiterfunktion. Eine Begründung für den späten Zeitpunkt dieser Publikation wäre nicht fehl am Platz gewesen, zumal in den letzten Jahren viele Themen, die sie anspricht, diskutiert und weiterentwickelt sind, neuere Ergebnisse bei ihr aber nur am Rande vorkommen. Christa Leibling (West-Berlin)

Geschichte

Gegen den Strom. Vollständiger Reprint. SOAK-Verlag, Hannover 1986

(Bd. 1: 1928-29, 72 + 952 S.; Bd. 2: 1930-31, 1954 S.; Bd. 3: 1932-35, 564 S., 345,-DM)

Das theoretische Organ der KPD-Opposition erschien von der ersten Nummer am 17.11.1928 bis Ende 1930 wöchentlich, danach bis zum 25.2.1933 vierzehntäglich, schließlich unregelmäßig unter immer größeren Schwierigkeiten der Illegalität bis 1935, teils im Lande gedruckt, teils in Straßburg oder Kopenhagen, unter wachsender Gefahr von Kurieren ins Land geschmuggelt. Fortgesetzt wurden die politischen Analysen der KPDO danach bis 1939 im »Internationalen Klassenkampf«, der in Straßburg und Paris erschien.

GdS war das öffentliche Signal für die alten, erfahrenen Funktionäre zur organisierten Gegenwehr gegen den erneuten ultralinken Kurs in der KPD, der seit dem Herbst 1928 mit allen Konsequenzen administrativ in der KPD durchgesetzt wurde. Jetzt wurden die Oppositionellen, die als Rechte und Brandlerianer bezeichnet wurden, aus allen Funktionen entfernt und etwa 5-6000 erfahrene Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Danach folgte die »Säuberung« der Sympathisanten-Organisationen. Damit wechselte die Parteiführung unter Thälmann, Remmele, Neumann nicht nur die Funktionäre und Redakteure; sie wechselte allmählich auch die Mitgliedschaft: an Stelle der marxistisch Geschulten und Erfahrenen kamen nun die ungeduldig Radikalen, häufig Erwerbslose. Die KPD verlor fast alle, die Vertrauensfunktionen in den überparteilichen freien Gewerkschaften, in der breitgefächerten Arbeiter-Sport- und Kulturbewegung, als Betriebsräte usw. hatten. GdS wurde der erste Sammelpunkt und kollektive Organisator. Als dann mehrere regionale Wochenzeitungen und schließlich die Tageszeitung »Arbeiterpolitik« erschien, wurde GdS zum theoretischen Organ der KPDO, die sich Ende 1928 auf ihrer ersten Reichskonferenz konstituierte.

Die KPDO mußte gegen mehrere Strömungen ankämpfen. Der gefährlichste Feind der gesamten Arbeiterbewegung war der Faschismus, verkannt, bagatellisiert, nicht verstanden von den mächtigen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Schon 1928, früher, klarer und besser als alle anderen Gruppen hat die KPDO diese aufsteigende Welle in ihrer ganzen Größe, Brutalität und Gefährlichkeit erkannt, mit noch heute erregender Klarheit die innen- und außenpolitischen Ziele und Methoden des NS klargelegt. Diese Analyse, entstanden in einer kollektiven und breiten Diskussion, wurde ergänzt durch die Ausarbeitung der antifaschistischen Einheitsfronttaktik und die intensivste Arbeit der ganzen Mitgliedschaft für ihre Durchsetzung gegen die überheblichen, selbstsicheren Apparate, deren Vertreter sich gegenseitig sinnlos beschimpften (»Sozialfaschisten«, »Kommunazis«). Theorie und Praxis der Einheitsfront, Kritik der Sozialfaschismus-»Theorie« findet man in ausgezeichneten Beiträgen in GdS behandelt. Dazu gehört schließlich eine fortlaufende, detaillierte Analyse des Zerfallsprozesses der bürgerlichen Demokratie und des Überlaufens der bürgerlichen Politiker und der politikentscheidenden »Wirtschaftsführer«, Militärs und hohen Beamten zum Faschismus. Der zweite mächtige Strom jener Zeit war der selbstgefällige Reformismus, dessen schrittweise Kapitulation ohne Häme und Schimpferei, mit sachlichen Argumenten kritisiert wurde. Der dritte Strom war die für die ungeduldigen neuen KPD-Mitglieder so eingängige Demagogie der KPD-Führung, die mit billigen, heute kaum mehr vorstellbaren Schlagworten Ersatz für eine marxistische Strategie suchte.

Eines der Hauptfelder politischer Aktivität für die KPD-Mitglieder war die Arbeit in den Gewerkschaften, den anderen überparteilichen Massenorganisationen und in den Betriebsräten. Auch hier galt es, einen Zweifrontenkampf zu führen, der auf klaren Analysen der bürgerlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik basierte, die ohnmächtige Defensivhaltung der reformistischen Führungen und die leichtfertige Spaltungspolitik der

KPD kritisierte und für Einheit, Kampfbereitschaft der Gewerkschaften und für die Verbindung von wirtschaftlichem Kampf und Mobilisierung gegen die faschistische Gefahr warb. Denn dieser Kampf gegen den Faschismus war mit den in den Gewerkschaften organisierten Millionen zu führen und mußte zugleich versuchen, die Millionen Erwerbslosen zu integrieren, damit sie nicht der Nazi-Demagogie zum Opfer fielen. Was den reformistischen Funktionären des ADGB entging, war in GdS klar formuliert: Der Faschismus bedeutete eine existentielle Gefahr für die Gewerkschaften, vor der sie auch die beschämende offene Kapitulation im April 1933 nicht bewahren konnte. Diese Gefahr konnte die KPD nicht erkennen, weil sie durch die Sozialfaschismus-Theorie total verblendet war. Der Kampf der Gewerkschaften konnte aber auch ökonomisch nur erfolgreich sein, wenn man aus der Defensive zur Offensive kam und dafür ein strategisches Konzept erarbeitete, wie es wohl nur in GdS zu finden war.

Neben den Hauptfragen der deutschen Politik werden in GdS auch wichtige Problemkomplexe der internationalen Arbeiterbewegung behandelt, besonders die Entwicklung in der Sowjetunion und die Beziehungen zwischen der KPdSU und den anderen Sektionen der Komintern. Zuerst wurden sachliche Informationen vermittelt, dann aber auch bereits die ersten Zwangsmaßnahmen der Stalin-Führung gegen die Opposition kritisiert. Schon 1928 forderte die KPO die Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien, eine Reform der Komintern an Haupt und Gliedern. Eine Führungsrolle der KPdSU wurde als überholt abgelehnt. Jeder Antisowjetismus wurde jedoch entschieden verworfen und die Verteidigung der damals isolierten Sowjetunion trotz Stalins Politik zur Aufgabe der deutschen und internationalen Arbeiterklasse erklärt.

GdS gibt ein Beispiel für kritische Debatte und Toleranz in der Arbeiterbewegung. Auch die interne theoretische und strategische Debatte, in der die politische Linie der KPdO sich bildete und von den Mitgliedern verarbeitet und nachher umgesetzt werden konnte, wurde hier offen und sachlich geführt und ausführlich referiert.

Der Reprint ist für alle, die sich mit Faschismustheorie, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, dem Verfall der Weimarer Republik, Gewerkschaftsstrategie befassen, eine unerschöpfliche Fundgrube und unentbehrliche historische Quelle. Der Herausgeber hat ein übriges getan: Die vier offenen Briefe, die führende »Rechte« an Mitglieder und Organe der kommunistischen Bewegung richteten und die das Signal zur Sammlung der Ausgeschlossenen und ihrer Freunde bildeten, werden abgedruckt, ferner eine schwer zu findende Arbeit Heinrich Brandlers, »Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland«, vom Januar 1928 und August Thalheimers Broschüre »Um was geht es?« vom Dezember 1928. In seinem Vorwort — wohl eine seiner letzten schriftlichen Arbeiten — bezeichnet W. Abendroth »Gegen den Strom« als »die beste marxistische Zeitschrift in den Endjahren der Weimarer Republik«. Er bekennt sich damit selbst zu einem kritischen Kommunismus wie zu seiner zeitweiligen Zugehörigkeit zur KPdO und zu seiner Verbundenheit mit ihren führenden Genossen. Theodor Bergmann (Stuttgart)

IG Druck und Papier (Hrsg.): Faschismus in Deutschland. Ursachen und Folgen, Verfolgung und Widerstand, Ausländerfeindlichkeit und neonazistische Gefahr. Bund-Verlag, Köln 1985 (329 S., br., 29,80 DM)

Das Buch stellt von 164 Einsendungen zum Journalistenpreis »Faschismus in Deutschland« 14 Beiträge vor. Anlaß der Einsendungen ist ein 1983 von der IG Druck ausgeschriebener, mit 10000 DM dotierter Journalistenpreis. Die Jury (u.a. Carlebach, Engelmann, W. Fabian, Klönne, Kühnl, Sänger und Spoo) hat sich für eine Aufteilung des Preises an fünf Einsender entschieden (Gillen-Klump: »Unna in der Nazizeit«, Holzhaider: »Die Sechs vom Rathausplatz«, Jürgens: »Krieg und Medien«, Haida u.a.: »Gautenwald — eine 'Ausländerkinder-Pflegestätte'«, Köhler: »IG Farben — Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung«).

Jürgens liefert eine kurze Geschichte des »systematischen Krieges um die Köpfe« (44). Ohne regionalen Schwerpunkt wird der allgemeine Zusammenhang vom ursächlichen Imperialismus (45) und der »Mobilisierung der Massen für die Interessen einer Minderheit« (47f.) abgehandelt. Einen ähnlichen — wenngleich noch größeren — Rundumschlag startet Köhler am Beispiel der IG Farben: »Den Ersten Weltkrieg haben sie verlängert, den Zweiten vorbereitet. Sie versprechen Gesundheit und machen uns krank ... Hitler war ihr Handlungsgehilfe, heute ist es ein Pinochet ebenso wie ein Börner.« (11) Köhler reduziert die IG Farben auf die Produktion von Giftgas (26f.), Munition, synthetische Kriegswaren und auf die »segensreiche Freundschaft mit der SS« (23ff.); er hebt hervor, daß diese »wahren Hauptkriegsverbrecher« nach 1945 im Metier weiterarbeiten können (28ff.). Eine politökonomische Analyse liefert Köhler gleichwohl nicht, es obsiegen die moralische Anklage und der Duktus des Appells an die Gerechten und Empörten. Dieser Aussagestil kann sich mit Gillen-Klumps Studie über Unna verbinden. »Unna unter dem Nazi-Regime« ist ein subjektivistischer Aufruf gegen Angst, für Mut (172), gepaart mit dem Bekennermut der Namensnennung (170), bezogen auf Terror und »Arisierung« (151ff., 162ff., 168ff.). Theoretisch ergänzt diese Darstellung die schlichten Erklärungen Köhlers und Jürgens: die Not der Krise verleiht den »einfachen Erklärungen Adolf Hitlers und seiner Nazis« (142, s.a. 170f., 172) Glaubwürdigkeit und Attraktivität, maßgeblich aber sind die Herrschenden.

Gegenüber solchen Erklärungs- und Darstellungsversuchen gefallen gut recherchierte Reportagen besser. Haida u.a. berichten über das »amtlich verordnete Todpflegen von Säuglingen polnischer und russischer Mütter« (194, 213ff.) und über die heutige Reaktion auf die Entdeckung des Heimes Gautenwald in der Gemeinde Bühlerzell. Holzhaider schildert ausführlich das Schicksal einer Überlebensaktion, die Ende April 1945 Dachau samt seinem KZ kampflos den Amerikanern übergeben wollte. Sechs dieser NS-Opponenten werden von der SS erschossen, einen Tag vor Einmarsch der Amerikaner.

Gewiß enthält der Sammelband noch manches Wissenswerte, es fehlt aber an Hinweisen zum Gebrauchswert. Insgesamt vermitteln die Einsendungen den Eindruck einer kritischen Medienlandschaft: Es scheint, als gäbe es kritischen Journalismus. Das Vorwort begreift die 164 Einsendungen denn auch als ein Zeichen dafür, daß »Ursachen, Folgen und Fernwirkungen des Nazi-Regimes in unseren [? — Anm. d. Verf.] Medien breiter abgehandelt wurden, als dies früher bei ähnlichen Jahrestagen der Fall war« (7). Die Chance, diese Glaubensaussage zu überprüfen, ist vertan worden. Weder inhaltsanalytisch noch aphoristisch vergleicht die gewerkschaftliche Preisarbeit die Einsendungen mit dem »mainstream« der 1983er Jubiläumsartikel. So fehlt eine weitere wichtige Bezugsebene zur Bewertung der Einsendungen und preisgekrönten Artikel. Insgesamt bleibt es bei der Publikation einzelner lezenswerter Artikel — neben der erwähnten Arbeit von Haida vgl. noch die Aufsätze zur Nürnberg Justiz (80ff.), über die Bremer Industrie (100ff., 184ff.) und über Regensburg (108ff.).

Eike Hennig (Kassel)

Kammler, Jörg, Dietfried Krause-Vilmar, Siegfried Kujawski, Wolfgang Prinz und Robert Wilmsmeier: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Eine Dokumentation. Hesse GmbH, Fulda/Brück 1984 (495 S., Ln., 68,- DM)

Die Geschichte der regional-alltäglichen Durchsetzung und Einrichtung des deutschen Faschismus bestimmt seit Mitte der 70er Jahre weitgehend die NS-Forschung. Spurensicherung als Aufmerksamkeitsrichtung und pädagogisch-politisches Verhalten prägt diese Wahrnehmung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems (vgl. *Argument* 146 und 151). Damit stellt sich die Frage, ob Regionalgeschichte eine neue Variante des Historismus ist, die sich auf die Dokumentation bislang vergessener Fakten beschränkt. Wie werden Beziehungen zwischen lokalen Besonderheiten und strukturell-allgemeinen Bestimmungsfaktoren angesprochen? Solche Fragen gelten insbesondere den vom An-

spruch her kritischen Lokalanalysen. William S. Allen betont in der Neuauflage seiner Northheim-Studie, einer klassischen NS-Lokalanalyse (1. Aufl. 1965), daß allein durch die Frage nach der besonderen Erklärungskraft eines Ortes (der so als Indikator aufgefaßt wird) die analytische Reichweite der Untersuchung eines lokalen Mikrokosmos geklärt und ausgewiesen werden kann (The Nazi Seizure of Power, revised edition, New York u.a. 1984, XVI).

Dieser Klärung widmet sich die Dokumentation nicht mit notwendigem Nachdruck. Kassel wird als Hochburg einer besonders radikalen NSDAP und einer konservativen Sozialdemokratie (11), als Beamten-, Garnisons- und Industriestadt vorgestellt, ohne daß die sich daraus ergebenden Konsequenzen für eine vom lokalen Detail abstrahierende Faschismusedarstellung deutlich werden. Zwar wird am Beispiel einer deutschnational ausgerichteten Zeitung z.B. auf breite und frühe publizistische Tradition antisemitischer und völkischer Vorbereitungen der NS-Erfolge hingewiesen (14ff.), aber die sozialen Träger solcher nationalistisch-militaristischen Ideologie bleiben unklar. Auch die Beziehung von Industrie und Faschismus wird nicht genügend ausgelotet, denn es wäre lohnend gewesen, über den Kontrast der in den Werkszeitschriften propagierten »Betriebsgemeinschaften« bei Fieseler und Henschel zur Realität von Produktion und Profit informiert zu werden (vgl. 384ff.). Das »Rüstungszentrum« (384) bleibt so blaß: Warum z.B. »mußte« Oscar R. Henschel 1942 die »Firmenleitung« an einen General »abtret« (386)? Wie sieht das »modern-technokratische Konzept« (390) bei Fieseler aus? Solche Fragen bleiben offen.

Die Arbeit versteht sich als »kommentierte Dokumentation der Nazizeit aus lokalgeschichtlicher Perspektive«, aber die Erarbeitung der »eher allgemeinen Formen und Inhalte nationalsozialistischer Politik und Kultur ... aus lokalgeschichtlicher Perspektive« (12) beschränkt sich weitgehend auf das Zeigen der »lokalen Quellen«. Erklärend ist darauf hinzuweisen, daß die Studie auf einen Beschluß der Kasseler Stadtverordnetenversammlung zurückgeht (6). Der Magistrat der Stadt Kassel hat »eine lokalgeschichtliche Dokumentation über Kassel während der NS-Zeit« in Auftrag gegeben und gefordert, sie solle »allgemein verständlich« sein. Die Such- und Aufbereitungsarbeiten, eine Ausstellung und die Drucklegung sind von der Stadt Kassel bezuschußt worden. Dieser Auftrag und die enge Anlehnung an die Ausstellungstafeln verstärken sicher die deskriptive Gesamtanlage der Dokumentation.

»Volksgemeinschaft und Volksfeinde« enthält elf Abschnitte, die neben Hinweisen zur Vorgeschichte der Machteinsetzung vor allem die Aspekte von Unterdrückung (»Volksfeinde«, »Judenverfolgung«, »Gestapo«, »Politische Justiz«), Gegnerschaft und alltäglicher Reproduktion des Lebens (»Jugend«, »Vorbereitung auf den Krieg«, »Leben im Krieg«) veranschaulichen. Die »lokalgeschichtliche Perspektive« führt zu einer mit mehr als 1000 Fotos reich illustrierten und dokumentierten sowie in detail sorgfältig editierten Veranschaulichung dessen, was sich in Kassel zugetragen hat. Die Vielfalt der Dokumentation hebt die Arbeit positiv von vielen NS-Lokalgeschichten ab (dokumentiert werden z.B. Apologeten, Mitläufer, resignative wie bewußte Opponenten des NS-Regimes, Politik, Kultur und Ökonomie ebenso wie formelle, institutionelle, normative und informelle Aspekte der NS-Herrschaft). Auch die Spannweite der Dokumentation von Terror und Integration (11f., 70, 186) ist positiv hervorzuheben. Die Dokumentation begeht nicht den Fehler vieler Lokalstudien, den Nationalsozialismus nur vermittels der NSDAP dokumentieren zu wollen. Dennoch: primär wird gezeigt, was gewesen ist; im reichlichen Präsentieren von Faksimiles, Interviews und Fotos bzw. in entsprechender Entdeckungslust liegt der Gebrauchswert der Dokumentation.

Im Detail ist anzumerken, manche Dokumente (z.B. 435) werden zu wenig kommentiert; manchmal verfährt die Darstellung sprunghaft (etwa 203, 204); Wahldaten (48f.) werden unzureichend aufbereitet. Grundsätzlicher wiegt der Hinweis auf das Personali-

sierungsprinzip, das die Dokumentation durchzieht. Die breit angelegte Sammlung entdeckt in Kassel zwar nur eine kleine »Zahl der Gegner des Nationalsozialismus«, dennoch setzt diese Minderheit Maßstäbe »gegenüber dem staatlich-parteilichen Formierungsdruck« (13). In »der Substanz des verantwortlichen bestimmten Lebens« und »in der Frage der kulturellen Eigenständigkeit« gibt diese Gruppe nicht nach (ebd.). Diese »Gegner« widerstehen der »Außerkräftsetzung aller humanen Wertmaßstäbe« und klären über die »Unmenschlichkeit nationalsozialistischer Politik« (339) auf. Diese Gruppe setzt die positiven Orientierungswerte (vgl. 188), während die »Volksgemeinschaft« kritisiert wird, weil »Wirklichkeit und NS-Fassade« auseinanderklaffen (70).

Diese Gruppe wird am Beispiel von zehn »Gegnern« unterschiedlicher Herkunft porträtiert (350-377). Am Schicksal von Personen soll die Einbindung in Politik und soziale Strukturen nachvollziehbar werden. Dieses pädagogische Prinzip prägt weitere politisch-biographische Passagen, die u.a. einen jüdischen Lehrer (256ff.), einen jüdischen Rechtsanwalt (230ff.), einen jüdischen Kommunisten (206f.), besonders ausführlich und bewußt einprägsam aber einen pazifistischen Lehrer (38ff.) vorstellen. In einigen Fällen überschreiten diese personalisierenden Episoden das Jahr 1945, wohingegen das Buch — von einer zwanghaften Aktualisierung abgesehen (218ff.) — ansonsten mit dem »Zustand der Agonie« (462) im April 1945 abbricht.

Eike Hennig (Kassel)

Kammler, Jörg: Ich habe die Metzerei satt und laufe über ... Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939-1945). Eine Dokumentation. Mitarbeit: Marc Poulain. Hesse GmbH, Fulda/Brück 1985 (270 S., br., 19,50 DM)

Diese Dokumentation erinnert an die »vergessenen Soldaten des zweiten Weltkrieges«, »die irgendwann und manchmal nur für einen Augenblick aufbegehrt und Kritik übten, die gegen die Anordnung der Diktatur menschlich handelten, die laut über die Sinnlosigkeit des Gemetzels und die Verlogenheit der Propaganda nachdachten oder dem Morden sich zu entziehen suchten« (11f.). Und das Buch, vor allem die Einleitung (10-16), ist ein Beitrag zur Kritik der Militärgerichtsbarkeit, die etwa 14500 (11) oder 16000 (70) Todesurteile vollstrecken läßt. Die Arbeit geht auf eine Diskussion und einen Beschluß der Kasseler Stadtverordnetenversammlung zurück (69f.), demzufolge diese Forschungsarbeit ermöglicht wurde und eine Gedenktafel am Kasseler Ehrenmal für die Gefallenen beider Weltkriege angebracht werden sollte: »Zur Erinnerung an die Soldaten des Zweiten Weltkrieges, die in der Fortführung des Krieges keinen Sinn mehr sahen und dafür verfolgt, eingekerkert oder getötet wurden.« Diesen in der Bundesrepublik einmaligen Akt, »Wehrkraftzersetzung« und »Fahnenflucht« positiv zu bewerten — und das in der zweitgrößten bundesrepublikanischen Garnisonsstadt —, untermauert die Dokumentation Kammlers (dazu *Spiegel* 30/1985, 53ff.; *TAZ* v. 29.6.1985, 5; *Vorwärts* v. 16.11.1985, 8; *FR* v. 6.6.1984, 15).

Kammler dokumentiert das Schicksal von 114 Soldaten, von denen 33 hingerichtet oder getötet wurden bzw. in der Haft verstarben (16, 228). Ein 20jähriger Marinefunker aus Kassel ist noch am 10.5.1945, zwei Tage nach der Kapitulation, in Dänemark standrechtlich erschossen worden (69-82).

Die Einleitung erlaubt einige sekundäranalytische Vergleiche zur Militärgerichtsbarkeit, dominierend aber sind die Rekonstruktion der Biographien der »vergessenen Soldaten« und der »unscheinbaren und wenig spektakulären Spuren der Verfolgung« (11). Die Dokumentation über die 114 »Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand« berichtet über ein bislang weitgehend unbekanntes Kapitel des nicht reibungslosen Funktionierens vornehmlich »kleiner Leute« (vgl. 9, 12f.). In chronologisch aufgebauten Abschnitten über Fahnenflucht, »Wehrkraftzersetzung«, Verfolgung der Zeugen Jehovas, Befehlsverweigerung, politisch Verfolgte in militärischen »Bewahrungseinheiten« und über den Widerstand des 20. Juli 1944 werden — neben knappen Kommenta-

ren — Kurzbiographien und die zumeist gerichtlichen, polizeilichen oder staatsanwaltlichen Tatbestandsaufnahmen dokumentiert: »Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen die Soldaten aus dem Raum Kassel, die sich von Hitlers Fahnen abgewandt, Widerstand geleistet oder sich den Anforderungen der Kriegsmaschine verweigert haben.« (11)

Eine quantitative Gewichtung dieser »114 Menschen«, über die berichtet wird, ist nicht möglich. Die Einzelschicksale werden nicht zur Mehrzahl der Soldaten und Offiziere der Garnisonsstadt Kassel in Verbindung gesetzt. Ordnungskriterien bleiben die Chronologie und die vom NS-Strafrecht (229ff.) festgelegten Straftatbestände bzw. die klar ausdifferenzierenden Verfolgengruppen (Zeugen Jehovas, politisch Verfolgte, 20. Juli 1944). Es wird kein Versuch einer Querauswertung der Biographien (etwa nach Motiven, Alter, Sozialschicht) unternommen. Dennoch handelt es sich um einen wichtigen Beitrag zur Erweiterung des Widerstandsbegriffs (12), zum Beginn einer Geschichte der Desertion (18) und zur Kritik der NS-Militärgerichtsbarkeit (15) und der Wiedergutmachungsverfahren (14).

Eike Hennig (Kassel)

Graul, Hans: Der Jungenschaftler ohne Fortune. Eberhard Köbel (tusk), erlebt und biographisch erarbeitet von seinem Wiener Gefährten. dipa-Verlag, Frankfurt/M. 1985 (249 S., br., 28,- DM)

Eberhard Köbel (1907-1955, genannt »tusk«) war in den Jahren 1927 bis 1933 ein maßgeblicher Führer in der freien bürgerlichen Jugendbewegung, die sich damals »bündische Jugend« nannte. Viele Stilformen der Jugendarbeit, die nach 1945 in der BRD Verbreitung fanden (z.B. Kohte, Jurte, Jungenschaftsjacke, russische Lieder, Lapplandfahrten, Zss. »Lagerfeuer« und »Eisbrecher«) gehen auf ihn zurück. Der von ihm gegründete Jugendbund dj.1.11 behauptete sich im Jugendwiderstand gegen das Dritte Reich und wurde nach 1945 fortgeführt. Die Zeitschrift »pläne« lebte Ende der 50er Jahre neu auf und entwickelte sich zum heutigen »Pläne-Verlag«.

Köbel irritierte seine Anhänger durch eine allmähliche politische Wendung vom Anhänger der NSDAP zum Kommunisten und durch die spektakuläre Bekanntgabe seines Eintritts in die KPD am 20.4.1932. Im Januar 1934 wurde er von den Nazis verhaftet und nach zwei Selbstmordversuchen schwerverletzt entlassen; im Juni 1934 emigrierte er über Schweden nach England. In London war er an der Gründung der FDJ beteiligt, wurde jedoch nach seiner Rückkehr in die sowjetisch besetzte Zone nicht in die FDJ-Führung aufgenommen. Köbel-tusk starb 1955 in Berlin (DDR).

Die Linkswendung von Köbel vor 1933 ist auch heute noch ein umstrittenes Thema in der Literatur über die bündische Jugend und gilt den Chronisten dieser Bewegung, die in der Regel aus dem konservativ bürgerlichen Lager kommen, als ein peinlicher »faux-pas«. Auch das autobiographisch gehaltene Buch von Hans Graul macht hier keine Ausnahme. Der Autor, der seine früheren völkischen und großdeutschen Auffassungen nicht verleugnet, steht immer noch zu der Konsequenz, mit der er 1932 die Beziehung zu Köbel abbrach, als er von dessen Wendung zum Kommunismus erfuhr.

Hans Graul lernte Eberhard Köbel im November 1928 kennen und wurde in den folgenden Jahren ein begeisterter Anhänger der von Köbel vertretenen Idee einer »autonomen Jungenschaft«. Eine besonders enge Beziehung entstand 1930/31, nachdem Köbel aus der Deutschen Freischar ausgeschlossen worden war und beim »Österreichischen Jungenkörps« (ÖJK) neue Verbündete suchte. Als sich die Gerüchte verdichteten, Köbel sei Kommunist geworden, wurde er von Hans Graul nach Wien zitiert. Die entscheidende Aussprache, in der sich Köbel als Kommunist bezeichnete, während Graul Sympathien für die SA durchblicken ließ, fand am 5./6.3.1932 statt. Ob Köbel damals bereits Mitglied der KPD war, bleibt offen. Köbels Selbstbekenntnis als »Kommunist« genützte dem Kreis um Hans Graul, um »die Gefolgschaft zu tusk« abrupt zu beenden.

Das Buch ist von einem Autor geschrieben, der bis heute keine Erklärung und wenig

Verständnis dafür gefunden hat, daß ein verantwortungsbewußter Jugendführer vor 1933 seine Jugendarbeit mit einem politischen Engagement für die Linke zu verbinden suchte. Was heute für viele als naheliegend gilt, ist für den Autor nach wie vor eine politische Verirrung. Um so interessanter ist es, daß der Autor Köbels Linkswendung als ein historisches Faktum begreift und gegen alle verteidigt, die daran zweifeln. So wendet er sich etwa entschieden gegen die These von Winfried Mogge, dem Leiter des Archivs der Deutschen Jugendbewegung auf Burg Ludwigstein, Köbel habe aus persönlichem Ehrgeiz in den Jahren 1932/33 zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten taktiert und letztlich keine antifaschistische Position eingenommen.

Grauls Buch bietet auf Grund seiner Detailkenntnis und der Perspektive des genau beobachtenden Insiders einen guten Einblick in das Geschehen in einigen Kerngruppen der damaligen autonomen Jugendbünde. Jedoch steht seine Darstellungsweise unter dem (selbst auferlegten) Zwang, die Auswirkungen der Zeitgeschichte auf das Geschehen in den Jugendbünden auszublenden und noch im Nachhinein an der Illusion einer »Autonomie der Jungenschaft« festzuhalten. Was der Autor z.B. über die Gründe zu sagen weiß, die Köbel von einer ursprünglichen Sympathie für die NSDAP zu einer entschiedenen Gegnerschaft und zu einem Eintritt in die KPD führten, geht über vage Vermutungen nicht hinaus. Das verwundert etwas bei einem Autor, der von sich sagen kann, er sei in den entscheidenden Jahren »dabei« gewesen und habe Köbel persönlich gut gekannt.

Die Bedeutung des Buches liegt jedoch darin, daß Köbels Wendung zum Kommunismus von einem seiner engsten Gefährten aus der Jugendbewegung belegt und als Ursache für den unwiderruflichen Bruch der persönlichen Beziehung beschrieben wird.

Eckard Holler (Tübingen)

Pietrow, Bianka: Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das »Dritte Reich« in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933-1941. Schwartz Verlag, Melsungen 1983 (456 S., br., 60,- DM)

»Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation zwischen den USA und der UdSSR« hätten nach den vorangegangenen Erfahrungen und auf Grund der Kontinuität der sowjetischen Ziele vermutlich einer Eskalation des Ost-West-Konfliktes vorbeugen können (310). Diese Schlußfolgerung zieht Bianka Pietrow aus den Ergebnissen ihrer Kasseler Dissertation, mit der erstmals in westlicher Sprache zusammenfassend die Konzeption der sowjetischen Außenpolitik gegenüber dem »Dritten Reich« dargestellt wird. Im Mittelpunkt steht der Versuch, die Motive und Zielsetzungen innerhalb der sowjetischen Führung zu analysieren und dabei auch die »innenpolitischen Determinanten politischen Handelns« mit einzubeziehen (15). Dies ist gewiß ein schwieriges Unterfangen, da Bianka Pietrow die sowjetischen Archive verschlossen blieben. Sie hat jedoch durch Auswertung deutscher und britischer Archive, der zeitgenössischen Presse und der verschiedenartigsten Publikationen sowie durch eine Reihe von persönlichen Mitteilungen ein so reichhaltiges Quellenmaterial zusammentragen können, daß sie ihr Vorhaben doch erfolgreich durchführen konnte.

Detailliert und differenziert schildert Bianka Pietrow die Vorstellungen, die unter den führenden Politikern der UdSSR wie der Kommunistischen Internationale vom nationalsozialistischen Deutschland verbreitet waren, sowie die außenpolitischen Konzeptionen, die daraus hervorgingen. Dabei wird deutlich, daß das Meinungsspektrum sehr viel breiter und nuancenreicher war, als man bislang gedacht hat. Erst mit dem Scheitern der Politik einer »kollektiven Sicherheit« und — parallel dazu — mit den innenpolitischen »Säuberungen« setzte sich eine Linie durch, die das defensive Sicherheitsdenken durch das Interesse an einem »offensiven Ausbau des sowjetischen Gesellschaftssystems« ergänzte (130). Dabei ließ sich Stalin, so Pietrow, von ideologischen Handlungsmaximen

leiten. Er erwartete von einem Krieg zwischen kapitalistischen Ländern revolutionäre Ereignisse wie nach dem Ersten Weltkrieg. Zugleich konnte ein solcher Krieg innenpolitisch den fortbestehenden starken Staat und die Belastungen durch die eigene Rüstung legitimieren sowie die zahlreichen Mängel des Systems rechtfertigen. Stalin suchte deshalb das Deutsche Reich zu stärken, damit es in der Auseinandersetzung mit den Westmächten nicht von vornherein unterlegen war, ja er wollte den Kriegausbruch fördern, ohne die Sowjetunion selbst hineinzuverwickeln. Erst wenn die kapitalistischen Mächte erschöpft seien, könne an ein Eingreifen gedacht werden. Auf diese Weise sollten die UdSSR außenpolitisch aufgewertet und ihr neue Einflußsphären eröffnet werden. Das bilaterale Vertragswerk von 1939 war das Ergebnis dieser Überlegungen. Die unerwartet schnellen deutschen Erfolge veranlaßten dann die sowjetische Führung dazu, ihre Sicherheitssphären rascher als geplant auszubauen und dafür auch Konflikte mit Deutschland in Kauf zu nehmen. Insgesamt stand sie jedoch so stark unter der Prägung der ideologischen Vorannahmen, daß sie sich einen Bruch mit dem »Dritten Reich« zu dieser Zeit nicht vorstellen konnte und vom deutschen Überfall am 22.6.1941 völlig überrascht wurde.

Daß einige Vermittlungsglieder in der Argumentationskette zwischen innenpolitischen Determinanten, ideologischen Prägungen, Einschätzungen der kapitalistischen Länder sowie außenpolitischen Vorstellungen und Konzeptionen vorerst Hypothesen bleiben müssen, sieht Bianka Pietrow selbst (16). Erst wenn weitere Interna innerhalb der sowjetischen Führung bekannt werden, dürfte sich entscheiden, ob tatsächlich die Ideologie derart handlungsleitend war, wie es die Autorin in durchaus schlüssiger Argumentation beurteilt. Auch wird man dann vielleicht noch klarer erkennen, ob z.B. das Verhalten der Westmächte während des Spanischen Bürgerkrieges maßgeblich dazu beitrug, daß sich die außenpolitische Linie Stalins durchsetzen konnte, oder ob bereits die Politik der kollektiven Sicherheit eine andere, frühere Form dieser Linie war. Solche nicht zuletzt auf Grund der Quellenlage offenen Fragen mindern keineswegs den Wert des Buches. Es gehört in die Hand eines jeden, der sich mit der sowjetischen Politik jener Zeit oder mit der (Vor-)Geschichte des Zweiten Weltkrieges beschäftigt. Heiko Haumann (Freiburg)

Lundgreen, Peter (Hrsg.): Wissenschaft im Dritten Reich. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1985 (385 S., br., 20,- DM)

Die Vorlesungsreihen, in denen deutsche Universitäten Anfang der 60er Jahre ihr Verhältnis zum Faschismus zur Sprache brachten, wurden durch den Druck der sich formierenden Studentenbewegung erzwungen. Die Bielefelder Ringvorlesung, deren Beiträge hier veröffentlicht sind, hatte die »50jährige Wiederkehr der nationalsozialistischen Machtergreifung« (7) zum Anlaß — so das Vorwort in der mythologisierenden Sprache bundesrepublikanischer Offizialdiskurse. Ist es immer noch derselbe »hilflose Antifaschismus«, der sich hier artikuliert?

P. Lundgreen zeichnet die großen Linien der NS-Wissenschaftspolitik nach. Er unterscheidet zwei Phasen: Die »Politisierung« der Wissenschaft in der Anfangs- und Konsolidierungsphase, in der das Projekt einer »politischen Hochschule« und »völkischen Wissenschaft« (mit einer »Deutschen Physik« oder einer »Deutschen Mathematik«) verfolgt wurde; die »Instrumentalisierung von Ausbildung, Forschung und Entwicklung« (14), die nach dem Vierjahresplan von 1936 einsetzt mit der Umstellung der Produktion und der Wissenschaften auf den geplanten Krieg. Die Begriffe, mit denen Lundgreen diesen Umbruch zu fassen sucht, sind problematisch. Mit der Kategorie »Politisierung« übernimmt er einfach den Begriff, den die Faschisten selbst verwendet haben. Die These der »Instrumentalisierung« unterstellt ein manipulierendes Subjekt außerhalb der Wissenschaft und versperrt den Blick auf die Verschiebungen im Instanzengefüge, die Auseinandersetzungen der verschiedenen Akteure; sie genügt auch dem Material nicht, das

Lundgreen präsentiert, denn der etablierten Wissenschaft gelingt es, »ihre professionelle Autonomie, z.T. in Koalition mit der Großindustrie« (15) zu wahren.

Der Rechtswissenschaftler D. Grimm kommt zu dem Ergebnis, daß die Nazis »von vornherein keinen Versuch (machten), ohne das alte Recht auszukommen« (33), sondern dessen *Auslegung* modifizierten, vorbereitet durch die »Neue Rechtswissenschaft« (Schmitt, Frosthoff, Larenz, Binder und Dahm). Richtschnur für die Auslegungspraxis der Richter — etwa bei Kategorien wie »Treu und Glauben« oder »gute Sitten« — sollte nicht mehr die »individualistische bürgerliche Verkehrsgesellschaft«, sondern »das Interesse des Volksganzen« sein (so Carl Schmitt, zit. n. 34). Grimm bildet dies als Kompetenzverlust der Juristen ab — als habe sich der Sachverstand der Richter dem Druck der Straße beugen müssen: »Gesinnung wurde für die juristische Tätigkeit wichtiger als Verstand.« (39) »Damit bestimmte sich die Strafbarkeit eines Verhaltens nicht mehr nach dem Strafgesetzbuch, sondern nach einer im Volk vor aller Normierung ausgebildeten Anschauung, die im Gesetz nur einen mehr oder weniger authentischen Ausdruck fand« (39) — fast als ob im Volksgerichtshof das Volk Recht gesprochen hätte und nicht der Jurist Freisler.

Der Kunstdidaktiker H. Wilmsmeyer bedient die Sprachmuster des hilflosen Antifaschismus: Es habe keine »genuin nationalsozialistische Kunstpädagogik« (82) gegeben, doch habe sich in diesem Fach nach 1933 »die mißratene Ausgeburt einer irrationalen Geisteshaltung« (83) durchgesetzt. Interessanter die These des Sprachdidaktikers N. Hopster, daß durch »die vom Deutschlehrer inszenierte sprechsprachliche Gemeinschafts-Veranstaltung ... die verbalisierten 'privaten' Lesehaltungen der Schüler durch ritualisierte und situativ gesteuerte Rezeptionsweisen überformt werden«. Der Deutschunterricht wurde so zum »Propädeutikum für die sprachlich-ästhetische Alltäglichkeit der nationalsozialistischen Politik!« (126)

P. Weingart zeichnet den Prozeß der »Institutionalisierung des eugenischen Programms« nach (325), der 1931 in der Annäherung der Rassenhygieniker an die NSDAP und der Gleichschaltung (vgl. 330) der »Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene« 1933 kulminiert. Er zeigt, daß die Entwicklung der Eugenik als eigenständige Disziplin mit der Transformation der Theorie Darwins zum Sozialdarwinismus verknüpft ist. Der Rassismus erhält durch die Einarbeitung des Darwinismus den Status eines »wissenschaftlichen Rassismus« (317). Diese Einarbeitung bewirkt zugleich die Verflechtung der Eugenik mit anderen Disziplinen wie der Anthropologie, der Medizin und der Psychiatrie. Die Richtungskämpfe zwischen den Rassenhygienikern und den Eugenikern drehen sich um die Anwendungsfelder der Eugenik. Den Eugenikern ging es um Bevölkerungspolitik und Einflußnahme auf die Wahl der Geschlechtspartner durch Ehetauglichkeitszeugnisse. Den Rassenhygienikern hingegen ging es um »Eheverbote und zwangsmäßige Sterilisierung 'geistig Minderwertiger und sonst Entarteter'« (327). 1931 setzt sich noch die dem katholischen Zentrum verpflichtete Fraktion der Eugeniker mit ihren Forderungen »zur eugenischen Erziehung sowie zur Familienförderung« (329) gegenüber der Fraktion der Rassenhygieniker durch. Die Ausführung des rassenhygienischen Programms kollidierte zu diesem Zeitpunkt noch mit den moralischen Werten des Bürgertums. Institutionen wie Ehe und Familie standen ihm entgegen. Den Zusammenhang zwischen der Eugenik und der nationalsozialistischen Vernichtungs- und Ausrottungspolitik sieht Weingart darin, daß die Rassenhygienik mit ihrem wissenschaftlichen Gewicht die ethischen Werte »delegitimiert« (vgl. 331), die dieser Ausrottungspolitik hätten Widerstand leisten können. Seine Analyse zielt auf diesen Delegitimations-Effekt. Die Frage nach den »positiven« Auswirkungen auf die Vergesellschaftung der Individuen, nach der Konstitution des faschistischen »Subjekts«, wird nicht gestellt.

Weitere Beiträge befassen sich mit der Psychologie (W. Prinz), die Geschichtswissenschaft (K. Schreiner), der Literaturwissenschaft (W. Voßkamp), der Soziologie (O.

Rammstedt) und der Osteuropaforschung (Chr. Kleßmann). Auch hier bedienen die analytischen Begriffe oft die Muster der faschistischen Selbstdeutung, bleibt die Kritikperspektive meist befangen in der eigenen Standesideologie.

Martha Zapata und Gerwin Klinger (West-Berlin)

Tröger, Jörg (Hrsg.): Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1984 (188 S., br., 28,- DM)

Die Aufsätze befassen sich z.T. mit der Situation vor 1933, deren Analyse zum Verständnis der widerstandslosen Eingliederung der deutschen Universitäten im NS-Machtgefüge beitragen soll. Sie schildern das Verhältnis von Professoren (W. Abendroth) und Studenten (M. Kater) zur Weimarer Republik, diskutieren die Folgen der Wissenschaftleremigration für die Entwicklung der deutschen Wissenschaft (H. Strauss) und versuchen, die Eingliederung der Wissenschaft durch die nationalsozialistische Wissenschafts- und Kulturpolitik (H. Möller und M. Scharfe) deutlich zu machen. Eine Reihe von Beiträgen befaßt sich mit dem Verhältnis einzelner Disziplinen zum NS: Biologie (W. Kirchner), Geschichte (R. Kühnl), Recht (U. Preuß), Theologie (W. Huber) und Medizin (W. Wuttke). Abschließend wird der Zusammenhang zwischen Naturwissenschaften und Kriegswirtschaft (A. Hermann) und der Wiederaufbau der deutschen Universitäten in der unmittelbaren Nachkriegszeit (G. Strübel) erörtert.

Wolfgang Abendroth stellt fest, daß der »'normale' Professor« der Weimarer Zeit, obwohl ein Gegner der Demokratie, kein Nationalsozialist war. Offen bleibt die Frage, wie sich der Übergang zur faschistischen Modalität der »antidemokratischen Mentalität« vollzogen hat. Walter Wuttke bezeichnet die Medizin als eines der bedeutendsten Werkzeuge der faschistischen Herrschaft. Die NS-Medizin sei einerseits »Billigmedizin«: Die Gesundheitspolitik habe alles daran gesetzt, »die 'Belastung der Wirtschaft mit sozialen Lasten (möglichst) gering zu halten'« (151), im Interesse von Kriegsvorbereitung und Kriegführung. Andererseits war sie »Leistungsmedizin«: »Aufgabe der Ärzte war es, den Menschen möglichst lange im Produktionsprozeß zu halten.« (154) Wuttke argumentiert ökonomistisch. Die medizinische »Vernichtung durch Arbeit« sei »schließlich aus rein ökonomischen Gründen« (11) vollzogen worden. Er reduziert so die ganze NS-Medizin auf die KZ-Medizin und verliert die Bedeutung der Medizin für die Eingliederung der Individuen in die ideologische Ordnung aus dem Blick.

Der Sammelband ist aus einer Sendereihe des Süddeutschen Rundfunks hervorgegangen, die ein breites Publikum erreichen sollte. Daher die Lesbarkeit der Beiträge, aber auch ihre Grenzen: Sie sind oft zu kurz, um der Komplexität des Themas gerecht zu werden. Viele Thesen werden nur postuliert und nicht am historischen Material belegt.

Martha Zapata (West-Berlin)

Soziale Bewegungen und Politik

Kittner, Michael (Hrsg.): Gewerkschaftsjahrbuch 1984. Bund-Verlag, Köln 1984 (665 S., br., 24,80 DM)

Kittner, Michael (Hrsg.): Gewerkschaftsjahrbuch 1985. Bund-Verlag Köln 1985 (715 S., br., 24,80 DM)

Es hat sehr lange gedauert, bis im Deutschen Gewerkschaftsbund die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Herausgabe eines jährlichen Rückblicks auf die gewerkschaftliche Entwicklung und eines Überblicks der relevanten Politik- und Praxisfelder der Gewerkschaften erkannt wurde. Mit der Herausgabe des »Gewerkschaftsjahrbuches« hat der Kasseler Arbeitsrechtler und IG Metall-Syndikus, M. Kittner, diese Lücke geschlossen. Die Autoren sind vorwiegend Referenten des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftli-

chen Instituts des DGB. Sie berichten kompetent über ihre jeweiligen Fachgebiete und analysieren die wichtigsten Ereignisse und Tendenzen. Die 18 Abteilungen des Jahrbuchs 1984 sind im Jahrbuch 1985 auf 22 angewachsen. Es sind dies im einzelnen: I. Chronologie, II. Mitgliederzahlen, III. Tarifpolitik und Arbeitskämpfe, IV. Wirtschaft, V. Branchenreport, VI. Technologie, VII. Umweltschutz, VIII. Arbeitsmarkt, IX. Sozialpolitik, X. Humanisierung der Arbeit, XI. Koalitions-, Tarif- und Arbeitskampfrecht, XII. Mitbestimmung, XIII. Betriebsverfassungsrecht, XIV. Personalvertretungsrecht, XV. Arbeitsrecht, XVI. Sozialrecht, XVII. Datenschutz, XVIII. Berufliche Bildung, XIX. Bildungspolitik und Bildungsarbeit, XX. Internationale Arbeit, XXI. Gemeinwirtschaftliche Unternehmen, XXII. Literatur zu Gewerkschaftsfragen.

Von seinem seit 1972 erscheinenden kleineren »Bruder«, dem »Kritischen Gewerkschaftsjahrbuch« (bis 1975 im Fischer Verlag, Frankfurt/M., seit 1977 im Rotbuch Verlag, West-Berlin), unterscheidet es sich nicht nur durch das vier- bis fünffache Volumen, sondern auch durch die Abwesenheit gewerkschaftskritischer Analysen und kontroverser Beiträge über gewerkschaftliche Politik und Praxis. Der aufmerksame Zeitungsleser sucht vergebens nach Hintergrundinformation über jene innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen — sei's über tarifpolitische Grundsatzfragen, sei's über Betriebsratswahlen und innerverbandliche Demokratie —, von denen die Tagespresse nicht selten zu berichten weiß. Ein Paradebeispiel mangelnder Selbstkritik ist die Darstellung von J. Eckertz über die Neue Heimat. Nach ihrer Lektüre könnte man annehmen, die alte Geschäftsführung sei wegen ihrer allzu optimistischen Markterwartungen gefeuert worden (wahrlich ein Grund für fristlose Kündigungen!).

Zu den interessantesten und — unter organisationspolitischen Aspekten — informativsten Beiträgen zähle ich die von K. Lührlein über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen und des Organisationsgrades sowie von I. Kurz-Scherf über Tarifpolitik und Arbeitskämpfe. Lührlein untersucht im Jahrbuch 1984 die Entwicklung der Organisationsverhältnisse in den DGB-Landesbezirken und kommt zu dem Ergebnis, daß zwar die nördlicheren Bezirke die höheren Organisationsverhältnisse haben, aber daß sich ihre Mitgliederanteile gegenüber den südlicheren Bezirken reduzierten. Darin reflektiert sich die Nord-Süd-Wanderung der Arbeitsplätze. Im Jahrbuch 1985 untersucht Lührlein die Entwicklung der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder seit 1971 und konstatiert, daß, sollte die Entwicklung des letzten Jahrzehnts sich fortsetzen, der DGB zu überaltern droht. Zu wünschen wäre, daß Lührlein in späteren Jahrbüchern die Analyse der gewerkschaftlichen Mitgliederstruktur auch im Hinblick auf andere Gruppen (z.B. Frauen, Ausländer, An- und Ungelernte) fortsetzt. Kurz-Scherf legt in beiden Jahrbüchern differenzierte Beiträge zur gewerkschaftlichen Tarifpolitik vor und scheut sich auch nicht, in ihrer Analyse des Arbeitskampfes 1984 um die 35-Stunden-Woche einige heiße Eisen (Probleme gewerkschaftlicher Solidarität und Mobilisierung) anzupacken.

Im Vergleich zu den beiden genannten Autoren liegen bei den übrigen die Schwerpunkte nicht auf innerverbandlichen bzw. organisationspolitischen Fragen und Prozessen. Ihre Berichterstattung über ihr jeweiliges Fachgebiet gilt vielmehr dem wirtschaftlichen, soziopolitischen, technischen und arbeitsrechtlichen Umfeld der Gewerkschaften. Der Informationsgehalt der einzelnen Reports ist unterschiedlich; ihr Gebrauchswert wird vom jeweiligen Benutzer abhängen.

Als Nachschlagewerk ist das Gewerkschaftsjahrbuch über weite Strecken eine nützliche und wichtige Informationsquelle. Über gewerkschaftssensible Bereiche informiert man sich besser aus anderen Presse- und Publikationsorganen. Insofern ist auch der kleinere (und ältere) »Bruder« nicht überflüssig geworden, auch wenn die Verfasser der Rubrik »Literatur zu Gewerkschaftsfragen« das »Kritische Gewerkschaftsjahrbuch« weiterhin als ein Un-Buch behandeln.

Walther Müller-Jentsch (Paderborn)

Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Bd. 1: AUD-EFP. Bd. 2: FDP-WAV. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983 und 1984 (2580 S., br., 156,- und 152,- DM)

Sämtliche westdeutsche Parteien der Nachkriegszeit werden in diesem Handbuch mit ungewohnter Ausführlichkeit dargestellt. Die Artikel über die großen Parteien haben den Umfang von Büchern — SPD 191, CDU 170 Seiten —, und selbst die KPD/ML bekommt noch 20 Seiten ab. Der Aufbau der Artikel folgt einem mehr oder weniger üblichen Schema: Zusammenfassung am Anfang, dann Ideologie, Programm, Praxis; Assoziationen und Dissoziationen; Wahlbeteiligungen; Parlamentarische Repräsentanz und Regierungsbeteiligungen; Organisation; Mitglieder und Führung; Presse und Propaganda; als Resümee eine »Gesamtgesellschaftliche Charakterisierung«. Die Artikel sind aus im weitesten Sinne »linker« Perspektive geschrieben, wie ich unten noch demonstrieren werde. Peter Brandt, Dittberner, Siegfried Heimann, Mintzel, Staritz, Rudolf Steinke gehören zu den Autoren. Soweit ich sehen kann, sind die Artikel sorgfältig und detailreich gearbeitet. Es handelt sich um ein wirklich nützliches und in seiner Weise einzigartiges Nachschlagewerk.

Die sinnvollste Weise, ein solches Werk zu besprechen, scheint mir in der Hervorhebung von zentralen Schwächen zu bestehen, deren Beseitigung die Parteienforschung weiterbringen würde. Die Schwäche, die ich hervorheben möchte, ist die Orientierung nahezu aller Artikel und besonders der Einleitung auf die Programmentwicklung der Parteien. Die Dynamik der Parteien erscheint als Wechselspiel von Programmdebatte und mehr oder meist weniger gelingender »Umsetzung« in Regierungsarbeit, deren Außenbeeinflussung vor allem in der (wie man weiß, recht willkürlich handhabbaren) Wahrnehmung von Wahlresultaten besteht. Die soziale Herkunft der Parteimitglieder und -wähler wird zwar als determinierender Faktor betont, aber in kein theoretisches Verhältnis zur Determinationskraft der Programmdebatten gestellt. Man weiß letztlich nicht, ob diese so langwierig erzählten Debatten angesichts der Herkunftsfaktoren überhaupt allzu wichtig sind bzw. ob sie sich etwa so sehr in alle Richtungen frei entfalten könnten, daß man den Herkunftsfaktoren keine Wirksamkeit zutrauen dürfte. Die Einleitung (17-309) von Richard Stöss (Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik — Eine Theorie; es handelt sich um die Habilitationsschrift des Autors) geht auf ihre Weise mit dem Dilemma um. Der Zusammenhang von Sozialem und Programmatischem ergibt sich hier dadurch, daß Stöss Parteien, und damit eben auch ihren Programmen, die »Funktion« zuweist, politische Legitimation für staatliche Herrschaft herzustellen, die ihrerseits den Kapitalismus reproduziert, wobei er von der Staatsableitung von Blanke/Jürgens/Kastendieck ausgeht. »Große« und »kleine« Parteien wirken hierbei zusammen und spielen sich letztlich in die Hände, die kleinen den großen z.B. dadurch, daß sie »Transport-« und »Indikations-Funktionen« wahrnehmen (307). Eine funktionalistische Parteiethorie also, bei der das Bewußtsein der Akteure im Sinne der ökonomischen Basis funktioniert, aber eine Theorie leider, die dieser ihrer theoretischen Grundannahme nur wenige Seiten widmet, weil das Interesse ihres Autors sich auf Fragen der Parteitypologie und der Parteiengeschichte konzentriert. Hier begegnen wir von neuem der Programm-Frage. Der zentrale Begriff des »Basiskonsenses« ist als programmatische Übereinstimmung (z.B. 222) der großen Parteien hinsichtlich der »außen- und innenpolitischen Essentials« definiert (151), die nach Meinung von Stöss in der Bundesrepublik erst seit dem Godesberger Programm erreicht sein soll (221). Aber der Programm-Begriff wird auch hier bloß benutzt, statt theoretisch gerechtfertigt. Beim Anliegen von Stöss, vor allem eines zu tun, nämlich den Basiskonsens vom »Verfahrenskonsens« abzugrenzen (der natürlich schon seit der Einigung über das Grundgesetz existiert habe [204f.]), verschwindet er im toten Winkel. (Während Guggenberger und Offe betont haben, daß es einen Verfahrenskonsens ohne vorgängigen Programmkonsens nicht

geben könne, schreibt Stöss die Geschichte der westdeutschen Parteien so, daß *erst* Verfahrens- und *dann* Programmkonsens erreicht worden sei.)

Mir fehlt der Raum, um hier alles zu benennen, was ich an dieser Theorie fragwürdig finde. *Ein* Problem sehe ich darin, daß Stöss sich nicht fragt, wovon er schreibt, wenn er von »Programmen« schreibt. Was ist denn dieses Bewußtsein der Parteiakteure, dessen Ableitung aus sozialer Parteibasis und Akkumulationsgeschichte des Kapitals zu leisten wäre? In welcher durchsichtigen *Sprache* schlägt es sich nieder? Kann man einfach die Wörter nehmen, in denen die Delegierten ihren Willen bekunden? Oder die Wörter der Theorie von Stöss? Kurz, kann man über Parteiprogramme und Programmkonsens sprechen, ohne auch nur den geringsten Seitenblick auf die Linguistik zu werfen? Mir scheint nein. Nach welchem Kriterium entscheidet Stöss z.B., daß SPD und CDU/CSU sich seit Bad Godesberg im Konsens-Zustand befinden? Weil beide von da an für Marktwirtschaft und NATO »sind«? Ist das denn mehr als ein willkürlicher Merkmals-Vergleich, der sich in nichts vom Verfahren der Totalitarismus-Theoretiker unterscheidet? Was hier fehlt, ist die *Diskursanalyse*. Sie würde zeigen, daß ein und derselbe Signifikant, z. B. »NATO«, ganz verschiedene Bedeutungen annimmt, wenn er in verschiedenen Artikulationsfeldern steht. Es ist gar nicht möglich, einen Signifikanten isoliert herauszugreifen und dann eine Bedeutung in ihm zu erkennen, außer man projiziert etwas in ihn hinein. »NATO« — das ist etwas grundlegend anderes in einem Diskurs von Menschen, die stärker sein wollen als andere, und in einem Diskurs von Menschen, die am liebsten wollen, daß alle gleich schwach sind, mindestens aber, daß alle gleich stark sind. Da Überlegungen dieser Art bei Stöss fehlen, scheint es ihm so, daß alle Parteien, die in den »Essentials« übereinstimmen, also sprich: die z.B. für Marktwirtschaft und Westintegration eintreten, ohne Mühe miteinander müßten koalieren können (157). Ich halte das für einen gravierenden Irrtum. Recht hat Stöss vielleicht noch darin, daß solche Parteien gleichermaßen für den Kapitalismus funktionieren. Aber das haben viele schon ohne seine Theorie geahnt.

Das Fehlen von Diskursanalyse führt in allen Artikeln zu Schwächen unterschiedlicher Art. Z. B. fällt in dem ausgezeichneten SPD-Artikel von Heimann der Gestus des »obwohl« auf: Das ist die Partei, die sich immerzu in Widersprüche verwickelt — und auf dieser Grundlage ganz gut zu leben versteht. »Die politische Praxis der SPD stand in den folgenden Jahren in diesem Politikbereich mehr als in anderen vor dem Dilemma, eine Position lautstark und anklägerisch nach allen Seiten in der Öffentlichkeit zu deklarieren und hinterher doch 'klein beizugeben': so stimmte sie — trotz Kritik im Detail — letztlich dem Marshall-Plan, der Währungsreform und schließlich sogar der 'Weststaatsgründung' zu, obwohl diese politischen Entscheidungen bereits den Beginn einer Integration in ein westliches Bündnisssystem bedeuteten, das eine nach Meinung der SPD immer noch möglich scheinende Wiedervereinigung gefährden müßte.« (2091) (»Obwohl« der »Basiskonsens« erst später kommt!) Und vice versa: »Obwohl sich die SPD schon 1950 nicht prinzipiell gegen eine Wiederbewaffnung ausgesprochen hatte, lehnte sie 1952 wegen der weiterhin eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik den Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab. Die Begründung dafür aber war für die Öffentlichkeit so mißverständlich und unklar, daß ...« Und noch einmal anders herum: »In den folgenden Jahren ... bekannte sich die SPD in deutlicheren Worten zur Landesverteidigung.« (2092) (Alles vor Bad Godesberg!) Das Problem ist: was sind eigentlich »deutliche Worte«? Wir haben ja noch heute unsere Schwierigkeit, diese Partei zu begreifen: »Obwohl« sie den Ausstieg aus der Kernenergie propagiert ... »Obwohl« Helmut Schmidt für politische Ost-West-Entspannung eingetreten ist ... Diskursanalyse würde hier dazu führen, hinter den Obwohls, die nur zeigen, wie Heimann von der sozialdemokratischen Politik gespalten ist, den in keiner Weise »widersprüchlichen« *Gleichgewichts-Code* dieser Partei zu erkennen: In einer Politik, die diesem Code folgt,

übernimmt man den jeweiligen Leitsignifikanten des Gegners und ergänzt ihn durch einen »anderen eigenen« Signifikanten. Und da können die Programmdebatten laufen wie sie wollen.

Im ebenso informativen CDU-Artikel von Ute Schmidt liest man, diese Partei verfüge über »keine konsistente Ideologie« (493). Wieso ist sie dann von so vielen Stammwählern so konsistent gewählt worden? Haben die auch keine konsistente Ideologie? Oder haben sie eine, die sich aber merkwürdigerweise nicht niederschlägt? Viele meinen wahrscheinlich, die sozialdemokratische Art und Weise, Forderungen aufzustellen und in zeitraubenden Debatten weiterzuentwickeln, sei viel klüger (trotz der »Widersprüche«) als die wortschatzarme Manier, in der Bundeskanzler wie Konrad Adenauer oder Helmut Kohl unsere Republik umwälzen. Wieder die »Worte«: im einen Lager sind sie unendlich, im anderen unintelligent. Und doch ist ihre materielle Gewalt beträchtlich. Man sollte also ihre Anordnung studieren und nicht behaupten, sie hätten keine.

Unerträglich werden die Folgen der linguistischen Enthaltensamkeit in dem Artikel über die Grünen, den Stöss selbst zusammen mit Lilian Klotzsch geschrieben hat. Man muß zunächst die Verdienste dieses Artikels hervorheben: Indem er ausführlich auf die Entstehungsbedingungen der Partei eingeht, erinnert er an vieles, was selbst ihre heutigen Protagonisten zum eigenen Schaden verdrängt haben dürften. Etwa daß die Grünen nicht erst heute von parlamentarischer Integration betroffen sind, da schon ihre Gründung ein Integrationsschritt war. Der Eindruck, daß Kämpfe an AKW-Bauzäunen eine bestimmte Erfolgsgrenze nicht überschritten, daß aber ihre partielle Gewaltsamkeit mögliche Sympathisanten abschreckte, bestimmte das Bewußtsein vieler Parteigründer. (Und übrigens spielte sich »Stammheim« ein Jahr vor der Parteigründung ab.) Heute erleben wir von neuem, wie die Kämpfe an den Bauzäunen heftiger werden, aber man hat nicht den Eindruck, als ob die Grünen auf diese Situation »erfahren« reagieren könnten, sei es durch Kritik an den Kämpfen oder durch Selbstkritik. So dankbar ich diese Gedächtnishilfen annehme, so befremdet bin ich, wenn ich lese, daß zwischen der Programmatik der Grünen und derjenigen der Neofaschisten »ideologische Affinitäten« bestehen sollen. Warum? Weil z.B. Umweltschutz ein Hauptprogramm punkt bei den einen wie bei den anderen ist. Ganz wie das Eintreten für Marktwirtschaft und Wiederbewaffnung bei SPD wie CDU/CSU ausreicht, um den »Konsens« dieser Parteien zu signalisieren, so also nun das Eintreten für Umweltschutz, um die Grünen in die Nähe des Faschismus zu rücken. Zum Beleg zitieren die Autoren eine neofaschistische Schrift, in der Rassen-Auslese und daher eine Umwelt gefordert wird, die dem »Wesen der Rasse« entspricht; der Verfasser (Arthur Ehrhardt) stützt sich auf die sozialdarwinistische Annahme, daß Auslese »in erster Linie durch Umweltfaktoren bestimmt« wird (vgl. 1557). Das reicht!

Michael Jäger (West-Berlin)

Steininger, Rudolf: Soziologische Theorie der politischen Parteien. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1984 (179 S., br., 36,- DM)

Das Ziel dieser Habilitationsschrift ist die Ausarbeitung einer allgemeinen, soziologischen Theorie der politischen Parteien. Allgemein soll sie insofern sein, als nicht nur westliche Parteien, sondern auch traditionale (Antike, Mittelalter) und Einheitsparteien (sozialistische Länder, Dritte Welt) erfaßt werden sollen. Soziologische Theorie soll sie in Abgrenzung zur normativen Beschäftigung mit Parteien sein. Der Parteibegriff Max Webers bietet nach Steininger die Möglichkeit, die theoretischen Defizite der Parteientheorie zu beheben. Teilaspekte von Webers Begriff sind weit verbreitet, die Chancen, die in seiner systematischen Entfaltung liegen, wurden seiner Meinung nach nicht genutzt. Grundprinzip dieses Begriffs ist die »Reduktion auf die formale Rationalität der Parteientätigkeit« (39). Parteien sind danach definiert durch ihr Machtstreben und ihre formal freie Werbung um Zustimmung. Machtstreben heißt für die Leiter der Partei

Streben nach Teilnahme an politischer Herrschaft und für die anderen aktiven Mitglieder Streben nach Chancen (nach persönlichem Entgelt, Ämtern oder anderen Vorteilen; 21). »Formal freie Werbung« hat einen dreifachen Inhalt (23f.): Parteien sind freiwillig, d.h. nicht gesetzlich oder vertraglich geschaffen; ihre Anhänger schließen sich in freiwilliger Gefolgschaft an, d.h. die Parteien sind auf stets erneute Werbung angewiesen; und schließlich: die Werbung ist nicht unbedingt faktisch ohne Zwang (z.B. können ganze Verbände oder soziale Gruppen mit Parteien assoziiert sein). Aus Webers Definition (die er leicht modifiziert; 77) entfaltet Steininger zunächst eine Theorie der Parteien und dann ansatzweise eine Theorie der Parteiensysteme. Dabei bettet er zentrale Ergebnisse der Parteienforschung ein.

Die Strategie einer Partei resultiert aus ihrem Machtstreben bei formal freier Werbung vermittelt durch die Bedingungen des politischen Systems. Jedes politische System fordert bestimmte Kategorien der Rechtfertigung von Herrschaft (»Legitimation«) und ist faktisch durch bestimmte Legitimitätsstrukturen gesichert, die nicht notwendig mit den geforderten Legitimationskategorien übereinstimmen müssen. In dieses Spannungsfeld ordnet sich die Parteistrategie ein. Systembejahende Parteien müssen Legitimationskategorien bejahend aufgreifen und, um sich Gefolgschaft zu sichern, auch die spezifischen Legitimitätsbedingungen ihrer Gefolgschaft berücksichtigen. Letzteres müssen auch revolutionäre Parteien tun, sie können sich jedoch gegen Legitimationskategorien wenden. Sie entstehen also nur in einer Legitimitätskrise des politischen Systems (97ff.).

Den theoretischen Zusammenhang zwischen politischem System und Parteien faßt Steininger wie folgt zusammen: Sozialer und politischer Kontext einerseits und Struktur der Parteien andererseits sind kongruent. »Dieser Prozeß der Vermittlung zwischen Parteien und Kontext vollzieht sich über die Legitimation politischen Handelns.« (132) »Der strukturelle Kontext vermittelt sich nicht deterministisch, sondern legitimatorisch an die politischen Parteien, weil die Parteien selbst sich bewußt und ausdrücklich an ihm orientieren.« (136) Der Ansatzpunkt für die Analyse der Anpassung der Parteien an ihren Kontext liegt in der Legitimation nach »unten«, d.h. in »der Rechtfertigung politischen Handelns gegenüber bereits geworbenen oder möglichen Parteigängern« (137), und nur daraus abgeleitet und soweit dies im Hinblick auf die Anhänger notwendig ist, in der Legitimation nach »oben«.

Parteiensysteme lassen sich nicht hinreichend aus dem System der Interessen in einer Gesellschaft bzw. aus ihrer Sozialstruktur und ihren sozialen Konflikten, sondern nur aus der Struktur ihrer politischen Konflikte erklären (151). Dabei ist das aktive Handeln der Beteiligten entscheidend: »Konflikte können vernachlässigt, verstärkt, unterdrückt oder ganz vergessen werden.« (152) Daß zeitweise feste Parteistrukturen (also im Sinne von Lipset/Rokkan »eingefrorene« Parteiensysteme) entstehen, muß aus der Permanenz der Werbung von Parteigängern und der Herausbildung von Traditionen erklärt werden.

Steingers Ziel ist es, ein gemeinsames Paradigma für die Parteienforschung anzubieten. Sein Verfahren, empirische Untersuchungen einem theoretischen System zuzuordnen, verkennt aber die — in seinen Worten — »legitimatorische« Funktion der unterschiedlichen Richtungen der Parteiethorie. Für die marxistische politische Theorie regt Webers Definition jedoch an, darüber nachzudenken, inwieweit die Entwicklung der Parteien durch bestimmte Strukturen der Politik geprägt wird, z.B. durch ihr Streben nach Wählerstimmen, um politischen Einfluß zu haben. Politisch formuliert: ist die Rotation von Abgeordneten nur ein voluntaristischer Akt, der die entscheidenden politischen Strukturen unberührt läßt, die die Partei einer Bewegung im parlamentarischen Rahmen zähmen?

Zwei wesentliche Schwachstellen von Steiningers Ansatz seien noch genannt. Die Rückwirkung der Parteien auf das politische System sieht er als sekundär an, obwohl er

selbst Beispiele für den Extremfall, die Zerstörung von politischen Systemen durch Parteien, bringt. Da er die Parteien vom politischen System geprägt sieht, kann er dessen Zerstörung nur tautologisch durch den Verlust seiner Legitimität erklären. Damit ist auch die zweite Schwäche schon angesprochen: Durchgehend denkt Steininger Prozesse als Wechselwirkungen von Ideen (z.B. an zentraler Stelle »Legitimation« vs. »Legitimität«); krass auch beim rein ideengeschichtlichen Herangehen an die Weimarer Diskussion über den »Parteienstaat«. Sein Anspruch, eine allgemeine, also überhistorische Partientheorie aus Webers Parteienbegriff zu entwickeln, führt dazu, daß er den Begriff der formal freien Werbung bis zur Unkenntlichkeit ausweitet, wenn z.B. Soldaten als Parteigänger in der Partei ihres Heerführers gesehen werden (63).

Jörg-Michael Vogl (Marl)

Mintzel, Alf: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch. Westdeutscher Verlag, Opladen 1984 (388 S., br., 49,50 DM)

Mintzel ist vor allem durch seine Arbeiten über die CSU bekannt geworden. Hier ist es sein Ziel, »die theoretisch-analytischen, typologischen und politischen Konzeptualisierungen (der Volkspartei) zu erörtern und in den verzweigten und diffusen Gesamtverlauf der Diskussion systematisch einzuordnen« (15). In der Sache geht es um die Änderungen des vorherrschenden Parteityps spätestens seit Mitte der 50er Jahre, die üblicherweise erklärt werden mit der Durchsetzung des Stimmenmaximierungsprinzips in den Parteien, dem Anpassungsdruck im dualen Parteiensystem, der Herausbildung eines Wohlfahrtsstaats, einer breiten neuen Mittelschicht usw. (186f.). Mintzel stellt ausführlich die Ansätze der beiden Klassiker der Diskussion A. Downs und O. Kirchheimer sowie ihre theoretischen Vorläufer in der Weimarer Zeit dar (R. Michels, H. Sultan, H. Marr, S. Neumann u.a.). Danach schließt sich eine Darstellung der Beiträge an, die sich in der Bundesrepublik mit den Klassikern auseinandersetzen (J. Agnoli, H. Kaste/J. Raschke, H. Scheer, M. Rowold sowie, in Abkehr vom Konzept der »Volkspartei«, R. Stöss).

In Exkursen faßt Mintzel verwandte Konzepte zusammen (L.D. Epsteins Studie über die Konvergenz der Parteitypen in westlichen Demokratien, milieutheoretische Ansätze der Parteienforschung wie der von M.R. Lepsius, Parteien in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus) sowie die politischen Funktionen des Begriffs »Volkspartei«. Er beleuchtet vor allem den Wandel vom bürgerlichen Kampfbegriff gegen die Arbeiterparteien in der Weimarer Republik zum allgemein anerkannten Ziel für die Parteien der Bundesrepublik.

Das Buch bietet einen vollständigen und strukturierten Überblick über die Diskussion zum Thema. Die Bezüge zwischen den verschiedenen theoretischen Ansätzen sowie ihre unterschiedliche Bedeutung für den Fortgang der Diskussion sind klar herausgearbeitet. Die wichtigsten Konzepte werden nicht nur detailliert, teilweise mit langen Textpassagen dargestellt, sondern auch ausführlich und nachvollziehbar auf Methodik und Argumentationsgang hin untersucht.

Mintzels Buch kann auch als Theoriesgeschichte eines wichtigen Diskussionsstranges der Linken in und neben der SPD gelesen werden: der Diskussion über Chancen und Grenzen einer politischen Arbeit in der SPD. Die Darstellung der linken Versuche, das Volksparteienkonzept kritisch umzuformulieren, macht für mich deutlich, daß diese analog der Staatsableitungsdebatte auf Grund ihres methodischen Ansatzes an einen toten Punkt kamen. Es wurden Funktionen der Parteien abgeleitet, was verhinderte, daß ihre Bewegung in den Blick kam.

Mintzel geht über eine ordnende kritische Darstellung von Ansätzen nur insofern hinaus, als er für die Verabschiedung des Begriffs »Volkspartei« aus der Fachsprache eintritt, da er u.a. diffus, politisch-polemisch aufgeladen, gebetsmühlenartig wiederholend gebraucht werde (323ff.). Mintzel selbst spricht durchgehend von »Großparteien«. An

einer Stelle deutet er an, daß sich die Organisationswirklichkeit der Parteien so verändert habe, daß der Begriff »Volkspartei« zum historischen Begriff geworden sein könnte (323). So deutlich er sonst Stellung bezieht, so zurückhaltend ist er hier in seiner Darlegung. Seine Stellungnahme gegen den »Volkspartei«-Begriff halte ich für insofern widerspruchsvoll, als durch seine Darstellung klar wird, daß die neuere Parteidiskussion (z.B. über die Grünen oder über Positionsveränderungen der anderen Parteien) die ältere linke Parteienkritik aufgreifen und kritisch verarbeiten, also diesen Theoriestrang nicht einfach abschneiden sollte.

Jörg-Michael Vogl (Marl)

Ökonomie

Neusüß, Christel: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander. Rasch und Röhrling Verlag, Hamburg 1985 (341 S., 20 Abb., br., 29,80 DM)

Das vorliegende Buch wird manche überraschen, denen die Autorin, einzige Professorin an der FHW Berlin, durch ihr stetiges politisches Engagement und zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Theorie des Imperialismus, zu aktuellen gewerkschaftlichen Fragen keine Unbekannte ist. Christel Neusüß nahm die Veränderung ihrer Selbstwahrnehmung, von der politisch agierenden Person mit wissenschaftlich geschultem Kopf zu der politisch agierenden, wissenschaftlich gebildeten Frau, zum Anlaß einer umfassenden Revision und Bilanzierung ihrer bisherigen wissenschaftlichen Tätigkeit, ihrer Erfahrungen aus Beruf und politischer Arbeit sowie jener privat genannten und damit ausgegrenzten Erfahrungen als Frau. Die Bekundung weiblicher Identität sei schwer und von Widerständen begleitet gewesen, was nicht verwundere, bedeute »Frau-Sein« auch immer zur »Un-Person« zu werden (s. u.a. Stellenbesetzungspraxis FHW 2/85).

Die Autorin will das »Dogma« von der »Neutralität« der Wissenschaft, der Theorie (der Männer) widerlegen und beweisen, daß die Geschlechtszugehörigkeit kein theoretisch zu vernachlässigendes Faktum ist. Sie beginnt mit einer kritischen Neulektüre von Marx, ihrem »frei gewählten Zweitvater«. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf jene Stellen, über die schon viele Leserinnen stolperten, z.B. die »eigentümliche« Angelegenheit der Produktion der Ware Arbeitskraft, die weder Produzent noch Produzentin habe, statt dessen »im Individuum gegeben« (26) sei — nur, woher das Individuum? »Daß Marx die Frauenarbeit nicht gesehen hat« (32ff.), sei nicht allein Schuld des Kapitalismus, sondern Folge des Arbeitsbegriffes des Mannes Marx. Übrigens läßt Neusüß während ihrer mitunter erheiternden Analyse niemals den »Ariadnefaden« (337), so nannte Rosa Luxemburg das Nützlich-Geniale der marxistischen Lehre, fallen. Was »männliches Arbeitsverständnis« ihrer Auffassung nach ist, kann hier nur sehr verkürzt umrissen werden: Produkt im Kopf entwerfen, Natur unterwerfen (incl. der eigenen), Produkt mit den Händen herstellen und sich (d.h. den Kopf) zu eigener und anderer Freude darin anschauen — »Kopf-Hand-Baumeistermodell« nennt die Autorin diese Vorstellung. Unterschiedliche Praxis bewirke unterschiedliches Bewußtsein, so daß folgerichtig Frauen und Männer sich in verschiedenen Arbeitstraditionen stehend begreifen müssen. Frauenarbeit, der Unterdrückung innewohnend scheint, da sie »nur« dem alltäglichen Erhalt und der Produktion von Leben gilt, würde in fataler Weise verdrängt, wohingegen männliches Arbeitsverständnis als allgemein-menschliches ausgegeben zu werden die zweifelhafte Ehre hatte. Durch die Verabsolutierung nur der einen Hälfte der Wahrheit »erzeugt« man sich die andere zwangsläufig zum »inneren Feind« (187, 328), und es bedarf der Gewalt, um die hierarchische Ordnung aufrechtzuhalten; Gewalt auch in Form von Recht, materieller Erpressung, Ideologie (262f.).

Die Autorin zitiert sie herbei, die Köpfe der »Arbeitsmännerfraktionen«, nicht nur Engels, Liebknecht, Lassalle, auch R. Hilferding, M. Weber, O. Bauer und viele andere, sie macht sich Gedanken über die Spaltungen von Kommunismus und Sozialdemokratie, die Niederlage 1933, den Faschismus, die nachfolgende Demokratie, das Phänomen der »mimetischen Anpassung an den Gegner« (u.a. 128), gipfend im Reformismus der Arbeiterbewegung, dem Bündnis zwischen »Unternehmerköpfen« und »Arbeiterhänden« bzw. zwischen ersteren und »Gewerkschaftsköpfen«; den realen Sozialismus schont sie nicht und schon gar nicht die konservativen Chefideologen von heute, z.B. Schelsky oder den Reagan-Berater Gilder. Die Autorin leistet eine sorgfältige, manchmal auch bittere Ideologie- und Praxiskritik der Arbeiterbewegung bis in die Gegenwart, an deren möglicher Zukunftslosigkeit das männliche Gepräge eben dieser Ideologie viel Anteil habe. Es zeigt sich hier ein auch von der Autorin selbst benannter Mangel des Buches, die Darstellung des »weiblichen Musters« kommt zu kurz: die Geschichte von Frauenarbeit, Frauenbewegung und auch Frauen-»Mittäterschaft« bzw. deren Verweigerung. Die kritische Interpretation Rosa Luxemburgs, die die Werke dieser Frau den Jüngeren zurückgewinnen will, kann da nur ein Anfang sein. Die Sehnsucht nach »schrankenlosem« Wachstum, »grenzenlosem« Fortschritt, »ungeheurer« Entfaltung sei nicht nur eine Sehnsucht von Männern, auch Frauen habe es oft genug fasziniert, daß »Geld Geld hecken« können soll, aber sie entspringe theoriegeschichtlich männlichen Kopfgeburten, jener Abstraktion von den Gegebenheiten, die bisher sowohl Kapitalismus wie Sozialismus beherrschten. Rosa Luxemburg habe die entsetzliche Zerstörungskraft, die aus diesem verantwortungslosen »Nicht-sterben-Wollen« (nicht leben können) resultiere, gesehen. Ihre Auffassung von Ökonomie stelle dem geradlinig angestrebten Fortschritt die Sicherung des »ewigen Kreislauf« von Konsumtion und Produktion voran, Reproduktionssicherung vor und für Produktivitätssteigerung (307ff.). Im Zusammenhang ihrer Gewaltkritik verweise Luxemburg auch auf etwas, das heute als »Gesetz vom Erhalt der Energie« bekannt sei: »die kapitalistische Akkumulation bedarf nicht kapitalistischer Formationen« (298) zu ihrem Fortbestehen. Das Kapitalverhältnis braucht etwas von ihm selbst Verschiedenes zur Ausbeutung, um den Produktions- und Reproduktionsprozeß in Gang zu halten; Frauen und »3.« Welt (290f., 296f.). Neusüß sieht Zusammenhänge zwischen Kasernen und Fabriken, zwischen den Hexenverbrennungen vor Herausbildung des bürgerlichen Staates und der anhaltenden politischen Ohnmacht der Frauen — zwischen der leuchtenden Freiheit des autonomen Subjekts und der Zurichtung insbesondere auch des Mannes bis hin zum Wunsch der Wendepolitiker, in den Schoß der Familie zurückzukehren. Man(n) mag der Autorin den gleichen Vorwurf machen wie Kautsky der Frau Luxemburg, nämlich alles durcheinander zu bringen. Ihre Thesen sind streitbar, bündnisfähig und weiterzudenken. Ich wünsche dem Buch viele Leserinnen und Leser.

Silvia Kurre (West-Berlin)

Schunter-Kleemann, Susanne: Frau und Gesellschaft. Schriftenreihe des Fachbereichs Wirtschaft der Hochschule Bremen. Bremen 1985 (257 S., br., 13,- DM)

Das Buch enthält eine Sammlung von Aufsätzen und Reden, die zum großen Teil bereits in den Jahren 1983-1985 veröffentlicht wurden; vor allem in der »Volkszeitung/Die Tat«, in den »Marxistischen Blättern« und in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«. Schunter-Kleemann will »verstehen, wo die Ursachen für die Benachteiligungen der Frauen in unserer Gesellschaft liegen und wie diese theoretisch zu fassen wären« (Vorwort, o.S.).

In den ersten beiden Aufsätzen breitet sie empirisches Material zu Frauenbildung und Frauenaus- und -weiterbildung aus. Die Zusammenstellung ist gut, aber bekannt und selbst in Artikeln der Zeitschrift »Brigitte« zu finden, worauf sie auch hinweist (140ff.). Auch das Resümee über die Ursachen der Frauenbildungsdiskriminierung bringt nichts

Neues: »Der neue Irrationalismus in der Bildungspolitik ist Ausfluß des Chaos in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unseres Landes.« (39) Der anschließende Aufsatz über die »35-Stunden-Woche und die Interessenlage der Frau« beschreibt, daß Frauen Interesse an Arbeitszeitverkürzung haben müssen, um die an sie gestellten Anforderungen von Chef, Mann und Kind besser erfüllen und sich vielleicht einen Freiraum für den Kampf um Emanzipation schaffen zu können.

Dieser Standpunkt von Schunter-Kleemann wird auch in den anderen Beiträgen deutlich: Ursache für die diskriminierende Lage der Frauen ist die kapitalistische Gesellschaft. »Frauen, die in der Produktion arbeiten oder als Arbeitslose oder Hausfrauen in die Reserve abgedrängt sind, stehen wie männliche Lohnarbeiter in ökonomischer Abhängigkeit vom Kapital; zusätzlich werden Frauen über den Mechanismus der Lohndiskriminierung verschärft ausgebeutet.« (256) Anschließend weist Schunter-Kleemann immer noch auf die patriarchalische Ausbeutung der Frau durch den Mann hin. Gerade diese additive Argumentation verhindert jedoch die Analyse von Frauenunterdrückung: da ist eben nicht einerseits das Kapital und andererseits das Patriarchat; beide Strukturen sind miteinander verknüpft, durchdringen einander und machen so die Ausbeutung der Frau im Produktionsprozeß zu einer anderen als die des Mannes. Ich fand das Buch insgesamt ärgerlich.

Sigrid Pohl (Ludwigsburg)

Lenz, Ilse: Kapitalistische Entwicklung, Subsistenzproduktion und Frauenarbeit. Der Fall Japan. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1984 (330 S., br., 56,- DM)

Was haben (Haus-)Frauen im Kapitalismus und (Klein-)Bauern in der 3. Welt gemeinsam? Aus ihnen schöpft das Kapital als einer »natürlichen« Ressource und in der Aneignung ihrer Reproduktions- und Subsistenzarbeit findet unablässig »ursprüngliche Akkumulation« statt. Trotz aller schiefen Analogien würde ich Ilse Lenz darin zustimmen, daß die Diskussion dieses feministischen Theoriestücks anregend und fruchtbar war. Allerdings ist um die Begriffe »Subsistenz« und »Reproduktion« ein »babylonisches Sprachgewirr« (13) entstanden, und es gehört zu den hochgesteckten Zielen des rezensierten Buches, diese Begriffe sowohl logisch zu klären als auch historisch zu entfalten.

Lenz' Thema ist die Neuorganisation der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Übergang von der dörflichen Subsistenzwirtschaft zum modernen Industriekapitalismus am Beispiel Japans. Daß dieser Übergang die patriarchale Verwertung weiblicher Arbeitskraft nicht beseitigte, sondern reorganisierte, dafür scheint Japan in der Tat ein Paradefall zu sein: In der Frühphase der Industrialisierung bestand das japanische Proletariat zu 60-80% aus Frauen, aber Fabrikarbeit erwies sich für sie nicht als erster Schritt hin zur Befreiung aus Unmündigkeit. Ihr Weg führte vielmehr (gradliniger als im Westen) vom »Dorf« über die »Fabrik« in die »moderne Hausarbeit« (um die langfristigen, generationsübergreifenden Stationen zu nennen). Kurzfristig führte er oft schnell ins »Grab«: Bis 1915 starben ca. ein Viertel aller japanischen Textilarbeiterinnen kurz nach der Heimkehr ins Dorf. In Japan ist die »traurige Geschichte der Fabrikarbeiterinnen« nach einem gleichnamigen Buch, der Pionierleistung eines ebenfalls frühverstorbenen Arbeiterschriftstellers, inzwischen zu einem etablierten Forschungszweig geworden, der Gefahr läuft, sich in Sentimentalitäten zu verlieren.

Daß Trauer und Theorie sich nicht ausschließen müssen, demonstriert Lenz in ihrem Buch, das aus ihrer Dissertation hervorging. Von der Kombination der Forschungsgebiete her (Agrar- bzw. Entwicklungssoziologie, Industrialisierungsgeschichte, Frauenforschung, sozialwissenschaftliche Japanologie) riskiert sie, sich »zwischen die Stühle« zu setzen: Frauenforscherinnen interessieren sich kaum für Japan. Historiker/innen, auch solche marxistischer Provenienz, können meistens mit dem »konfuzianischen Kapitalismus« nichts anfangen; Agrarsoziologen/innen (sofern sie nicht selbst die o.a. Parallelisierung von bäuerlicher und weiblicher Subsistenzarbeit in Umlauf gebracht ha-

ben) werden die diesbezüglich durchdachten, aber auch langwierigen Begriffsklärungen der Autorin möglicherweise pedantisch finden; Japanologen tun sich vermutlich schwer mit einer vergleichenden Perspektive (zumal wenn der Vergleich wie bei Lenz das englische Modell der Industrialisierung mitumfaßt).

Dennoch meine ich, daß alle genannten Interessentengruppen von diesem Buch profitieren könnten, am meisten vielleicht sogar von den Kapiteln, die außerhalb ihrer ursprünglichen Interessenrichtung liegen: So stelle ich mir vor, daß Frauenforscherinnen sich anfangs in die »traurige Geschichte der Arbeiterinnen« vertiefen, im Zuge ihrer Lektüre aber beginnen, sich für die Unterschiede des japanischen und englischen Industrialisierungswegs zu interessieren; beispielsweise für die Frage, warum es in Japan *nicht* zu einer Verallgemeinerung der Lohnarbeit in der Landwirtschaft kam, sondern Mitglieder verarmter Bauern- bzw. Pächterfamilien »zyklisch« als Arbeitsmigrant/innen in die Fabrik gingen. (Das sogenannte »dekasegi«-System war noch bis 1950 ein charakteristisches Merkmal des japanischen Arbeitsmarktes). Sozialhistoriker/innen, die vielleicht über die letztgenannte Thematik den Einstieg finden, lernen u.U. im Verlauf ihrer Lektüre die begriffslogischen und realhistorischen Präzisierungen der Autorin schätzen, »Subsistenzproduktion« von ihrer Mißinterpretation als naturhaft-statischer, selbstgenügsamer Wirtschaftsform abzulösen. Dazu rechne ich auch die Herausarbeitung des Unterschieds zwischen »haushaltlicher Arbeit« und »moderner Hausarbeit« (»als müsse es sich notwendig um gleiche Verhältnisse handeln, wenn Frauen in einem Haus arbeiten« [164]).

Ein anderer Ansatzpunkt wäre der in marxistischer Argumentation oft beschworene »kleinbäuerliche Hintergrund« der Arbeiterinnen, von dem Lenz m.E. zurecht beansprucht, daß er für sie »interpretativer Vordergrund ihrer Lebenserfahrungen und -erwartungen« war. Was das im einzelnen impliziert, geht aus ihrer spannenden Schilderung japanischer Dorfverhältnisse hervor (vom »yobai«, dem tolerierten vorehelichen Empfang nächtlicher Liebhaber, zum »yome-ibiri«, dem »Quälen der Schwiegertochter«, in dem sich insbesondere die Schwiegermutter hervor tat).

Die Stellung der Frau in der Subsistenzwirtschaft im Rahmen der haushaltlichen Arbeitsteilung ist nach Lenz gekennzeichnet von der Ambivalenz, sowohl anerkannte Arbeitskraft als auch »letzte Ware« zu sein: In Notzeiten (in Nordjapan noch um 1936) wurden Bauerntöchter massenhaft nicht in die Fabrik, sondern in die Prostitution geschickt. Dennoch sei es verkehrt, sie als »überflüssige« Arbeitskräfte (nach Levine: »surplus daughters of the struggling farmers«, 231), als brachliegendes Menschenmaterial zu bezeichnen. In Japan galten Frauen auf dem Land als »Kuh ohne Hörner« und als »Ochsen ohne Zugseil«, und Mutterschaft als Ganztagsbeschäftigung war für sie nicht vorgesehen. Die jungen Bauerntöchter, die dies nur zu genau wußten, entwickelten jedoch — wie Lenz in einem eindrucksvollen Selbstzeugnis belegt — als Fabrikarbeiterinnen das romantische Ideal der (über-)fürsorglichen Mutter. Heute wird die japanische Hausfrau in den Medien als »Erziehungsmama« verspottet.

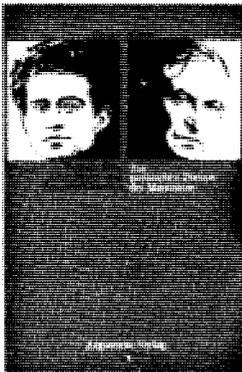
Auch den 3.-Welt-Interessent/innen, Agrarsoziologen/innen bietet das Buch Provokierendes: So enthält es eine Absage an alle Idyllen vorkapitalistischer Dorfgemeinschaften, an eine Verklärung der angeblichen Naturwüchsigkeit der Subsistenzwirtschaft. Die Naßfeld-Reiskultur Japans (verbreitet auch in Korea, Südchina, Java) erweist sich trotz ihrer bemerkenswerten sozialen Kooperationsleistungen und ihrer hochentwickelten bäuerlichen Arbeitsmoral als Schauplatz von Konkurrenz, sozialer Ungleichheit und in Verwandtschaftsterminologie gefaßten Abhängigkeits- und Ausbeutungsbeziehungen. Die Verhältnisse werden von Lenz durchgängig als historisch veränderliche gekennzeichnet. So begann die Bodenkonzentration in Japan schon um 1750, obwohl gleichzeitig ein »ewiges« Verbot des Verkaufs von Ackerland bestand. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts besaß ca. ein Drittel aller japanischen Bauern keine Eigentumsrechte am Bo-

den mehr. Dennoch entzieht sich die Verzahnung zwischen ländlicher und städtisch-industrieller Entwicklung in Japan einer allzu schematischen Betrachtungsweise. Lenz kann anhand von Statistiken belegen, daß die Arbeitsmigranten/innen überwiegend *nicht* aus Gegenden mit hohem Anteil eigentumsloser Bauern (Pächterfamilien) kamen.

Für ihr Untersuchungsthema, die wechselseitige Subvention von Stadt und Land in der japanischen Industrialisierung, ist ein Reproduktionstyp von entscheidender Bedeutung, dessen Charakterisierung sie vom englischen Sozialhistoriker Thompson übernimmt, der ihn als »Mischökonomie der arbeitenden Armen« bezeichnet. Dieser Reproduktionstyp mit seinen Eigentümlichkeiten in bezug auf die geschlechtliche Arbeitsteilung und das Verhältnis von Subsistenz- und Lohnarbeit sei bei den marxistischen Klassikern unterbelichtet geblieben, keinesfalls nur einem vergangenen Stadium des Kapitalismus zuzurechnen, sondern koexistent mit »freier« Lohnarbeit in der Dritten und (im Zeichen der Krise) vielleicht auch wieder Ersten Welt. Von daher kann Lenz plausibel machen, daß die kapitalistische Entwicklung in Japan in ihrer Frühphase zu einer besonders krass ausgeprägten »funktionalen Synthese« mit dem Patriarchat, zum »gebundenen Arbeitsmarkt« führte, für den die »traurige« Figur der japanischen Textilarbeiterin typisch ist: Kaserniert im fabrikeigenen Wohnheim mit Postzensur und Ausgangsbeschränkungen, durch un- oder schwerkündbare Arbeitsverträge, die mit ihrem Vater oder älterem Bruder abgeschlossen wurden, mittellos durch Rückzahlungsverpflichtungen von Lohnvorschüssen bzw. Lohnauszahlung direkt an den elterlichen kleinbäuerlichen Haushalt gebunden. Japanische Sozialhistoriker haben dafür den Begriff »bordellartige Arbeitsbeziehungen« geprägt. Um so erstaunlicher ist es, daß die Textilarbeiterinnen nach Lenz durchaus Widerstand leisteten, sich an Streiks beteiligten.

Ohne Einsatz und Verschleiß junger Frauen (um 1900 waren 60% jünger als 19 Jahre) hätte das japanische Modell der Industrialisierung nicht funktioniert. Es bestand darin, durch weltmarktorientierte arbeitsintensive Produktion in der Textilindustrie die Grundlage für den Import von Maschinen und Technologie, für den Aufbau einer eigenen Schwer- und Chemischen Industrie zu schaffen. Eben dieses Entwicklungsmodell wird heute im südostasiatischen Raum unter anderen Vorzeichen imitiert. Lenz, die in ihrem Buch die japanisch-marxistische Kapitalismuskritik nur kurz streift, erhebt den im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Japanologie kühnen Anspruch, Vorarbeiten für eine Theorie des südostasiatischen, des »konfuzianischen« Kapitalismus geleistet zu haben. Ich meine, daß dieser Anspruch in Hinblick auf die theoretische Reflexion und den Materialreichtum der erschlossenen, aufbereiteten Quellen eingelöst ist.

Claudia Weber (Sendai/Japan)



Detlev Albers: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci.

Zur politischen Theorie des Marxismus

Bauer und Gramsci — beiden ging es um die Erneuerung des Marxismus angesichts der ungelösten Probleme einer »Revolution im Westen«. Beide, der Sozialdemokrat und der Kommunist, versuchten, die tief ins Denken eingelassenen Grenzen zwischen den verfeindeten Lagern der Arbeiterbewegung einzureißen. Ihr Vergleich unter dem Gesichtspunkt eines »integralen Marxismus« bringt Elemente einer »eurolinken« Strategie in den Blick.

192 S., br., 24,- DM, Ln. 34,- DM

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; V: = Veröffentlichungen; M: = Mitgliedschaften

Albers, Detlev, 1943; Dr.phil., Hochschullehrer im Studiengang Politikwiss. an der Univ. Bremen; Mithrsg. der spw. V: *Herforder Thesen — zur Arbeit von Marxisten in der SPD* (Mitautor, 1980), *Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken* (Mithrsg., 1982), *Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci: Zur politischen Theorie des Marxismus* (1983). M: SPD, ÖTV.

Ammon, Ulrich, 1943; Dr.phil., Prof. an der Universität Duisburg — Gesamthochschule. V.: *Schulschwierigkeiten von Dialektsprechern* (1978); *Perspektiven der Deutschdidaktik* (Mithrsg., 1981). A: Soziolinguistik, Sprachdidaktik.

Anders, Günther: siehe *Argument* 155

Aufenanger, Stefan, 1950; Dr.phil., Hochschulassistent an der Univ. Mainz. V.: *Erziehung zur Gerechtigkeit* (Mitautor, 1981); *Handlung und Sinnstruktur* (Mitautor, 1986). A: Sozialisationsforschung, Methoden, Medienpädagogik.

Banaschewski, Tobias: siehe *Argument* 156

Bergmann, Theodor, 1916; Prof.Dr.agr., zuletzt: Leiter der Abteilung International vergleichende Agrarpolitik, Universität Hohenheim, jetzt Rentner. V: *The development models of India, the Soviet Union and China* (1977); *Liu Shaoqi — Ausgewählte Schriften und Materialien* (Mithrsg. 1982); *Gegen den Strom. Eine Geschichte der KPD-Opposition* (erscheint 1986). A: Agrarpolitik, Agrarsoziologie, Politikwissenschaft. M: GGLF.

Ebrecht, Angelika, 1957; Wiss. Mitarbeiterin am Psychologischen Institut der FU Berlin. A: Ästhetische Theorie, Wiss.- und Erkenntnistheorie, Psychoanalyse, Psychologiegeschichte.

Elfferding, Wieland: siehe *Argument* 155

Faulstich, Werner, 1946; Dr.phil.habil., Privatdozent/Heisenbergstipendiat an der Univ. GH Siegen (ab Okt. 86). V.: *Medienästhetik und Mediengeschichte* (1982); *Vorlesungen zur Rockgeschichte* (3 Bde., 1983, 1985, 1986); *Bestandsaufnahme Bestseller-Forschung* (1983). A: Medienforschung, Emp. Literaturwissenschaft, Buchmarktforschung, Victorian Literature.

Fried, Erich, 1921; floh 1938 nach der Besetzung Österreichs nach England, seit 1946 freier Schriftsteller, lebt in London. Letzte V: *Frühe Gedichte* (1986); *Mitunter sogar lachen* (1986); *Wächst das Rettende auch?* (1986).

Füssel, Kuno, 1941; Dr.theol., Lehrbeauftragter f.Theorie d.Religion a.d.Univ. Bremen. V: *Sprache, Religion, Ideologie* (1982); *Zeichen und Strukturen* (1983). A: Christentum und Marxismus; Strukturalismus.

Goletz, Hans-Peter: siehe *Argument* 156

Gollwitzer, Helmut, 1908; D. theol., D.D., em. o. Prof. f. Ev. Theologie an der FU Berlin. V: *Die kapitalistische Revolution* (1973); *Krummes Holz — Aufrechter Gang* (1970); *Befreiung zur Solidarität* (1978); *Christentum / Demokratie / Sozialismus. Aufsätze*, SH 39 und 40 (1980).

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr.phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, ⁸1983); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, ³1975); *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, ³1986); *Warenästhetik und kapitalist. Massenkultur I* (1980); *Der Zeitungsroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater* (Realsatire, 1980); *Die Camera obscura der Ideologie*, AS 70 (Mitautor, 1984); *Pluraler Marxismus* (1985); *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, AS 80 (1986). M: GEW.

Haug, Frigga: siehe *Argument* 155

Hauser, Kornelia, 1954; Studium der Soziologie. V: *Frauenformen 1 und 2*, AS 45 und 90 (Mitautorin, 1980 u. 1983); *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitautorin, 1984); *Subjekt Frau*, AS 117 (Mithrsg., 1985). A: Ideologietheorie, Subjekttheorie, Frauenbewegung. M: SFB Hamburg, *Argument-Frauenredaktion*.

Heinrich, Christa, 1951; Diplom-Soziologin.

Hennig, Eike: siehe *Argument* 157

Hinkelammert, Franz J., 1931; Dr.rer.pol., Prof. f. Ökonomie an den Univ. von Tegucigalpa (Honduras) und Heredia (Costa Rica), Mitarbeiter des Ökumenischen Forschungsinstituts DEI in San José (Costa Rica). V: *Die Radikalisierung der Christdemokraten* (1976); *Die ideologischen Waffen des Todes* (span. 1977, dt. 1985); *Crítica a la Razón Utopica* (1983). A: Fetischismustheorie, Utopie, Totalitarismus.

Holler, Eckurd: siehe *Argument* 155

Hollstein, Walter, 1939; Dr.phil., Prof. für politische Soziologie an der Ev. Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in West-Berlin. V: *Die gespaltene Generation* (1983); *Kein Frieden um Israel* (1984); *Wenn Ehen älter werden* (Mitautor, 1985).

Hornauer, Uwe, 1953; Dr.phil., Redakteur der Ev. *Kommentare*. V: *Laienspiel und Massenchor* (1985). A: Arbeiterkultur, Bildungspolitik, Kirchenfragen.

Jäger, Michael: siehe *Argument* 157

Keupp, Heiner, 1943; Dr.phil., Prof. für Sozialpsychologie. V: *Abweichung und Alltagsroutine* (1976); *Psychosoziale Praxis* (Mithrsg., 1982). A: Sozialepidemiologie, Gemeindepsychologie, Sozialpolitik. M: GEW, DGSP.

Kindermann, Wolf, 1951; Doktorand. A: Rechtskräfte; Arbeiterbewegung; Minderheiten. M: GEW, VVN.

Kirchberger, Petra, 1962; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie. A: Nationalsozialismus, Sozialversicherung, Minderheiten, Frauenarbeit.

Klinger, Gerwin: siehe *Argument* 157

Kühnert, Walter: siehe *Argument* 155

Kurre, Silvia, 1957; Studium der Religionswissenschaft, Germanistik, Psychologie.

Leibing, Christa, 1952; Dipl.-Soz. A: Epidemiologie chronischer Krankheiten.

Loiperdinger, Martin: siehe *Argument* 155

Loritz, Yonne, 1954; Studium der Amerikanistik, Germanistik; wiss. Mitarbeiterin. A: Feministische Literaturkritik, interkulturelle Erziehung.

Mittermüller, Hans, 1954; M.A. (Philosophie). A: Marxismus, Ökologische Philosophie.

Mittermüller, Jürgen, 1962; Studium der Philosophie.

Müller-Jentsch, Walter, 1935; Dr.rer.pol., Prof.f.Sozialwissenschaft an der Univ.-Gesamthochschule Paderborn. V: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik* (Mitautor, 1975 u. 1977); *Anpassung an die Krise: Gewerkschaften in den 70er Jahren* (Mitautor, 1982); *Soziologie der industriellen Beziehungen* (1986). A: Arbeits- und Industriosozologie; Industrielle Beziehungen; Sozialgeschichte 19. Jh.

Nemitz, Barbara: siehe *Argument* 157

Schubert, Volker: siehe *Argument* 156

Schulz, Frank: siehe *Argument* 156

Serafin, Eva, 1956; Dipl.-Soz., freie Mitarbeiterin der Volkshochschule Berlin. V: *Nur nicht aus Liebe weinen — Erfahrungen in der Bildungsarbeit mit Frauen* (Mithrsg., 1985).

Simon, Gerd, 1937; Dr.phil., Akad. Oberrat an der Univ. Tübingen. V: *Neue Aspekte der Soziolinguistik* (Mitautor, 1975); *Vorschläge zum Aufbau des Studiums für germanist. Linguistik* (1979); *Sprachwissenschaft und polit. Engagement* (Hrsg., 1979). A: Soziolinguistik, ling. Hochschuldidaktik, Sprachwissenschaftsgeschichtsforschung, Bedeutungslehre. M: AHD, DGfS, AL, DS.

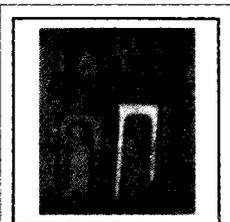
Vogl, Jörg-Michael, 1954; Studium der Sozialwiss., Wirtschaftswiss. und Mathematik; Gesamtschullehrer. A: Parteientheorie. M: GEW.

Wagner, Michael, Dipl.-Soz., Stipendiat am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung West-Berlin. A: Lebenslauf-Forschung.

Weber-Deutschmann, Claudia, 1947; Dr.phil., Soziologin. V: *Rationalisierungskonflikte in Betrieben der Druckindustrie* (1982). A: Industriosozologie, Geschichte der Frauenarbeit, Japan.

Weingarten, Michael: siehe *Argument* 155

Zapata, Martha Isabel, 1957; Lehrerin; z.Zt. Studium der Philosophie an der FU Berlin.



MICHAEL JÄGER:
DIE METHODE DER
WISSENSCHAFTLICHEN
REVOLUTION

**Michael Jäger: Die Methode der wissenschaftlichen Revolution.
Band 1: Die Regeln der Entdeckung**

Dieses Buch bricht mit der verbreiteten Auffassung, wiss. Revolutionen könnten auf die Psychologie großer Männer, gesellschaftliche Umwälzungen oder einfach auf Zufälle reduziert werden. Der 1. Band, der mit einer Kritik der Popper-Kuhn-Kontroverse um die »logische Lücke« in wissenschaftlichen Revolutionen schließt, dient als Grundlage einer umfassenden Studie zur Rolle Galileis bei der Entstehung der modernen Physik (ersch. 1986 als AS 147).

Argument-Sonderband AS 137

17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

DÜSSELDORFER
DEBATTE
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

L'80

6/7 '86

M. Otte: Dritter Versuch über die Konsequenzen von Tschernobyl

S. v. Ingersleben: Der subjektive Balken im objektiven Weltauge. Eliten, Avantgarden und die Eco-Nomie der Zeit

H.P. Piwitt: Brief an meine Berliner (und anderen) Freunde

A. Hüfner: Ludwig Börne

M. Ben: Trotta, ick liebe Dir!

A. Jürgens-Kirchhoff: Nachkriegsbilder/Vorkriegsbilder. Zum Verhältnis von Erinnerung und Antizipation in der Kunst nach 1945

C. Sawicki: Das Verbrechen, die Gefühle und die Wahrheit oder Der Film Shoah

Prof. Otto Reinhold im Gespräch mit Günter Gaus

geplant für

8/9 '86

F. Wiethold: Alles im Griff! oder Die Angst vor dem Zweifel

J. Brückner: Bilder des Bösen

H. Platschek: Fellinis Fressen

Th. Neumann über Gerd Fuchs

P. Maiwald: Entweder oder Oder. Der Schriftsteller Günter Kunert

J. Limburger: Das heilige Atom

R. Marwedel: Nachtflug: Disco als Lebensform

R. Ritter: Gespenstergeschichte

3. Jg. 1986

38 '86

G. Hofmann: Verantwortung nach Tschernobyl

Thema: 60er Jahre

Ch. de Nuys-Henkelnann: Die Ästhetik der Revolte. Kunst und Alltagskultur der 60er Jahre

F. Sattler: Meine sechziger Jahre

F. Seidl: Die verträumte Revolution

Lyrrik

I. Rupprecht: Einbieger/Abbieger

E. Wichner: Standpunkt kniehoch

R. Neie: Bewimpelter Sprung

A. Siepmann: Erblassendes Rot

Prosa

F. Kröhnke: Kleymann und Bellarmin

L. Fels: Traumwild

Th. Weißenborn: Zu den Kellergebrüchen

Gespräch

I. Hijiya-Kirschneret/F. Enchi: Die Dichterin und die Masken

Kritik

K. Chvatik: Milan Kundera und die Krise der Sprache

K. Hielscher: Von Marx zu Dostojewskij. Zu einem Diskurswechsel in der ideologischen Debatte der Sowjetunion

Kunst

P. Sorge: Drei neuere Arbeiten

11. Jg. 1986

Erscheint monatlich (außer Juli/Aug.) — Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald — Redaktion: Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann — Organisation: Helga Bodenstab — Einzelheftpreis 15,- DM, Abo 12,- DM + Versandkosten — Düsseldorf Debatte, Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1

Herausgeber: Heinrich Böll †, Günter Grass, Tomas Kosta, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. Redaktion: Johano Strasser, Franziska Sperr. — L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband DM 15,-, Jahresabo DM 50,- (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Hansestraße 63a, 5000 Köln 90

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie
und Sozialismus

6 '86

K.D. Voigt: Der Mythos der politischen Kontinuität. Vom Frankfurter SDS zum realpolitischen Flügel der Grünen

R. Wiggershaus: »Es war eine unendliche Sonnenfinsternis.« Ein Porträt der Dichterin Rose Ausländer

R. Kreibich: »Dann sag' ich lieber, daß ich Jüdin bin.« Das lustige Zigeunerleben in der Bundesrepublik

Die Arbeiterbewegung und der technische Fortschritt

D. Otten: Kann und soll die Sozialdemokratie noch eine Partei des Fortschritts sein?

F. Steinkühler: Technik, Fortschritt und soziale Gestaltung

B. Leibinger: Technik ist kein gesellschaftliches Ziel

R. Dreßler: Erneuerung der Gesellschaft — der »GTI« als technischer Fortschritt?

M. Müller: Die Klassenwidersprüche verschärfen sich. Neue Technologien und Destabilisierung der Gesellschaft

H. Theisen: Vom Prinzip Hoffnung zum Happy-End. Optimismus als Politikum

S. Mosdorf: Technischer Fortschrittsglaube und fundamentalistische Wunder. Anmerkungen zu zwei wichtigen konservativen Büchern

R. Diehl: Nach Tschernobyl: die SPD und der technische Fortschritt

33. Jg. 1986

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Walter Dirks, Eugen Kogon, Heinz Kühn, Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel und Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 9,50 DM zzgl. Versandkosten, Jahresabo 66,- DM zzgl. Versandkosten. — Verlag Neue Gesellschaft, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.

new left review

156 '86

Realignment in Spain

P. Camiller: Spanish Socialism in the Atlantic Order

M. Mamdani: Peasants and Democracy in Africa

V. Brittain: The Liberation of Kampala

R. Samuel: Staying Power: The Lost World of British Communism, Part Two

K. Soper: The Qualities of Simone de Beauvoir

155 '86

M. Davis: The Lesser Evil? The Left and the Democratic Party

A. Glyn: Capital Flight and Exchange Controls

F. Haug: The Women's Movement in West Germany

M. Rustin: Lessons of the London Industrial Strategy

J. Dunkerley/R. Morales: The Crisis in Bolivia

Ch. Hill: The Bourgeois Revolutions in Soviet Scholarship

F. Edholm: Class and Impressionism

R. Samuel: The Lost World of British Communism: Two Texts

R. Blackburn: Nicolas Krassó: 1930-1986

Editor: Robin Blackburn. — Editorial Committee: Tariq Ali, Perry Anderson, Victoria Brittain, Patrick Camiller, Alexander Cockburn, Mike Davis, Peter Dews, Norman Geras, Quintin Hoare, Nicolas Krassó, Oliver MacDonald, Branka Magas, Francis Mulhern, Ellen Meiksins Wood. — Erscheint zweimonatlich. — Einzelpreis \$4,-/Abo \$20,-. — New Left Review, 7 Carlisle Street, London W1V 6NL

PROBLEMI DEL SOCIALISMO

6 '86

La questione comunista

- F. Zannino: Ancora una volta: Che fare?
 E. Collotti: Il Pci fra tradizione e rinnovamento. Intervista a cura di Marcello Flores
 N. Bobbio: Il »grande compromesso«. Intervista a cura di Franco Zannino
 A. Natoli: Identità comunista e forme di organizzazione. Intervista a cura di Massimo Ilardi
 S. Rodotà: La cultura istituzionale del Pci. Intervista a cura di Antonio Cantaro
 G. Pasquino: Stato e governo nella elaborazione comunista. Intervista a cura di Aldo Garzia
 C. Donolo: Partito comunista e processi di modernizzazione. Intervista a cura di Roberto Moscati
 V. Foa: Movimento operaio, consenso e conflitto. Intervista a cura di Luigi Manconi e Franco Zannino
 M. Salvati: Il rapporto coi sindacati: alternative mancate e alternative possibili. Intervista a cura di Mimmo Carrieri
 L. Berlinguer: Garantismo, diritti individuali e diritti collettivi. Intervista a cura di Maria Luisa Boccia
 R. Rossanda: Sulla politica culturale e gli intellettuali. Intervista a cura di Carla Pasquinelli
 A. Giolitti: Sinistra europea e unità del vecchio continente. Intervista a cura di Mario Telò
 P. Franchi: Sistema informativo e dibattito precongressuale
 M. Telò: Il Pci dall'eurocomunismo all'eurosinistra

Diretti da Franco Zannino. Comitato di Direzione: F. Zannino, M.L. Boccia, O. de Leonardis, C. Donolo, L. Ferrajoli, L. Manconi, C. Pasquinelli, M. Telò, F. Tortora, G. Vaca. — Erscheint dreimal im Jahr. Jahresabo: 60.000 Lire i. Ausland. Redaktionsadresse: Via della Dogona Vecchia 5, I-00186 Roma. Vertrieb: v. le Monza 106, I-20127 Milano

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



63 '86

Geld

- H. Ganßmann: Geld — ein symbolisch generalisiertes Medium der Kommunikation? Zur Geldlehre in der neueren Soziologie
 H.G. Backhaus: Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit
 P. Arlacchi: Die Mafia und das internationale Geldsystem
 G. Simon: Die Enteignung Argentiniens durch das internationale Finanzkapital. Über die imperialistischen Strukturen des monetären Weltmarkts
 U. Traber: Neue Formen des Geldes. Innovationen auf den internationalen Finanzmärkten
 H. Herr: Geld — Störfaktor oder Systemmerkmal?
 A. Campbell: Der innere Feind — eine Rückschau auf den britischen Bergarbeiterstreik 1984/85

16. Jg. 1986

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Gensior, Th. Hahn, S. Heimann, K. Hübner, Th. Hurtienne, L. Lappe, B. Mahnkopf, W. Spohn, M. Stanger, Ch. Watkinson. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 15,- DM, im Jahresabo 12,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10

PSYCHOLOGIE HEUTE

7 '86

Titel

R. Meier/J. Seemann: Schikane: Das Prinzip Boshheit

Psychotherapie heute

H. Beaumont: Gestalttherapie ist mehr als Fritz Perls

Familie

E. Stark: Scheidung in aller Freundschaft, aber wie?

U.-J. Jopt: Nach der Scheidung: Der Kampf ums Kind

Sexualität

M. Wawerzonnek: Vom Geschlechtswahnsinn zur krankhaften Lust

Firmenkultur

O. Neuberger/A. Kompa: Mit Zauberformeln die Leistung steigern

6 '86

Titel

H. Wiesendanger: Biorhythmen: »Das ist nicht mein Tag«

Erotik

K. Götz: Auto-Erotik: Hundert Jahre Lust

Gewalt

A. Jones: Die Abrechnung: Frauen, die töten

Frauen

Ch. Woesler de Panafieu: Frauen — Wunsch — Bilder

Firmenkultur

O. Neuberger/A. Kompa: Das Gesicht der Firma

13. Jg. 1986

Redaktion: Heiko Ernst (verantwortl.), Mario Damolin, Monica Moebius, Ursula Nuber; Redaktionsassistentz: Karin Quick-Oest, Brigitte Bell. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,80 DM. Jahresabo 58 DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

SOCIALISM IN THE WORLD

53 '86

E. Altvater: Socialism Beyond Industrial Rationality

B. Pribičević: Socialism at the Threshold of the Twenty-first Century

P. Ingrao: The European Left and the Problems of a New Internationalism

Th. Dos Santos: Socialism: Ideal and Historical Practice

A.J. Kruhmalov: Socialism at the Threshold of the XXIst Century

I. Huszár: The Structural Changes in Socialist Economy and Society

D. Albers: Conjectures about Socialism in the Year 2000

A. Benmatti: Quelques réflexions sur l'évolution du socialisme

H. Kikunami: Historical Position of Existing Socialism and Future of Socialism

M. Harrington: America's Present and Futures

52 '86

A. Grličkov: Socialism on the Threshold of the Twenty-first Century

O. Negt: Utopia and Labour

E. Mandel: Le socialisme au seuil du XXIe siècle

I. Frolov: Socialism and the Global Problems of Civilization

S. Shaozhi: Prospects for Socialism: China's Experience and Lessons

W.F. Haug: The Lukács-Paradigm of Subject/Object-Articulation

10. Jg. 1986

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cvatar, and IC »Kommuniste«, NIP Kommunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und West-Berlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

THEORY CULTURE & SOCIETY

1 '86

Articles

- B.S. Turner: Personhood and Citizenship
 I. Forbes/J. Street: Individual Transitions to Socialism
 G. Marshall: The Workplace Culture of a Licensed Restaurant
 R. Dunn: Television, Consumption and the Commodity Form
 J. Pratt: Pornography and Everyday Life
 E. Dunning: Sport as a Male Preserve: Notes on the Social Sources of Masculine Identity and its Transformations

Commentaries

- J. Carroll: Sport: Virtue and Grace
 D. Whitson: Structure, Agency and the Sociology of Sport Debates
 J.A. Hargreaves: Where's the Virtue? Where's the Grace? A Discussion of the Social Production of Gender through Sport
 I. Cohen: The Status of Structuration Theory: A Reply to McLennan
 S. Hekman: Re-Interpreting Mannheim
 3. Jg. 1986

Editor: Mike Featherstone; Review Editor: John Gibbins, Mike Hepworth. — Dreimal jährlich. — Individuals 5.20 (overseas £ 6.00, £ 15.00); Institutions 15.00 (overseas 16,50, £ 29.00). — Theory, Culture & Society, Dept. of Administrative & Social Studies, Teeside Polytechnic, Middlesbrough, Cleveland, TS 1, 3BA, England.

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

7 '86

Zeitfragen, Kommentare

- B. Splieth: Keine Gefährdung durch »Radioaktivität«? Über die Schwierigkeiten, eine »unbedenkliche« Strahlendosis festzulegen
 L. Lodovico: Celle: Die Sonntagsfratze des Staatsterrorismus
 M. Lucas: Die Bombardierung Libyens durch die USA und ihre europäische Dimension
 R. Kantemir: Was kommt nach Lummer?
 R. Paris: Das politische »Sommertheater«. Zur Karriere eines Begriffs

Essay

- A. Söllner: Kritische Solidarität des Verfolgten mit den Verfolgern. Zu Peter Weiss' »Die Besiegten«

Flucht und Folter

- N. Kampe: Flüchtlinge und Asylanten. Historische Anmerkungen zu einem aktuellen Problem
 R. Schneider: Flucht. Bemerkungen zum Weltflüchtlingsproblem und der Negation unseres Asylrechts
 R. Marx: Folter im Asylrecht
 G. Diercks: Wie die bundesdeutsche Justiz politische Verfolgung definiert. Der Fall Mustafa Kerecin
 H.H. Heldmann: Auslieferung und Asyl
 D. Runze: Warum hat die BRD-Linke keine Asylpolitik?
 R. Schneider: Politische Flüchtlinge — Ein Literaturüberblick
 25. Jg. 1986

Herausgegeben vom Vorgänge e.V. in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint in der Regel zweimonatlich. Einzelheft 12,- DM (Doppelheft 18,- DM); Jahresabo 52,- DM zuzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Bräuhausstr. 2, 8000 München 2

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

11 '86

Alternative Wirtschaftspolitik zwischen Ökonomie und Ökologie

E. Fröbel: US-amerikanische Verschuldungspolitik und Armutsstrategien. Ein Interview

F. Castro: Die aufhaltsame Zerstörung des Kapitalismus durch die Banken

H. Schächli/W. Schöni/J. Tanner: Ende der Arbeitsteilung? Zu einer offensiven gewerkschaftlichen Technologiepolitik

H. Baumann: Vollbeschäftigung — ein alter Hut?

A. Rieger: Arbeitszeitpolitik — kollektive Perspektiven oder Flexibilisierung?

U. Streckeisen: Frauen, Männer, Alternativökonomie

C. Müller: Keynesianismus - ein Phantom

R. Strahm: 5 Thesen zur Wirtschaftspolitik

C. Jäger-Weise: Macht- und Geldfragen. Ein Thesengeflecht

Diskussion

A. Baumann: Selbstverwaltet arbeiten & leben. Zur Lage der Selbstverwaltung in der Schweiz

L. Lodovico: Geschichtsboom — Rückkehr zu Augenlust, Traditionalismus und zeitgemäßen Artigkeiten?

R. Binswanger: Rechtsstaat als Tabu — eine Duplik

Dossier

»Bürgerkrieg«, »Terrorismus«, »Totalitarismus«, »Linksfaschismus«. Desinformationspolitik am Beispiel Nicaraguas

6. Jg. 1986

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv Widerspruch: Martin Bondeli, Franz Cahannes, Peter Farago, Pierre Franzen, Urs Hänsenberger, Urs Rauber, Giaco Schiesser. — Erscheint unregelmäßig. — Einzelheft Fr 9. — Redaktionsanschrift: Redaktionskollektiv Widerspruch, Postfach 652, CH-8026 Zürich

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-Gesundheits-u. Sozialbereich

19 '86

Archipel Knast — Gefängnis als Gesellschaftspolitik

P.-J. Boock: Untersuchungshaft in der BRD. Ein subjektiver Bericht

Freundeskreis P.-J. Boock: Zum Prozeß gegen Peter-Jürgen Boock

H.M. Schick: Szenen aus dem Vollzugsalltag

D. Pecic: Inhaftierung der Mütter — Bestrafung der Kinder

Th. Mathiesen: Gründe, zumindest keine neuen Gefängnisse mehr zu bauen. Rede vor dem UN-Kongreß, Mailand 1985

J.G. Fox: Konservative Sozialpolitik, soziale Kontrolle und Rassismus. Ausweitung des Gefängnisystems in New York

J. Sim: Gefängnisse und Politik in England und Wales

W. de Haan: Warum Ausbau der Gefängnisse? Der Fall Holland

T. Kunstreich: Sammelbesprechung zur aktuellen kriminalpolitischen Diskussion in der BRD

H. Janssen: Politische Gefangene. Kriminologische Überlegungen zu historischen Hintergründen der Respektierung politisch motivierter Straftäter in Europa

M. Schubert: Politische Gefangene in der BRD

T. Kunstreich: Alternative Sozialpolitik = alternative Kriminalpolitik?

M. Klaus/S. Tengeler: Kritik am Antidiskriminierungsgesetz

6. Jg. 1986

Herausgeber: Sozialistisches Büro. Redaktion: N. Diemer, D. Marzi, E. Schmid, F. Schütte, Ch. Schön, J. Gottschalk-Scheibenpflug, Ch. B. Kimmich, Th. Kimmich, T. Kunstreich, F. Düchting, R. Laux, F. Manke, B. Rose, K. Dehnbostel, H. Narr, H. Dorn, M. Trinkl, K. Blanc, D. Hail, C. Wittacke, W. Völker, G. Pabst, M. Hentschel, A. Wagner, A. Schaarschuch. — Jährlich 3-4 Hefte. — Einzelheft zwischen 9 und 15 DM incl. Versand. Jahresabo 39 DM. — Redaktion Widerspruch: Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach. — Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

antimilitarismus information

Die **antimilitarismus information** erscheint seit 1971. Sie ist ein monatlicher Informationsdienst für alle, die sich gegen militaristische Strukturen und für eine friedliche Gesellschaft engagieren.

Die **ami** berichtet laufend über:

- **aktuelle militärpolitische Entwicklungen**
über KDV, Zivildienst, Bundeswehr, Militärbündnisse, Rüstungskosten, Waffentechnik und Waffenhandel, Rüstung und Wirtschaft, ideologische Militarisierung, Kriege und Abrüstung ...
- **neue juristische Entwicklungen**
im Bereich des KDV-, Zivildienst-, Soldaten- und Aktionsrechts ...
- **Theoriesresultate**
aus der Debatte um Militarismus/Antimilitarismus und Friedenspolitik sowie über Literatur.
- **Aktionen der Friedensbewegung**
wie Straßenaktionen, Friedenswochen, gewaltfreie Aktionen, Seminare, Ausstellungen ...

Themenhefte: Drei Hefte im Jahr sind Themenhefte mit doppeltem Umfang. Folgende Hefte sind noch erhältlich: Konventionelle Rüstung + Rüstungsexport + Friedenspolitik von unten + Kriegsdienstverweigerung: privat? oder politisch? + Die Warschauer Vertragsorganisation + Vom AKW zur Bombe + Daten und Fakten + Angst oder Aufklärung

Ein antimilitaristisches Handbuch

Die **ami** wird so gemacht, daß man sie sammeln kann: Sie ist thematisch gemäß den aufgeführten Oberbegriffen gegliedert. Die einzelnen Rubriken sind auf verschiedenfarbigem Papier gedruckt. Die **ami** kann in einem gewöhnlichen DIN-A-5-Ordner nach Farben und Rubriken getrennt abgeheftet werden. So entsteht Heft um Heft mit dem Jahrgang ein antimilitaristisches Handbuch.

Das Abonnement der **ami** kostet 32,25 DM pro Jahr (incl. Porto), ein Einzelheft 2,50 DM, ein Doppelheft 4,50 DM (+ Porto). Wer mindestens 10 Exemplare bestellt, bekommt 30% Rabatt. Alle Preise incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer.

Kostenloses Probe-Exemplar, Themenhefte und Abonnement:

Vertrieb **ami**, Deidesheimer Str. 3, D-1000 Berlin 33 (Postkarte genügt!)



**Zeitschrift der
Hochschulinitiative
Demokratischer
Sozialismus (HDS)**
ISSN 0176 - 0750

Herausgegeben von:
**Iring Fetzer
Jiri Kosta
Leo Kibler
Norbert W. Kunz
Karl Theodor Schuon**

Bestellungen an:
SP-Verlag
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg



1986 / Heft 2

DM 7,-

Neubestimmung der "Demokratischen Alternative"

Rainer Spiss zum 17. Kongreß der KPI

Thema

RÜSTUNGSEXPORT GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN RÜSTUNGSPOLITIK

Dieter Eißel

Rüstung und Sozialstaatsdemontage

Hans-Joachim Schabedoth

Rüstungskonversion – Herausforderung
für gewerkschaftliche Politik

Hartmut Kärner

Der unerklärte Krieg der Reichen
gegen die Armen

Michael Strübel

Rüstung und Kriege in der Dritten Welt

Diskussion

ÖKOLOGIE UND SOZIALISMUS

Matthias Kollatz

ZUR PROGRAMMDISKUSSION IN DER SPD

Sabine von Oppeln

STAATSDISKUSSION

Karl Theodor Schuon

Soziologie

<i>Hülsemann, Irmgard</i> : Berührungen: Gespräche über Sexualität und Lebensgeschichte (<i>M. Wagner</i>)	575
<i>Buchholz, Wolfgang</i> : Lebensweltanalyse. Sozialpsychologische Beiträge zur Untersuchung von krisenhaften Prozessen in der Familie (<i>H. Keupp</i>)	576
<i>Kurthen, Hermann</i> : Politische Ökonomie und Persönlichkeitstheorie — Aneignung und Individualität in der bürgerlichen Gesellschaft (<i>Th. Hahn</i>)	577
<i>Baethge, Martin, Harald Schomburg und Ulrich Voskamp</i> : Jugend und Krise — Krise aktueller Jugendforschung (<i>W. Hollstein</i>)	579
<i>Reichert, Jo (Hrsg.)</i> : Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion (<i>U. Ammon</i>)	580
<i>Initiative Sozialistisches Forum (Hrsg.)</i> : Diktatur der Freundlichkeit — Über Bhagwan, die kommende Psychokratie und Lieferanteneingänge zum wohlthätigen Wahnsinn (<i>Y. Karow</i>)	580

Erziehungswissenschaft

<i>Wirth, Hans-Jürgen</i> : Die Schärfung der Sinne. Jugendprotest als persönliche und kulturelle Chance (<i>W. Kühnert</i>)	582
<i>Elger, Wolfgang, Hans-Jürgen Hofmann, Erwin Jordan und Gitta Trauernicht</i> : Ausbruchsversuche von Jugendlichen. Selbstaussagen — Familienbeziehungen — Biographien (<i>S. Aufenanger</i>)	583
<i>Packard, Vance</i> : Verlust der Geborgenheit. Unsere kranke Gesellschaft (<i>F. Schulz</i>)	584
<i>Laule, Ulrike</i> : Über das Funktionieren einer Erziehung zur Körperlosigkeit (<i>V. Schubert</i>)	585
<i>Gamm, Hans-Jochen</i> : Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus. Eine Quellensammlung (<i>M. Loiperdinger</i>)	586

Psychologie

<i>Lockot, Regine</i> : Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus (<i>T. Banaschewski u. H. P. Goletz</i>)	587
<i>Fietkau, Hans-Joachim</i> : Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie (<i>A. Ebrecht</i>)	588
<i>Walsh, Roger N., und Frances Vaughan (Hrsg.)</i> : Psychologie in der Wende (<i>A. Ebrecht</i>)	588
<i>Willi, Jürg</i> : Koevolution. Die Kunst gemeinsamen Wachsens (<i>M. Weingarten</i>)	591

Medizin

<i>Heinsohn, Gunnar, und Otto Steiger</i> : Die Vernichtung der weisen Frauen. Hexenverfolgung, Menschenproduktion, Kinderwelten, Bevölkerungswissenschaft (<i>Ch. Heinrich u. E. Serafin</i>)	592
<i>Ketting, Evert, und Philip van Praag</i> : Schwangerschaftsabbruch — Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich (<i>P. Kirchberger</i>)	594
<i>Bitner, Ulrike, Renate Jäckle und Christine Scholz</i> : Unter Umständen. Über den Umgang mit Medikamenten in der Schwangerschaft (<i>B. Nemitz</i>)	596
<i>Vogt, Irmgard</i> : Für alle Leiden gibt es eine Pille. Über Psychopharmakakonsum und das geschlechtsrollenspezifische Gesundheitskonzept bei Mädchen und Frauen (<i>Ch. Leibing</i>)	598

Geschichte

Gegen den Strom (Reprint) (<i>Th. Bergmann</i>)	600
<i>IG Druck und Papier (Hrsg.)</i> : Faschismus in Deutschland (<i>E. Hennig</i>)	601
<i>Kammler, Jörg, u.a.</i> : Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Eine Dokumentation (<i>E. Hennig</i>)	602
<i>Kammler, Jörg</i> : »Ich habe die Metzerei satt und laufe über ...« (<i>E. Hennig</i>)	604
<i>Graul, Hans</i> : Der Jungenschäfer ohne Fortune. Eberhard Köbel (tusk), erlebt und biographisch erarbeitet von seinem Wiener Gfährten (<i>E. Holler</i>)	605
<i>Pietrow, Bianka</i> : Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das »Dritte Reich« in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933-41 (<i>H. Haumann</i>)	606
<i>Lundgreen, Peter (Hrsg.)</i> : Wissenschaft im Dritten Reich (<i>M. Zapata u. G. Klinger</i>)	607
<i>Tröger, Jörg (Hrsg.)</i> : Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich (<i>M. Zapata</i>)	609

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Küttner, Michael (Hrsg.)</i> : Gewerkschaftsjahrbuch 1984 (<i>W. Müller-Jentsch</i>)	609
<i>Küttner, Michael (Hrsg.)</i> : Gewerkschaftsjahrbuch 1985 (<i>W. Müller-Jentsch</i>)	609
<i>Stöss, Richard (Hrsg.)</i> : Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. 2 Bände (<i>M. Jäger</i>)	611
<i>Steininger, Rudolf</i> : Soziologische Theorie der politischen Parteien (<i>J.-M. Vogl</i>)	613
<i>Mintzel, Alf</i> : Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit (<i>J.-M. Vogl</i>)	615

Ökonomie

<i>Neusüß, Christel</i> : Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander (<i>S. Kurre</i>)	616
<i>Schanter-Kleemann, Susanne</i> : Frau und Gesellschaft (<i>S. Pohl</i>)	617
<i>Lenz, Ilse</i> : Kapitalistische Entwicklung, Subsistenzproduktion und Frauenarbeit. Der Fall Japan (<i>C. Weber</i>)	618

Summaries

Franz J. Hinkelammert: From Total Market to Totalitarian Empire

Hinkelammert describes ideologies and politics of the »free market« and their fusion with Christian fundamentalism in the USA to form the ideology of the New Right. The neo-liberal myth of the »self-healing properties of the market« and the emergence of »Evil«, of even the Devil, in political discourse indicates a dangerous totalitarian dynamic. This ideological formation has pervaded nearly all areas of society, from economic policy to morality and theology.

Wolfgang Fritz Haug: The New Struggles of Interpretation of Anti-fascism. An Inquiry into the Neo-conservative Offensive

The fiftieth anniversary of the beginning of the Nazi regime and the fortieth anniversary of its final defeat sparked renewed public interest in the Nazi past. All of a sudden, new struggles on the interpretation of this past broke out. The conflict surrounding the German-American ceremony at Bitburg was not the only case. Two strategies, both contradictory as well as complementary, overdetermine each other in these struggles. On the one hand, growing efforts have been made within the last decade by neo-conservative German historians to »revocer« a national identity and to »normalize« the history of Nazism. The Holocaust was supposed to loose its uniqueness. This national attempt became integrated into the strategy of the US-american administration to attain military supremacy over the Soviet Union and to adapt the »Atlantic« ideology to this new aggressivity. Haug analyses major discursive examples of these struggles and shows how the strategy of normalization of the Nazi past has failed for the moment. — This analysis has been written for the new edition of Haug's book »Der hilflose Antifaschismus« (originally published in 1967).

Gerd Simon: Science and the Turning Point of 1933. Some Reflexions on the Relationship of Science and Politics: The Example of the Linguist Georg Schmidt-Rohr

Schmidt-Rohr is one of those conservative scientists who, with the supports of the German Academy in Munich, made public anti-racist sentiments from a fascist linguistic point of view even after the begin of the NS-state, but who later were driven through attacks by Rosenberg's department into the arms of the SS. Regarding the relationships between race and language, he gradually executed an 180 degree turn, the possibility of which, however, he had already invisioned in 1933. As a supplier of ideas for Himmler's language policy, he nontheless obviously saw himself in the role of the Marquis Posa, a role which he betrayed after the events of july 20th 1944.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12: Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8315089
- Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 62: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Bochum: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
- Duisburg: AGORA-Buchhandlung GmbH, Wallstr. 46; Tel.: 0203/25507
- Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
- Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfestr. 77; Tel.: 0611/777303
- Fulda: Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung,
Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
- Hamburg: ARGUMENTE, Durchschnitt 21; Tel. 040/453680
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
- Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/1564
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Krefeld: Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel.: 02151/66842
- Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/6366
- München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/280952
- Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
- Wuppertal 1: Sisyphos — Der andere Buchladen, Friedrichstr. 1; Tel.: 0202/442036
- Schweiz: Bern: Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,
Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Österreich: Innsbruck: Buchhandlung Parnaß, Müllerstr. 6; Tel.: 05222/23980
Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234